



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

„Wirtschaften für das Leben“

Stellungnahme zur
wirtschaftlichen Globalisierung
und ihren Herausforderungen
für die Kirchen

Ergebnisse der Landessynode 2008

Mai 2008

TEXTHEFT

Vorwort des Präses	7
Beschluss 68 der Landessynode 2008	8
Wirtschaften für das Leben	11
Einführung	11
I. Herausforderung Globalisierung	12
1. Wahrnehmungen und Deutungen	12
2. Perspektive der Betroffenen am Beispiel von Frauen	13
3. Strukturelle Probleme	14
4. Ökumenische Positionen	15
5. Die Debatte im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland	18
6. Die Debatte im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland	19
II. Theologisch-ethische Positionen	21
1. Wie ist soziale Gerechtigkeit in der globalen Ära möglich?	21
2. Biblische Grundlegungen	22
3. Beteiligungsgerechtigkeit durch Verwirklichung der Menschenrechte	24
4. Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung	25
4.1 Gottes Anspruch auf die Welt	25
4.2 Widersprüchliche Einschätzungen	26
4.3 Konsequenzen für Kirche und Ökumene	28
4.4 Schlussfolgerungen	29
5. Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsordnung	30
5.1 Soziale Gestaltung der Globalisierung	30
5.2 Diskussion um eine neue Wirtschaftsordnung nach 1945	30
5.3 Konsequenzen für Kirche und Ökumene	31
5.4 Schlussfolgerungen	32
6. Bewertung der beiden Positionen	33
6.1 Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung	33
6.2 Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsordnung	33
6.3 Orientierungspunkte	33
6.4 Selbstverpflichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland	34
III. Auftrag zum Handeln	35
1. Kirchliches Handeln	35
2. Einfluss von Einzel-Staaten und Staaten-Bündnissen	37
3. Global Governance	38
4. Handlungsfelder	39
4.1 Arbeit	39
4.2 Ethisches Investment	41
4.3 Frieden, Entwicklung und Sicherheit	43
4.4 Klimawandel	45
4.5 Konsum	47
4.6 Landwirtschaft	48
4.7 Migration	50

5.	Dialog, Auseinandersetzung und Kooperation	51
5.1	Gesprächspartnerin Politik	52
5.2	Gesprächspartnerin Wirtschaft	52
5.3	Gesprächspartnerin Zivilgesellschaft	53
6.	Schlussfolgerungen	53
Anhang		55
Anhang 1	Aufgaben und Struktur der Projektgruppe Globalisierung	55
Anhang 2	Adressatinnen und Adressaten sowie Themen des Dialogs mit der Politik	56
Anhang 3	Adressatinnen und Adressaten sowie Themen des Dialogs mit der Wirtschaft	57
Anhang 4	Akteurinnen und Akteure der Globalisierung	58
1.	Politische Akteurinnen und Akteure	58
1.1	Internationale Ebene	58
1.2	Regionale Ebene	61
1.2.1	Europa und Nordamerika	61
1.2.2	Südliche Kontinente	62
1.2.2.1	Afrika	62
1.2.2.2	Südamerika	63
1.2.2.3	Asien und Ozeanien	63
1.3	Nationale Ebene	63
2.	Wirtschaftliche Akteurinnen und Akteure	64
2.1	Globale Wirtschaftsmärkte	66
2.2	Transnationale Unternehmen	67
2.3	Börsen und nicht-öffentlicher Handel	68
2.4	Finanzinstitute	68
2.5	Grenzen des Marktes	69
3.	Medien und Medienmacht	70
4.	Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure	72
4.1	Zur Begriffsgeschichte	72
4.2	Zur Diskussion seit dem Ende des 2. Weltkrieges	73
4.3	Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierungsdebatte	73
4.4	Kirchen in der Zivilgesellschaft	74
5.	Mögliche Bündnispartnerinnen und -partner	75
5.1	Nationale Netzwerke und NGOs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit	75
5.2	Organisationen und Netzwerke im Bereich Sozialarbeit / Sozialpolitik in Deutschland	78
5.3	Weitere mögliche Partnerinnen und Partner	79
Anhang 5	Stellungnahme des Theologischen Ausschusses (2006)	80
A	Stellungnahme	80
B	Erläuterungen	81
1.	Ermessens- und Bekenntnisfragen	81
2.	„Communio“, „Katholizität“, „status/processus confessionis“, „Covenanting“	81
3.	Imperiums-Begriff	82
4.	Mammonismus	83
5.	Beachten der eigenen Wirkungsmöglichkeiten	84

Anhang 6 Praxisbeispiele aus allen Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche im Rheinland	85
Aachen	85
An der Agger	86
Altenkirchen	88
Birkenfeld	89
Bonn	89
Braunfels	90
Dinslaken	91
Düsseldorf-Mettmann	92
Düsseldorf	93
Duisburg	94
Kirchenkreise in Essen	94
Gladbach-Neuss	97
Bad Godesberg-Voreifel	98
Jülich	100
Kleve	104
Koblenz	104
Kirchenkreise in Köln und Umgebung	106
Köln-Mitte	107
Köln-Nord	107
Köln-Rechtsrheinisch	108
Köln-Süd	109
Krefeld-Viersen	110
Lennepe	111
Leverkusen	113
Moers	113
An Nahe und Glan	115
Niederberg	116
Oberhausen	117
Ottweiler	118
An der Ruhr	119
Saarbrücken	120
St. Wendel	121
An Sieg und Rhein	123
Simmern-Trarbach	123
Solingen	124
Trier	125
Völklingen	127
Wesel	128
Wetzlar	129
Wied	130
Wuppertal	130
Auftrag: Beschluss 68 der Landessynode 2005	132
Prof. Dr. Mark Burrows: <i>Bibelarbeit für die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland</i>	133
Prof. Dr. Konrad Raiser: Wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung	138
Prof. Dr. Meinhard Miegel: Schwerpunktthema Globalisierung	145

Vorwort

Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, auf den sich unsere Kirche in ihrer Ordnung verpflichtet hat, ist weiterhin hoch aktuell.

Die Herausforderungen der Globalisierung werden in seinem Rahmen aufgenommen und diskutiert. Ich bin dankbar, dass sich viele Gemeinden und Kirchenkreise, Ämter, Werke und Einrichtungen daran intensiv beteiligen sowie ihre Erkenntnisse und Forderungen in den landeskirchlichen Prozess einbringen.

Der vorliegende Beschluss der Landessynode 2008 zur Globalisierung steht unter dem Motto „Wirtschaften für das Leben“. Er macht deutlich, dass wir vor komplexen Herausforderungen stehen, die den Bereich ethischer Ermessensfragen und -spielräume längst gesprengt haben. Es geht um Kernfragen der Kirche und um die Überzeugungskraft ihres Zeugnisses.

Die Synode hat sich auf einen mehrdimensionalen Prozess eingelassen, der die Herausforderung zur persönlichen Umkehr und zur kirchlichen Erneuerung wach hält. Den Partnerkirchen hat sie ein verbindliches Zeichen der Weggemeinschaft gegeben – trotz unserer und in unserer jeweils sehr verschiedenen Situation.

Prof. Mark Burrows, Vertreter der United Church of Christ / USA, hat auf der Landessynode die biblische Botschaft in die Herzen gepredigt: Der gedeckte Tisch in Gottes Reich ist groß genug für alle. Christus selbst lädt dahin ein – jetzt: „Die dringende Frage ist, ob wir wirklich glauben, dass dieses Wort im Werden ist. Ob wir uns darum kümmern, dass diese Wahrheit nicht nur in Wort und Sakrament innerhalb unserer Kirchen, sondern auch im öffentlichen Geschehen erkannt wird. Nicht nur als ein altes und schönes Denkmal in der Bibel, sondern als Wegweiser für uns und andere, die zusammen unterwegs sind zum Gottesreich“. Wir sind also aufgefordert, nicht Zuschauende, sondern Zeuginnen und Zeugen der prophetischen Barmherzigkeit Jesu zu sein.

Das gewichtige Dokument des synodalen Prozesses liegt hiermit vor. Ich wünsche mir, dass die Gemeinden unserer Kirche damit und darin arbeiten und dadurch ihrer Verantwortung als Kirche Jesu Christi gerecht werden.


Präses Nikolaus Schneider

Auszug
aus dem Protokoll der Landessynode
der Evangelischen Kirche im Rheinland
vom 11. Januar 2008

Wirtschaften für das Leben
- Stellungnahme zur wirtschaftlichen Globalisierung
und ihren Herausforderungen für die Kirchen
und
Anträge der Kreissynoden Altenkirchen,
Koblenz, Köln-Rechtsrheinisch, Lennep, Oberhausen,
Saarbrücken und Solingen betr. Globalisierung
und
Anträge der Kreissynoden Jülich und Kleve
betr. Ethikfilter für die kirchliche Anlagepolitik
und
Anträge der Kreissynoden Moers und Oberhausen
betr. Sozial und ökologisch verantwortungsvolles
öffentliches Beschaffungswesen
und
Antrag der Kreissynode Wetzlar betr. Beitritt zur Klima-Allianz

Beschluss 68:

1. *Die Landessynode weist der Auseinandersetzung mit der Globalisierung und ihren Folgen im Rahmen kirchlicher Arbeit Priorität zu.*
2. *Die Landessynode macht sich die Stellungnahme zur wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Herausforderungen für die Kirchen „Wirtschaften für das Leben“ zu Eigen.*
3. *Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die Stellungnahme in geeigneter Weise den Gemeinden, Kirchenkreisen, Ämtern, Werken und Einrichtungen in Verbindung mit der Übersicht "Praxisbeispiele aus allen Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche im Rheinland" weiterzugeben und empfiehlt sie als Grundlage für die eigene theologische und praktische Arbeit.*
4. *Die Evangelische Kirche im Rheinland beteiligt sich am AGAPE-Prozess des Weltrates der Kirchen und nimmt seine Herausforderungen an.*
 - (1) *Sie fördert die politische, wirtschaftliche und soziale Analyse.*
 - (2) *Die Frage nach dem Bekenntnisrang wirtschaftsethischer Positionen in der gegenwärtigen Debatte über die wirtschaftliche Globalisierung wird im Gespräch mit den Partnerkirchen der Evangelischen Kirche im Rheinland weiter erörtert.*

5. *Die in der Stellungnahme benannten Themen*

- *Arbeit*
- *Ethische Geldanlage*
- *Frieden, Entwicklung und Sicherheit*
- *Landwirtschaft*
- *Klimawandel*
- *Konsum*
- *Migration*
- *Bildung*
- *Gesundheit*

werden von der Evangelischen Kirche im Rheinland mit der Zielvorgabe "Wirtschaften für das Leben" verbindlich weiter bearbeitet.

6. *Die Landessynode begrüßt die umfangreiche Arbeit der Kirchenkreise zu Fragen und Themen der Globalisierung (Drucksache 12.1).*

Die Anträge der Kreissynoden Altenkirchen, Koblenz, Köln-Rechtsrheinisch, Lennep, Oberhausen, Saarbrücken und Solingen betr. Globalisierung, Jülich und Kleve betr. Ethikfilter für die kirchliche Anlagepolitik, Moers und Oberhausen betr. Sozial und ökologisch verantwortungsvolles öffentliches Beschaffungswesen sowie Wetzlar betr. Beitritt zur Klima-Allianz an die Landessynode 2008 greifen zentrale Anliegen der Beschlussvorlage auf und ergänzen sie. Die Bearbeitung dieser Anträge der Kirchenkreise und der Beschlüsse der Landessynode 2007 Nrn. 4.9, 4.13, 4.14, 4.26, und 4.33 erfolgt in Verbindung mit den unter Ziffer 5 genannten Themen.

7. *Im Landeskirchenamt wird eine Projektgruppe "Globalisierung" eingerichtet, deren Aufgabe es ist, das Projekt "Globalisierung" der Evangelischen Kirche im Rheinland inhaltlich und organisatorisch zu gestalten und zu steuern.*

Ihr gehören der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Verantwortung, das Dezernat für den Bereich "Globalisierung", das Dezernat für den Bereich "Sozialethik", der für "Globalisierung" zuständige Studienleiter der Evangelischen Akademie im Rheinland sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin / ein wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landeskirchenamt an. Weitere Personen können von der Kirchenleitung berufen werden.

Das Dezernat für den Bereich "Globalisierung" übernimmt die Geschäftsführung.

Die Stellen der hauptamtlich Mitarbeitenden sollen aus vorhandenen Ressourcen bei eindeutiger Priorisierung von Arbeitsfeldern besetzt werden.

8. *Die Projektgruppe berichtet der Kirchenleitung im September 2008 und legt der Landessynode 2009 einen Rechenschaftsbericht in Verbindung mit Beschlussvorschlägen vor.*

9. *Die Anträge der Kirchenkreise Jülich betr. Resolution zum Thema Globalisierung und Oberhausen betr. Globalisierung an die Landessynode 2006 sind damit erledigt.*

*(Mit Mehrheit,
bei drei Enthaltungen)*

Wirtschaften für das Leben

Einführung

- 5 Die Landessynode 2005 hat den Auftrag erteilt, die wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen als Hauptthema einer Landessynode vorzubereiten.
- Aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Öffentliche Verantwortung (StAÖV), des Ständigen Theologischen Ausschusses, des Ständigen Finanzausschusses, des Ausschusses für Außereuropäische Ökumene und Mission sowie des Sozialethischen Ausschusses wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen differenzierten Arbeitsprozess auf unterschiedlichen Ebenen gestaltete.
- 10 • Ihre wichtigste Aufgabe war die Erstellung einer Vorlage an den federführenden StAÖV für die Kirchenleitung.
- 15 • Dieser Prozess wurde flankiert von drei öffentlichen Tagungen der Evangelischen Akademie, die dokumentiert wurden, sowie einer Reihe von Fachtagungen, die das Landeskirchenamt durchführte.
- Anträge zum Thema Globalisierung an die Landessynoden 2005, 2006 und 2007 bereicherten die inhaltliche Arbeit. Eine Liste von Beispielen zeigt, wie Kirchenkreise, Gemeinden und andere kirchliche Akteure ganz praktisch, kreativ und alternativ auf Phänomene der Globalisierung reagieren.
- 20 • Für die Gestaltung des Schwerpunktthemas auf der Landessynode 2008 legte die Arbeitsgruppe einen Vorschlag vor.
- Sie erstellte zur Vorbereitung in Gemeinden, Kirchenkreisen, Ämtern, Werken und Einrichtungen ein Materialpaket, das aufgrund seines Umfangs elektronisch zur Verfügung gestellt wurde <www.ekir.de/Globalisierung> und regelmäßig aktualisiert wird.
- 25 Die Komplexität und die Vielschichtigkeit des gestellten Themas lassen einfache Antworten nicht zu. Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung, die auf allen Ebenen unserer Kirche erkannt und bearbeitet werden, erfordern eine theologische und ethische Positionierung, einen klaren Aktionsplan und eine verbindliche Bearbeitung. Der Einsatz für eine Wirtschaftsform im Dienst des Lebens gehört zum Grundauftrag unserer Kirche, die sich zum Gott des Lebens bekennt und in ihrer Kirchenordnung dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung verpflichtet hat.
- 30 Nach einem zweijährigen synodalen Arbeitsprozess liegt nun eine Stellungnahme vor, deren unmittelbare Adressatinnen und Adressaten die Mitglieder der Landessynode 2008 sind. Die Darstellung der ökumenischen Debatte zur Globalisierung sowie die Ausführung von zwei unterschiedlichen theologischen Positionen sollen zu einer theologischen Profilierung beitragen, um in einem weiteren Schritt Handlungsoptionen für die Evangelische Kirche im Rheinland zu definieren. Dieses Anliegen korrespondiert mit vielen Aktivitäten, die aufgrund der Auseinandersetzung mit der Globalisierung oder als alternative Reaktion auf sie längst im Gange sind. Praxisbeispiele aus dem Bereich eines jeden Kirchenkreises belegen die produktive Vielfalt auf allen kirchlichen Ebenen.¹
- 35 In der vorliegenden Stellungnahme sind außerdem für sieben spezifische Arbeitsfelder unserer Kirche Zielvorstellungen und offene Fragen definiert worden, die einen ethischen Rahmen und auch konkrete Maßnahmen für das kirchenleitende Handeln in den jeweiligen Bereichen vorschlagen.² Aus der weiteren Arbeit können detaillierte Lösungsvorschläge in Einzelfragen erwachsen.
- 40
- 45

1 Praxisbeispiele aus allen Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche im Rheinland (Anhang 6)

2 vgl. III.4

Die Stellungnahme grenzt das komplexe Thema Globalisierung bewusst ein. Im Zentrum stehen die theologisch-ethischen Fragestellungen sowie die Optionen für konkretes kirchliches Handeln.

5 Die Stellungnahme setzt keinen Schlusspunkt unter eine theoretische Globalisierungsdebatte, sondern sie will einen verbindlichen und systematischen Arbeitsprozess für unsere Kirche verstärken.

10 I. Herausforderung Globalisierung

1. Wahrnehmungen und Deutungen

15 **Globalisierung** steht für die Dynamik weltweiter, mit Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen handelnder Märkte, verbunden mit einem rasanten Anwachsen internationaler Finanzströme sowie der Durchdringung von Informations- und Kommunikationstechnologien mit Echtzeit-Effekt. Zugrunde liegt eine Wirtschaftskonzeption, die – ausgehend von der Orientierung am Markt – sowohl für die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie auch für eine Deregulierung der Märkte bei gleichzeitiger internationaler Verflechtung von Wirtschaftsbeziehungen sorgt. Die damit verbundenen
20 Vorgänge entziehen sich stärker als früher staatlichen Einflüssen und demokratischer Kontrolle; nationale und regionale Interessen führen oftmals zur Abgrenzung vor unerwünschter Konkurrenz.

Die einen sehen Globalisierung als Chance für die Steigerung des Wohlstandes für alle, als eine Verbesserung von Lebensstandard und Lebensqualität und als die einzige Möglichkeit, um die weltweiten ökologischen Probleme effizient zu lösen.

25 Für andere sind die Folgen der Globalisierung zum Albtraum einer neoliberalen Ökonomie geworden, welche weder soziale noch ökologische Werte kennt, die Lebensverhältnisse der Menschen in den armen Ländern verschlechtert, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beschleunigt und allein die isolierte Schaffung von Marktwerten (Gewinn, Shareholdervalue) zum Ziel hat.

30 Der Begriff **Neoliberalismus** ist unter denen, welche die neoliberale Ökonomie befürworten, wie unter denen, die sie kritisieren, umstritten. Die aktuelle Kritik am Neoliberalismus benutzt den Begriff heute meist im Sinne von Deregulierung und Liberalisierung der Märkte (Welthandel), Rückzug des Staates und Überantwortung gesellschaftlicher Belange an Kräfte des Marktes. Der Übergang vom rheinischen Kapitalismus hin zu einer globalisierten marktradikalen Wirtschaft ist auch in Deutschland zu einer Herausforderung
35 geworden.

Auch wenn der Begriff Neoliberalismus zur Charakterisierung der marktradikalen Globalisierungsprozesse historisch-wirtschaftswissenschaftlich nicht exakt ist,³ hat sich seine
40 Verwendung international durchgesetzt.

Ulrich Beck definiert Globalisierung als jene Prozesse, "in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden". Die dahinterliegende Auffassung bezeichnet er als Globalismus: als Verdrängung des politischen Handelns
45 durch den Weltmarkt, als Ideologie der Weltmarktherrschaft bzw. des Neoliberalismus, als "Imperialismus des Ökonomischen". Dieser Globalismus beruhe auf Globalität, auf

3 Kritik wird insbesondere in Deutschland geäußert. Dort liegt dem Begriff Neoliberalismus entstehungsgeschichtlich ein anderes Verständnis zugrunde. In bewusster Abgrenzung zum klassischen Laissez-faire-Liberalismus wird damit eine inhaltliche Fortschreibung und Korrektur des liberalen Ordnungsmodells bezeichnet. Dieser Neoliberalismus (Freiburger Schule) wurde nach dem zweiten Weltkrieg zur konzeptionellen Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Die begriffliche Charakterisierung der marktradikalen Globalisierung als neoliberal ist danach sachlich unzulässig.

einer längst existierenden Weltgesellschaft, die keine geschlossenen Räume mehr kenne, sondern Differenz und Vielheit bis hin zum Aufeinanderprallen der verschiedenen ökonomischen, kulturellen und politischen Formen; Ulrich Beck nennt sie mit M. Albrow eine "Vielheit ohne Einheit".⁴

5 **Joseph Stiglitz**, der frühere Chef-Volkswirt der Weltbank und Nobelpreisträger 2001 für Wirtschaft, kommt zu dem Schluss: "Die Globalisierung in ihrer heutigen Form ist keine Erfolgsgeschichte. Sie hat das Schicksal der meisten Armen in der Welt nicht gelindert. Sie ist ökologisch bedenklich. Sie hat die Weltwirtschaft nicht stabilisiert (...). Nicht die Globalisierung ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie umgesetzt wurde".⁵

10 Abwägend zwischen ihren Erfolgen – dem ostasiatischen Wirtschaftswachstum aufgrund des Abbaus von Handelsschranken und des verbesserten Zuganges zu Märkten und Technologie, einer weltweit verbesserten gesundheitlichen Versorgung, einer für mehr Demokratie und größere soziale Gerechtigkeit kämpfenden aktiven globalen Zivilgesellschaft – und ihren Nachteilen fordert Stiglitz die Reform der internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, die allzu oft bestimmten Partikularinteressen der Industriestaaten gedient hätten, und eine Erweiterung des internationalen Schuldenerlassprogramms. Für Stiglitz kann die Globalisierung im Sinne einer Freisetzung ihres positiven Potentials umgestaltet werden.

Anders **Antonio Andreoli**, brasilianischer Sozialwissenschaftler: "Was heute stattfindet, verdient überhaupt nicht den Namen Globalisierung. Wir haben weltweit eigentlich nicht das, was wir uns wünschen, eine Globalisierung der Menschenrechte, eine Globalisierung des Umweltschutzes, einen wissenschaftlich-kulturellen Austausch, sondern wir haben eine Ausbreitung des Welthandels, des Freihandels. Das wird als Lösung für die Probleme bezeichnet, während es aber tatsächlich das Problem ist".⁶

25

2. Perspektive der Betroffenen am Beispiel von Frauen

Die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen im Rahmen der Globalisierung betreffen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in unterschiedlicher Weise: Männer anders als Frauen, Einheimische anders als Migrantinnen und Migranten, die in Städten lebende Bevölkerung anders als die Bevölkerung im ländlichen Raum.

30 Im Zeichen der Globalisierung entstanden tatsächlich Millionen neuer Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern. Allerdings handelt es sich in der Regel um sozial ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze, die für den Export produzieren (sogenannte „Offshore-Betriebe“ in Sonderwirtschaftszonen, in denen die tarif- und arbeitsrechtlichen Regelungen weitgehend außer Kraft gesetzt sind). In diesen Betrieben sind überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt.

35 Die ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen wurden allerdings bisher noch nicht systematisch evaluiert. Die Folgen der Globalisierung auf die Frauen in der Wirtschaft müssen differenziert werden, denn es ist ein großer Unterschied, ob man Frauen betrachtet, die im formalen Sektor in Arbeitsverhältnissen stehen, Sozialversicherungsabgaben und Steuern zahlen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familienpflichten als besondere Herausforderung empfinden, oder ob man die Situation solcher Frauen in den Blick nimmt, die im Rahmen einer Subsistenzwirtschaft durch Eigenarbeit außerhalb des formalen Sektors die Reproduktion ihrer Familie sichern.⁷ Einerseits finden immer

40

4 Ulrich Beck, Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung, (1997) 24 ff.

5 Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, (2004) 280 f.; Ders., Chancen der Globalisierung, (2006)

6 Deutscher Evangelischer Kirchentag. Was können wir glauben? Wie wollen wir leben? Wie wollen wir handeln? (2005) 98.

7 Vgl. zu diesem Thema: Christa Randzio-Plath (Hg.) Frauen und Globalisierung. Zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt; (2004); Christa Randzio-Plath, Sind Frauen Verliererinnen oder Gewinnerinnen der Globalisierung? 10 Thesen; Tagung des Fritz-Erler-Forums und des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stuttgart, 25.6.2005; Ruth Klingebiel und Shalini Randiera: Globalisierung aus Frauensicht, (1998)

mehr Frauen Erwerbsarbeit; allerdings sind ihre Arbeitsbedingungen häufig schlechter als die von Männern. Andererseits sind Frauen immer noch in großem Ausmaß als Selbstversorgerinnen in ländlichen Gebieten tätig und stehen oft außerhalb jeglicher sozialer Sicherungssysteme. Die Arbeitsbedingungen für Frauen vor allem im ländlichen Raum haben sich überwiegend verschlechtert, Finanzkrisen haben die Wachstumsaussichten verändert und wirtschaftliche Instabilitäten verursacht, die Frauen in besonderer Weise treffen, da sie häufig als erste in Rezessionszeiten ihre Arbeitsplätze verlieren.

In den Entwicklungsländern führen häufig so genannte Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank dazu, dass Schulen und medizinische Versorgung privatisiert werden und Geld kosten. Frauen – die insbesondere in südlichen Ländern oftmals allein das Überleben der Familie sichern – müssen immer mehr arbeiten, um zuvor kostenlose soziale Dienste zu bezahlen und gleichzeitig vom Staat nicht (mehr) vorgehaltene öffentliche Dienstleistungen in Selbsthilfe zu organisieren. Zudem sind Mädchen und Frauen die ersten, die auf medizinische Behandlung und Bildung verzichten müssen. Insbesondere das Vorenthalten von Bildung wirkt sich langfristig aus, denn Mädchen und Frauen verlieren damit die Chance, über Arbeiten im informellen Sektor hinauszukommen. Drei Fünftel der 115 Mio. Kinder auf der Welt, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. Und zwei Drittel der 876 Mio. Erwachsenen, die weder lesen noch schreiben können, sind Frauen.

Privatisierung und Sozialabbau trifft auch in den Industrieländern Frauen an erster Stelle, weil Kinderbetreuung, Altenpflege und andere Reproduktionsarbeiten in die Familien zurückverlagert werden. Ethnisch und geschlechtlich strikt aufgeteilte Arbeitsmärkte entstehen rund um den Globus.

3. Strukturelle Probleme

Weltweit bestimmt eine sozial (und ökologisch) regulierte Marktwirtschaft immer weniger den Rahmen der gegenwärtigen Weltwirtschaft. Vielmehr werden deren Errungenschaften systematisch abgebaut – beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unter dem Namen Strukturanpassungsprogramme (SAPs), auf europäischer und nationaler Ebene unter den Namen „Konvergenzkriterien“, „Stabilitätspakt“ sowie „Reformen“. Seit mehr als 20 Jahren zwingen IWF, Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) die Länder des Südens zur Umsetzung neoliberaler Politik.⁸ Verpflichtungen des internationalen Schuldendienstes sowie der Protektionismus Europas und der USA tragen zu einer kontinuierlichen Umverteilung von Einkommen bei, die in eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich mündet. Nach dem Bericht der Weltbank (World Development Report 2007) verfügen mehr als 1 Milliarde Menschen über weniger als einen US-Dollar, weitere 1,5 Milliarden Menschen über weniger als zwei US-Dollar pro Tag.⁹ Das Wohlstandgefälle zwischen entwickelten Industrieländern und verarmten Ländern des Südens vergrößert sich sichtbar.

In **Europa** vertiefen sich die Gegensätze zwischen gesellschaftlich und wirtschaftlich Ausgegrenzten und denen, die vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren und zum Teil extremen privaten Reichtum angehäuft haben. In Osteuropa sind die Folgen der neoliberalen Globalisierung ungleich gravierender als in anderen europäischen Ländern.¹⁰

In **Deutschland** sind die Folgen des neoliberalen Wirtschaftens ebenfalls darin zu spüren, dass nach und nach alle Bereiche des menschlichen Lebens und die natürlichen Ressourcen als Güter des Marktes betrachtet werden. Diese fortschreitende Ökonomisierung ist Ausdruck und zugleich Motor der Globalisierung. Der weitgehende Wegfall nationaler Grenzen und Schutzgesetze für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr setzt viele klein- und mittelständische Unternehmen unter Druck, in einem weltweiten direk-

8 Joseph Stiglitz, a.a.O., 17 ff.

9 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung, (2005) 44 ff.

10 vgl. auch 14, 3. Europäische Ökumenische Versammlung, sowie 18, Perspektive der Partnerkirchen

ten Konkurrenzkampf die Kosten zu senken – beispielsweise durch Maschineneinsatz, Lohndumping und Entlassungen. Internationale Konzerne verlagern Arbeitsplätze in Billiglohnländer. Sozialabbau und wachsende Armut – selbst in den Industrieländern – sind die Folgen. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft steht zur Disposition.

5 Die Agenda 2010 in Deutschland ist Teil des Projektes der Europäischen Union, bis zum Jahre 2010 Europa zur wettbewerbsstärksten Wirtschaftsregion im Rahmen der Globalisierung zu machen. Zu ihren Maßnahmen gehören Kürzung von Arbeitslosengeld, Druck zur Aufnahme jeder beliebigen Arbeit, Kürzung von Sozialausgaben, abgesenkter Kündigungsschutz, Ein-Euro-Jobs, Ich-AGs und Mini-Jobs für einen Niedriglohnsektor, während gleichzeitig der Spitzensteuersatz gesenkt wird. Schlüsselbegriffe wie "Privatinitiative", "Eigenverantwortung" und "Selbstvorsorge" erwecken den Anschein, als ob jedes Gesellschaftsmitglied gleichermaßen und unter gleichen Bedingungen in der Lage wäre, sein Lebensglück selbst in die Hand zu nehmen.

10 "There is no alternative" formulieren Globalisierungsbefürworterinnen und -befürworter ebenso wie die Wirtschaftsredaktionen großer Volks- und Fachzeitschriften. Dieser Behauptung setzen Globalisierungskritikerinnen und -kritiker entgegen, dass Wirtschaft in der Wirtschaft gemacht werde: mit ihren eigenen Gesetzen, ihrer eigenen Logik und der Konsequenz von Marktmechanismen, die als natürliche Entwicklungen kaschiert werden. Wer sich auf diese Position einlasse, gebe der Demokratie keine Zukunft mehr. Die jährlichen Weltsozialforen hingegen versuchen, eine Gegenmacht zu entwickeln, indem sie die Kritik an der Globalisierung vorantreiben unter dem Motto "**Eine andere Welt ist möglich**".

15 Diesem Anliegen sind die Kirchen vor allem durch den **Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung** sowie durch die Programme des Weltraumes der Kirchen (ÖRK) verbunden. Als Teile eines weltumspannenden Netzes, dessen internationale Strukturen untereinander eine Beziehung der "versöhnten Verschiedenheit" ermöglichen, haben die Kirchen gelernt, lokale und globale Kontexte sinnvoll aufeinander zu beziehen. So gelingt ihnen ein verbindliches, aufeinander abgestimmtes Handeln trotz großer kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede und Entfernungen.

20 Die Provokation des Konziliaren Prozesses liegt darin, sozialpolitische, friedensethische und ökologische Fragen sowohl ekklesiologisch als auch politisch zu verstehen und die entscheidende Herausforderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht nur wach zu halten, sondern (qualitativ) zu befördern. Daher ist es Aufgabe der Kirchen, die Situation der Globalisierungsverliererinnen und -verlierer zu verdeutlichen, die von Globalisierung Profitierenden damit zu konfrontieren, den Weg zu Problemlösungen oder alternativen Modellen aufzuzeigen und selbst mit zu gehen. Dieser Weg ist deshalb so schwierig, weil auch die Kirchen von Globalisierung betroffen und in sie verstrickt sind.

4. Ökumenische Positionen

40 Partnerkirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika benennen die prekäre Lage in ihren Ländern. Ihre Erfahrungen begleiten den Prozess, in dem sich die Evangelische Kirche im Rheinland mit der wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Konsequenzen auseinandersetzt.

45 Reformierte Kirchen im südlichen Afrika, die sich 1995 in Kitwe mit der Armut auf ihrem Kontinent befassten, identifizierten die ungerechte Weltwirtschaftsordnung als deren Ursache. Theologisch sahen sie den **Status Confessionis** gegeben – den Bekenntnisstand, an dem sich nach reformierter Lehre die Zugehörigkeit zur Kirche Jesu Christi entscheidet. Innerhalb des **Reformierten Weltbundes** (RWB) wurde die theologische Debatte um Bewertung und Konsequenzen der neoliberalen Globalisierung energisch vorangetrieben.

50 1997 wurde der **Processus Confessionis** ausgerufen, der die Bekenntnisfrage als Angelegenheit eines dynamischen Prozesses verstand; 2003 stellten reformierte Kirchen des

Südens in einer "Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens" einen Kairos fest, also einen zu entschiedenem Handeln herausfordernden Zeitpunkt bzw. Fall. 2003 wurde in London eine Glaubensverpflichtung gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit formuliert, und die 2004 von der RWB-Generalversammlung beschlossene Glaubenserklärung (Accra Confession) verbindet das Bekenntnis des Glaubens mit einer Verpflichtung für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit.

Reformierte Kirchen identifizieren die neoliberale Globalisierung als ein totalitäres Glaubenssystem, das absolute Macht auch gegenüber der Souveränität Gottes und den Forderungen des Evangeliums beanspruche; die internationalen Finanzmärkte seien Imperium und Gott zugleich. In der Tradition der Barmer Theologischen Erklärung und des Bekenntnisses von Belhar, das Rassismus als Sünde identifizierte, steht die Absage an eine "Konzentration wirtschaftlicher, kultureller, politischer und militärischer Macht zu einem Herrschaftssystem unter der Führung mächtiger Nationen, die ihre eigenen Interessen schützen und verteidigen wollen"¹¹ sowie das Bekenntnis zu einem Gott, der an der Seite der Schwachen, Armen und Entrechteten steht und die Fülle des Lebens für alle verspricht.

Der **Lutherische Weltbund** (LWB) gestaltete seit 2001 einen Studienprozess zur wirtschaftlichen Globalisierung, dessen Ergebnisse 2003 von der 10. Vollversammlung festgestellt wurden. Der theologische Zugang liegt in dem zentralen Gedanken der **Communio als Gemeinschaft des Leibes Christi**, an der alle Menschen teilhaben sollen in Angemessenheit und Würde; der Leib Christi werde jedoch verletzt, wenn Menschen keinen Zugang finden bzw. ausgeschlossen seien. „Als Communio müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen entgegentreten, sie umwandeln und verändern“.¹² Der auf Privateigentum, ungezügelm Wettbewerb und dem Vorrang geschäftlicher Vereinbarungen aufgebaute Markt werde als absolutes Gesetz verstanden; dies sei Götzendienst. Gefordert werden die Entwicklung einer Ökonomie, die dem Leben dient, und die Entwicklung von Alternativen unter ausdrücklichem Bezug auf Martin Luther.

Der **Weltrat der Kirchen** (Ökumenischer Rat der Kirchen / ÖRK) erkannte Globalisierung als eine "Ökumene der Herrschaft" im Kontrast zur christlichen Vision von Ökumene, also der Einheit der Menschheit und der ganzen bewohnten Erde, der Ökumene des Glaubens und der Solidarität.¹³ Die 8. Vollversammlung 1998 in Harare forderte die Mitgliedskirchen auf, das Nachdenken über ökonomische Themen als Glaubenssache zu begreifen.¹⁴ Unter dem Appell, Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem sowie Korrekturen des Globalisierungsprozesses zu entwickeln, bestätigte die Vollversammlung die Erlassjahrkampagne und forderte Schuldenherabsetzung bzw. -erlass für verarmte, hoch verschuldete Länder im Rahmen einer globalen Wirtschaftsreform. Angesichts der Globalisierung von Wirtschaft, Kultur und Kommunikationsmitteln wurde die Unteilbarkeit der Menschenrechte – bürgerliche und politische Rechte ebenso wie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – bekräftigt.¹⁵

Der ÖRK übernahm es, die in Kirchen und Kirchenbünden laufende Auseinandersetzung um Phänomene der Globalisierung zu vernetzen und unter dem Titel **AGAPE** (Alternative Globalisation Addressing People and Earth bzw. Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde) zu bündeln. Wie sehr sich die kirchliche Beurteilung der Globalisie-

11 Martina Wasserloos-Strunk, Wirtschaften für das Leben. In: Jörgen Klußmann (Hrg.), Ökonomische Folgen der Globalisierung II, (2006) 27

12 a.a.O., 22

13 Der Herrschaft widerstehen - das Leben bejahen: die Herausforderung der Globalisierung. Hintergrundtext Ziffer 16 bzw. Empfehlungen der Vollversammlung zur Globalisierung Ziffer 1, in: Klaus Wilkens (Hrsg.), Gemeinsam auf dem Weg. Offizieller Bericht der 8. VV des ÖRK Harare 1998, (1999) 352

14 a.a.O., Empfehlungen zur Globalisierung, Ziffer 6, 354

15 a.a.O., Erklärung zu den Menschenrechten, insbes. Ziffern 3.3 bis 3.5 sowie 3.8, 380 - 393

5 rung an der je eigenen Lebenssituation orientiert, wurde schnell deutlich. Die Kirchen in den hochentwickelten industrialisierten Ländern des Nordens – hier bezeichnet als "Kirchen des Nordens" – tendieren zu einer Gestaltung der Globalisierung, während die Kirchen in den Schwellen- und Entwicklungsländern des Südens – hier bezeichnet als "Kirchen des Südens" – der Globalisierung aufgrund negativer und ausgrenzender Konsequenzen eher ablehnend gegenüber stehen.

10 **Die europäische Soesterberg-Konsultation** forderte 2002 im Rahmen des AGAPE-Prozesses eine europäische soziale Marktwirtschaft mit den Eckwerten Würde, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Nachhaltigkeit, Verantwortung, Solidarität, Subsidiarität. Sie stellte fest, dass es Götzendienst gleichkomme, den globalen Markt nach Maßgabe einer nicht zu hinterfragenden neoliberalen Wirtschaftslehre auszugestalten, weil dies zu Ausschluss, Gewalt und Tod führe.¹⁶ Die Teilnehmenden verfassten getrennte Schreiben an die Kirchen in Westeuropa, an Kirchen in Asien, im Pazifik und in Argentinien sowie an Kirchen in Zentral- und Osteuropa. Der "Brief an die Kirchen in Westeuropa" wurde von der EKD an ihre Gliedkirchen weitergegeben in der Absicht, deren Antworten zu bündeln und diese der Konferenz Europäischer Kirchen zu übergeben.¹⁷

15 **Die Ergebnisse des AGAPE-Prozesses** wurden der 9. Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre in einem "Hintergrunddokument" vorgelegt. Es nimmt den Ansatz der Kirchen des Südens auf, indem es als Konsequenz der neoliberalen Wirtschaftsordnung den Ausschluss großer Teile der Weltbevölkerung von materiellen Errungenschaften feststellt und zu der Bewertung kommt, dass Ordnungen, die nicht dem Leben aller dienen – weil die Kriterien der sozialen Verantwortung und der gerechten Teilhabe längst aufgegeben wurden -, den Bund Gottes untergraben. Die Vollversammlung beschloss, den AGAPE-Prozess weiterzuführen als theologische Reflektion, zur Durchführung solider politischer, wirtschaftlicher und sozialer Analysen, mit dem Ziel eines ständigen Dialogs zwischen religiösen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren sowie als Austausch der Kirchen über praktische, positive Ansätze.¹⁸ So stützt und fördert dieses Konzept einen Prozess des Bekennens (Processus Confessionis), der einerseits ein klares Nein gegen die herrschende neoliberale Wirtschaftsordnung und andererseits Visionen eines alternativen Lebens in der Solidarität aller Menschen einfordert. Als Transformationsprozess mit dem Ziel, "ungerechte wirtschaftliche Strukturen zu verwandeln", steht es einem Ansatz, der eine verbessernde Gestaltung von Globalisierung innerhalb der herrschenden neoliberalen Wirtschaftsordnung für möglich hält, auf der theoretischen Ebene diametral gegenüber.

20 25 30 35 40 Die **Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)** versucht eine Vermittlung der divergierenden Positionen unter dem Titel "Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung".¹⁹ Einerseits werden die Ideologie des Neoliberalismus und die "Vergötzung des Marktes" abgelehnt, andererseits wird die soziale Marktwirtschaft als bewährtes Wirtschaftssystem und als Korrektiv für das bestehende Wirtschaftssystem empfohlen. Der aus dem AGAPE-Dokument des ÖRK entlehnte Begriff der transformativen Gerechtigkeit wird lediglich bezogen auf das Eingeständnis, die Europäische Union sei eine der treibenden Kräfte der weltweiten Liberalisierung.²⁰

16 Brief an die Kirchen in Westeuropa, 11. Absatz, in: KAIROS EUROPA, Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens - Kirchen im Prozess für gerechte Globalisierung, 17 ff.

17 Schreiben vom 27.08.2003; Antwort am 13.07.2004 mit Hinweis auf das Schwerpunktthema der Landessynode

18 Klaus Wilkens (Hrsg.), In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt. Offizieller Bericht der 9. VV des ÖRK Porto Alegre 2006, (2007) 288 ff.

19 Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (Hg.), Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung; (2006)

20 a.a.O., 26

Bisher ist es der KEK nicht gelungen, angesichts der negativen Erfahrungen mit staatlich gelenkten Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa²¹ sowie des Versagens der sozialen Marktwirtschaft aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialstaat und regulierenden Strategien in Westeuropa ein realistisches Modell für eine Umgestaltung des Wirtschaftssystems aufzuzeigen. Die von der KEK und vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen ausgerichtete 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu im September 2007 hat die Frage, wie der in Europa stark entwickelte Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf die aus der ökumenischen Globalisierungsdiskussion erwachsene Forderung nach umfassender Gerechtigkeit sowie Überwindung von Armut und Ungleichheit reagiert, mit der Empfehlung beantwortet, einen konsultativen Prozess zu beginnen, „der sich mit der Verantwortung Europas für ökologische Gerechtigkeit angesichts des Klimawandels, für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung und die Rechte der Roma und anderer ethnischer Minderheiten befasst“.²²

5. Die Debatte im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das 1997 veröffentlichte **Gemeinsame Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland**²³ fordert angesichts der negativen Seiten der Globalisierung die gemeinsame Verantwortung der Völkergemeinschaft, denn „Globalisierung ereignet sich nicht wie eine Naturgewalt, sie verlangt nach politischer Gestaltung“.²⁴ Unter dem Ziel einer menschenwürdigen, freien, gerechten und solidarischen Ordnung²⁵ wird das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit entfaltet in Verbindung mit einem Paradigmenwechsel, nämlich alle nationalen Entscheidungen aus der Sicht der Einen Welt zu treffen²⁶ und daher nationale Konzepte und ein System internationaler Arbeitsteilung aufeinander zu beziehen. Der These eines aus sich selbst funktionierenden Interessenausgleichs in der freien Marktwirtschaft werden Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegen gestellt. Maßstab für die Glaubwürdigkeit der Kirchen ist die Übertragung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen auf das eigene Handeln.²⁷

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland verabschiedete 2001 in Amberg eine Kundgebung unter dem Titel „**Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten**“, der die Überzeugung zugrunde liegt, negative Auswirkungen der Globalisierung eindämmen zu können und zu müssen. Diese schon in der Synode umstrittene Position wirft die Frage auf, welche nachhaltigen Korrekturen innerhalb der neoliberalen Wirtschaftsordnung möglich sind und wer das Konzept „Globalisierung gestalten“ im Sinne der Kundgebung umsetzen soll.

Nicht von der Amberger EKD-Synode, sondern von der Europäischen Konferenz in **Soesterberg 2002** gingen entscheidende Impulse für die Auseinandersetzung mit der ökonomischen Globalisierung in den deutschen Kirchen aus.

Eine **Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen von 2004** entwickelte als Antwort auf Soesterberg und in Aufnahme des Gemeinsamen Wortes von 1997 das Leitbild der Nachhaltigkeit in Verbindung mit einem erweiterten Gerechtigkeitsbegriff, der von der Verteilungsgerechtigkeit zur Beteiligungsgerechtigkeit führt. Eine Fülle von Anregungen und Appellen richten sich an Politik und Wirtschaft; um den hier gewünschten

21 a.a.O., 22

22 Botschaft der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung, Empfehlung VIII; in: epd-Doku. 41-42/2007, 12

23 Kirchenamt der EKD und Sekretariat der DBK (Hrsg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, (1997), Ziffer 84 - 90

24 a.a.O., Ziffer 88

25 a.a.O., Ziffer 94

26 a.a.O., Ziffer 237 sowie 242

27 a.a.O., Ziffer 243

Dialog zu erleichtern, wird der Begriff „wirtschaftlicher Liberalismus“ aufgenommen, da der Begriff Neoliberalismus als ideologisch besetzt gelte und Gespräche erschwere.²⁸

Im **Bereich des Konziliaren Prozesses** haben die Ökumenischen Netze und Basisgruppen sowie „Kairos Europa“ als ihr wichtigster Zusammenschluss die Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Globalisierung unter dem Motto „Wirtschaften für das Leben“ vorangetrieben.

Für die 3. Konsultation zwischen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland und Gruppen im Konziliaren Prozess wurde von Konziliaren Gruppen ein Grundsatzpapier vorgelegt, das unter dem Titel „Das Ganze verändern“ fortgeschrieben wurde.²⁹

Kairos Europa hat die ökumenische Debatte begleitet und durch eigene Publikationen grundlegend gefördert.³⁰

6. Die Debatte im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland

In der Evangelischen Kirche im Rheinland beschäftigen sich Gemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen seit Jahren mit Fragen der Globalisierung.

Die Kirchenkreise Aachen und Jülich, die seit langem systematisch über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung vor Ort bzw. in ihren Partnerkirchen diskutieren, richteten entsprechende Beschlüsse ihrer Kreissynoden an die Landessynode 2006.

Der Kirchenkreis Oberhausen legte einen Antrag in Aufnahme des AGAPE-Prozesses des ÖRK vor.

- Auf Antrag der Kreissynode **Aachen** fasste die Landessynode 2005 den Beschluss, Globalisierung zum Schwerpunktthema einer Landessynode zu machen.³¹
- Der Antrag des Kirchenkreises **Jülich**³² basiert auf einem Aufruf zum "Bund für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit und fordert die Leitungsgremien der Evangelischen Kirche im Rheinland auf, den weltweiten ökumenischen Diskussionsprozess (Processus Confessionis) aufzugreifen und sich daran verbindlich zu beteiligen. Abgelehnt wird die neoliberale Wirtschaftsordnung sowie jede Ordnung, "die nicht dem Leben aller dient und so den Bund Gottes untergräbt". Die Verpflichtung lautet, „in Zusammenarbeit mit den Kirchen weltweit für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit zu arbeiten, sowohl im globalen Kontext als auch in unserem regionalen und lokalen Umfeld".
- Der Antrag des Kirchenkreises **Oberhausen**³³, der sich auf die Vollversammlungen des ÖRK 1998 in Harare und 2006 in Porto Alegre bezieht, fordert die Aufnahme des AGAPE-Prozesses; dabei soll "das Nachdenken über und die Umsetzung von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung im Mittelpunkt der Überlegungen und Verlautbarungen stehen". Daher wurde bei der Landessynode beantragt: die Ergebnisse und Analysen des ÖRK intensiv zu beraten; sich die eindeutige Kritik des neoliberalen Globalisierungssystems, wie sie im Weltrat der Kirchen formuliert wird, zu Eigen zu machen und durch Beispiele im eigenen Kontext zu belegen; Alternativen, wie sie im AGAPE-Prozess aufgenommen werden, aufzugreifen und einen intensiven Diskussionsprozess in den Gemeinden und Kirchenkreisen anzuregen; zur Landessynode für das Hauptreferat und als Ressource-Person eine Vertreterin oder einen Vertreter des ÖRK einzuladen.

28 Wirtschaft im Dienst des Lebens - Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, Materialien für den Dienst 1/2005, 16

29 Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Das Ganze verändern, in: <www.oekumenisches-netz.de/dgv_end_layout.rtf>

30 Kairos Europa siehe www.EvangelischeKircheimRheinland.de/globalisierung/42748_43440.php

31 Verhandlungen der Landessynode 2005, 295 f

32 Verhandlungen der Landessynode 2006, 307 ff.

33 a.a.O., 314 f

Während der Kirchenkreis Oberhausen die Übernahme des AGAPE-Ansatzes und einen entsprechenden inhaltlichen Zugang für die landessynodale Auseinandersetzung fordert, folgt der Jülicher Antrag der reformierten Diskussion, die zu einem klaren Nein gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung und dem Bundesschluss von Accra führte. Dahinter steht eine gründliche theologische Diskussion um die kirchliche Antwort auf die Globalisierung bzw. um die Bekenntnisfrage.³⁴

Die Landessynode 2006 beauftragte den Ständigen Theologischen Ausschuss, eine **Stellungnahme zu theologischen Grundsatzfragen im Kontext der Globalisierungsdebatte** zu erarbeiten, insbesondere zur Frage des Bekenntnisses in der Evangelischen Kirche im Rheinland. Sie beabsichtigte damit nicht die Abkoppelung theologischer Grundsatzfragen von dem komplexen Auftrag „Wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen“ oder einen isolierten Vorgriff auf die synodale theologische Erörterung, sondern die Klärung des Bekenntnisbegriffes für die Evangelische Kirche im Rheinland im Rahmen des laufenden Arbeitsprozesses. Insbesondere die Debatte in den reformierten Kirchen und die wiederholte Forderung einer Glaubenserklärung angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit haben die Kirchen des Nordens vor die Frage gestellt, ob sie den von den südlichen Kirchen deklarierten Status Confessionis anerkennen und mit einem Bekenntnis beantworten wollen. Ist ein Bekenntnis nur möglich und geboten gegen kirchliche Irrlehre? Die Glaubensverpflichtung von Accra, die sogenannte Accra Confession, geht von einem dynamischen Bekenntnisbegriff aus: "Eine Glaubensverpflichtung kann ihre Ausdrucksform gemäß der jeweiligen regionalen und theologischen Tradition in unterschiedlicher Weise finden: als Bekenntnis, als gemeinsamen Akt des Bekennens, als Glaubenserklärung oder als einen Akt der Treue gegenüber dem Bund Gottes".³⁵

Der Theologische Ausschuss stellte hingegen für die Evangelische Kirche im Rheinland fest, dass Status Confessionis und Processus Confessionis derzeit keine zentralen theologischen Herausforderungen seien; jedoch sei eine ethische Stellungnahme "mit Ernst und Entschiedenheit" erwünscht als ein klares Wortzeugnis und als ein konkretes Engagement für Gerechtigkeit im Sinne einer Praxis, die dem Bekenntnis entsprechen müsse. Das Zeugnis der Kirchen des Südens sei zu hören, in seiner Würde zu achten und als Anfrage ernst zu nehmen.

In kritischer Würdigung des Bundesschlussgedankens und in Distanzierung von den Begriffen Imperium und Mammonismus befürwortete der Ständige Theologische Ausschuss das ökumenische Konzept "Wirtschaften für das Leben" und forderte eine realistische Einschätzung der kirchlichen Möglichkeiten zu entschiedenem Handeln.³⁶

Die **Perspektiven der Partnerkirchen** bestimmten von Beginn an die Diskussion und den Arbeitsprozess. Sie stellen unserer Kirche die Frage, wie sie nicht nur ethisch, sondern mit ihrem Zeugnis und ihrem Bekenntnis auf die wirtschaftliche Globalisierung reagiert. Theologinnen in Asien haben die Globalisierung als eine Form des Götzendienstes beschrieben: "Diese kritische Perspektive wurde von den Leitern einiger asiatischer Kirchen aufgegriffen, die jetzt den Begriff Globalisierung mit der des Empire verbinden. Weitaus mehr kritisches Engagement ist notwendig, um der Wucht dieses neuen Götzendienstes zu widerstehen".³⁷

Ein afrikanischer Theologe stellt fest: „Die Globalisierung hat die Welt in ungekanntem Maße zusammen geführt. Wir sind auf dem Weg zu einer globalen Konsumkultur. Aber

34 Jens Sannig (Hrsg.), Globalisierung – Segen oder Fluch? Entscheiden und Bekennen. Ein Kirchenkreis stellt sich den Herausforderungen der Globalisierung, (2006)

Klaus Eberl, Jens Sannig (Hrsg.), Das Soziale neu denken? Der Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik und die sozialethische Verantwortung der Kirche. Symposiumsbericht, (2005)

35 Martina Wasserloos-Strunk, a.a.O., 29 (s. FN 12)

36 Landessynode 2007, Drucksache 1, 36 - 41; vgl. Anhang 5

37 Sophia Lizares-Bodegon (Vereinte Evangelische Mission/VEM), Globalization: Vulnerability and the Erosion of Care in Asia; Globalisierung - Frauen und Kinder tragen die schwerste Last; in: Klußmann, Ökonomische Folgen der Globalisierung I, 76 ff.

diese Globalisierung ist äußerst ungerecht, da sie von Menschen geführt wird, deren Ideologie das Gesetz des Dschungels ist – das Überleben des Stärkeren".³⁸

Gesprächspartnerinnen und -partner aus dem Süden vollziehen die grundlegende Kritik ihrer Kirchen mit und sehen den Bekenntnisfall gegeben, während Vertreterinnen und Vertreter aus Osteuropa und den Vereinigten Staaten zwar eine grundlegende Kritik an der Globalisierung weitgehend teilen, jedoch die Bekenntnisfrage nicht explizit stellen.³⁹ Die United Church of Christ USA, eine scharfe Kritikerin der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse, folgt dem Motto und Ziel der Weltsozialforen " Eine andere Welt ist möglich", ohne die Systemfrage grundsätzlich zu behandeln. Osteuropäische Vertreterinnen und Vertreter beschreiben dezidiert die Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftssystems auf ihre Länder nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und stellen das wirtschaftliche System des Westens in Frage.

15

II. Theologisch-ethische Positionen

1. Wie ist soziale Gerechtigkeit in der globalen Ära möglich?

Die wirtschaftliche Globalisierung ist ein sich selbst verstärkender Prozess, der politisch kaum noch gesteuert werden kann. Aus der Beobachtung, dass das historische Bündnis zwischen Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie – das westliche, nationalstaatliche Projekt der Moderne – zu zerbrechen scheint, schließt Ulrich Beck: "Die wirtschaftliche Entwicklung entzieht sich der nationalstaatlichen Politik, während ihre sozialen Folgeprobleme sich in den Auffangnetzen des Nationalstaates sammeln (...) Auf die Schlüsselfrage der zweiten Moderne: Wie ist soziale Gerechtigkeit in der globalen Ära möglich? hat niemand eine Antwort".⁴⁰

Die ökumenische Auseinandersetzung verläuft zwischen den Polen „Gestaltung der Globalisierung“ und „Veränderung und Überwindung der Globalisierung durch Alternativen“ – anders gesagt: zwischen der Überzeugung von der Reformfähigkeit der herrschenden globalen Marktwirtschaft einerseits und der Forderung nach systemverändernden Eingriffen andererseits.

Die **Gestaltungsposition** will über eine kritische Prüfung, die auch die Ablehnung einzelner Erscheinungsformen der Globalisierung einschließt, zur positiven Veränderung beitragen, während die **Alternativposition** die Grundlagen der neoliberalen Wirtschaftsordnung angreift und Alternativen zur herrschenden ökonomischen Globalisierung zu entwickeln versucht.

Diese Auseinandersetzung führt zu Spannungen: Wer einen gestaltenden Ansatz hat, wird der anderen Seite vorwerfen, sie könne kein schlüssiges Konzept für eine ökonomische Neugestaltung der Weltgesellschaft vorlegen. Wer – wie die Kirchen des Südens z. B. in der Accra-Confession – aufgrund einer theologischen Beurteilung der Globalisierung den Processus Confessionis ausruft, fordert die Gemeinschaft der Kirchen heraus. Kirchen, die angesichts der Globalisierung die Frage des Bekenntnisses nicht akzeptieren oder nicht stellen zu müssen meinen, müssen sich fragen lassen, ob sie sich außerhalb dieser Gemeinschaft positionieren.

45

38 Fidon R. Mwombeki (VEM), Globalization from an African Point of View, Globalisierung aus afrikanischer Perspektive; in: Klußmann, a.a.O., 54 ff.

39 Jörgen Klußmann (Hrsg), Ökonomische Folgen der Globalisierung I, (2005)
Ders. Ökonomische Folgen der Globalisierung II, (2006)
Ders. Aktivitäten und Antworten der Evangelischen Kirche im Rheinland, (2006)

40 Ulrich Beck, Was ist Globalisierung? (Neue Auflage 2007) 256 f.

Diese Spannung prägt die ökumenische Diskussion und wirkt sich aus auf den zwischenkirchlichen Dialog, der immer auch unter dem Prinzip der gegenseitigen Rechenschaftspflicht zu führen ist.

5 "Ein großer Teil der ethischen Fragen sind **Ermessensfragen**. Zu ihrer Beantwortung ist ein vernunftgeleiteter Diskurs nötig, der zu unterschiedlichen Antworten innerhalb einer Kirche führen kann.

Die Grenze zwischen Ermessens- und Bekenntnisfragen ist nicht immer klar und deutlich zu ziehen. Ermessensfragen können in bestimmten Situationen zu Bekenntnisfragen werden. Viele Kirchen des Südens deuten aus ihrer Perspektive zu Recht die Wirkungen der globalisierten Wirtschaft als potenzierte Fortsetzung von Sklaverei, Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Nicht zufällig gingen deshalb von ihnen Anstöße aus, in diesem Kontext auch die **Bekenntnisfrage** (oder Glaubensfrage) zu stellen. Dem Bekenntnis hat nicht nur die Lehre, sondern auch die Praxis der Kirche zu entsprechen. Wenn also eine Bekenntnisfrage gestellt wird, sind die Gemeinschaft der Kirchen, ihr gemeinsames Bekenntnis und ihr aufeinander bezogenes Handeln berührt. Damit sind wir als Evangelische Kirche im Rheinland herausgefordert, auf die Anstöße aus den Kirchen des Südens zu antworten".⁴¹

Die Breite der ökumenischen Debatte zur Globalisierung kann an zwei Positionen erläutert werden. Beide werden in der Evangelischen Kirche im Rheinland vertreten und miteinander ins Gespräch gebracht: als „Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung“ und als „Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsordnung“.

Diese Positionen sind nicht notwendigerweise als diametral entgegengesetzt zu verstehen, sondern sie bilden – ausgehend vom biblischen Zeugnis und seiner Auslegung in Bekenntnis und Theologie – unterschiedliche Standorte und Wahrnehmungen der Wirklichkeit ab.

In Anliegen und Ziel weisen sie Gemeinsamkeiten auf: sich an der Analyse der Ursachen zunehmender Ungerechtigkeit, Armut und Gewalt zu beteiligen, die Vision einer gerechteren Welt zu entwickeln, praktische Schritte zu ihrer Verwirklichung konsensfähig zu machen.

Beide Positionen stehen in dieser Stellungnahme bewusst nebeneinander (II.4. und 5.). Ihre theologischen Grundlegungen sind nicht exklusiv; sie führen nicht linear zu bestimmten sozialetischen Optionen, sondern aus ihrer jeweiligen Perspektive „übersetzen“ sie Gottesbild und Menschenbild in die Herausforderungen unserer Zeit.

35

2. Biblische Grundlegungen

Die Option für die Armen und Schwachen sowie die Teilhabe aller Menschen an den von Gott geschenkten Gütern dieser Erde sind als biblische Weisungen zugleich Maßstab des Urteilens, Handelns und Bekennens. Deshalb ist die Komplexität der wirtschaftlichen Globalisierung unbeschadet unserer eigenen Verflechtung in neoliberales Handeln aus der Perspektive jener, die von ihren Errungenschaften ausgeschlossen werden, zu beurteilen.⁴²

Gerechtigkeit ist zentrales Thema der Bibel. Gerechtigkeit ist Gottes Maßstab für Israel, sie ist Kriterium für die Frömmigkeit des Einzelnen und die kultische Integrität in der Gemeinschaft. Sie ist im Einklang zu sehen mit Recht und Partizipation, mit der Befriedigung von Grundbedürfnissen und Überlebenschancen für alle Menschen unabhängig von Rasse, Geschlecht, Klasse, Nation und Generation. Gerechtigkeit soll ein Leben in Würde und

45

41 Ständiger Theologischer Ausschuss der Evangelischen Kirche im Rheinland, vgl. FN 36

42 vgl. I.6 zur Perspektive der Partnerkirchen

Freiheit sowie in voller Teilhabe an der Gemeinschaft gewährleisten.⁴³ Das Bild vom Ort, wo Gerechtigkeit und Frieden sich küssen (Psalm 85), kennzeichnet eine Verfasstheit als soziale, ökonomische und politische Einheit von Gerechtigkeit und Frieden.

5 Das Grundproblem von Arm und Reich wird mit der Ökonomie des "**Genug für alle**" konfrontiert.⁴⁴ Es widerspricht diesem biblischen Grundsatz, Menschen von den reichen Gütern der Erde auszuschließen. Die Propheten werfen den Reichen soziale Unterdrückung und Entrechtung der Armen vor. Maßlosigkeit, Größenwahn, Ausbeutung von Natur und Mensch und die Anhäufung von Besitz sind immer wiederkehrende Gegenstände der Kritik, nicht nur im Buch des Propheten Amos.

10 Die Thora übersetzt die Option Gottes für sein unterdrücktes Volk in eine „Sozialgesetzgebung“, die eine Armensteuer, die tägliche Lohnauszahlung für Tagelöhner und die Armenfürsorge für besitzlose Gruppen kennt. Daneben kannte das Judentum als einzige Gesellschaft der Antike das Zinsverbot, das mit der Regelung des Schuldenerlasses zu den "Kernstücken biblischen Wirtschaftsrechts" gehört.⁴⁵

15 Die vorrangige **Option für die Armen** und Entrechteten und deren Befreiung ist grundlegend für die biblische Hermeneutik.

Im Buch Exodus stellt sich Gott als ein Gott vor, der das Elend und die Unterdrückung des Volkes Israel in Ägypten gesehen und seine Hilfeschreie gehört hat. Die Lebenssituation der Entrechteten, Armen und Opfer ist in den Augen Gottes Unrecht, das nicht sein darf. Der Dekalog (Ex. 20.1; Dtn. 5,6), begründet in der Befreiung aus der Sklaverei, ist hierfür zentrales biblisches Zeugnis. Der Sabbat erinnert an die Befreiung aus dem Arbeitshaus in Ägypten. Das Sabbatjahr schafft hebräischen Sklavinnen und Sklaven im siebten Jahr Freiheit. Das Land soll sechs Jahre bestellt werden und im siebten Jahr ruhen. Das Jubeljahr, das Schuldenerlass und das Recht der Rückkehr auf den angestammten Grundbesitz bringt, nimmt die Reichen und die Starken in die Pflicht.

25 Das **Neue Testament** knüpft an diese Tradition an: Jesus selbst bringt den Unterdrückten Gerechtigkeit und den Hungernden Brot; er verkündigt den Armen das Evangelium; er befreit die Gefangenen und gibt den Blinden das Augenlicht (Lk 4,18); er unterstützt und schützt die Bedrängten, die Fremdlinge, die Waisen und die Witwen. Jesus verheißt ein Leben in Fülle (Joh 10,10). Die Armen und Ausgegrenzten werden in den Mittelpunkt des menschlichen Handelns und Sorgens gestellt, indem zur Gerechtigkeit "mit den Gerings-
30 ten unter den Geschwistern" aufgerufen wird (Mt 25,40).

In der reformatorischen Tradition hat die Befreiungstat Gottes in Jesus Christus Folgen für das sozial-ökonomische Handeln. Die durch Christus befreiten Menschen gewinnen ihren Wert nicht durch eigenes Kaufen, sondern sind wertvoll, weil sie von Christus „er-
35 kauft“ und sein „Eigentum“ sind (Heidelberger Katechismus, Frage 34). Sie sind Teil der neuen Wirklichkeit, die in Jesus Christus angebrochen ist. Das verbietet „allen Geiz und unnütze Verschwendung“ der Schöpfungsgaben Gottes (Heidelberger Katechismus, 34). Gott will, dass „wir Lust zu aller Gerechtigkeit haben sollen“ (Heidelberger 113).

40 In diesem Sinne treten Christen und Christinnen für eine neue Art des Wirtschaftens ein, die Menschen nicht als habgierig und egozentrisch sieht und fördert. Es ist erforderlich, dass im Rahmen einer gerechteren und zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung die Völker des Nordens mit den anderen teilen und diejenigen, die im Wohlstand leben, auf einen Teil desselben verzichten.

43 Erklärung der Vereinigten Kirche Jesu Christi (UCC) in den USA, Christlicher Glaube: Wirtschaftsleben und Gerechtigkeit (1989) 4. Vgl. auch die UCC-Studie „Der christliche Glaube und das Wirtschaftsleben“, epd-Dokumentation 13/1988

44 Vgl. ausführlich: Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger und Vincenzo Petracca, Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus - Wege zu ihrer Überwindung, (2006). vgl. z.B. 2. Kor. 8 und 9

45 Eine ausführliche Darstellung für die Auswirkungen des Zinsverbotes im Judentum bei: Franz Segbers, Die Herausforderung der Thora, (1999) 192-197

Wirtschaft gibt es nur, weil es den Menschen gibt. Sie hat vorrangig dem Leben zu dienen. Nach jüdisch-christlicher Tradition orientiert sich wirtschaftliches Handeln am Maßstab der Gerechtigkeit, die allen gilt (Partizipation)⁴⁶ (und für alle ein Leben in Würde und ohne materielle Not (Bedarfsgerechtigkeit) einfordert. Dieser Maßstab der Gerechtigkeit ist aus christlicher Sicht die normative Grundlage, das entscheidende Kriterium für die sachgemäße Gestaltung wirtschaftlichen Handelns.

3. Beteiligungsgerechtigkeit durch Verwirklichung der Menschenrechte

Christinnen und Christen glauben der biblischen Verheißung, dass alle „das Leben und volle Genüge“ haben sollen, und orientieren sich am **Prinzip der Beteiligungsgerechtigkeit**:

Jeder Mensch soll den Zugang zu den Grundgütern, eine grundlegende soziale Sicherung sowie eine Qualifikation zur Teilhabe am Wirtschaftsprozess erhalten.⁴⁷

In Aufnahme und Weiterführung der Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ von 1991 rückt das **Gemeinsame Wort** Solidarität in unmittelbare Nähe zur sozialen Gerechtigkeit. „Suche nach Gerechtigkeit ist eine Bewegung zu denjenigen, die als Arme und Machtlose am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Lebens existieren und ihre Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft nicht aus eigener Kraft verbessern können. Soziale Gerechtigkeit hat insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteinahme für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind. Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.“⁴⁸

Dieses Ziel wird verwirklicht über das Prinzip der Beteiligungsgerechtigkeit.

Sein konkreter Ausdruck besteht im Einsatz für die **Verwirklichung der unteilbaren Menschenrechte**, also für die gleichermaßen wichtige Einhaltung der politischen und bürgerlichen Menschenrechte wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.

Das Prinzip der Menschenrechte, dessen Fundament und Leitmotiv die Anerkennung und die Garantie der Menschenwürde als oberster Wert sind, ist die säkulare Entsprechung des **christlichen Verständnisses vom Menschen**, das vom Kern des Glaubens her die Würde des Menschen und seiner Rechte in einer sonst vom Tod gezeichneten Welt besonders betont. Jeder Mensch ist einzigartig und unverwechselbar; er ist deswegen als Gottes Kind zu lieben und zu achten. Für Ausbeutung, Ungerechtigkeit und andere lebensfeindliche Umstände, die Menschen von anderen Menschen zugemutet werden, kann es daher nach christlicher Ethik keine Rechtfertigung geben, sondern es ist eine Konsequenz aus dem Bekenntnis zum dreieinigen Gott, die Menschenrechte in ihrer umfassenden Bedeutung für *alle* Menschen einzufordern. Sie bilden – universell anerkannt – eine angemessene Grundlage und Legitimation auch für das christliche und kirchliche Reden und Handeln mit Institutionen und Gruppen der Politik, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und auch mit anderen Religionen. Gerade in einer von vielen Weltanschauungen und Religionen geprägten Welt ist eine gemeinsame Werthaltung notwendig, die nicht nur von Christinnen und Christen, sondern auch von Angehörigen anderer Religionen sowie von nicht-religiösen Menschen guten Willens geteilt werden kann.

46 Partizipation ist z.B. für Arthur Rich ein Kriterium des Menschengerechten bzw. Grundbedingung für Kooperation in der Weltwirtschaft. Arthur Rich, Wirtschaftsethik Bd. II, hier insbes. 3.3.5: Das Menschengerechte unter dem Aspekt der Partizipation, 144 - 162, sowie 7.3: Grundbedingungen für eine partizipative Kooperation in der Weltwirtschaft, 350 - 362

47 Studie der EKD "Gerechte Teilhabe", (2006)

48 Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, (1991) Ziffer 155

Die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948**⁴⁹ als Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen ist zwar kein rechtlich verbindlicher Akt; aber zahlreiche Menschenrechtsdeklarationen und -konventionen knüpfen an sie an. Das gilt insbesondere für die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen von 1966⁵⁰: den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) sowie den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt).

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschränkt sich nicht darauf, die persönlichen Rechte und Freiheiten der einzelnen Menschen zu betonen, sondern hat von Anfang an die sozialen Rechte aller in der **Weltgemeinschaft** vor Augen. Die Gesellschaft soll so geordnet sein, dass für jeden Menschen die „für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ gewährleistet werden.⁵¹ Dazu gehören das Recht auf soziale Sicherheit, auf Arbeit, freie Berufswahl, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Erholung und Freizeit, auf Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung, Bildung sowie Teilnahme am kulturellen Leben der Gemeinschaft.⁵² Es geht also nicht nur darum, die Entwicklung eines Individuums vor unzulässigen Übergriffen zu schützen, sondern auch die Grundvoraussetzungen zu schaffen für die Einbeziehung aller Menschen in die **Entwicklung einer solidarischen Weltgemeinschaft**. Zugleich jedoch sollen die Früchte des Fortschritts allen Menschen zugute kommen und eine Teilhabe aller Menschen an den Errungenschaften der Weltgemeinschaft möglich sein.

„Im Blick auf die Ordnung der Wirtschaft bedeutet die Maxime des „Menschengerechten“, dass alles Wirtschaften dem menschlichen Recht auf Leben gerecht werden muss. Als allgemeinen Maßstab des „Menschengerechten“ und damit als generelle Antwort auf die ethische Forderung der Gerechtigkeit verweisen viele Stellungnahmen auf die Menschenrechte, wie sie in den internationalen Pakten für bürgerliche und politische, sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbindlich festgeschrieben sind. (...) Damit wird die im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung bekräftigte „vorrangige Option für die Armen“ nicht nur als ein ethisches Kriterium, sondern als ein Rechtsanspruch der Betroffenen unterstrichen.“⁵³

Die Einforderung einer weltweiten Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte ist das Dach aller Bemühungen, den Prozess der Globalisierung gerecht zu gestalten. Alle Rechtsakte und Rahmenordnungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie den universalen und unteilbaren Rechten ausreichend Rechnung tragen.

4. Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung

4.1 Gottes Anspruch auf die Welt

Die neoliberale Wirtschaftsordnung hat Züge einer totalitären Macht und eines weltanschaulichen Systems. Sie konterkariert Gottes Anspruch auf die Welt. Ein Ausgleich der Interessen ist in einem Wirtschaftssystem, das nicht dem Interesse aller dient, kein Ziel mehr.

49 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg), Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen. 4. Aufl. 2004. Dieser Band enthält auch die beiden Menschenrechtspakte von 1966.

50 vom 19. Dezember 1966; für die Bundesrepublik Deutschland nach Ratifizierung (BGBl. 1973 II, 1534 ff. u. 1570 ff.) in Kraft getreten am 23. März 1976

51 Art. 22

52 Art. 23-27

53 Konrad Raiser: Wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung? Vortrag bei der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland, Bad Neuenahr, 8.1.2008

Der Processus Confessionis kennzeichnet dieses Phänomen mit den Begriffen **Mammon und Götzendienst**. Er bezieht sich ausdrücklich auf **Martin Luther**. Für ihn ist Habgier, die sich in Geiz und Wucher ausdrückt, eine Hauptsünde; durch sie wird Menschen die Lebensgrundlage entzogen. 1539 verlangt er, gegen Wucherer die Kirchenzucht anzuwenden;⁵⁴ damit wird Profitgier implizit zum ethisch begründeten Bekenntnisfall.⁵⁵ Luther folgert für das Predigtamt, welches er als Teil des geistlichen Regimentes Gottes und als Wächteramt versteht, dass es vor dem kapitalistischen Geist eindringlich zu warnen habe.⁵⁶ Wirtschaftliche Praktiken und Einstellungen können in Widerspruch geraten zu dem, was Gott nach biblischem Verständnis für den Menschen will.

Im großen Katechismus schreibt Luther zur Auslegung des 1. Gebotes: "Denn die zwei gehören zuhauf (zusammen), Glaube und Gott. Woran du nun, sage ich, dein Herz hängst und worauf du dich verlässest, das ist eigentlich dein Gott".⁵⁷ Er identifiziert den Mammon als Abgott oder Götzen: „Der Mammon ist auch ein Gott; d.h. er wird von den Menschen wie Gott verehrt und hilft ihnen auch zuweilen.“⁵⁸

Michael Welker warnt zwar, es könne zu einem „antiökonomischen Manichäismus und einem ökonomischen Analphabetismus“⁵⁹ führen, wolle man die verkürzte Zuspitzung der Kritik an den wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung im Neoliberalismus auf die Formel „Gott oder Mammon“ bringen; dennoch könne die Gegenüberstellung Gott oder Mammon „wie ein alarmierender Vorspann zur Formulierung wirklich dringlicher Fragestellungen zur Arbeit an sozialetischen und politischen Zukunftsaufgaben“⁶⁰ wirken.

4.2 Widersprüchliche Einschätzungen

Die Kirchen als Teil der weltweiten wie nationalen Globalisierungsprozesse befinden sich in einem Spannungsfeld widersprüchlicher Einschätzungen.

Die reformierten **Kirchen des Südens** stellen fest, dass mit der neoliberalen Wirtschaftskonzeption und ihren Mechanismen das Evangelium selbst – die gute Nachricht für die Armen – auf dem Spiel steht, denn seine Glaubwürdigkeit wird verletzt und die Souveränität Gottes wird angegriffen⁶¹. Sie sehen die Gemeinschaft der Kirchen und ihr aufeinander bezogenes Handeln in Frage gestellt. Unter der Herausforderung, ein klares Bekenntnis für den Herrschaftsanspruch Jesu Christi abzulegen, fragen sie das Selbstverständnis ihrer Partnerkirchen an.

Die **9. Vollversammlung des ÖRK** hat das neoliberale Weltordnungsmodell als grundlegend theologisches Problem identifiziert und seine Bearbeitung begonnen.⁶² Sie erkennt neben der ethischen vor allem eine ekklesiologische Herausforderung und stellt fest, dass das Bekenntnis der Mitgliedskirchen, ihre Umkehr und ihre Erneuerung gefordert sind. Bekenntnis und Praxis sind konkrete Schritte auf dem Weg zur Einheit: Darin liegt für die Kirchen der Ökumene die Kraft, weltumspannend der Herausforderung durch den Neoliberalismus und seinen menschenverachtenden Folgen entgegenzutreten. Ihr eigenes Bekenntnis besteht in einem „AGAPE Call“. In seiner 8. Selbstverpflichtung „Kirchen und die Macht des Imperiums“ wird ausdrücklich festgehalten, „... aus unserem Glauben heraus

54 „An die Pfarrherrn, wider den Wucher zu predigen; Vermahnung“; in: Weimarer Ausgabe 51, 331 - 424

55 nach Hans-Jürgen Prien, Luthers Wirtschaftsethik. (1992) 221 f.

56 a.a.O., 123

57 Luthers Erklärung zum Ersten Gebot im „Großen Katechismus“, in: Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, VELKD, (1986) Nr. 587, 589

58 Weimarer Ausgabe 40 III, 57.24 - 25

59 Unter Manichäismus versteht man eine Offenbarungsreligion, in deren Zentrum der Konflikt zwischen zwei gegensätzlichen Kräften, dem göttlichen Lichtreich und dem Reich der Finsternis steht. Manichäische Positionen wollen eindeutig zwischen gut und böse unterscheiden.

60 Michael Welker, Globalisierung - in wissenschaftlich-theologischer Sicht. Rudolf Weth zum 70. Geburtstag gewidmet. Vortrag einer Fachtagung der Evangelischen Kirche im Rheinland, 8. März 2007 in Düsseldorf

61 Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens, Buenos Aires 2003

62 ÖRK-VV 2006, Bericht des Programmrichtlinienausschusses, Ziffer 26

gegen hegemoniale Mächte standhaft Stellung zu beziehen. Jede Macht ist Gott gegenüber rechenschaftspflichtig. Wir sind uns bewusst, dass der Prozess der Umgestaltung von uns als Kirchen verlangt, dass wir den Opfern der neoliberalen Globalisierung gegenüber Rechenschaft ablegen.“⁶³

5

In seinem Aufsatz "Die bekennende Kirche und die Ökumene" schreibt Dietrich Bonhoeffer: "Kirche gibt es nur als bekennende Kirche, das heißt als Kirche, die sich zu ihrem Herrn und gegen seine Feinde bekennt (...). Es wäre klug, wenn die christlichen Kirchen des Abendlandes diese Erfahrung der Bekennenden Kirche nicht übersehen wollten, dass eine Kirche ohne Bekenntnis eine wehrlose und verlorene Kirche ist, und dass eine Kirche im Bekenntnis die einzige Waffe hat, die nicht zerbricht“.⁶⁴

10

Bonhoeffers Verständnis einer im Bekenntnis geeinten Kirche findet sich wieder in der **Accra Confession von 2004**. Dieses "Bekenntnis des Glaubens angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung" des Reformierten Weltbundes versteht sich als ein gemeinsames Zeugnis der unterschiedlichen Mitgliedskirchen aus allen Teilen der Welt. Sie sind sich darin einig: die Frage nach Gerechtigkeit, die sich aus der Perspektive entrechteter, leidender Menschen und einer missachteten Schöpfung stellt, betrifft den Glauben und das Bekennen.

15

20

In Accra hat man aber weder einen Status Confessionis erklärt noch ein klassisches Lehrbekenntnis verabschiedet, sondern einen "Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit" ausgerufen, der aus dem Glauben an Gottes Herrschaft über die ganze Schöpfung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung ein klares NEIN entgegensetzt. Es speist sich aus den Alltags- und Lebenserfahrungen der Menschen des Südens.

25

Dieser **Bundesschluss** versteht sich als eine aktuelle und notwendige Station auf dem Weg der Nachfolge, als Ausdruck eines **Processus Confessionis**. Er fordert Kirchen und Gemeinden auf, Ungerechtigkeit beim Namen zu nennen und zu überwinden, also – gemäß Jesaja 58 – die Ketten der Ungerechtigkeit zu sprengen. Wo dies ernst genommen wird, werden Gerechtigkeitserklärungen nicht nur in Appelle, sondern vor allem in Aktionspläne münden. Die persönliche Frage nach dem eigenen Verwobensein in den Globalisierungsprozess stellt sich in diesem Prozess ebenso wie die Frage nach der kirchlichen Beteiligung bzw. einer kirchlichen „Mittäterschaft“.

30

Indem die **Kirchen des Nordens** sich auf die Problematik der Bekenntnisfrage einlassen, stellen sie sich sowohl der ökumenisch-theologischen Debatte wie auch den Anfragen an ihr kirchenleitendes Handeln und an ihre eigene wirtschaftliche Praxis. Die Konzeption einer kritischen Auseinandersetzung mit der Globalisierung – einschließlich ihrer eigenen Rolle in ihr – wird als ekklesiologische Herausforderung angenommen.

35

„Unbestritten ist, dass das gemeinsame Bekenntnis der globalen Christenheit zu der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche ein klares Wortzeugnis und ein konkretes Engagement für Gerechtigkeit erfordert. Die extremen unsozialen Wirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung sind mit dem Bekenntnis unvereinbar. ‚Wenn ein Glied am Leibe Christi leidet, dann leiden alle mit‘ (1. Kor 12, 26).

40

Das gemeinsame Bekenntnis fordert, neben Frieden und der Bewahrung der Schöpfung, Gerechtigkeit und Solidarität. Also eine Praxis, die dem Bekenntnis entspricht. Strittig ist aber, wie die vom Bekenntnis geforderte Praxis vollzogen werden kann.

45

Unbestritten ist, dass wir als Evangelische Kirche im Rheinland (und damit als eine Kirche des Nordens) das Zeugnis der Kirchen des Südens und die damit verbundenen Fragen und Forderungen zu hören, in seiner Würde zu achten und als Anfrage an uns ernst zu neh-

63 Klaus Wilkens (Hg), In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt, (2007), 293

64 Dietrich Bonhoeffer, Die bekennende Kirche und die Ökumene, Gesammelte Schriften I, 250 - 252

men haben. Dies um so mehr, als es sich um die Stimmen derjenigen Schwestern und Brüder handelt, die am härtesten von den Folgen der Globalisierung betroffen sind.“⁶⁵

4.3 Konsequenzen für Kirche und Ökumene

5 An die **Kirche** stellt sich die Frage ihrer eigenen Verflochtenheit und Schuld. Sie hat sich dafür einzusetzen, dass die Partizipation aller an den materiellen Gütern ermöglicht wird, so dass niemand Mangel zu leiden braucht (Apg. 4, 32).⁶⁶

10 Im Hören auf die Zeugnisse der Kirchen des Südens wird die geistliche Dimension der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung deutlich. „Ebenso erkennen wir, dass wir nicht fähig dazu waren, mit der Schöpfung nach dem Auftrag unseres Herrn umzugehen (Gen 1, 27 ff). Wir bitten Gott um Vergebung, weil wir seinem Ruf nicht getreulich gefolgt sind ... Wir stecken in einem Wirtschaftssystem, das unser Volk unterdrückt und ungleiche Verhältnisse zwischen Brüdern und Schwestern und mit der Schöpfung verursacht. Dieses System beruht auf Gewalt und Korruption, verbreitet Illusionen, es sagt uns, was man zum Leben brauche – folglich führt es uns zu blindem Konsumismus. (Der Markt herrscht heute als neues Idol). Es sagt uns auch, dass die Zauberformeln aus dem Norden unsere Länder auf diese Weise immer reicher machen werden. Wir bitten Gott, uns zu vergeben, dass wir einem System in die Falle gegangen sind, das Leiden verursacht, und dass wir ihm unterlegen sind.

15 Wir wissen, dass Widerstand dagegen schwierig und gefährlich ist und uns sogar in Todesgefahr bringen kann. Vielleicht erscheint uns diese Sache sogar verloren. Aber wie im Buch Esther (4, 12-17) steht, sind wir aufgerufen, für unsere Völker einzutreten und in Gottes Namen einzutreten, um ein Leben in Fülle für die gesamte Schöpfung (Joh 10,10) zu erreichen. Unser Schweigen und unser Nicht-Handeln sind Sünde. Wir bitten unseren Herrn, uns die Zeichen dieser harten Zeit verstehen zu lassen und uns Mut zu schenken, Salz der Erde und Licht dieser Welt zu sein. (Matth 5, 13-16)“.⁶⁷

20 Als Kirche des Nordens leben und profitieren wir von einem System, das weltweit Ungerechtigkeit und Leiden schafft. In einer Zeit, in der zunehmend auch Menschen in unserer Kirche zu den Verlierern der Globalisierung gehören, sind wir danach gefragt, aus welchen geistlichen Quellen wir schöpfen und welche Orientierung wir heute Menschen bieten, die, enttäuscht von den materiellen Heilsversprechungen des Marktes, nach einem wirklich erfüllten Leben fragen. Das verzerrte eindimensionale Menschenbild unserer durchökonomisierten Gesellschaft stellt uns vor die Herausforderung, ganz neu durchzubuchstabieren, wie das Leben in Fülle für alle, das Christus uns zusagt, aussieht.

30 Unser gemeinsamer Weg mit den Kirchen des Südens beginnt in unseren Herzen und in unseren Köpfen, in unserem Glauben und unserer christlichen Hoffnung, die Qualität von Leben nicht nach den Spielregeln von Kaufen und Haben definiert. Diese spirituelle Dimension gilt es zurückzugewinnen, um als Kirche des Nordens bereit zu werden, wirklich zu teilen. Darin, dass auf diesem Weg, den wir oft nur unsicher und zögernd beginnen, gerade die Schwestern und Brüder aus den Kirchen des Südens Weggefährten und Wegweiser für uns sein können, liegt die verändernde und befreiende Kraft der weltweiten Ökumene und ein Zeichen der Güte und Barmherzigkeit Gottes.

35 Unser gemeinsamer Weg mit den Kirchen des Südens beginnt in unseren Herzen und in unseren Köpfen, in unserem Glauben und unserer christlichen Hoffnung, die Qualität von Leben nicht nach den Spielregeln von Kaufen und Haben definiert. Diese spirituelle Dimension gilt es zurückzugewinnen, um als Kirche des Nordens bereit zu werden, wirklich zu teilen. Darin, dass auf diesem Weg, den wir oft nur unsicher und zögernd beginnen, gerade die Schwestern und Brüder aus den Kirchen des Südens Weggefährten und Wegweiser für uns sein können, liegt die verändernde und befreiende Kraft der weltweiten Ökumene und ein Zeichen der Güte und Barmherzigkeit Gottes.

40 Wenn die Kirche den Absolutheitsanspruch anderer Heilslehren – auch der ökonomischen Neoliberalisierung – in Frage stellt, hat sie sich entsprechend mit Staat und Wirtschaft auseinander zu setzen. Der **Staat** ist daran zu erinnern, dass seine Aufgabe darin besteht, in der "noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschli-

65 Ständiger Theologischer Ausschuss; vgl. Anhang 5 sowie FN 36

66 Wolfgang Schrage, Ethik des neuen Testaments, (1982), 154

67 The Gospel confronts the unfair economy and the destruction of the earth. AIRPAL (Conference of Bishops and Presidents and the Alliance of Presbyterian and Reformed Churches) Cooperation and testimony department. Santiago de Chile, November 4 to 6, 2005

cher Einsicht und menschlichen Vermögens für Recht und Frieden zu sorgen" (Barmen V). Angesichts der Auswirkungen der Globalisierung und des Neoliberalismus ist er nach der Legitimität seines Handelns zu fragen (Barmen III).

5 **Die ökumenische Bewegung** plädiert auf der Basis ihrer beiden letzten Vollversammlungen 1998 in Harare und 2006 in Porto Alegre für einen bewussten, selbstkritischen Kurswechsel. Sie sieht die Kirchen durch Gottes Willen aufgerufen, Alternativen zur wirtschaftlichen Globalisierung vorzuleben. "Die Logik der Globalisierung muss durch ein alternatives Lebenskonzept, nämlich der Gemeinschaft in Vielfalt, in Frage gestellt werden".⁶⁸ Seine Kriterien sind Ehrfurcht vor den Menschen und die Befähigung zu einem
10 Handeln, das ausgerichtet ist auf das, worauf es in unserem Leben und unserer Welt ankommt:

- vom Schwerpunkt auf individuellen Wünschen hin zu dem, was sozial notwendig ist;
- von dem, was einzelnen Profit erbringt, hin zu dem, was alle bereichert;
- von den Interessen der Vermögenden zu den Bedürfnissen der Schwächsten;
- 15 • vom Gebrauch der Natur zur Teilhabe an der Natur;
- vom Diktat des Wirtschaftswachstums zur Nachhaltigkeit;
- von Ausschluss zu Partizipation.

20 Der Bundesschluss von Accra und das AGAPE-Konzept fordern gerade auch von den Kirchen des Nordens, nicht auf Kosten anderer zu handeln, sondern mit den Kirchen des Südens eine Leben spendende Spiritualität des Widerstandes gegen den "Geist" der wirtschaftlichen Globalisierung zu verwirklichen.

25 **4.4 Schlussfolgerungen**

Sowohl das Bundesschluss-Konzept der reformierten Kirchen wie das AGAPE-Konzept des ÖRK schließen **gestaltende Maßnahmen** im Blick auf die ökonomische Globalisierung ein, ohne jedoch davon einen Paradigmenwechsel der neoliberalen Wirtschaftsordnung zu erwarten. Darüber hinaus werden weitergehende Vorschläge zu einer **alternativen Globalisierung** entwickelt.

30 Das AGAPE-Konzept zielt zum einen auf eine **Transformation der globalen Marktwirtschaft** – es will eine Wirtschaft, welche die Liebe zu Gott und die Solidarität mit den Nächsten in das wirtschaftliche Leben integriert. Die Fähigkeit zur geistlichen Unterscheidung (engl. „discernment“) und die Umkehr zu einer „wahrhaft ökumenischen Erde“
35 fordern das Bekenntnis heraus.⁶⁹ Diese Vorstellung findet sich auch im Papier zur „Katholizität der Kirche“ (Harare 1998), das in eschatologischer Perspektive die Gemeinschaft der Ortskirchen, gebunden an Raum und Zeit, betont; Solidarität soll demnach als weltumspannende Kategorie entwickelt werden, die Vielfalt und Pluralität prägt sowie das Lokale und das Universale konstruktiv aufeinander bezieht. Konkret geht es z.B. um die
40 Durchsetzung genossenschaftlicher Konzepte im regionalen Kontext.

Zum anderen richtet sich das AGAPE-Konzept als transformatorisches Konzept an die Kirchen selbst. Ihr **Kirchen- und Ökumeneverständnis** ist herausgefordert in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Erscheinungen des Christentums. Dazu gehört auch der kritische Austausch mit stark wachsenden neueren christlichen Bewegungen,
45 die andere Wert- und Weltdeutungsvorstellungen vertreten.

68 8. VV des ÖRK 1998

69 Dokument Common Understanding and Vision, 8. Vollversammlung des ÖRK Harare 1998

Die Aufnahme des Bundesschlusses von Accra in der AGAPE-Konzeption des ÖRK trägt dazu bei, Globalisierung als vielschichtigen historischen Prozess mit umfassenden ökonomischen, kulturellen, politischen, ökologischen, ethischen Auswirkungen zu verstehen. Der Dualismus der 1980er Jahre „global denken – lokal handeln“ wird überwunden zu-
5 gunsten einer starken Verzahnung beider Dimensionen. Über alle Kohärenzbemühungen hinaus weist die Bitte um Verwandlung (metanoia) der Kirchen und der Welt: Sie bindet auch den politischen Auftrag an die Erkenntnis des Willens Gottes (vgl. 9. VV des ÖRK 2006).
Für die Ökumene als Gemeinschaft ist die Vielfalt der Kirchen auch deshalb eine besondere
10 Qualität, weil sie die Erfahrung von Unterschiedlichkeit, Ungleichzeitigkeit und Pluralität ermöglicht – nicht als Bedrohung der Einheit, sondern als Korrektiv gegen vorge-täuschte Wirkungen von Einheit, wie sie sich im Phänomen der Globalisierung ausdrücken.

15 5. Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsordnung

5.1 Soziale Gestaltung der Globalisierung

Alle Kirchen sind in die Prozesse der Globalisierung verwoben und verstrickt. Die Evangelische Kirche im Rheinland, als Kirche in einem wohlhabenden Land der westlichen Welt,
20 muss ihre Rolle kritisch überdenken, Mitschuld eingestehen, Partei ergreifen, aber auch alle verfügbaren Gelegenheiten zur Mitgestaltung wirtschaftlicher Prozesse nutzen. Ihr Einsatz richtet sich auf eine politische, soziale und ökologische Steuerung des globalen Marktes; durch Analyse, Anwaltschaft und gute Beispiele will sie daran mitarbeiten, das **Modell der Sozialen Marktwirtschaft** auf nationaler Ebene weiterzuentwickeln und auf
25 internationaler Ebene einzuführen.

Die Perspektive dieses Ansatzes lautet, nicht Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, sondern eine **alternative Gestaltung der Globalisierung** zu suchen⁷⁰, indem Umriss für eine menschengerechte globale Wirtschaft bzw. für eine faire Weltwirtschaft entworfen werden, die den Interessen aller Menschen gerecht wird. Christinnen und Christen sind
30 aufgerufen, die Möglichkeiten der sozialen Gestaltung der Globalisierung zu entdecken sowie eine menschengerechte globale Wirtschaft und einen fairen Weltwirtschaftshandel entschieden zu befördern. Sie haben sich dafür einzusetzen, dass nicht nur wenige, sondern eine wachsende Zahl von Menschen an den Vorzügen, die sich aus dem Globalisierungsprozess ergeben, teilhaben können.

35 5.2 Diskussion um eine neue Wirtschaftsordnung nach 1945

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat ein konstruktives Verhältnis zur sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung entwickelt. Dies ist die Grundlage für eine überzeugende
40 Kritik am heutigen globalen Markt, der die soziale und ethische Dimension mehr und mehr aus dem Blick verliert.

So wurde im **Freiburger Kreis** noch während der NS-Diktatur eine wirtschaftliche Ordnung für die Zeit des Neubeginns vorbereitet und ökonomisch durchdacht, ausgehend von einem christlichen Verständnis von Personalität sowie der Verantwortung eines jeden Menschen vor Gott.

45 **Soziale Marktwirtschaft**, die aus diesen Überlegungen hervorgegangen ist, bedeutete deshalb eine Absage nicht nur an einen grenzenlos entfesselten Kapitalismus, sondern ebenso an jede Planwirtschaft, die der Eigeninitiative und -verantwortung der Menschen keinen Raum gibt und damit hinter den Möglichkeiten, Wohlstand für alle zu schaffen, weit zurück bleiben muss.

70 Andreoli, a.a.O.

Allerdings sind die Vertreter des **Ordo-Liberalismus** gleichzeitig davon überzeugt, dass es die Aufgabe des Staates ist, eine gerechte gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht Einhalt zu bieten, für eine gerechte Lohnpolitik, den Schutz vor unverschuldeter Arbeitslosigkeit, die Sicherung des privaten Eigentums sowie für eine Verhinderung von Monopolstrukturen zu sorgen.

Unter aktuell anderen Umständen stellen sich diese Fragen in globaler Perspektive heute noch einmal neu, denn die Exzesse der neoliberalen Wirtschaftsordnung werden vor allem durch das Fehlen einer weltweit akzeptierten Ordnungsmacht und Ordnungspolitik, welche die eigentlich einsichtigen Regeln einer gerechten Wirtschaftsordnung und eine angemessene Sozialbindung des globalen Kapitals nachhaltig gewährleisten könnten, ermöglicht.

In Fortsetzung dieses gemeinsamen Erbes und der darin vorhandenen Einsichten geht es darum, den Prozess der Globalisierung im Blick auf die Würde eines jeden Menschen und der ihm zukommenden Personalität und Verantwortungsfähigkeit hier und in den Ländern des Südens zu gestalten.

5.3 Konsequenzen für Kirchen und Ökumene

Die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 reagierte auf die bevorstehende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit dem **Leitbild der „Verantwortlichen Gesellschaft“**.⁷¹ Darin wird die Verteilung von Macht, die Schaffung überschaubarer Verantwortungsbereiche, der ungehinderte Zugang zu den Informationsquellen sowie die Förderung der Vermögensbildung als Grundlage des Zusammenlebens in Achtung vor der Würde eines jeden Menschen erklärt. Unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung ist eine Weiterentwicklung dieses Leitbildes der „Verantwortlichen Gesellschaft“ für die anstehenden Herausforderungen zu prüfen.

Die in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung enthaltenen und in den beiden Menschenrechtspakten vereinbarten Menschenrechte sind aus Sicht der Kirchen ein angemessener säkularer Ausdruck und Maßstab für eine Ordnung, welche aus christlicher Sicht als gerecht bezeichnet werden kann: im Blick auf das Verständnis des Menschen, seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Bindung an soziale Gemeinschaften.

Den Kirchen kommt daher die Aufgabe zu, ein umfassendes Menschenrechtsbewusstsein zu fördern, auf allen Ebenen für weltweit gültige Standards auf menschenrechtlicher Basis einzutreten und Methoden für deren Überprüfbarkeit zu entwickeln.⁷¹

Unter dem **Aspekt der Beteiligungsgerechtigkeit** können die Kirchen Maximen für die Gestaltung der Globalisierung entwickeln, indem sie sich an den bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten orientieren und die Arbeit der Kirchengemeinden, der kirchlichen Hilfswerke und der Entwicklungsorganisationen auch als Arbeit an der Verwirklichung der Menschenrechte verstehen. Sie verkünden die durch keine Macht in Frage zu stellende Bedeutung der Würde des Menschen und bezeugen die daraus abgeleiteten unveräußerlichen Menschenrechte. Sie gewinnen aus dem Glauben an die Auferstehung Jesu Christi die Kraft und Lebendigkeit, sich auch gegen äußere Widerstände für eine menschengerechte Globalisierung zu engagieren.

71 Für dieses Anliegen wird in der Ökumene und in der Internationalen Menschenrechtsdiskussion auch der Begriff "Globalisierung der Menschenrechte" verwendet. Vgl. Evangelisches Missionswerk in Deutschland und Verband evangelischer Missionskonferenzen (Hrsg.), Menschenrechte. Jahrbuch Mission 2005 (2005); hier insbes. Jochen Motte, Kirchliches Engagement für die Globalisierung der Menschenrechte, 220 ff.

5.4 Schlussfolgerungen

Bis in das 20. Jahrhundert hinein standen die Kirchen und die Theologie den Menschenrechten kritisch gegenüber, u.a. wegen des Verdachts einer materialistischen Anthropologie, die der Rechtfertigung aus Glauben eine Absage erteilte. Gegen den Versuch, die Menschenrechte theologisch zu begründen, und gegen die Ablehnung einer theologischen Ableitung war es das Analogie-Differenz-Modell, welches aus christlicher Sicht für die **Förderung der Menschenrechte** eintrat: „weil in ihnen etwas aufleuchtet, das in Analogie zu dem steht, was der Glaube als Gabe Gottes für alle Menschen zu entschlüsseln vermag, das aber zugleich die Differenz jeder menschlich-geschichtlichen Gemeinschaft gegenüber der Teilhabe an der Herrschaft Gottes und dem Sein im Leibe Christi deutlich erkennen lässt“.⁷²

Der Glaube an die Gottebenbildlichkeit aller Menschen stellt die Christinnen und Christen an die Seite aller Armen und Entrechteten; er verlangt ihr Eintreten für die Achtung der unveräußerlichen Menschenwürde und für die Anerkennung der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte. Ob jedoch eine an den Menschenrechten orientierte globale Ethik realistisch und durchsetzungsfähig ist, wird sich nicht zuletzt im **Kontext des interreligiösen Dialogs** zeigen müssen. Hier sind die Kirchen in besonderer Weise in der Pflicht, die Menschenrechtsformulierungen anderer Religionen kritisch zu prüfen und zu würdigen.

Der Vorrang der bürgerlichen und freiheitlichen Rechte im Zivilpakt ist zu sehen im Kontext mit der Aufwertung von Rechten im Sozialpakt, für die sich vor allem NGOs einsetzen, und mit den sog. **Rechten der 3. Generation**, die sich als Kollektivrecht insbesondere auf den Zugang und die Nutzung von Ressourcen beziehen, also als politische Forderungen eher menschenrechtlichen Standards entsprechen. Sie werden als Rahmenbedingungen für eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung diskutiert; als universale Kriterien stehen sie jedoch in der Gefahr, dass ihre Konturen und Inhalte verwischen.⁷³ Hier wird ein grundsätzliches Dilemma deutlich: ein aus den Menschenrechten abgeleitetes ethisches Konzept für eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung müsste sich global wie partikular bewähren und in Verbindung mit der Orientierung am Leitbild der „verantwortlichen Gesellschaft“ übersetzt werden in eine wirtschaftliche Prozesse bestimmende Kategorie.

Die **Forderung nach weltweiter Verwirklichung der Menschenrechte** stellt – unter Einschluss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – eine wichtige Annäherung an die biblischen Vorstellungen von gerechten Beziehungen in der Gesellschaft dar. Übereinstimmend erklären die Vollversammlung des ÖRK sowie die Vereinten Nationen, dass die Ziele Frieden und Sicherheit sowie Entwicklung, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ohne die Verwirklichung der Menschenrechte nicht erreicht werden können. Sie halten die Bekräftigung der Menschenrechte allerdings für bedeutungslos, sofern nicht eine grundsätzliche menschliche Sicherheit und die Möglichkeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gegeben sind.

Daher bildet **das Konzept der menschlichen Sicherheit**, das im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelt wurde, mit seiner Forderung nach dem Schutz lebenswichtiger Freiheiten (körperliche Unversehrtheit, wirtschaftliches und soziales Wohlergehen, Achtung des Wertes und der Würde des Menschen, Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten) einen umfassenden Rahmen, an dem auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung zu beurteilen und alternative Konzeptionen zu messen sind.

⁷² Wolfgang Huber, Heinz Eduard Tödt, Menschenrechte. Perspektiven einer menschlichen Welt, (1977)

⁷³ Jörg Hübner, Globalisierung – Herausforderung für Kirche und Theologie, (2003) 173

Biblisch-theologisch korrespondiert es mit einem Verständnis von Sicherheit, das sich an einer gerechten Ordnung der Gesellschaft orientiert. Biblisch wird als Ertrag der Gerechtigkeit einerseits der Frieden, andererseits Ruhe und Sicherheit verstanden.⁷⁴

5 **6. Bewertung der beiden Positionen**

Die Position „Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsgestaltung“ wendet sich an Institutionen, Staaten, politische Bündnisse, an die Wirtschaft. Die Forderung nach der Durchsetzung der Menschenrechte ist eine mittlerweile klassische kirchliche Forderung.

10 Die Position „Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung“ setzt darüber hinaus gezielt bei den Kirchen bzw. der Christenheit an und fordert sie auf, die Globalisierung als theologisch-ethische Herausforderung anzunehmen und das Ihre zu einer „wahrhaft ökumenischen Erde“ beizutragen.

15 Beide Positionen divergieren im Blick auf die Frage, wie wirtschaftliche Globalisierung gezügelt bzw. reformiert werden kann.

6.1 Plädoyer für Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung

Die Überlegungen zeichnen nach, wie ethische Herausforderungen zu einer Bekenntnisfrage werden können. Der in den Kirchen des Südens begonnene Processus Confessionis wird positiv aufgenommen als eine berechtigte Infragestellung der Kirchen des Nordens. Indem diese die Bekenntnisfrage akzeptieren, folgen sie sowohl der ökumenisch-theologischen Debatte (AGAPE-Konzeption des ÖRK) wie auch den Anfragen an das kirchenleitende Handeln und an den eigenen wirtschaftlichen Kontext.

25 Der Aspekt einer alternativen Globalisierung ist im Rahmen der ekklesiologischen Herausforderung zu diskutieren und unter den Aufgabenstellungen des Konziliaren Prozesses, dem sich die Evangelische Kirche im Rheinland in ihrer Kirchenordnung verpflichtet hat, zu bearbeiten.

30 Die Herausforderung des Processus Confessionis ist insbesondere im Dialog mit den Partnerkirchen zu bearbeiten. Konkrete Fragestellungen sollten in gemeinsamen Projekten angegangen werden.

6.2 Plädoyer für eine Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsordnung

35 Dieser Ansatz geht davon aus, dass die gegenwärtige neoliberale Wirtschaftsordnung auf absehbare Zeit das globale Handeln bestimmt. Er hält diese Ordnung allerdings für veränderungsfähig und veränderungsbedürftig. Dabei bleibt die Frage zu beantworten, wie eine auf – letztlich private – Gewinnmaximierung orientierte Wirtschaftsordnung den Paradigmenwechsel auf die Durchsetzung der Menschenrechte sowie auf die vorrangige Orientierung an den Armen und Entrechteten vollzieht. Hierfür ist ein Konzept des gezielten Dialogs umzusetzen, das die Staaten und die Akteure im Bereich der Wirtschaft und der Politik anregt, ethische Impulse aufzunehmen und zu realisieren.

40 Das Leitbild einer „verantwortlichen Gesellschaft“ könnte in Verbindung mit einem kirchlichen Leitbild entwickelt werden. Grundsätzlich ist zu bedenken, wie eine so weitreichende, gesellschaftliche Anforderung und Themenstellung durch Organisation und Arbeitsbereiche der Kirche aufgegriffen und abgebildet wird.

45

6.3 Orientierungspunkte

Die Frage, wie der christliche Glaube im Kontext der Globalisierung gelebt werden kann, prägt die ökumenische Diskussion. Wie der Processus Confessionis nimmt der AGAPE-Prozess den Gedanken der Rechenschaftspflicht auf: als kirchliche Verpflichtung gegenüber den Opfern der Globalisierung bzw. gegenüber den anderen Kirchen sowie als Ver-

50

74 Jesaja 32, 17

antwortung jeglicher Macht vor Gott.⁷⁵ Diese Perspektive, die auf apokalyptische und dämonisierende Kategorien verzichtet, zielt auf Transformation: auf Aufbrüche aus ungerechten Strukturen hin zu einem nachhaltigen, partizipatorischen, solidarischen Wirtschaftsmodell. Sie gründet sich im verbindlichen Engagement der Kirchen für Gerechtigkeit und Solidarität.

Orientierungspunkte, die aus der Auseinandersetzung mit den oben dargestellten Positionen abgeleitet werden, sind:

- das sozialetische Prinzip des Menschengerechten (Arthur Rich) in allen Lebensvollzügen,
- die Geltung der unteilbaren Menschenrechte sowie ihre Umsetzung unter den Bedingungen der Globalisierung,
- das Prinzip der Nachhaltigkeit einschließlich des Schutzes von Ressourcen und der Generationengerechtigkeit, das grenzenloses Wachstum ausschließt,
- das Leitbild einer gerechten und solidarischen Gesellschaft als Orientierung für das wirtschaftliche Handeln,
- gegenseitige Rechenschaftspflicht der Kirchen.

Diese Orientierungspunkte konkretisieren bestehende Selbstverpflichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland. Als bewährte Maßstäbe für die Beurteilung kirchlicher Handlungsfelder sind sie nicht neu, doch sie müssen ihre Tragfähigkeit auch im Dialog mit den Partnerkirchen erweisen.

Fraglich ist, ob und wie aus den beiden dargestellten Positionen verschiedene oder gar divergierende strategische Optionen kirchlichen Handelns resultieren.

6.4 Selbstverpflichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland

Die verbindliche Perspektive, welche die Evangelische Kirche im Rheinland für ihr Reden und Handeln angenommen hat, bezieht sich auf die Maxime des Gemeinsamen Wortes, alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage zu messen, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.⁷⁶ Als eine Kirche, die nach und durch Gottes Wort mit ihrer eigenen Erneuerung rechnet, hat sie drei Selbstverpflichtungen beschlossen.

- Die Evangelische Kirche im Rheinland hat sich auf die Option für Arme, Schwache, Entrechtete verpflichtet und das Streben nach Gerechtigkeit zu ihrer Aufgabe erklärt.⁷⁷
- Sie bezieht sich in ihrer Kirchenordnung⁷⁸ ausdrücklich auf den Konziliaren Prozess, der die Interdependenz von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung fest schreibt und sich als Umkehr- und Erneuerungsbewegung versteht. Aus der Zusammenschau von Gerechtigkeit und Frieden sollen Alternativen zu destruktiver Konkurrenz und Gewalt, zu Ungerechtigkeit und Unfreiheit entwickelt werden; dies impliziert die Auseinandersetzung mit struktureller Gewalt einschließlich der Dimension wirtschaftlicher Gewalt.
- Die Dekade zur Überwindung von Gewalt⁷⁹ setzt sich auseinander mit personaler und struktureller Gewalt, also auch mit Bedingungen wirtschaftlicher Gewalt im Sinne solcher Strukturen, die zu permanenter Beeinträchtigung der Lebenssituation von Menschen führen. Sie nimmt Erkenntnisse und Ergebnisse der 1. Dekade "Kirchen in Solidarität mit den Frauen" (1988-1998) auf.

75 AGAPE-Call Nr.8, in: Wilkens, In deiner Gnade, 293

76 Gemeinsames Wort 1997, Ziffer 107

77 Verhandlungen der 51. ordentlichen rheinischen Landessynode 2002, Beschluss 47, 187 ff.

78 Kirchenordnung Art. 1,6

79 Verhandlungen der 49. ordentlichen rheinischen Landessynode 2000, Beschluss 60, 219 ff.

5 Diese Selbstverpflichtungen sind die Grundlage, von der aus auch die Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Globalisierung geführt wird. Daraus folgt einerseits die Frage nach der Glaubwürdigkeit kirchlichen Handelns und nach der Vermittlung dieser Grundlage in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Andererseits tragen diese Selbstverpflichtungen dazu bei, die ethischen Grundentscheidungen zu bekräftigen und Kriterien für das Handeln zu schärfen.

10 **III. Auftrag zum Handeln**

15 Unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen verpflichtet uns zum Handeln gemäß der Verkündigung des Evangeliums und einer ihm entsprechenden Praxis. Ausgehend von unserem Bekenntnis zu Gott, dem Schöpfer, Erlöser und Versöhner der Menschheit suchen wir nach Möglichkeiten, dem Wort Gottes auch in ökonomischen Zusammenhängen Geltung zu verschaffen.

Zurückweichen, Opportunismus und Ängstlichkeit allein sind für Christenmenschen keine Optionen. Schweigen ist Sünde, Handeln ist Pflicht.

20 Allerdings stellt sich die Frage, wie das Schweigen im Einzelnen überwunden werden kann, wie das Handeln konkret gestaltet sein muss, um nachhaltige Konsequenzen zu zeigen.

1. Kirchliches Handeln

25 Wir erleben zwar, dass der Einfluss einzelner auf den Globalisierungsprozess letztendlich marginal ist. Ihre Möglichkeiten, gestaltend und verändernd einzugreifen, bewegen sich in engen Grenzen und beschränken sich im Wesentlichen auf das unmittelbare eigene Umfeld. Die Erfahrung lehrt uns aber, dass gemeinsames Handeln Kraft entwickelt und Gewicht verleiht und wesentlich zum gemeinsamen Erfolg beitragen kann.

30 Deklarationen und Entschließungen von Synoden, Verlautbarungen von Kirchenleitungen, Predigten, Erklärungen, Statements und Interviews sind unverzichtbar, wertvoll, wichtig und richtig, werden jedoch häufig nur partiell und vorübergehend wahrgenommen. Deshalb ist darüber hinaus eine geordnete, strategisch geplante, konkret adressierte und klar zielgerichtete Kommunikation notwendig, die dazu verhilft, nachhaltig Gehör zu finden, als relevanter Akteur wahrgenommen zu werden, Einfluss zu gewinnen und zu Veränderungen des Denkens und Handelns beizutragen.

35 Wir scheitern nicht an der Beschreibung und Bewertung der ökonomischen Globalisierung und ihrer vielfältigen Erscheinungsformen und Auswirkungen. Es fällt nicht schwer, einmütig festzustellen, welche Entwicklungen und Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung aus christlicher Verantwortung nicht akzeptabel sind.

40 Aufgabe der Kirchen ist es, uns mit den Personen und Institutionen, die als Gestalter und Akteure der Globalisierung Einfluss haben und Verantwortung tragen, in eine diskursive Auseinandersetzung zu begeben, sie – erneut oder erstmals – mit den Postulaten christlicher Überzeugung zu konfrontieren und auf Neu-Orientierung und Umkehr zu dringen. Dabei gilt es auch dazu beizutragen, den Partnerkirchen in Asien, Afrika und Lateinamerika und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

50 In den vergangenen Jahren haben sich auf allen Ebenen der Rheinischen Landeskirche vielfältige Formen und Aktivitäten entwickelt, deren verbindender Impuls der Wunsch ist, dem "Unüberschaubaren eine überschaubare Welt gegenüberzustellen. Im Ungewissen der globalen Entwicklungen muss die Vergewisserung des individuellen Lebens erfol-

gen“.⁸⁰ Kirchliche Werke, Organisationen und Bündnisse wie das Diakonische Werk, der Evangelische Entwicklungsdienst, SÜDWIND, die Vereinte Evangelische Mission, der Gemeindedienst für Mission und Ökumene, die Kindernothilfe, Brot für die Welt und andere widmen sich der praktischen Hilfe und Nächstenliebe ebenso wie der Entwicklung und Etablierung von Grundlagen einer menschengerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Gemeinden und Kirchenkreise fördern Projekte und Programme in Afrika, Asien und Lateinamerika, eine umfangreiche entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die HIV/Aids-Arbeit, die Dekade zur Überwindung von Gewalt, die Erlassjahrkampagne mit dem Ziel der Entschuldung der armen und ärmsten Länder der Erde, Initiativen für Menschenrechte, Frieden und Versöhnung, gegen Kinderarbeit und Kinderprostitution, zur Entwicklung von Sozialstandards, für Fairen Handel, für ethisch verantwortbare Geldanlagen, gegen Armut, Ausgrenzung und Unterdrückung.

Kirche ist verpflichtet, ihr Gewicht und ihre Kompetenz in den zivilgesellschaftlichen Prozess einzubringen. Nicht zuletzt das Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz⁸¹ zur wirtschaftlichen und sozialen Lage zeigt, dass Kirche dann Einfluss hat, wenn sie ihn mit klaren Positionen und in ökumenischer Verbundenheit geltend macht.

Ein Beschluss der Landessynode 2008 zur wirtschaftlichen Globalisierung ist insofern weder bloße Bestandsaufnahme noch das Ergebnis oder gar der Abschluss einer innerkirchlichen Debatte, sondern ein weiterer Schritt in einem Prozess, der durch permanente Analyse, fortgesetztes Nachdenken und kontinuierliches kommunikatives Handeln gekennzeichnet sein wird. Die Arbeit ist nicht damit getan, ein Papier zu verabschieden. Es müssen Taten folgen. Die Evangelische Kirche im Rheinland ist verpflichtet, Rechenschaft darüber abzulegen, was sie zur Veränderung und zur Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse tun kann, und entsprechend zu handeln.

Daraus leitet sich eine klare Aufgabenstellung ab:

Da es der Auftrag der Kirche ist, für die Lebensdienlichkeit aller Lebensbereiche einzutreten, muss sie ihre Aufgabe darin sehen, auch den Bereich der Wirtschaft gestaltend zu beeinflussen. Die Evangelische Kirche im Rheinland wird daher Schritte auf dem Weg zum Wirtschaften für das Leben als einen gesamtkirchlichen Prozess von inhaltlicher Zurüstung, programmatischer Schärfung, thematischer Fokussierung und diskursiver Auseinandersetzung mit Verantwortlichen und denen, die entscheiden, vorantreiben.

Wir wollen daran mitwirken, die Globalisierung so zu gestalten, dass das Wirtschaften dem Leben dient. Dies erfordert Handeln nach innen und nach außen. Wir wollen deshalb unsere eigenen Anschauungen und Schlussfolgerungen in den verschiedenen Handlungsfeldern prüfen und schärfen. Wir wollen uns dabei kritisch fragen, welche Konsequenzen und Einschränkungen wir selbst als Kirche und als Einzelne zu tragen bereit sind, um unseren Zielsetzungen näher zu kommen. Zugleich wollen wir Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erneut und verstärkt mit dem ethischen Postulat konfrontieren, das aus unserer Verpflichtung auf Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung folgt.

80 Jörg Hübner, Globalisierung – Herausforderung für Kirche und Theologie (2003), 294

81 s. dazu die Gemeinsamen Worte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (1997), zur Woche der ausländischen Mitbürger „Rassismus erkennen - Farbe bekennen“ (2001, gemeinsam mit der Griechisch-Orthodoxen Metropole in Deutschland), zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens „Demokratie braucht Tugenden“ (2006)

2. Einfluss von Einzel-Staaten und Staaten-Bündnissen

Einzelne Staaten und ihre Regierungen und Parlamente können das weltweite Geschehen immer weniger prägen und beeinflussen. Die Befugnis zur Normensetzung und zu deren Durchsetzung ist mehr und mehr auf die Ebene supranationaler Zusammenschlüsse und internationaler Institutionen und Organisationen verlagert worden. Damit wächst die Bedeutung internationaler Institutionen und Organisationen zwar enorm. Andererseits zeigt sich aber, dass auch supranationale Zusammenschlüsse keineswegs Gewähr dafür bieten, anstehende drängende Probleme zu sehen und anzuerkennen und tatsächlich und zeitgerecht einer wirksamen und nachhaltigen Lösung näher zu bringen. In diesem Zusammenhang muss der wachsende Einfluss der internationalen Finanzmärkte (Kreditmärkte, Devisenmärkte, Wertpapiermärkte) als zunehmend problematisch angesehen werden.

Verantwortlich für eine problematische Entwicklung auf den Finanzmärkten sind u.a. der Zusammenbruch des Weltwährungssystems, die Aufgabe der Kapitalverkehrskontrollen und hohe Leistungsbilanzdefizite- bzw. -überschüsse.

Entscheidend mit dazu beigetragen haben die Konzentration des Kapitals auf immer weniger multinationale Konzerne, die Steueroasen sowie die weltweite Jagd auf immer höhere, kurzfristig erzielbare Gewinne. Dies führt zum einen dazu, dass Kapital für sinnvolle, langfristige Investitionen fehlt. Zum anderen werden auch gesunde Wirtschaftsunternehmen zum Spielball der Spekulation des internationalen Kapitals und mit dem Ziel kurzfristiger Erträge zerschlagen, was gravierende soziale Auswirkungen hat.

- Internationale Institutionen wie die Weltbank und der IWF setzen ihre vielfach durchaus umstrittenen Ziele und Interessen unbeirrt und zielstrebig um, obwohl sie die damit verbunden sozialen und ökonomischen Probleme häufig nicht nur nicht lösen, sondern sogar verschlimmern.
- Die Europäische Union tut sich erkennbar schwer damit, auch soziale Standards als notwendigen und unverzichtbaren Bestandteil des Gemeinschaftsverständnisses anzuerkennen, zu definieren, zu kodifizieren und am Ende auch durchzusetzen. Dies haben zuletzt die im Zusammenhang mit dem Verfassungsprozess zu dieser Thematik geführten Diskussionen erneut deutlich gemacht.
- Die Vereinten Nationen sehen sich nur sehr bedingt in der Lage, die von der Weltgemeinschaft getragenen Beschlüsse und Entschlüsse auch effizient umzusetzen. Im Sept. 2000 hat beispielsweise der sog. Millennium Summit unter Mitwirkung und Beteiligung der höchsten Repräsentanten und Repräsentantinnen fast aller Staaten der Welt die Millennium Development Goals (MDGs)⁸² beschlossen. Danach verpflichtet sich die Völkergemeinschaft, bis zum Jahre 2015 acht konkrete Ziele zu erreichen, u.a. den Anteil der Weltbevölkerung, der mit einem Einkommen von 1 \$ pro Tag auskommen muss, zu halbieren, die Säuglingssterblichkeit um 2/3 und die Müttersterblichkeit um 3/4 zu reduzieren. Fortschritte in der Zielerreichung sind nicht oder nicht in ausreichendem Maße erkennbar. Manche Ziele, wie z.B. die Gewährleistung einer vollen Grundschulausbildung für alle Kinder in der Welt⁸³, sind bereits jetzt absehbar zeitgerecht nicht mehr zu erreichen.

82 dazu im Einzelnen s. <http://www.un.org/millenniumgoals>

83 Goal Nr. 2: „Achieve universal primary education: Ensure that all boys and girls complete a full course of primary schooling“

3. Global Governance

Angesichts der deutlich erkennbaren Diskontinuitäten im internationalen Kampf gegen Elend, Armut und Entmündigung wird immer wieder die Wunschvorstellung nach einem funktionsfähigen Global Government⁸⁴ artikuliert, d.h. einer Institution zur Etablierung und Gewährleistung einer allgemein akzeptierten und anerkannten, weltweit verbindlichen Wertordnung, die auch im Zweifels- oder Verweigerungsfall wirksam und nachhaltig durchgesetzt werden kann.

Die Vereinten Nationen verfügen nicht über ein derartiges Mandat. Es fehlt auch an der Bereitschaft der nationalen Staaten und supranationalen Staatenbünde, zugunsten einer derartigen Institution auf ihre originären Souveränitätsrechte zu verzichten. Komplexe und weltweit einvernehmlich wahrscheinlich kaum beantwortbare Fragestellungen zur Problematik der Herstellung und Aufrechterhaltung ausreichender demokratischer Legitimation kämen hinzu. Ein Global Government ist deshalb nicht existent.

Mithin steht als politisch-rechtlicher Rahmen weltumspannender Verpflichtungen weiterhin lediglich die Gesamtheit jener bi- und multilateralen internationalen Verträge und Vereinbarungen zur Verfügung, die unter der Bezeichnung Global Governance⁸⁵ zusammengefasst werden. Dazu gehören als sog. „Säulen der Global-Governance-Architektur“ sowohl die zahlreichen völkerrechtlichen Vereinbarungen im Rahmen der Vereinten Nationen als auch Verträge und Vereinbarungen wie die Welthandelsordnung, die internationale Wettbewerbsordnung sowie die Weltwährungs- und -Finanzordnung. Auf diese Architektur gründen sich ihrerseits wiederum die entsprechenden internationalen Organisationen wie die WTO, die Weltbank und der IWF samt ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten. Die Millennium Development Goals stellen demgegenüber lediglich eine Deklaration der Vollversammlung der Vereinten Nationen dar und entfalten deshalb bedauerlicherweise keine völkerrechtlich verbindliche Relevanz.

Dieses System vielfältiger weltumspannender Übereinkünfte, Verträge, Vereinbarungen, Entschlüsse und Beschlüsse ist einerseits unverzichtbar, aber andererseits geprägt von widerstreitenden Interessen der beteiligten Staaten und Staatenbünde, Organisationen und Institutionen. Unterschiedliche Auffassungen von Demokratie, von Menschenrechten, von der Notwendigkeit, nationale, internationale und globale wirtschaftliche Prozesse und Entwicklungen zu steuern, unterschiedliche ökonomische, macht- und geopolitische Interessen, extrem auseinanderklaffende ökonomische und militärische Stärke in den Nationalstaaten, weitgehend unkontrolliertes Eigenleben wichtiger internationaler Organisationen wie der Weltbank und des IWF, aber auch der WTO, die von den Industriestaaten beeinflusst und gesteuert werden, sowie wie im Falle der Vereinten Nationen eine unübersehbare institutionelle Krise, gewaltige Finanzierungsprobleme und offen ausgetragener Mangel an Akzeptanz bei wichtigen Zahlern und Mitgliedsstaaten – all dies bewirkt negative Effekte und Auswirkungen:

Zum einen ist die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Global-Governance-Architektur deshalb permanent in Frage gestellt. Zum anderen führen extrem widerstreitende Interessen und Befindlichkeiten zwangsläufig zu Formen des Konsensualismus, die am Ende nur noch die Einigung selbst, aber nicht mehr deren Inhalt und Konsequenz im Auge haben. Die Ergebnisse sind dann leider oft fruchtlose Formelkompromisse oder kraftlose Übereinkünfte auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Dies zu wissen, kann aber nur bedeuten, sich den Schwierigkeitsgrad und die Komplexität der Aufgabenstellung in aller Nüchternheit bewusst zu machen, und darf nicht dazu veranlassen, die Zustände zwar engagiert zu beklagen, ansonsten aber etwa zu resignieren oder gar untätig zu bleiben.

84 Der Begriff ist in etwa gleichbedeutend mit dem deutschen Begriff „Weltregierung“

85 Inhaltliche Bedeutung: globale politische Lenkungsformen, weltumspannende Politikgestaltung. Es gibt dafür leider keinen adäquaten deutschen Begriff.

4. Handlungsfelder

Auf der Grundlage von Bestandsaufnahmen und Analysen sind fundierte Bewertungen zu artikulieren und klare Forderungen zu formulieren.

5 Dies erfordert zunächst eine Reflektion über die Voraussetzungen des kirchlichen Redens und Handelns innerhalb des komplexen Problemfeldes „Globalisierung“.

Dabei sind u. a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welche fachlichen Kompetenzen kann die Evangelische Kirche im Rheinland selbst einbringen oder von Dritten einholen?
- 10 • Welche Gesprächs- und Einflussmöglichkeiten hat die Evangelische Kirche im Rheinland auf den drei Ebenen der Kirche? Wer sind die konkreten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Politik und Wirtschaft auf diesen drei Ebenen?
- Welche zivilgesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartner können für das kirchliche Handeln im Sinne der „Orientierungspunkte“ (vergl. II.6.3) gewonnen werden?
- 15 • Welche politischen Handlungsmöglichkeiten gibt es für die Evangelische Kirche im Rheinland auf kommunalpolitischer, landespolitischer, bundespolitischer und europäischer Ebene?
- Welche Bedeutung hat das Thema „Globalisierung“ für das von den evangelischen Kirchen in Europa gemeinsam angestrebte Ziel, den europäischen Einigungsprozess mit zu gestalten?
- 20 • Wie kann ein gemeinsames Handeln innerhalb der weltweiten ökumenischen Beziehungen der Evangelischen Kirche im Rheinland koordiniert werden?

25 Exemplarisch sollen im Folgenden sieben ausgewiesene, in der Evangelischen Kirche im Rheinland seit Jahren bearbeitete Handlungsfelder vorgestellt werden. Die Darstellung folgt dem im Konziliaren Prozess entwickelten ökumenischen Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln, der zu deutlichen Positionierungen herausfordert sowie auf Handlungsaktionen und einen klaren Aufgabenkatalog abzielt.

30 Über diese ausgewiesenen Handlungsfelder hinaus gibt es weitere Bereiche, die in der Arbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland wichtig sind, bei denen jedoch eine vertiefende Beschäftigung im Zusammenhang mit den Herausforderungen durch die Globalisierung noch nötig ist. Beispielfhaft seien dazu Gesundheit und Bildung genannt.

4.1 Arbeit

35 Sehen

Outsourcing, Rationalisierung, Verlagerung von Arbeitsplätzen, Flexibilisierung, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, Lohndumping, Ich-AG's, das sind die Tatbestände, die die Arbeitswirklichkeit und die Lebenssituation von Millionen von Menschen radikal verändern. In Deutschland ist nicht nur die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit ein soziales und politisches Problem. Kennzeichen der Spaltung der bundesrepublikanischen Erwerbsarbeitsgesellschaft ist ebenso die Zunahme unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse.⁸⁶ Besonders häufig sind Frauen in solchen Beschäftigungsverhältnissen zu finden.

45 Urteilen

In bemerkenswerter und anerkannter Weise engagieren sich viele Akteure⁸⁷ auf den verschiedenen Ebenen der Evangelischen Kirche im Rheinland in der Arbeitslosenarbeit. Durch

86 Auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im klassischen Normalarbeitsverhältnis verändern sich. Materiell relativ abgesichert kennzeichnen Arbeitsverdichtung, Stress, hohe Arbeitszeitbelastung und Leistungsdruck den Arbeitsalltag.

87 Dieser Begriff wird nicht geschlechtsbezogen verwendet.

5 aufklärende Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit werden gleichermaßen skandalöse Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern thematisiert – in Verbindung mit Produktionsverlagerungen, aber auch mit unserem Konsumverhalten. Die schleichende Veränderung der Erwerbsarbeitsstrukturen und Arbeitsbedingungen bedarf einer vergleichbaren Wahrnehmung und Positionierung.

10 So gilt es besonders, zum (be-)drängenden Problem von „Armut trotz Erwerbstätigkeit“⁸⁸ klar und eindeutig Stellung zu beziehen, auch im Hinblick auf das eigene Verhalten. In der unter dem Reizwort „Mindestlohn“ geführten Grundsatzdebatte sind die politischen Positionen und Handlungsvorschläge⁸⁹ dazu ebenso kontrovers wie die wirtschaftswissenschaftliche Fachdiskussion.⁹⁰ Sozialethisch ist festzuhalten, dass ein Vollerwerbsarbeitsverhältnis auch die materielle Existenz sichern muss. Daran müssen sich alle Maßnahmen messen lassen. Ähnlich argumentiert auch die jüngere Rechtsprechung mit dem Verweis auf das Würdegebot des Grundgesetzes: „Die Würde des Einzelnen würde verletzt, könnte dieser aus einer durchschnittlichen vollschichtigen Arbeitsleistung gerade sein physisches Überleben sichern, oder selbst das nicht“.⁹¹

20 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nicht allein unter materiellen Gesichtspunkten zu beurteilen. Nach christlichem Arbeitsverständnis gehört zur menschlichen Arbeit auch das Recht auf und die Verpflichtung zu ihrem humanen Vollzug, gerade weil sie notwendig ist und auch mühsam sein kann. Deshalb sind z.B. flexible, familienschädliche Arbeitszeiten, wechselnde Leiharbeitsverhältnisse und Scheinselbständigkeit keine humanen Instrumente einer langfristigen, sozial verträglichen Arbeitsmarktpolitik.

25 **Handeln**

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat angesichts dieser Entwicklungen im Bereich der Arbeitswelt, die nach neoliberalerem Verständnis als nationale Anpassung an die Eigendynamik der Globalisierung nicht zu vermeiden sind, ihre gesellschaftspolitische Mahn- und Wächterfunktion profiliert wahrzunehmen. Als Landeskirche kann sie ebenso alternative Handlungskonzepte in den politischen Entscheidungsprozess einbringen oder unterstützen.⁹²

35 Die Evangelische Kirche im Rheinland hat aber zunächst die eigenen Verhaltensweisen und Handlungsoptionen zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Auf allen Ebenen, in allen Einrichtungen, Werken und Verbänden besteht nämlich ein direkter, selbstverantwortlicher Handlungsspielraum, der unter Aufnahme von best practice-Erfahrungen gestaltet werden kann. Dazu dienen auch die folgende Orientierungshilfen und Leitlinien, die als Handlungsempfehlungen von der Landessynode verabschiedet werden sollten:

88 Die „Working Poor“, d.h. die Gruppe der Erwerbstätigen, die trotz eines Vollzeitverhältnisses auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen ist, wächst kontinuierlich. Derzeit sind es 600.000 Personen. Über drei Millionen Erwerbstätige haben ein Nettoeinkommen von weniger als 940 € und leben damit nach EU-Kriterien unter der Armutsgrenze. 4,6 Millionen Beschäftigte haben einen Bruttostundenlohn von unter 7,50 € und liegen somit unter dem pfändungsfreien monatlichen Nettoeinkommen.

89 Gesetzliche oder branchenspezifische tarifvertragliche Regelungen, Ausweitung des Entsendegesetzes, Kombi-lohn, Bürgergeld u.a.

90 Vertreter neoklassisch orientierter Theorieschulen stehen dem Mindestlohn weitgehend ablehnend gegenüber. Sie gehen insbesondere von negativen Arbeitsmarkteffekten aus. Keynesianer erwarten dagegen positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Empirische Studien liefern auch kein einheitliches Bild. So führt z.B. eine Vergleichsuntersuchung in neun Ländern über die Beschäftigungswirkungen im Jahre 2003 zu folgenden Ergebnissen: In 24 Fällen wurden Arbeitsplatzverluste festgestellt, in 7 Fällen ergab sich ein widersprüchliches Bild, in 15 Untersuchungen wurden keine bzw. sogar positive Arbeitsplatzeffekte registriert. (Ragacs, Christian. Mindestlöhne und Beschäftigung. Ein Überblick über die neuere empirische Literatur, Working Paper 25, Wirtschaftsuniversität Wien, 2003)

91 Sozialgericht Berlin, Urteil vom 27.02.2006, Aktenzeichen S 77 AL 742/05, mit Verweis auf entsprechende Urteile des Arbeitsgerichtes Bremen und des Sozialgerichtes Fulda

92 so z.B. das Konzept zum Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) des Diakonischen Werkes in Deutschland

- Jede Anstellungsträgerin innerhalb der Evangelische Kirche im Rheinland zahlt für einen Vollzeitarbeitsplatz bei durchschnittlicher Arbeitsleistung ein Arbeitsentgelt, das nicht unter dem soziokulturellen Existenzminimum der Sozialhilfe liegt.
- Bei Aufträgen an Dritte (z.B. Handwerk, Dienstleistungen, Catering) und deren Subunternehmen ist dieses Kriterium bei der Vergabe entsprechend anzuwenden.
- Bei Bauaufträgen ist der Einsatz illegal Beschäftigter vertraglich auszuschließen und regressmäßig zu sanktionieren.
- Arbeitsplätze für Ein-Euro-Jobs sollten ohne verbindliche Aufgabenbetreuung und persönliche Ansprechpersonen im Sinne einer sozialpädagogischen Begleitung vor Ort nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die konsequente Umsetzung dieser Vorschläge kann zu Interessenkollisionen und in Dilemmasituationen führen. Dies betrifft einmal die kirchlich-diakonischen Einrichtungen, die sich mit ihren Dienstleistungen im Marktwettbewerb befinden. Dies gilt aber auch für kirchliche Einrichtungen, die als Nachfragende unter Kostensenkungs- und Finanzierungsdruck stehen. Die Entscheidung muss immer wieder neu getroffen werden, welche Grenzlinien für verantwortliches christliches Handeln im Hinblick auf menschenwürdige Arbeit nicht überschritten werden dürfen.

4.2 Ethisches Investment

Sehen

Der weitaus größte Teil des global zur Verfügung stehenden Kapitals ist Finanzkapital, zu einem erheblichen Teil spekulativ und mit hohen und kurzfristigen Gewinnerwartungen investiert.

Die Höhe der Erträge auf den Finanzmärkten setzt Maßstäbe auch für die Gewinnerwartungen von börsennotierten Unternehmen. Damit verbunden ist die Gefahr, dass soziale und ökologische Standards zugunsten maximaler Erträge eingeschränkt oder umgangen werden.

Erfahrungen mit „Ethikfonds“ zeigen aber, dass innovative Unternehmen, die solche Standards in ihrer Firmenpolitik umsetzen, wirtschaftlich durchaus konkurrenzfähig sind und überdurchschnittlich gute Erträge erzielen.⁹³

Institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen, aber auch Kirchen können mit ihrer Anlagepolitik Unternehmen zu nachhaltigem Wirtschaften bewegen.

So verkaufte zum Beispiel der 230 Mrd. US\$ schwere norwegische Petroleum-Fonds 2006 seine Aktienanteile am US-amerikanischen Unternehmen „Wal Mart“, weil der Ethikrat des Fonds als erwiesen ansah, dass „Wal Mart“ Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Der Fonds machte diese Entscheidung auf seiner Webseite öffentlich.

Urteilen

Die Bereitstellung von Kapital für öffentliche und private wirtschaftliche Akteurinnen und Akteure ist kein ethisch neutraler Vorgang.⁹⁴ Sie ermöglicht die Stabilisierung oder auch Erweiterung des wirtschaftlichen Aktionsradius. Damit ist ein Zuwachs an Macht, in Zei-

93 Die Entwicklung eines der wichtigsten Aktienindices - MSCI (Morgan Stanley Capital Index World) - bewegt sich im Vergleich zum DJSI (Dow Jones Sustainability Index) vom 8.9.1999 bis zum 31.3.2006 auf gleichem Niveau (Quelle: SAM Indexes GmbH Zürich, Sept. 2007).

94 Es stellt sich z.B. die Frage, ob die Investition in Aktien, wenn sie nicht langfristig angelegt ist, mit ethischen Kriterien vereinbar ist (Spekulation).

Bankaktien und -anleihen sind in vielfacher Hinsicht problematisch: Sie können zum einen Unternehmen mit sehr bedenklicher Geschäftstätigkeit, z.B. der Produktion von Streumunition, finanzieren. Zum anderen tragen diese Unternehmen über ihre Niederlassungen in Steueroasen zu Steuerhinterziehung und Steuervermeidung bei. Eine Analyse der Geschäftsbeziehungen ist kaum möglich. Man sollte deshalb nur in solche Spezialinstitute oder Banken investieren, die einen überprüfbaren Ethikfilter einsetzen, der die Kriterien Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufnimmt.

ten schwindender staatlicher Souveränität auch ein Zuwachs an politischer Macht verbunden.

5 Diese Macht muss nach ethischen Grundsätzen ausgeübt werden, wenn Wirtschaften für das Leben mehr bedeuten soll als die Bedürfnisbefriedigung derer, die sich auf dem Markt behaupten können.

10 Gegen ökonomistische Effizienzkriterien und rein quantitative Wachstumserwartungen stehen ethische Maßstäbe für Arbeitsbedingungen, für die Nutzung natürlicher Ressourcen, für die Nutzung und Verbreitung wissenschaftlicher und technologischer Expertise und für die Gestaltung von Handels- und Finanzbeziehungen. Diese Maßstäbe sind nur begrenzt juristisch einklagbar. Deshalb ist ethisches Investment ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Gestaltung fairer Handels- und Finanzbeziehungen sowie für die Förderung sozialer und ökologischer Standards in Produktion und Vermarktung.

15 **Handeln**

20 Die Handlungsmöglichkeiten der Evangelischen Kirche im Rheinland müssen auf ihre Anlagestrategie abgestimmt sein. Als ein institutioneller Anleger, der einerseits eine hohe Sicherheit für seine Anlagen und gleichzeitig regelmäßige Ausschüttungen benötigt, hat die Landeskirche ca. 70% ihrer Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere investiert, die oftmals von staatlichen Emittenten stammen (Bundesrepublik, Bundesländer, kommunale Pfandbriefe, Kreditanstalt für Wiederaufbau). Es werden jedoch auch festverzinsliche Papiere von Großunternehmen, hier besonders von Banken und von anderen Staaten, gekauft. Nur bis zu 30% des Kapitalvermögens können in gemischte Fonds investiert werden. Hier spielen die europäischen Großunternehmen eine dominierende Rolle.

25 Auf der landeskirchlichen Ebene beteiligt sich die Evangelische Kirche im Rheinland nicht an Währungsspekulationen, sie investiert nicht in Wertpapiere, die in Steueroasen aufgelegt wurden, und setzt Derivate nur zur Absicherung des Vermögens ein. Es ist sinnvoll, dass alle anliegenden Körperschaften der Evangelischen Kirche im Rheinland dieser Praxis folgen.

30 Die Evangelische Kirche im Rheinland hat auf der landeskirchlicher Ebene einen Teil ihrer Kapitalrücklagen in Fonds investiert. Diese Fonds berücksichtigen Nachhaltigkeitskriterien.

35 Nachhaltigkeitskriterien (Ethikfilter) können jedoch nicht verhindern, dass gelegentlich auch in Unternehmen investiert wird, die soziale und ökologische Kriterien verletzen, weil die Verletzungen der Kriterien durch diese Unternehmen nicht bekannt sind oder nach Anlageentscheidung vom Unternehmen nicht mehr beachtet werden. Das gibt den anliegenden Körperschaften die Möglichkeit, mit den Unternehmen ins Gespräch zu kommen. Ein Gespräch mit dem Vorstand eines Unternehmens kann durchaus zu einer Verhaltensänderung führen.

40 Kirchengemeinden, Kirchenkreise und das Landeskirchenamt der Evangelische Kirche im Rheinland haben bereits wichtige Schritte getan, um ihre Gelder nach sozialen und ökologischen Kriterien anzulegen. Es gibt jedoch noch weiteres Potential. Die verfasste Kirche könnte ihr gesamtes Vermögen nach Nachhaltigkeitskriterien anlegen und darüber hinaus die Kriterien vollständig bekannt geben.

4.3 Frieden, Entwicklung und Sicherheit

Frieden, Entwicklung und Sicherheit voranzubringen ist unabdingbar, wenn die Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung bestanden werden sollen.

Sehen

- 5 1. Rüstung verschlingt Ressourcen, die z.B. bei der Umsetzung der Millenniumsziele der UN dringend fehlen. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind in 2006 weiter angestiegen. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)⁹⁵ weist in seinem neuen Jahrbuch nach, dass die jährlichen Ausgaben mit mehr als 1200 Mrd. US-\$ um 3,5 Prozent gegenüber 2005 gewachsen ist⁹⁶. Mit fast 37 Mrd. US-\$ belegt Deutschland den sechsten
- 10 Platz unter den Rüstung produzierenden Staaten.
Der internationale Waffenhandel ist seit 2002 um 50 Prozent gestiegen. Die beiden mit Abstand größten Exporteure waren erneut die USA und Russland. Deutschland nimmt mit einem Rüstungsexportvolumen von 6,9 Mrd. € zwischen 2002 und 2006 inzwischen den dritten Platz vor Frankreich ein.
- 15 Nicht akzeptabel bezüglich der deutschen Waffenexporte sind nach der Bewertung der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) insbesondere die überproportional steigenden Ausfuhren in Spannungsgebiete, die Rüstungslieferungen an China, an Griechenland und die Türkei, die Beteiligung deutscher Sicherheitsfirmen an bewaffneten Konflikten sowie die Ausfuhr von Kleinwaffen.
- 20 Das Scheitern der Überprüfungskonferenz 2006 zum atomaren Nichtverbreitungsvertrag hat die Bedrohung durch Nuklearwaffen weltweit weiter erhöht.
- 25 2. Sicherheit und in der Folge Frieden und Entwicklung drohen zu scheitern, wenn innerstaatliche Konflikte⁹⁷ gewaltsam ausgetragen werden und Staaten an Handlungsfähigkeit einbüßen oder gar wegen Verlustes des staatlichen Gewaltmonopols auseinander brechen. Der Zerfall von Staaten erhöht die Kosten der Entwicklung und belastet die Sicherheit ganzer Regionen. . Die „Sicherung“ der Energieversorgung durch militärische Gewalt ist zudem mittelfristig eine extrem hohe Gefahr.
- 30 3. Politischer Spielraum
Nach den Terrorakten am 11. September 2001 in den USA hat die Bekämpfung von Terror durch Gewalt („war on terror“) in den USA selbst, in Europa und weltweit zum Verlust an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu mehr Rüstung und Militäreinsatz sowie im Ergebnis zu einem Erstarren von terroristischen Gruppen in kritischen Gebieten geführt. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU verfolgt mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) keine klare ordnungspolitische friedensorientierte Linie.
- 35 Militärische Anstrengungen, z.B. in Gestalt der „Verteidigungsagentur“, die ohne parlamentarische Legitimation durch das EU-Parlament vom Ministerrat eingerichtet wurde, überwiegen noch.
Auch die Sicherheitspolitik der Bundesregierung hat bei der Bearbeitung von Krisen keinen vorrangig nicht-militärischen Kurs, so gewiss die Friedensmissionen und zivilen Ziele ihres Handelns zu würdigen sind. Das Weißbuch der Bundesregierung (2006) wird den Ansprüchen des paradigmatischen Aktionsplanes der Bundesregierung zur zivilen Krisenprävention (2004) zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung bisher nicht gerecht.
- 40

95 Eine Übersicht der Rüstungsexporte, ihrer Bewertung und Forderungen zum Gegensteuern enthält der jährliche Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), zuletzt: Rüstungsexportbericht 2006, epd-Dokumentation Nr. 1/2007.

96 Den Löwenanteil (528,7 Milliarden US \$) sowohl bei den Ausgaben insgesamt wie bei der Steigerungsrate (62%) stellen die Vereinigten Staaten, hauptsächlich wegen der Kriege in Afghanistan und im Irak. Die nächsten Plätze in der Rangfolge der höchsten Rüstungsausgaben belegen Großbritannien mit 59,12, Frankreich mit 53 und China mit 49,44 Milliarden US-\$.

97 Gegenüber 2005 ist die Zahl der Kriege in 2006 mit 17 unverändert geblieben. Alle diese Kriege sind innerstaatliche Konflikte, die aber häufig einen „transnationalen“ Charakter besitzen, weil sich dort die Vereinten Nationen, die NATO oder ein anderes überregionales Bündnis engagieren (s. Afghanistan, Nahost und Somalia).

Urteilen

- Als Grundlage zur Beurteilung von Frieden, Entwicklung und Sicherheit einschließlich der wirtschaftlichen Globalisierung ist in der Evangelische Kirche im Rheinland in ökumenischer Übereinstimmung das Leitbild des „gerechten Friedens“ anerkannt.⁹⁸ Dieses Leitbild folgt dem Vorsatz „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“⁹⁹ Es ergibt sich aus der „vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit“ als einem Ergebnis des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, den die Evangelische Kirche im Rheinland in ihre Kirchenordnung aufgenommen hat.
- 10 Mit militärischen Mitteln können Frieden, Entwicklung und Sicherheit nicht mehr dauerhaft und nachhaltig erreicht werden. Die bisher herrschenden Begriffe der „erweiterten Sicherheit“ und der „vernetzten Sicherheit“ greifen im Blick auf zivile Maßnahmen zu kurz, da sie auf militärische Reaktionen ausgerichtet sind. Das neue maßgebliche Verständnis zur Gestaltung der Globalisierung ist heute das Konzept der „menschlichen Sicherheit“. Es wurde erstmals 1994 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht und seither intensiv diskutiert. Die „menschliche Sicherheit“ stellt nicht auf die Sicherheit von Staaten, sondern auf die Lebensinteressen des einzelnen Menschen ab. „Menschliche Sicherheit“ wird gemessen an Indikatoren für ein gesundes Leben, an einem angemessenen Bildungsstand und Lebensstandard. Das Konzept der menschlichen Sicherheit versteht Sicherheit, Entwicklung und Frieden einschließlich der ökonomischen Perspektiven und des politischen Handlungsspielraums als ein komplexes Zusammenwirken menschlicher Gesellschaften. Als ganzheitliches Konzept berücksichtigt es wesentliche Aspekte des Ausgleichs und der Versöhnung.

25 Handeln

- Die Evangelische Kirche im Rheinland wird im Lichte der Argumentationshilfe „Ein gerechter Friede ist möglich“ und der neuen EKD-Friedensdenkschrift "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen", die im Oktober 2007 vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland verabschiedet wurde, Konsultationen mit konziliaren Gruppen und Initiativen sowie friedenspolitische Fachtagungen fortsetzen, um die ethischen und sachlichen Fragen zur wirtschaftlichen Globalisierung und derjenigen zu Frieden, Entwicklung und Sicherheit zu bearbeiten und die Kompetenzen der zivilen Konfliktbearbeitung weiter zu entwickeln.
- 35 Über die engere friedensethische Debatte hinaus wird das Engagement der Evangelische Kirche im Rheinland für die Menschenrechte in der Stellungnahme der Landessynode 2007 zur Folter „Nicht einen Spalt breit“¹⁰⁰ dokumentiert.
- Die Evangelische Kirche im Rheinland kann nur gemeinsam mit starken Bündnispartnern und -partnerinnen für Frieden, Entwicklung und Sicherheit eintreten. Dazu wird es notwendig sein, die bestehende Zusammenarbeit innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland und mit den ökumenischen Partnerorganisationen zu vertiefen. In Zukunft sind auch mit weiteren Partnern konkrete Vereinbarungen über konkrete Projekte und gemeinsame Arbeitsaufträge zu treffen. Im Zentrum der Aktivitäten in Deutschland¹⁰¹ steht der Aktionsplan für Zivile Konfliktbearbeitung der Bundesregierung, der auch von kirchlicher Seite noch aktiver unterstützt werden muss.

98 Evangelische Kirche im Rheinland (Hrsg.), Ein gerechter Friede ist möglich, Argumentationshilfe zur Friedensarbeit, Düsseldorf 2005. Die Handreichung wurde auf Beschluss der Landessynode 2004 (Beschluss 14) verfasst. Vgl. auch die neue Friedensdenkschrift der EKD "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen", Gütersloh 2007/www.ekd.de/friedensdenkschrift.

99 Dies steht im Kontrast zur Vorstellung der militärischen Gewalt als ultima ratio.

100 Evangelische Kirche im Rheinland, Nicht einen Spalt breit! (2007)

101 z.B. andere Religionsgemeinschaften, politische Stiftungen, Parteien, wichtige NGO's aus der Zivilgesellschaft und auch die Bundeswehr.

Im europäischen Kontext wird es darum gehen, die kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fortzusetzen und hier auf eine stärkere zivile Ausarbeitung zu drängen. Dabei wird der Zusammenarbeit mit der im November 2007 von der Europäischen Kommission initiierten „EU Peace Building Partnership“ besondere Bedeutung zukommen, weil auf diesem Wege die Forderung nach einer europäischen Struktur für Zivile Konfliktbearbeitung umgesetzt werden soll. Präses Nikolaus Schneider hat sich dafür ausgesprochen, dass die Kirchen sich für den Frieden auf europäischer Ebene mehr engagieren müssen, und dafür eigens ein Institut gefordert.¹⁰²

Die Evangelische Kirche im Rheinland wird die Gemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen in ein kontinuierliches Engagement für nicht-militärische Konfliktlösungsstrategien einbeziehen und auf die Problemlagen in den Konfliktregionen hinweisen. Nur eine breite Basis der Meinungsbildung kann auch zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und zum Umdenken der politischen Verantwortungsträger führen.

4.4 Klimawandel Sehen

Die Klimakrise ist eine Bedrohung globalen Ausmaßes. Die jüngsten UN-Berichte machen deutlich, dass nur noch wenig Zeit bleibt, um katastrophale Folgen eines Klimawandels zu vermeiden oder zu mildern. Die durch den Menschen verursachte Umweltverschmutzung, insbesondere der Ausstoß von CO₂, heizen nachweisbar die Atmosphäre auf.¹⁰³

Die Folgen des von uns Menschen verursachten Klimawandels sind längst unübersehbar: Hitzerekorde und "Jahrhundert"-Hochwasser, Wirbelstürme und Artenschwund sind unübersehbare Signale, dass es allerhöchste Zeit ist zu handeln.

Seriöse Zweifel an der Aussage, dass der gegenwärtige Klimawandel von Menschen mit verursacht wird, sind nicht mehr möglich.¹⁰⁴ Die Gründe für die Besorgnis haben sich gegenüber früheren IPCC¹⁰⁵-Berichten bestätigt und teilweise verstärkt.¹⁰⁶

Bis zum Jahre 2050 muss der Ausstoß von Kohlendioxid global halbiert, das heißt in Industrieländern wie Deutschland um 80% reduziert werden, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Nur so können gerechte Existenzbedingungen für die menschliche Zivilisation gesichert und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden.

Im Gebiet der Rheinischen Kirche liegen die Braunkohletagebaue Gebiete Garzweiler, Inden und Hambach. Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle ist mit gravierenden negativen Folgen verbunden. Tausende Menschen werden ihrer Heimat beraubt, Natur und Landschaft zerstört, der Gewässerhaushalt geschädigt, das Klima angeheizt. Nirgendwo in Europa ist die Konzentration an CO₂ Ausstoß höher als in dem Gebiet des rheinischen Braunkohletagebaus.

Die Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. Die Braunkohlekraftwerke sind jährlich für den Ausstoß von 145 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich.

Klimagase wie CO₂ reichern sich in der Atmosphäre an und heizen unsere Erde auf.

Die notwendige Trendwende muss jetzt eingeleitet werden. Bei einem ungebremsten Anstieg der mittleren Erdtemperatur wird die erfolgreiche Bewältigung des Klimawan-

102 Ansprache von Präses Nikolaus Schneider bei dem ökumenischen Empfang der EKD in Brüssel am 16.10.2006 in Brüssel „Europa als Wegweiser für den globalen Frieden? Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Lichte der christlichen Friedensethik“

103 Ausführlich: Al Gore, Eine unbequeme Wahrheit. Die drohende Klimakatastrophe und was wir dagegen tun können(2006) 4. Auflage

104 EKD Texte 89, Es ist nicht zu spät für einen Klimawandel. (2007) 7

105 Internationales Expertengremium zum Klimawandel

106 EKD Texte 89, 8

dels zunehmend unwahrscheinlicher, da die Anpassungskapazitäten ökologischer und sozialer Systeme dann überfordert werden.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren in dieser Hinsicht durch schwere Versäumnisse und gravierende Verzögerungen geprägt. Aber eine Reihe von Veränderungen hat sich angebahnt:

- Das Problembewusstsein ist insgesamt gewachsen;
- die technologischen Optionen im Bereich der regenerativen Energien haben sich deutlich verbessert;
- politische Instrumente werden derzeit erprobt oder bereits eingesetzt.

Dieser Prozess ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern beispielhaft vorangekommen. Heute, 2007 - 2008 lassen sich ca. 30 - 40% Nutzenergie mit alternativer und erneuerbarer Energietechnik nachhaltig gewinnen.

Der verbleibende Teil von ca. 70 - 60% wird aber nach wie vor mit Kohle, Braunkohle und Kernenergie hergestellt.

Die Potentiale zur Energie-Einsparung sind so groß, dass hier, flankiert durch die Politik, auf allen Ebenen kontinuierlich Fortschritte erzielt werden.

Die politischen Grundlagen – Kyoto-Protokoll 2008 bis 2012 sowie die G 8-Beschlüsse von Heiligendamm 2007 – werden das Welt-Thema im Bewusstsein der Menschen festhalten.

An diese Veränderungen anknüpfend ist bei einem entsprechenden politischen Willen der Staaten- und Völkergemeinschaft eine Begrenzung des Klimawandels auf ein gerade noch erträgliches Maß möglich. Deswegen kommt es gerade jetzt auf politischen Gestaltungswillen an, um die Trendwende in der Emissionsentwicklung jetzt einzuleiten. Der verbreiteten These, eine durchgreifende Trendwende sei bis 2020 nicht zu verwirklichen, muss die Entschlossenheit entgegengesetzt werden, sie so schnell wie möglich – und das

heißt vor 2020 – in Gang zu bringen.

Urteilen

Neue Braunkohlekraftwerke mit gegenüber den Altanlagen nur geringfügig höheren Wirkungsgraden lösen das Problem nicht. Im Gegenteil: Sie zementieren die klimaschädliche Kohle-Vorrang-Politik für weitere Jahrzehnte und blockieren die Energiewende.

Die Konzentration auf Forschung und Technik mit dem Ziel der Effizienz-Steigerung und Nutzeneinsparung ist die Herausforderung der Zukunft und gleichzeitig die Chance, aus der Diskussion um die Klimaveränderung einen Gewinn zu ziehen.

Ein schrittweise verankerter Mix aus Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie, verbunden mit der Erschließung aller Einsparpotenziale, sichert die Stromversorgung, schützt das Klima und schafft neue Arbeitsplätze. Für die Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den Grundlaststrom auf wesentlich umweltfreundlichere Art bereitstellen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist sich ihrer Verantwortung und ihrer Wirkkraft bei der notwendigen Energieumwandlung hin zu mehr erneuerbarer Energie bewusst.

Mit allen Gemeinden und Einrichtungen hat sie einen hohen Anteil am Energieverbrauch im Land und trägt damit eine hohe Klimaverantwortung. Darum hat sie eine hohe Vorbildfunktion. Die Evangelische Kirche im Rheinland will mit ihrem Handeln zur öffentlichen Bewusstseinsbildung beitragen und den Energiewandel vorantreiben.

Auf lokaler Ebene engagieren sich schon viele Christinnen und Christen für den Klimaschutz.

Einige Kirchenkreise haben sich als Ganzes ihrer Verantwortung gestellt und haben mit regionalen oder überörtlichen Energielieferanten Rahmenabkommen über die Belieferung mit so genanntem Natur- oder Grünem Strom, also Strom aus erneuerbaren, regenerativen Energiequellen, geschlossen.

Handeln

- In einem ersten Schritt können Leitpässe zur Energieeinsparung und -effizienz (etwa durch alternative Heizmethoden, durch Blockkraftwerke u.ä.) für die Einrichtungen der Gemeinden und Kirchenkreise erstellt werden.¹⁰⁷
- 5 • Die Evangelische Kirche im Rheinland strebt zügig einen Rahmenvertrag für alle Einrichtungen der Landeskirche nach dem Vorbild der vorhandenen Rahmenverträge an.¹⁰⁸ Leitendes Kriterium muss der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern sein, nicht der Preis im Vergleich zur Energie aus fossilen Brennstoffen oder aus Atomstrom.
- 10 • Die Landessynode spricht die Empfehlung an alle Kirchenkreise aus, ebenfalls solche Rahmenabkommen zu schließen oder sich dem landeskirchlichen Rahmenabkommen mit ihren Einrichtungen und Gemeinden anzuschließen.

15 Eine Selbstverpflichtung durch die Kirchenkreise ist nötig, damit der Einsicht zur Klima-
veränderung auch Taten folgen. Auf erfolgreiche alternative Modelle in einigen Kirchen-
kreisen kann dabei zurückgegriffen werden.

- Die Kirchenkreise sollten alle geeigneten Dachflächen überprüfen, um sie für den Ausbau mit Photovoltaikanlagen zu nutzen oder entsprechend Interessierten zur Verfügung zu stellen, analog einem Verfahren, das das Landwirtschaftsministerium erfolgreich für landwirtschaftliche Betriebe umgesetzt hat.
- 20 • Kirchliche Immobilien sollten im Zuge der Gebäudebewertungen energetisch überprüft und bei Bedarf energetisch saniert werden mit dem Ziel der Verbesserung der Energieeinsparung und -effizienz.

25 4.5 Konsum Sehen

Merkmal und Ergebnis der wirtschaftlichen Globalisierung ist die globale arbeitsteilige
Warenproduktion. Zahllose Konsumgüter werden teilweise oder komplett hergestellt an
Standorten, an denen am billigsten produziert werden kann.

30 Weltweite Kommunikations- und Verkehrssysteme ermöglichen diese Produktionsweise.
So werden z.B. Rohstoffe, Halb- und Fertigprodukte für eine Jeans oft insgesamt ca. 15000
Kilometer weit transportiert.

Diese Art des Produzierens verursacht neben negativen ökologischen Auswirkungen auch
einen weltweiten Wettbewerb um die niedrigsten Lohnkostenanteile an jedem Produkt.
35 Dieser Wettbewerb führt an vielen Produktionsstandorten zu ausbeuterischen Arbeitsbe-
dingungen, die weit unter den von vielen Ländern anerkannten Standards der Internatio-
nalen Arbeitsorganisation ILO bleiben. Millionen Menschen haben daher für ihre Arbeit
kein existenzsicherndes Einkommen.

40 Trotzdem sind weite Bereiche innerhalb der Kirchen nicht am kritischen Konsum und der
Entwicklung von Alternativen beteiligt (z. B. Kaffee und Textilien in Krankenhäusern und
Pflegeeinrichtungen).

107 Modelle gibt es in Essen oder im KK Jülich.

108 Ein entsprechender Antrag des Kirchenkreises Jülich aus dem Jahr 2003 ist auf der Landessynode 2004 (Beschluss 4.16) behandelt worden. Vom StAÖV wurde in einer Stellungnahme vom 13.09.2004 die Abschätzung möglicher Energiesparpotentiale angeregt parallel zum Preisvergleich von konventionellem und nachhaltig produzierten Strom (Ökostrom).

Der Finanzausschuss (FA) schloss sich diesem Votum am 25.11.2004 an, allerdings sollte der Preisvergleich die Grundlage der Entscheidung darstellen. Die Kirchenkreise seien auf dieses Vorhaben hinzuweisen. Damit war aus Sicht des FA der Antrag des Kirchenkreises Jülich an die Landessynode 2004 erledigt.

Urteilen

Als Verbraucher und Verbraucherinnen sind sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen in das weltweite Produktions- und Zirkulationssystem von Waren eingebunden. Auch die Kirchen tragen daher eine Mitverantwortung für ökologische Folgen und soziale Ungerechtigkeiten. Sie haben aber auch Möglichkeiten für die Gestaltung dieses weltweiten Marktes.

Auch die Kirche kann kaum Abstand halten von einer Ideologie des „billiger ist besser“. Obwohl wir wissen, dass es sozialetisch sinnvoll ist, ökologisch hergestellte, fair gehandelte und nachhaltig nutzbare Produkte zu verwenden, ist das in unseren Häusern und Einrichtungen nicht Standard. Zugleich aber mit dem Eingestehen dieser unserer eigenen Trägheit, die uns das Rechte erst morgen angehen lassen will, bekräftigen wir, dass unser Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar damit ist, die Ausbeutung von Menschen hinzunehmen. Als zum Tun des Willens Gottes gerufene Kirche sind wir verpflichtet, in unserem Handeln Zeichen zu setzen für eine Ökonomie des „Genug für alle“.

Handeln

Handlungsmöglichkeiten und Handlungsfelder bieten sich in der Evangelische Kirche im Rheinland beim eigenen Konsum an.

- Kriterien der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit sind beim Einkauf von entsprechenden Konsumwaren zu berücksichtigen (vom fair gehandelten Kaffee und Recycling-Papier über den „grünen Computer“ bis zu Baumaterialien).
- Über die Diakonischen Werke, Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen, Schulen usw. ist Einfluss zu nehmen hinsichtlich der Berücksichtigung von sozialen Kriterien bei der Beschaffung von Kleidung und Textilien sowie beim Verbrauch von Kaffee, Tee usw.
- Gespräche mit Verantwortlichen aus zuliefernden Firmen sind zu führen mit dem Ziel, dass sie ihre soziale Verantwortung gemäß CSR-Ansatz¹⁰⁹ anerkennen und entsprechende Schritte zu Veränderungen durchführen.

Darüber hinaus sollte die Evangelische Kirche im Rheinland

- sich weiterhin und verstärkt an den entsprechenden Kampagnen und Aktionen beteiligen,
- die Informations- und Bildungsarbeit zum Thema in Erwachsenenbildung, Jugendarbeit, Ausbildungsstätten, Schulen und Gemeinden verstärken.

4.6 Landwirtschaft

Sehen

Die europäische Landwirtschaft ist weitestgehend kommerzialisiert und industrialisiert. Zu den Ursachen dieser Situation gehören insbesondere die europäische Agrarpolitik mit dem System von Exporterstattungen und Subventionen. Die Produkte dieser industriellen Form der Landwirtschaft verdrängen auf dem globalen Markt die Erzeugnisse der traditionellen Landwirtschaft in den Ländern des Südens und auch Osteuropas.

Das global agierende Agrobusiness, das durch Kapitalkonzentration und Hochtechnisierung geprägt ist, entzieht überall traditionell arbeitenden Bäuerinnen und Bauern auf Dauer die Lebensgrundlagen. Zur industriellen Produktion gehören auch der Einsatz von Pestiziden, Kunstdüngern und gentechnisch veränderten Organismen, die die biologische Vielfalt vermindern. Ein weiterer Faktor des Systems sind die Patentierungen und die Lizenzierung von Saatgut, die Bäuerinnen und Bauern, die sich in das Bezugssystem einbeziehen lassen, abhängig machen. Die Auswirkungen des globalen Marktes und einer globalen Nachfrage etwa nach bestimmten Hölzern machen sich unmittelbar in den ländli-

109 CSR = corporate social responsibility

chen Regionen der Länder des Südens bemerkbar. Kahlschläge für landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzung etwa gefährden den wertvollen Lebensraum Regenwald und sind auch ein Faktor in dem weltweit stattfindenden Klimawandel.

5 Dem gegenüber stehen manche Ansätze in den Ländern des Nordens, biologischen Anbau wieder zu fördern und produktionsnah zu konsumieren. Diese Entwicklung wird aber durch die Vermarktungsstrukturen von großen Handelsketten zum Teil konterkariert.

Urteilen

10 Wir Menschen, als Geschöpfe eng verflochten mit dem vielfältigen Gewebe von Gottes Schöpfung, sind zugleich beauftragt, verantwortlich an Gottes Schöpfungswerk mitzuwirken. Als Mitarbeitende in Gottes Schöpfung erkennen wir dankbar die Fülle und die Kraft des Lebens in dem allen Menschen anvertrauten Lebensraum: ein Hinweis auf die Macht und die Herrlichkeit des Schöpfers. So werden wir zugleich sensibel für Strukturen, die Schöpfung und Geschöpfe hemmen und bedrücken, weil Menschen sich zerstörerisch

15 der Schöpfung bemächtigen.

Die Einsicht in die Schöpfung als einer guten Gabe führt zu einer neuen Sicht auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Früchte der Erde sind nicht nur kommerzielle Produkte, sondern Gaben des Schöpfers für alle Menschen. Die gegenwärtig dominierenden Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft sind firmenorientiert, marktbestimmt, profitmotiviert; sie konzentrieren Land und Produktionsmittel in den Händen weniger. Mit dieser Form des Agrobusiness ist landwirtschaftliche Arbeit umgeschlagen in eine Industrie, die Lebensgrundlagen (Nahrung, Wasser, Erde, Klima) gefährdet. Dagegen ist die bäuerliche Arbeit als Leben fördernde kulturelle Basisarbeit in Gottes Schöpfung zu verstehen.

25

Handeln

Die Evangelische Kirche im Rheinland muss sich zum ‚Leben spendenden Landbau‘ und einer nachhaltigen Lebensweise bekennen. In ihren Ausbildungsbereichen soll sie entsprechendes Wissen vermitteln und schöpfungsverantwortliches Urteilsvermögen fördern. Dazu gehört auch die Verpflichtung, in ihren Gliederungen und Einrichtungen Lebensmittel aus ökologischem Anbau, aus der Region und aus fairem Handel zu gebrauchen.

30 Weil die Kirche ein Wächteramt zu versehen hat, muss sie die Produktionsbedingungen im Blick behalten und solche Entwicklungen öffentlich kritisieren, die nachhaltig Lebensgrundlagen zerstören. Es darf nicht sein, dass landwirtschaftliche Flächen und Nutztiere nur noch als Kapitalien wahrgenommen werden und dass aufgrund des hohen Finanzierungsbedarfs einer industrialisierten Landwirtschaft Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von Banken genötigt werden. Ebenso muss das politisch gestaltete Subventionssystem in Europa kritisch begutachtet werden.

35 Die Aktivitäten der Kirche zur Schöpfungsbewahrung bedürfen der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg; bestehende Verbindungen sind fortzusetzen und neue Verbindungen zu knüpfen. Die Empfehlung der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu, eine Schöpfungszeit zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober eines jeden Jahres zu gestalten, wird begrüßt. Liturgien und Rituale, die die spirituelle Dimension von Gottes Schöpferhandeln sowie das Inkultur-Nehmen als einen Dienst in Gottes Schöpfung würdigen (Agri-Kultur), sind in der gottesdienstlichen Praxis zu erproben.

45

4.7 Migration

Sehen

Deutschland ist wie alle europäischen Staaten von Migration geprägt. Das belegen einfache Fakten: Mehr als 7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Deutschland, und etwa 25% der Gesamtbevölkerung haben eine Migrationsgeschichte.

Armut, Bedrohung der Lebensgrundlagen, Verfolgung, aber auch der Wunsch, in anderen Ländern besser leben zu können, veranlassen Millionen Menschen, ihre Herkunftsregion zu verlassen.

Die Folgen der Globalisierung, die die Welt stärker als jemals zuvor in arm und reich teilen, verstärken den Druck, von Zuhause weg zu gehen und – oft unter Lebensgefahr – das „Heil“ in den reichen Ländern (des Nordens) zu suchen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass nur ein geringer Teil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, die wohlhabenden Industriestaaten erreichen. Der deutlich größere Teil lebt unter teilweise menschenunwürdigen Umständen in der Nachbarschaft ihrer Herkunftsregion.

Der Sehnsucht nach dem „gelobten Land“ – verstärkt durch globalisierte Informationsmöglichkeiten – stehen in Europa vereinte logistische und finanzielle Anstrengungen entgegen, Migrantinnen und Migranten, vor allem Flüchtlinge, nicht über die EU-Außengrenzen nach Europa gelangen zu lassen.

Urteilen

Das Geschehen an den EU-Außengrenzen steht im Widerspruch zu einer vergemeinschafteten Flüchtlings- und Asylpolitik, deren Grundlage die uneingeschränkte Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention ist.

Wer versucht, die Grenzen Europas abzuriegeln, lässt diese internationalen Verpflichtungen, aber auch die grundrechtlichen Asylrechtsgarantien leer laufen. Das vereinte Europa ist nicht allein der Freiheit, dem Recht und der Sicherheit, sondern in gleicher Weise auch der Humanität verpflichtet.

Dazu gehört, den Flüchtlingen in akuter Not wirksam zu helfen. Dazu gehört, Migrations- und Fluchtursachen, die gerade auch die Globalisierung auslöst, vor Ort zu bekämpfen – durch eine Zusammenarbeit der Europäischen Staaten mit den Herkunfts- und Transitstaaten, durch Hilfen, die nicht Almosen, sondern Hilfen zur Selbsthilfe sind, und ganz besonders durch globale Wirtschafts- und Handelsstrukturen, die es möglich machen, dass Menschen, die jetzt zu Migration und Flucht gedrängt werden, auskömmlich zu Hause leben können.

Eine Globalisierung unter fairen Bedingungen für alle erlaubt es überdies Ländern wie Deutschland, die Zuwanderung brauchen, Aufenthalts- und Arbeitschancen auch nach eigenem Bedarf zu gewähren. Um zu vermeiden, dass in ihren Herkunftsländern benötigte Fachkräfte abgeworben werden, könnte der von der EU eingeleitete Modellversuch einer „zirkulären Migration“ eine sinnvolle Alternative darstellen.

Unabhängig davon werden auch zukünftig Migranten und Migrantinnen ebenso wie Flüchtlinge, unter ihnen viele Opfer von Globalisierungsfolgen, in den Zielländern Europas bleiben. Die meisten sind seit langem hier, aber noch nicht wirklich „angekommen“. Viele haben keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, aber sie brauchen dringend Integrationschancen und -hilfen.

Handeln

Die Evangelische Kirche im Rheinland als Teil der weltweiten Kirche Jesu Christi wird deshalb in ihrem Bereich die politisch Verantwortlichen und Handelnden immer wieder daran erinnern und auffordern, im Zusammenwirken mit den Herkunfts- und Transitländern die Ursachen für Migration und Flucht – auch solche, die mit den Folgen von Globalisierung zusammenhängen – zu bekämpfen und mittelfristig zu beseitigen.

In ihrem Eintreten für Hilfsbedürftige ist es für die Evangelische Kirche im Rheinland wichtig, andere gesellschaftliche Gruppen als Verbündete zu gewinnen und die Perspektive des eigenen Handelns transnational und global auszurichten.

5 Der 10-Punkte-Aktionsplan des UNHCR vom Sommer 2006 zielt darauf ab, Menschenleben zu retten, Schutzgesuche fair und effizient zu prüfen sowie die Rolle und Verantwortlichkeit von Herkunfts-, Transit- und Aufnahmestaaten, aber auch von internationalen Organisationen und Reedereien im Fall der Rettung auf See zu klären. Die Evangelische Kirche im Rheinland begrüßt und unterstützt dieses Vorhaben. Sie wird ihre eigene Migrationsarbeit, die seit einem Jahrzehnt auf europäischer Ebene ein Netzwerk mit
10 NGO's und kirchlichen Partnerorganisationen zum Informations- und Projektaustausch fördert und für reguläre Zuwanderungswege in Europa eintritt, weiter ausbauen.

Zur Unterstützung der Menschen, die als Migranten und Migrantinnen sowie als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und auf Dauer bleiben können, wird sich die Evangelische Kirche im Rheinland für wirksame Integrationsangebote einsetzen. Sie tritt
15 dafür ein, Standards, wie sie in landeskirchlichen und diakonischen Modellprojekten, z.B. „Gemeinde und Aussiedler“ oder „Integrative Sprachkurse“ angewandt werden, in die Förderangebote von Bund, Ländern und Gemeinden aufzunehmen.

Aktivitäten auf gemeindlicher, kreiskirchlicher und landeskirchlicher Ebene gelten der Beratung und Hilfe für Migranten und Migrantinnen sowie Flüchtlinge, die ohne Aufenthaltstitel sind, die an Traumafolgen leiden, die Opfer von Menschenhandel und Prostitution sind oder als Minderjährige eingereist sind. Hilfestellungen reichen von persönlichem Engagement und praktizierter Gastfreundschaft bis zu Partnerschaften und finanziellen Hilfen im Herkunftsland.
20

Das Eintreten für Menschen, die Flucht und Migration erfahren haben, bleibt ein Aufgaben- und Handlungsfeld, dem sich die Evangelische Kirche im Rheinland bleibend verpflichtet weiß.
25

5. Dialog, Auseinandersetzung und Kooperation

Es wäre vermessen zu glauben, die Evangelische Kirche im Rheinland sollte und könnte
30 sozusagen weltweit das Gespräch mit allen führen, die in der Globalisierung eine Rolle spielen. Das ist auch weder notwendig und noch geboten. Denn in allen internationalen Organisationen und Institutionen, die von Bedeutung sind oder sein können, haben die Bundesrepublik Deutschland und / oder die Europäische Union Sitz, Stimme und Einfluss. Die deutsche und die europäische Politik gestalten und bestimmen die Ziele, Aktivitäten
35 und Ergebnisse der einschlägigen internationalen Organisationen wie der Vereinten Nationen, der WTO, der Weltbank und des IWF maßgeblich mit. Sie tragen daher Verantwortung und sind an diese ihre Verantwortung zu erinnern und mit unseren Positionen zu konfrontieren. Das Gespräch der Kirche im Globalisierungsprozess ist daher auf allen Ebenen der Politik in regionalen, nationalen und europäischem Bereich zu suchen.

Das allein reicht aber nicht aus. Denn die Wirtschaft verfügt über immer stärkere Hebelwirkung auf Entwicklungen und Ergebnisse. Deshalb ist die zweite wichtige und unverzichtbare Gesprächspartnerin die Wirtschaft.
40

Zu beiden Bereichen muss als ein Mittel kirchlicher Anwaltschaft ein bewusst gestaltetes und koordiniertes Netzwerk von Kontakten, Begegnungen und Gesprächen geschaffen
45 werden, das zum Ziel hat, zwischen der Kirche, der Politik und der Wirtschaft zum Thema Globalisierung einen nachhaltigen Meinungs- und Gedankenaustausch in Gang zu setzen. Dazu müssen auf Nachhaltigkeit, Wiederholung und Fortsetzung angelegte Gesprächskreise, Foren, Tagungen, Konferenzen und Einzelgespräche organisiert werden.

5.1 Gesprächspartnerin Politik

Die Globalisierung ist für die Politik ein zentrales Thema und täglich erlebte Realität. Internationaler Konkurrenzdruck, ständige Verschiebungen im geopolitischen Machgefüge, wachsende Forderungen nach militärischer Präsenz „out of area“¹¹⁰, Standort- und Steuerwettbewerb selbst innerhalb Europas, das Erfordernis ständiger flexibler Anpassung der für Wirtschaft und Gesellschaft geltenden politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen, immer größere Probleme bei der Balance des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, bei der Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Arbeitsplätzen im Inland, soziale Verwerfungen zuhause und weltweit, Abwehr ökonomischer Erpressungsversuche durch Konzerne und Kapitaleigentümer, ständige Gipfeltreffen auf europäischer Ebene¹¹¹ sowie im Rahmen der G7¹¹² und G8¹¹³, Vollversammlungen der Vereinten Nationen, Jahrestagungen von Weltbank und IWF, WTO-Verhandlungen¹¹⁴ beschäftigen die politisch Handelnden auf allen Ebenen.

Die Instanzen der deutschen Politik und ebenso auch der europäischen Politik sind die für die Inhalte, Prozesse, Orientierungen und Ergebnisse der Globalisierung im nationalen ebenso wie im supranationalen und globalen Kontext zuständigen, prägenden und verantwortlichen Menschen. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Europäische Union sind auf der Weltbühne ohne Gewicht oder Einfluss. Umgekehrt folgt daraus, dass wir als Bürger und Bürgerinnen Deutschlands und Europas Anspruch darauf haben, dass unsere Repräsentanten und Repräsentantinnen sowie die Regierungen und Instanzen, die sie vertreten, unsere Forderungen und Anliegen bei ihrem Tun und Unterlassen berücksichtigen. Dies setzt allerdings voraus, dass wir uns artikulieren. Deshalb müssen wir – geordnet, koordiniert und planvoll – mit der verantwortlichen Politik kommunizieren.¹¹⁵

5.2 Gesprächspartnerin Wirtschaft

Die Globalisierung hat der Wirtschaft neue und wesentlich erweiterte Möglichkeiten eröffnet, weltweit zu agieren und überall auf der Welt Waren und Dienstleistungen abzusetzen. Zugleich hat sich durch die Globalisierung die Wettbewerbssituation der Unternehmen grundlegend verändert. Der Wettbewerb ist heute global und verschärft den Konkurrenzdruck. Darüber hinaus konkurrieren Unternehmen heute nicht mehr allein mit ihren Produkten, sondern in ganz anderer Weise als früher auch um Personal, Kapital, Rahmenbedingungen, und natürlicher Ressourcen.

Ethisch-moralische Gesichtspunkte werden in der Wirtschaft heute zwar stärker wahrgenommen als früher, sind aber noch sehr wenig handlungsleitend. Es gibt in der Wirtschaft eine Reihe von Ansätzen und Initiativen auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene, die Aspekte wie Menschenrechte, Kampf gegen Korruption oder den Einsatz für die verstärkte Wahrnehmung sozialer Verantwortung durch die Unternehmen zum Gegenstand haben. Ernsthaftige Aktivitäten dieser Art beschränken sich jedoch auf relativ wenige Unternehmen und sind allzu oft Angelegenheit der PR-Abteilungen, zuweilen auch der Personalabteilungen. Unternehmen schmücken sich gern mit ihrem sozialen Engagement, ohne greifbare Konsequenzen für die Unternehmenskultur zu entwickeln. Etwas anders sieht es im Bereich der sog. Corporate Governance aus, soweit es die Publizität und Transparenz unternehmensinterner Daten und Fakten angeht. Hier hat es auf

110 d.h. außerhalb des eigenen Staatsgebiets sowie darüber hinaus regional auch außerhalb der eingegangenen Bündnisverpflichtungen im Rahmen der NATO

111 sowohl auf Fachministeriumsebene als auch als Treffen der Staats- und Regierungschefs

112 Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien, USA, Kanada und Japan sowie die Europäische Union als ständiger Gast

113 G7 plus Russland

114 Aktuelle Verhandlungsrunde ist die sog. Doha-Runde, benannt nach der Hauptstadt des Emirats Katar als dem ersten Tagungsort der gegenwärtigen Verhandlungsrunde

115 Adressaten und Adressatinnen sowie Themen des Dialogs mit der Politik s. Anhang 2

nationaler, auf europäischer und auch auf globaler Ebene Initiativen und Aktivitäten gegeben, mit deren Hilfe und Unterstützung in den vergangenen Jahren auch erkennbar Fortschritte erzielt werden konnten. Beispiele dafür sind die mehrmals verschärften Vorschriften zur Rechnungslegung der Unternehmen sowie, von der Öffentlichkeit wohl am meisten beachtet, die Offenlegung von Vorstands-Bezügen.

Die Wirtschaft ist als Dialog-Partnerin für die Evangelische Kirche im Rheinland relevant. Aspekte außerhalb unmittelbarer ökonomischer Zielsetzungen haben in der Wirtschaft nicht die Bedeutung, die ihnen aus Sicht der Kirche zukommt. Die Hebelwirkung, die eine stärkere Sensibilisierung von Unternehmen und Unternehmens-Verantwortlichen für die ethisch-moralischen Aspekte des Wirtschaftens haben kann und muss, darf nicht unterschätzt werden.¹¹⁶

Herausragende Gesprächs- und Bündnispartnerinnen und -partner der sozialetischen Arbeit sind neben der Arbeitgebenden- und Unternehmensseite sowie der Politik die Arbeitnehmenseite, die Gewerkschaften sowie die Organe der Mitbestimmung. Nach der deutschen Betriebsverfassung und der konsensorientierten Kultur mitbestimmter Branchen ist die Wirkungsmächtigkeit der Einrichtungen der Mitbestimmung sehr hoch anzusiedeln. Personalvorstände / Arbeitsdirektorinnen und -direktoren, Personalgeschäftsführerinnen und Personalgeschäftsführer sowie (Gesamt-) Betriebsräte mitbestimmter Konzerne sind wirtschaftliche Akteurinnen und Akteure. Betriebsräte, Arbeitsdirektorinnen und -direktoren sowie arbeitnehmerseitige Mitglieder von Aufsichtsräten haben vielfältige und weitreichende Möglichkeiten und Erfahrungen im Hinblick auf wirtschaftliche Entscheidungen, die durch Anforderungen der globalisierten Wirtschaft bedingt sind. Der deutschen Betriebsverfassung und ihrer Mitbestimmung kommen gerade in Zeiten der Globalisierung eine besondere Bedeutung zu.

5.3 Gesprächspartnerin Zivilgesellschaft

Die Evangelische Kirche im Rheinland will keinen „Elitedialog“. Kirchenkreise und Gemeinden, Werke und Einrichtungen sowie Gruppen und Kreise nehmen am Dialogprozess teil. Dies wird durch die Beteiligung aller Ebenen und Bereiche an der konzeptionellen und inhaltlichen Entwicklung und Ausgestaltung der Auseinandersetzung erreicht. Dies erfordert ferner, mit geeigneten Partnerinnen und Partnern Bündnisse zu schließen und gemeinsame Aktionen durchzuführen. Niemand kann alles machen, und erst recht kann niemand alles allein machen. Deshalb sind Kooperationen, Arbeitsteilung und die Nutzbarmachung synergetischer Potenziale nicht nur geboten, sondern auch notwendig.

Als Bündnispartnerinnen der Kirche kommen in erster Linie Organisationen und Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft in Betracht, die thematisch und strategisch ähnliche oder gleiche Zielsetzungen verfolgen wie z. B. die nationalen und internationalen Netzwerke und Nicht-Regierungsorganisationen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Sozialarbeit und Sozialpolitik, Menschenrechte etc.¹¹⁷

6. Schlussfolgerungen

Die resultierenden Prozesse dürfen nicht in Absichtserklärungen stecken bleiben, sondern müssen – mit entsprechenden personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen – strukturiert, organisiert und planvoll durchgeführt werden.

Dies kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Aufgabenstellung in Form einer selbständigen Arbeitseinheit institutionalisiert wird, der die Verantwortung für die Pla-

¹¹⁶ Adressaten und Themen des Dialogs mit der Wirtschaft s. Anhang 3

¹¹⁷ s. dazu im einzelnen Anhang 4, 2

5 nung, Durchführung und Evaluierung der resultierenden Einzelschritte und -maßnahmen obliegt. Deshalb wird vorgeschlagen, auf Landeskirchenebene eine „Projektgruppe Globalisierung“ einzurichten, deren Aufgabe darin besteht, das Projekt „Globalisierung“ der Evangelischen Kirche im Rheinland inhaltlich und organisatorisch zu gestalten und zu steuern.¹¹⁸

10 Der Synode wird empfohlen, sich über Vorgehen, Aktivitäten, Zielsetzung und Zielerreichung im Prozess ständig informieren zu lassen. Dazu sollte die Kirchenleitung der Landessynode jährlich einen von der Projektgruppe erarbeiteten Fortschritts- und Rechenschaftsbericht vorlegen.

118 Aufgaben, Struktur und personelle Ausstattung der Projektgruppe s. Anhang 1

Anhang

Anhang 1

5

Aufgaben und Struktur der Projektgruppe Globalisierung

Aufgaben

- 10 • Themen und Aktivitäten des Projekts Globalisierung strukturieren, definieren und formulieren,
- Prozesse und Aktivitäten gestalten und organisieren,
- Ziele setzen, Meilensteine definieren, Fortschritt und Zielerreichung dokumentieren,
- Aktions- und themenbezogenen Sachstand eruieren, Kenntnisse und Erkenntnisse sammeln und aufbereiten,
- 15 • Kontakte zu Fachpersonen des jeweiligen Gebietes herstellen und pflegen,
- kirchliche Werke und Einrichtungen, Gruppen und Kreise sowie Gemeinden und Kirchenkreise in den Prozess einbeziehen,
- die jeweiligen Gesprächs-, Dialog- und Aktionspartner im einzelnen identifizieren und festlegen,
- 20 • Impulse aufnehmen, Themen und Initiativen vernetzen,
- Potentiale für Allianzen und Partnerschaften erkennen, Partnerschaften gestalten und pflegen, Kooperation und synergetische Arbeitsteilung gewährleisten,
- Kooperation und Abstimmung mit der EKD, anderen Landeskirchen und Partnerkirchen gewährleisten,
- 25 • Konsistenz und Glaubwürdigkeit kirchlichen und inner-kirchlichen Handelns laufend kritisch beobachten und bewerten,
- exemplarische Projekte und Aktivitäten initiieren und vernetzen,
- Nachhaltigkeit, Sorgfalt und Plausibilität bei der Ausführung von Beschlüssen der Landessynode im Blick behalten und ggf. Nachjustierung anstoßen,
- 30 • begleitende PR- und Öffentlichkeitsarbeit gestalten und gewährleisten.

Struktur

35 Die Projektgruppe besteht aus drei bis fünf hauptamtlich Beschäftigten unter haupt- oder ehrenamtlicher Leitung. Sie wird im Landeskirchenamt angesiedelt und berichtet direkt an die Kirchenleitung.

Anhang 2

Adressatinnen und Adressaten sowie Themen des Dialogs mit der Politik

5 Adressatinnen und Adressaten sind die Verantwortlichen auf bundesdeutscher und europäischer Ebene. Das sind in erster Linie Politikerinnen und Politiker aus den Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Entwicklung und Umwelt der Bundesregierung, des Bundestages und der Parteien einschl. der führenden und koordinierenden Funktionen in Kanzleramt, Fraktions- und Parteispitzen. Auf europäischer Ebene sind es die jeweils Zuständigen der Europäischen Kommission sowie die einschlägig ausgewiesenen Fachleute des Europäischen Parlaments.

Themen

- 15 • Politik und Ethik – unvereinbare Gegensätze oder Ethik als unverzichtbare Grundlage verantwortlicher Politik im Dienst am Menschen?
- Chancen und Möglichkeiten einer stärkeren Kooperation von Politik und Zivilgesellschaft im Interesse einer menschenwürdigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
- 20 • Chancen, Risiken und Erfolgsfaktoren aus Sicht nationaler Regierungen und supranationaler Staatenbünde in der Einwirkung auf Realität und Entwicklungstendenzen internationaler und globaler Institutionen und Organisationen wie der Vereinten Nationen, der WTO, der Weltbank und des IWF.
- Partizipation und Demokratisierung – notwendige Beiträge zur weltweiten Verwirklichung dieser Zielsetzung?
- 25 • Gerechte Vermögens- und Einkommensverteilung – möglich oder unmöglich?
- Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unter den Bedingungen wachsenden internationalen Konkurrenzdrucks – Schicksal, Verhängnis oder Gestaltungsspielraum?
- Umweltpolitik angesichts der drohenden Klimakatastrophe – Chancen alternativer Energiepolitik und effizienter Ressourcen-Optimierung im eigenen Land und weltweit?

Anhang 3

Adressatinnen und Adressaten sowie Themen des Dialogs mit der Wirtschaft

- 5 Adressatinnen und Adressaten sind die Vorstände, Vorsitzende und führende Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden¹, von Gewerkschaften, aus Betriebsräten, von Wirtschaftsforschungsinstituten² sowie wirtschaftsorientierten und unternehmensnahen Stiftungen und Kreisen.³
- 10 Themen
- Bedingungen und Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung.
 - Verantwortung und verantwortliches Handeln in der Wirtschaft.
 - „Turbo-Kapitalismus“ oder „Wirtschaften für das Leben“?
 - Welche ethischen Regulative benötigt eine globalisierte Marktwirtschaft? Wie kann ihnen Geltung verschafft werden?
- 15
- Globalisierung im Nord-Süd-Dialog.
 - Corporate Social Responsibility – Feigenblatt oder gelebte Verantwortung?
 - Ökologische Rahmenbedingungen verantwortlichen Wirtschaftens.
 - Verhältnis Wirtschaft - Staat: brauchen wir eine neue Ordnungspolitik?
- 20
- Kirche, Wirtschaft und Unternehmen – Gegenwart und Zukunft einer schwierigen Beziehung.
 - Top-Management und Kirche – was haben wir uns zu sagen? Was können wir füreinander tun? Was können wir voneinander lernen?

1 Branchenübergreifend führende deutsche Wirtschaftsverbände sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK)

2 In Deutschland führend: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln (IW), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim (ZEW), Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut, Hamburg (HWWI), Institut für Weltwirtschaft, Kiel (WWI)

3 Z.B. Stiftung Marktwirtschaft, Bertelsmann-Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung, Kronberger Kreis, Verein für Sozialpolitik

Anhang 4

Akteurinnen und Akteure der Globalisierung

5 Die als Globalisierung bezeichnete Entwicklung der Weltwirtschaft wirkt sich weit über
den wirtschaftlichen Raum im engeren Sinne hinaus aus: Im internationalen Wettbewerb
um Standortvorteile stehen z. B. auch Sozialstandards, Steuerpolitik, Arbeitnehmerrechte
und öffentliche Güter zur Debatte. In die Debatte eingebunden mit teilweise erheblichen
10 Entscheidungsspielräumen sind internationale Großorganisationen wie IWF, Weltbank
und ILO, nationale Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und transnati-
onale Unternehmen („global players“). Mittelständische Unternehmen sind je nach ihrer
Stellung im Weltmarkt – es gibt durchaus mittelständische Weltmarktführer – in Ent-
scheidungsprozesse einbezogen oder – wie z.B. kleinere Handwerksbetriebe mit lokaler
15 bis regionaler Bedeutung – zwar betroffen, nicht aber an Entscheidungsprozessen betei-
ligt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Mehrzahl betroffen, haben aber
auf Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse in der Regel keinen Einfluss. Ebenfalls nicht
eingebunden, jedoch pro oder contra stark engagiert sind zahlreiche Einrichtungen der
Zivilgesellschaft, wie Nichtregierungsorganisationen (NGO⁴) und soziale Bewegungen.
20 Die Kirchen sehen sich mehrheitlich als Anwältinnen der Betroffenen, dies trifft in beson-
derer Weise auf die Kirchen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu.

1. Politische Akteurinnen und Akteure

1.1 Internationale Ebene

25 Die bekanntesten international agierenden Institutionen sind IWF (Internationaler Wäh-
rungsfonds) und Weltbank. Der IWF, ursprünglich zur Stabilisierung eines festen Wech-
selkursystems, basierend auf dem goldgedeckten US-Dollar, gegründet, ist heute, eben-
so wie die Weltbank, einer der größten Kreditgeber für Staatskredite. Anders als bei der
UNO richtet sich das Stimmrecht bei IWF und Weltbank nach der Höhe der Einlage, wel-
che die Mitgliedsstaaten eingezahlt haben. Von demokratischen Strukturen kann also
30 keine Rede sein.⁵

Direkt auf wirtschaftliche Strukturen einwirken können IWF und Weltbank bei Kreditver-
gabe und Schuldenerlassen für hochverschuldete Länder der südlichen Kontinente und
Osteuropas, da diese in der Regel an Strukturanpassungsprogramme gebunden werden,
35 die in den PRSPs (Poverty Reduction Strategy Papers) festgelegt werden. Mit dem Begriff
Strukturanpassungsprogramm (SAP) wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen
bezeichnet, die die Länder der Dritten Welt und Osteuropas als Voraussetzung für ihnen
gewährte Kredite durchführen müssen. Die Durchführung von Strukturanpassungspro-
grammen ist darüber hinaus auch die Voraussetzung für einen Schuldenerlass im Rah-
40 men der HIPC-Initiative.⁶

Die haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben (sog. Konditiona-
litäten) der Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen
und gesellschaftlichen Strukturen der kreditnehmenden Länder dar. Die SAPs des IWF und
45 der Weltbank setzten auf die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Konsolidie-

4 Non-Governmental Organizations, Nichtstaatliche Organisation

5 Vgl. dazu auch Social Watch Deutschland, Report 2006/Nr. 6: Kein Geld für die Armen?, 11, 13 ff.

6 Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben 1996 erstmals den Vorschlag gemacht, dass eine Gruppe von hoch verschuldeten armen Ländern (Heavily Indebted Poor Countries) im Rahmen der "HIPC-Initiative" einen Schuldenerlass bekommen soll, der alle Kredite einbezieht: Die bilateralen Schulden bei Staaten, die multilateralen Schulden gegenüber den multinationalen Entwicklungsbanken (vor allem dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) und die Schulden bei privaten Banken

5 rung der Staatshaushalte, wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum sollen über die Stärkung der Privatwirtschaft, über die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische Direktinvestitionen erreicht werden. SAPs werden von verschiedenen NROs wie zum Beispiel Erlassjahr oder Social Watch Deutschland aus einer Reihe von Gründen als problematisch angesehen:

- Die im Zuge von SAPs verlangte plötzliche und umfangreiche Öffnung der Märkte, die einseitige Förderung der Exportwirtschaft und die umfassende Aufhebung staatlicher Regulierungen haben nur geringe und meist sehr ungleich verteilte Wachstumserfolge gehabt.
- 10 • Die Anpassungsprogramme verlangen in der Regel heftige Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben: Wegfall staatlicher Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und von Subventionen auf Grundnahrungsmittel. Zu diesen, die unmittelbare Lebenssituation vor allem der Armen verschlechternden Maßnahmen kommen oft Arbeitsplatzverluste hinzu.
- 15 • Äußerst fragwürdig sind die Programme häufig auch in ökologischer Hinsicht. Um für die Sicherstellung der Schuldentrückzahlung möglichst schnell Devisen erwirtschaften zu können, wird den Ländern von Weltbank und IWF empfohlen, den Export von Rohstoffen auszubauen. Das Ziel der "nachhaltigen Entwicklung" rückt dabei in den Hintergrund. Zudem scheint diese Empfehlung auch ökonomisch wenig hilfreich. Zwar
- 20 haben sich die Rohstoffpreise am Weltmarkt in den letzten zwei Jahren erholt, jedoch geraten viele Länder, die über nur einen oder sehr wenige wichtige Rohstoffe verfügen, auf diese Art in extreme Abhängigkeiten.

25 Neben diesen wirtschaftlich, sozial und ökologisch fragwürdigen Entwicklungen führen die Programme oft auch zu ernststen politischen Problemen: Die zahllosen und zum Teil sehr detaillierten Vorgaben der SAPs schränken die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen der kreditnehmenden Länder in ihrer Außenwirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik stark ein.⁷

30 Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen **UNCTAD**⁸ verfolgt das Ziel, den Handel zwischen Ländern mit einem unterschiedlichen Entwicklungsstand (hauptsächlich Industrieländer und Entwicklungsländer) zu fördern. Außerdem soll durch die UNCTAD die Verständigung zwischen Süd und Nord verbessert und eine neue Weltwirtschaftsordnung erarbeitet werden. Zur UNCTAD gehören heute 192 Industrie-, und vor allem Entwicklungsländer, deren Vertreterinnen und Vertreter sich alle vier Jahre zu

35 einer Konferenz zusammenfinden. Aktivitäten der UNCTAD werden von einem halbjährig tagenden Handels- und Entwicklungsrat koordiniert. Ein Sonderausschuss überwacht eine „spezielle Abteilung“, welche es den Entwicklungsländern ermöglicht, einen Teil ihrer Warenexporte mit geringerer Zollgebühr in höher entwickelte Länder (v.a. Industrieländer) zu liefern. Die wichtigste Aufgabe der UNCTAD ist die Erarbeitung einer neuen

40 Weltwirtschaftsordnung.

Die **Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO)** bezeichnet das Vorhaben der Reformierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen zu Gunsten der Entwicklungsländer. Ein wesentliches Element ist dabei das

45 „Integrierte Rohstoffprogramm“, mit dem für 18 Rohstoffe stabilere und angemessene Preise erreicht werden sollen. Die Industrieländer kritisieren am Integrierten Rohstoffprogramm: zu hohen Finanzbedarf für die Lagerung, die Gefahr einer Überschussproduktion, die künstlich hochgehaltenen Rohstoffkosten mit entsprechenden Nachteilen für die

7 s. Social Watch Deutschland, Report 2006/Nr. 6: Kein Geld für die Armen?, 27 ff.

8 United Nations Conference on Trade and Development – Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung

Endverbraucher und -verbraucherinnen und die Bevorteilung der rohstoffreichen Entwicklungsländer auf Kosten der ärmeren. Kritik am Rohstoffprogramm und an der NWWO insgesamt kommt jedoch auch aus den Entwicklungsländern. Diese sehen darin keine Lösung für die bestehenden Missstände, denn in ihren Augen sind die Bedingungen der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Verflechtung der Entwicklungsländer die Hauptursache der Probleme. Sie fordern deshalb eine Abkopplung vom Weltmarkt und eine eigenständige Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, gestützt auf die Nutzung der nationalen Ressourcen.

Der Versuch dieser Veränderung der Weltwirtschaftsordnung ist bisher ergebnislos.

Die Welthandelsorganisation **WTO**,⁹ gegründet 1994, regelt in internationalen Verträgen (GATT¹⁰, GATS¹¹, TRIPS¹²) die weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Ziel der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen und somit die Liberalisierung des internationalen Handels. Wirtschaftspolitisch verfolgt die WTO eine liberale Außenhandelspolitik, die mit Deregulierung und Privatisierung einhergeht. Sie hat gegenwärtig 150 Mitglieder, von denen etwa zwei Drittel zu den Entwicklungsländern zählen. Umstritten ist die Struktur der WTO: Zwar hat jedes Mitgliedsland eine Stimme, jedoch sind die Einflussmöglichkeiten der – zahlenmäßig überlegenen – Entwicklungsländer eingeschränkt, da sie oftmals nicht in der Lage sind, mit ständigen Delegationen am Sitz der WTO präsent zu sein, andererseits viele Entscheidungen in informellen Absprachen („Green Room Discussions“) zwischen den großen Industrieländern und einigen, von ihnen favorisierten „strategischen“ Entwicklungsländern bestimmt werden. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer ist jedoch von diesen einflussreichen informellen Strukturen abgeschnitten. Auch bei der WTO sind also demokratische Strukturen zumindest sehr zweifelhaft¹³.

Seit der Ministerkonferenz der WTO in Doha/Katar (2001) läuft eine neue Welthandelsrunde (die so genannte „Doha Development Agenda“), die bis zum 31. Dezember 2004 abgeschlossen werden sollte. Die wichtigsten Themen waren:

- Im Agrarsektor die Forderung der Entwicklungsländer nach besserem Marktzugang für ihre Produkte durch den Abbau von Importquoten und Zöllen sowie die Reduzierung der Subventionen im Agrarsektor der Industriestaaten.
- Eine für die meisten afrikanischen Länder drängende Frage ist die nach dem Patentrecht bei Medikamenten: Die bestehende und durch das TRIPS gesicherte Regelung ist sehr umstritten, da sie Pharmakonzernen in den Industrieländern sehr hohe Gewinnspannen ermöglicht, aber die Bekämpfung von Krankheiten und Epidemien in armen Ländern oftmals erschwert oder ganz verhindert. Die Industrieländer, insbesondere die USA, favorisieren eine eng begrenzte Öffnung des Patentschutzes, während die Entwicklungsländer eine weitgehende Öffnung fordern, die es ihnen ermöglicht, notwendige Medikamente ohne Beachtung des Patentschutzes herzustellen und zu vertreiben.

Außerdem wollen die Entwicklungsländer die Patentierung von traditionellem Wissen und Heilmethoden ihrer Bevölkerung durch Konzerne der Industriestaaten verhindern.

Die Verhandlungsrunde ist bisher am Widerstand zahlreicher Entwicklungsländer gegen die Agenda des Nordens (EU und USA) gescheitert.

9 World Trade Organisation - Welthandelsorganisation

10 General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

11 General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

12 Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights - Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum

13 Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002 (im Folgenden zitiert als „Schlussbericht“), 157 f.

Die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**¹⁴ ist eine internationale Organisation mit Sitz in Paris. Sie wird auch als die Organisation der Staaten der Ersten Welt bezeichnet. Die meisten der 56 Mitgliedsstaaten (alle europäischen Staaten, die Nachfolgestaaten der UdSSR, USA und Kanada) sind Industrieländer. Die OECD hat eher den Charakter einer permanent tagenden Konferenz. Sie ist intergouvernemental strukturiert, d.h. die Souveränität der Mitgliedstaaten bleibt unberührt. Die Beschlüsse der OECD sind zwar völkerrechtlich bindend, in den Mitgliedstaaten aber nicht unmittelbar anwendbar.

10 Satzungsgemäße Ziele der OECD sind u.a.

- zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung und einem steigenden Lebensstandard in ihren Mitgliedstaaten beizutragen,
- in ihren Mitgliedsländern und den Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum zu fördern,
- 15 • eine Ausweitung des Welthandels zu begünstigen.

Diese sehr allgemeine Zielsetzung erlaubt es ihr, sehr flexibel auf neue Fragen zu reagieren. Eine wichtige Rolle spielt das Development Assistance Committee (DAC; Mitglieder sind nur die Industriestaaten in der OECD). Zu den wichtigsten entwicklungspolitischen Themen veröffentlicht das DAC Leitlinien, die für die Mitglieder verbindlich sind. Weitreichende Folgen für Länder des Südens hat eine weitere Kernfunktion des DAC: Es legt fest, welche Entwicklungshilfeleistungen der Mitgliedsländer als ODA (Official Development Assistance) anerkannt werden und welche Länder als Entwicklungsländer anerkannt werden (DAC Liste 1) und somit Zugang zu ODA-Mitteln haben, die mit vergünstigten Konditionen einhergehen: Im Falle von Darlehen bedeutet das z.B., dass diese Mittel ein Zuschusselement von mindestens 25% aufweisen müssen.

Äußerst problematisch sind einige Erweiterungen der Definition der ODA-Mittel: So können seit 1979 Verwaltungskosten des Geberlandes, seit 1984 Kosten für Studienplätze von Studenten des Empfängerlandes im Geberland und ab den 1980er Jahren Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthaltes als ODA-Mittel berechnet und in der entwicklungspolitischen Bilanz eines Geberlandes geltend gemacht werden.

1.2 Regionale Ebene

35 Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, dass unter den Bedingungen der Globalisierung nur noch weltweite Wirtschafts- und Handelsbeziehungen wichtig seien, nimmt die räumliche Verdichtung und Regionalisierung im Wirtschaftsbereich zu. Sie konzentriert sich in der Triade EU, Nordamerika (USA und Kanada) und Japan, mit geringen Auswirkungen auf die unmittelbaren Nachbarländer dieser hochentwickelten Industrienationen (östliche und südliche Mittelmeer-Anrainerstaaten, Mittelamerika und Ost-Südost-Asien).

1.2.1 Europa und Nordamerika

45 Die **Europäische Union** besteht derzeit aus 27 Mitgliedstaaten mit insgesamt rund 490 Millionen Einwohnern. Im Rahmen des EU-Binnenmarktes erwirtschaftet sie das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt. Die Europäischen Gemeinschaften bilden mit den ihnen zugeordneten Politikfeldern den übernationalen Kernbereich der EU. Europäische Selbstbehauptung unter den Bedingungen einer wirtschaftlich und politisch globalisierten Welt gehört zu den in jüngster Zeit besonders herausgestellten EU-Zielen. Aktualisiert wurde

14 OECD: Organisation for Economic Cooperation and Development

die ökonomische Zielbestimmung durch die Lissabon-Strategie im Jahre 2000, die vorsieht, Europa fortzuentwickeln zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“

5

In der Außenwirkung hat sich die EU-Ökonomie im Vergleich zum Binnenmarkt teilweise als eher schädlich erwiesen. So haben die garantiereisbedingten hohen Produktionsüberschüsse im EU-Agrarbereich, die in Entwicklungsländern über Jahrzehnte zu Dumpingpreisen auf die Märkte gelangten, die örtliche Eigenproduktion nicht selten behindert oder zum Erliegen gebracht. Die Entwicklungshilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten wurden und werden vielfach aufgewogen durch hohe Einfuhrzölle, die die EU für Produkte erhebt, die zu den vorrangigen Exportartikeln solcher Länder gehören (vgl. in jüngster Zeit die Diskussionen um den europäischen Zuckermarkt).

10

15

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) ist ein ausgedehnter Wirtschaftsverbund zwischen Kanada, den USA und Mexiko und bildet eine Freihandelszone, die allerdings kontrovers diskutiert wird. Gewerkschaften in den USA standen der NAFTA schon früh kritisch gegenüber und befürchteten vor allem die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Mexiko. Auch die mexikanische Landwirtschaft betrachtet die NAFTA kritisch, weil sie sich durch den offenen Markt einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt sieht, bedingt durch die hohen staatlichen Zuschüsse für US-Farmer.

20

1.2.2 Südliche Kontinente

Viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben regionale Wirtschafts- und Handelsorganisationen gegründet, um ihre Interessen besser gegenüber den Industrienationen zur Geltung zu bringen. Im Vergleich zu multilateralen Verhandlungen lassen sich im überschaubaren Integrationsraum regionaler Zusammenschlüsse Politikfelder leichter harmonisieren und Handelsbedingungen zielgenauer bestimmen. Gegenüber Drittländern und internationalen Organisationen stärken die regionalen Zusammenschlüsse ihre Mitgliedsländer bei der Durchsetzung besonderer, ihrer wirtschaftlichen Situation angemessener Konditionen, z.B. Schutz der einheimischen Wirtschaft durch Einfuhrzölle. Denn „die wirtschaftsstrukturellen Eigenheiten der Entwicklungs- und Transformationsökonomien können partiell und auf Zeit den Verzicht auf volle Marktöffnung zugunsten einer entwicklungspolitischen Investitions- und Aufbaustrategie rechtfertigen.“¹⁵

30

35

1.2.2.1 Afrika

In Afrika bestehen derzeit drei regionale Organisationen: Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft **ECOWAS** (Economic Community of West African States; Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Cap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo), die Südafrikanische Zollunion **SACU** (Southern African Customs Union; Mitglieder: Südafrikanische Republik, Swasiland, Lesotho, Botswana und Namibia) und die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (englisch: Southern African Development Community, Abkürzung **SADC**; Mitgliedsstaaten: Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Republik Südafrika, Swasiland, Tansania). Alle drei Organisationen können bisher kaum eine Außenwirkung etablieren, jedoch haben die Mitgliedsstaaten der ECOWAS eine über wirtschaftliche Belange hinausgehende Integration erreicht (Errichtung eines gemeinsamen westafrikanischen Gerichtshofes und

40

45

15 Schlussbericht, 145 f.

gemeinsame Sicherheitspolitik), die ihre internationale Bedeutung gestärkt hat. Als hinderlich für die weitere Entwicklung der Bündnisse könnte sich allerdings die deutliche Dominanz Nigerias in der ECOWAS und Südafrikas in der SACU erweisen.

5 **1.2.2.2 Südamerika**

In Südamerika haben sich Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela (assoziiert: Chile, Bolivien, Peru, Kolumbien, Ecuador) im **Mercosur**¹⁶ (Abkürzung für Mercado Común del Sur: Gemeinsamer Markt des Südens) zusammengeschlossen. Eines der wichtigsten Ziele des Bündnisses ist eine angemessene Einbindung der Mitgliedsstaaten in das Gefüge der großen internationalen Wirtschaftsblöcke. Das soll vor allem durch die Einrichtung eines gemeinsamen Außenzolls und die Festlegung einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten erreicht werden.

15 **1.2.2.3 Asien und Ozeanien**

Die **ASEAN** (Association of Southeast Asian Nations) ist eine internationale Organisation südostasiatischer Staaten mit politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zielsetzung. Sitz ist Jakarta (Indonesien), die Mitgliedsstaaten sind Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Sultanat Brunei, Vietnam, Myanmar, Laos, Kambodscha. Neben wirtschaftlichen Zielen werden auch Sicherheitsfragen diskutiert.

20 Die **APEC** (Asia-Pacific Economic Cooperation) ist eine Internationale Organisation, die sich nicht nur mit Fragen der Kapitalmärkte, des Abbaus von Handelsschranken und der grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperation beschäftigt, sondern auch mit Themen wie Zukunftstechnologien, Bildung, ökologischer und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, sowie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mitglieder sind Australien, Sultanat Brunei, Chile, Volksrepublik China, Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Russland, Singapur, Republik China (Taiwan), Thailand, USA und Vietnam. Der Wirtschaftsraum erbringt mehr als die Hälfte der Weltwirtschaftsleistung und ist eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt.

35 Die Kooperation von hochentwickelten Industrienationen, Schwellenländern und wenig entwickelten Ländern kennzeichnet die APEC und macht zugleich ihre besondere Problematik aus. Das wichtigste Ziel des Bündnisses ist die Errichtung einer Freihandelszone im asiatisch-pazifischen Raum. Der Zeithorizont für dieses Vorhaben zeigt jedoch ein innerhalb der APEC bestehendes Ungleichgewicht, das einerseits globale Wirtschaftsstrukturen abbildet und so nicht zu einer Stärkung der wenig entwickelten Länder führt, andererseits den Einfluss des Bündnisses schwächen und sein Bestehen langfristig gefährden könnte: Die Freihandelszone soll für die Industrienationen ab 2010 und für die Entwicklungsländer ab 2020 verwirklicht sein.

40 **1.3 Nationale Ebene**

Auf nationaler Ebene setzen die Regierungen mit ihren Wirtschaftsressorts die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zwar wird in manchen Theorien und von Seiten der Kritik an der Globalisierung die Ansicht vertreten, dass die nationalen Spielräume im Zuge der Globalisierung eingeschränkt wurden: Die Zunahme transnationaler Unternehmen, ihrer Produktionsnetzwerke und Standortflexibilität setze die Nationalstaaten unter Wettbewerbsdruck um Investitionen. Nationalstaatliche Politik verliere unter diesem Druck nicht nur Steuergelder, sondern auch Steuerungseffektivität und damit letztlich

16 portugiesische Bezeichnung: **Mercosur** für *Mercado Comum do Sul*)

politischen Handlungsspielraum¹⁷. Dennoch bestehen nach wie vor Gestaltungsmöglichkeiten. Die Bundesregierung favorisiert u.a. bilaterale und biregionale Handelsvereinbarungen mit besonderem Augenmerk auf Asien (Zentralasien, China, Indien, ASEAN). Sie sieht allerdings die größeren Chancen im gemeinsamen Vorgehen im Rahmen der EU:

5 „Die globalen Herausforderungen erfassen direkt oder indirekt alle Bereiche unseres täglichen Lebens. Die Bemühungen, die globalen Entwicklungen in unserem Sinne zu beeinflussen, erscheinen bisher wenig erfolgreich. ...

Die Globalisierung stellt Europa vor gemeinsame Herausforderungen. Der einzelne Mitgliedstaat ist dabei kaum in der Lage, seine Interessen im globalen Kontext erfolgreich zu

10 vertreten. Der Schlüssel für den Erfolg liegt vielmehr bei der Europäischen Union. Aufgrund einer Vielzahl von Faktoren wie dem gemeinsamen Binnenmarkt und dem Euro, aber auch wegen des erheblichen handelspolitischen Gewichts Europas, hat die EU alle Trümpfe in der Hand, die globalen Ereignisse mit zu gestalten. Anders als jeder einzelne ihrer Mitgliedstaaten, Deutschland eingeschlossen, ist sie ein „global player“ ersten Ranges.“¹⁸ Dabei verfolgt die Bundesregierung vor allem das Ziel der Sicherung der Absatzmärkte für deutsche bzw. europäische Produkte: „Für Deutschland hat dabei ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Doha-Runde nach wie vor Priorität. Als führende Exportnation

15 messen wir den Bemühungen zur weiteren Öffnung der internationalen Märkte für europäische Güter, Dienstleistungen und Investitionen im Rahmen des Welthandelssystems weiterhin größte Bedeutung zu“¹⁹.

20

Diese Aussage muss hinterfragt werden.

Die WTO-Doha-Runde sollte die Bedürfnisse der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt der WTO-Verhandlungen stellen. Die Ministerdeklaration vom 14. November 2001 erklärt

25 ausdrücklich: „The majority of WTO members are developing countries. We seek to place their needs and interests at the heart of the Work Programme adopted in this Declaration.“²⁰ Die Verlautbarung des BMWT setzt hier einen deutlich abweichenden Akzent.

Die vom BMWT veröffentlichte Prioritätensetzung kollidiert mit Grundsätzen des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung. Dort heißt es: „Die Bundesregierung setzt sich

30 für den baldigen Beginn einer neuen, umfassenden WTO-Verhandlungsrunde ein, in der die Interessen der Entwicklungsländer in allen Verhandlungsbereichen berücksichtigt und sie besser an den WTO-Strukturen beteiligt werden.“²¹ Konkret soll u. a. auf einen Strukturwandel „zur Verminderung ihrer (der Entwicklungsländer) Abhängigkeit von Rohstoff-

35 exporten und zur Verbesserung der Terms of Trade“²² hingearbeitet werden. Die Ausführungen des BMWT weisen jedoch eindeutig auf eine prioritäre Behandlung deutscher Interessen hin.

2. Wirtschaftliche Akteurinnen und Akteure der Globalisierung

40 1973 beschloss die US-amerikanische Regierung, aufgrund des ständig steigenden Volumens an US-Dollars an den internationalen Finanzmärkten die bis dahin geltende Goldbindung aufzugeben. Das so genannte Bretton-Woods-System (benannt nach dem Tagungsort, an dem die Währungshüter nach dem 2. Weltkrieg ein festes Wechselkurssystem und ausgeprägte Kapitalverkehrskontrollen beschlossen hatten) war damit am Ende.

17 Vgl. dazu Schlussbericht, 226 - 228

18 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Die wirtschaftliche Zukunft Europas gestalten. Wirtschaftspolitische Schwerpunkte im Rahmen des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 1. Halbjahr 2007, 1

19 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, a.a.O. 8 zur Doha Development Agenda

20 WTO: Ministerial Conference, Fourth Session, Ministerial Declaration § 2

21 Bundesregierung: Aktionsprogramm 2015 Armut bekämpfen. Gemeinsam handeln, herg. vom BMZ, BMZ-Materialien 106, 22

22 Bundesregierung: Aktionsprogramm 2015, a.a.O. 12

Zur Krise war es gekommen, weil die USA zur Finanzierung des Vietnamkrieges den Markt mit frisch gepressten US-Dollars überschwemmt hatten, während sie gleichzeitig ihre Auslandsinvestitionen deutlich erhöhten. Dies führte weltweit zu Währungskrisen und zu erhöhter Inflation. Nach der Freigabe konnten die USA nur noch über die Zinsen und Interventionen den Kurs des Dollar bestimmen, vorher hatten sie ihn festsetzen können.

Die Entscheidung des damaligen Präsidenten Richard Nixon führte ein neues, frei bewegliches System ein, das getreu den Gesetzen des freien Marktes die Devisenwechselkurse Angebot und Nachfrage überließ. Der Markt aber war von nun an starken Wechselkurschwankungen ausgesetzt, die insbesondere bei international tätigen sowie stark rohstoffabhängigen Unternehmen zu erhöhten Risiken und damit zu einem erhöhten Kurssicherungsbedürfnis führte. Das Bedürfnis nach Sicherheit, aber auch die erhöhte Verfügbarkeit von Spekulationskapital, das sich aus den drastischen Kursbewegungen Spekulationsgewinne versprach, brachten erst langsam, dann immer schneller eine Fülle neuer Finanzdienstprodukte mit sich. Schon unter dem Bretton-Woods-System überstiegen die Umsätze am Finanzmarkt den des Warenmarktes um ein Vielfaches. Die neuen Produkte verstärkten diesen Trend nun noch deutlicher. Heute ist der **Devisenmarkt** der größte Finanzmarkt. Nach internationalen Schätzungen liegt sein Volumen bei rund 2 Billionen Dollar pro Tag. Damit ist er zwanzig mal so groß wie der Weltwarenhandel. Manche Analysten betrachten die Aufkündigung der Goldbindung des Dollars als den Beginn der jüngsten Phase der Globalisierung – der wachsenden Verflechtung der Finanzmärkte und des weltweiten Handels -, angekurbelt durch eine beispiellose Liberalisierungswelle, also den Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren. Doch das Phänomen an sich ist nicht neu. Schon seit der Antike weitet sich der Handel beständig aus. Neu ist eigentlich nur die Entkoppelung von Waren und Finanzen und die Geschwindigkeit sowie der Grad der Freiheit, den Waren und Dienstleistungen genießen, ganz im Gegensatz zu Menschen, die nach wie vor an Außengrenzen von Wirtschaftsräumen (z.B. die Grenze zwischen Mexiko und den USA oder die Grenzen zwischen der EU, Afrika und Asien) strengen Kontrollen unterworfen sind.

Auch wenn in öffentlichen Diskussionen davon die Rede ist, dass die Globalisierung in erster Linie durch Wirtschafts- und Finanzunternehmen voran getrieben wird, so muss doch konstatiert werden, dass sie auf politische Entscheidungen von nationalen Regierungen zurück geht. Denn diese haben sich für die Liberalisierung ihrer nationalen Volkswirtschaften und des Handels zwischen ihnen entschieden. Dazu gehört beispielsweise der Abbau von Zollgrenzen und anderen Handelshemmnissen sowie die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen, die den internationalen Geldkapitalfluss zusätzlich erleichtert und beflügelt haben.

Das Problem ist, dass die Wirtschaft nicht mehr im Dienst des Menschen und der Schöpfung steht, sondern immer mehr im Interesse des größten Profits, unabhängig von sozialen und ökologischen Folgen. Anders kann nicht erklärt werden, warum z.B. die Aktien von Unternehmen steigen, wenn Tausende von Beschäftigten auf die Straße gesetzt werden. Ein weiteres Problem ist, dass die völlige Liberalisierung der Märkte sehr schnell allein schon wegen eines technischen Fehlers oder einer Insolvenz eines „Big Players“ in Verbindung mit dem dann entstehenden Schneeballeffekt zu einem völligen Zusammenbruch des Finanzsystems führen könnte. Dies hätte unabsehbare Folgen für die gesamte Weltwirtschaft und auf Millionen von Arbeitsplätzen.

Die heutige Lage der Weltwirtschaft ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass durch die Liberalisierung eine ungeheure Dynamik der Selbstorganisation des globalen Marktes

entstanden ist, welche die Einflussnahme einzelner nationaler Regierungen schwierig, bei Entwicklungsländern oft nahezu unmöglich macht. Anstelle nationaler Wirtschaftsräume sind eher funktionale Räume entstanden, die sich durch nationale Einzelmaßnahmen allein nicht mehr steuern lassen. Von einer „Volkswirtschaft“ oder einer nationalen Wirtschaftspolitik zu sprechen, ist daher mehr als fraglich. Durch die moderne Informationstechnologie ist nicht nur grenzenlose Kommunikation, sondern auch ein grenzenloser Geldfluss entstanden. So können riesige Geldströme heute innerhalb von Sekunden weitgehend unbehelligt von nationalen Kontrollen und Steuerungsmechanismen von einem Ort zum nächsten transferiert werden.

2.1 Globale Warenmärkte

Kritikerinnen und Kritiker befürchten, dass durch die Entkopplung von Warenwirtschaft und Spekulation der Weltwirtschaft die reale Bezugsbasis entzogen wird. Neben den bereits erwähnten Finanzmärkten, die wirklich als global bezeichnet werden können, ist es bisher nur relativ wenigen Warenproduzenten tatsächlich gelungen, sich weltweit zu etablieren. Aufgrund der dafür notwendigen Investitionen sind in der Regel nur multinationale Unternehmen dazu in der Lage. Durch massive Investitionen in Werbung und Public Relations sowie durch strategische Partnerschaften mit meist lokalen Produzenten haben sie die Möglichkeit, Produkte zu vermarkten, die nahezu überall auf der Welt akzeptiert werden. Dazu gehören neben Nahrungsmittelketten wie Coca Cola und McDonalds u.a. auch Produzenten von Sportartikeln, Autos, Computern und Unterhaltungselektronik, aber auch Transportunternehmen, Medienkonzerne und die Energiewirtschaft. Doch auch mittelständische Unternehmen können zuweilen durch bestimmte Produkte, die nur sie fertigen oder anbieten können, so z. B. Spezialmaschinen, Spezialwerkzeuge oder bestimmte Forschungs-, Mess- oder Verarbeitungsverfahren zu globalen Akteuren werden. Insbesondere Deutschland profitiert von diesem besonderen Know-How, das immer häufiger weltweit nachgefragt wird.

Die Liberalisierung der Warenmärkte kommt nahezu ausschließlich den Wirtschaftseliten in den Industrieländern bzw. aufstrebenden Schwellenländern zu Gute. Der Abbau von Zollschränken bei gleichzeitiger dramatischer Subventionierung, beispielsweise von Agrarprodukten durch die Industrieländer sowie die Abwehr von Produkten aus Entwicklungsländern durch Quoten und Standards, führt regelmäßig zu Auseinandersetzungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), wobei der Kauf von Stimmen in diesem Gremium durchaus üblich ist.

Andere global akzeptierte Waren sind beispielsweise Waffen, deren Handel gesetzlich stark eingeschränkt ist. Durch den Zerfall des Ostblocks und das daraus resultierende Machtvakuum ist die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Kleinwaffen jedoch stark gestiegen und der Preis infolge dessen enorm gesunken. Das macht Kleinwaffen für viele Menschen erschwinglich, die sich sonst keine Waffe kaufen könnten. Mangelnde Kontrollen haben die Einschränkung des Waffenhandels durch Gesetze unterlaufen. Gleichzeitig haben sie den illegalen Waffenhandel profitabel gemacht. Denn der Bedarf an Waffen ist nach dem Zerfall der bipolaren Ordnung wieder gestiegen. Die Gründe liegen vor allem darin, dass die Machtverhältnisse in den Territorien der ehemaligen Verbündeten der Großmächte neu geordnet werden. Dabei treffen neue Machtambitionen auf alte Konfliktlagen und strukturelle Gewalt wie mangelnde Partizipation oder mangelnde Rechtsstaatlichkeit.

Neben dem illegalen Waffenhandel existieren eine ganze Reihe anderer illegaler Märkte, die Milliarden generieren. Dazu gehören vor allem der Drogenhandel sowie im großen Umfang die Steuerhinterziehung, aber auch die immer noch existierende Sklaverei. Der Menschenhandel ist heute so gewinnbringend wie der Drogen- und Waffenhandel.²³

5

2.2 Transnationale Unternehmen

Ein transnationales Unternehmen zeichnet sich dadurch aus, dass es Direktinvestitionen und wertschöpfende Aktivitäten in mehr als einem Land tätigt. Ein theoretisches Ziel ist dabei die Nutzung unternehmensspezifischer Vorteile auf ausländischen Märkten unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Die transnationalen Unternehmen nutzen den Globus als einen riesigen Marktplatz, der den Kauf von Produktionsfaktoren dort ermöglicht, wo sie am billigsten sind („global sourcing“). Gleichzeitig setzen transnationale Unternehmen Waren dort ab, wo sie den günstigsten Preis erzielen („global marketing“). Inzwischen nutzen transnationale Unternehmen Kostenvorteile aber nicht mehr allein für Produktmargen, sondern sogar bei größeren Einzelaufträgen und entscheiden sich u. U. dann, ein Produkt in Land A zu produzieren, es aber von Land B aus zu vermarkten. Über die Gestaltung der Verrechnungspreise können Gewinne und Verluste verschoben werden, je nachdem welche Steuer- oder sonstigen Vorteile das jeweilige Land bietet. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass ein Gutteil des Handelsvolumens aus internen Geschäften zwischen Mutter- und Tochterunternehmen besteht. Seit Mitte der neunziger Jahre kontrollieren die Multinationalen Konzerne mindestens 70% des Welthandels. Dabei machen nach Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO 35% des Welthandels den internen Transfer von Teilen oder Vorprodukten zwischen den Tochtergesellschaften des gleichen Unternehmens aus, und weitere 35% werden von den Konzernen für den direkten Absatz auf dem Weltmarkt produziert. Selbst ein beträchtlicher Teil des verbleibenden Prozentsatzes sind Lieferungen von Subunternehmen für die multinationalen Konzerne. Globalisierung im Handel bedeutet vor allem die Zunahme der Macht der multinationalen Konzerne über den Welthandel.

30 Der Wettbewerb, den die transnationalen Unternehmen herbeigeführt haben, hat zu massiver Produktionsverlagerung weg aus den Stammländern in solche Länder geführt, in denen die Produktionskosten aufgrund geringerer Löhne und weniger Umwelt- und Sicherheitsstandards weitaus niedriger sind. Unternehmen nutzen diesen Umstand, um Druck auf nationale Regierungen auszuüben, damit diese ihre Wirtschaftspolitik entsprechend anpassen. Analysten von McKinsey und der TU Darmstadt haben u.a. nachgewiesen, dass nur 20% der deutschen Unternehmen, die in Niedriglohnländern investieren, erfolgreich waren²⁴. Viele Unternehmen kamen zurück, wenn die Subventionen aufgebraucht waren. Auch dadurch ist es schwieriger geworden, nationale Ökonomien durch staatliches Handeln zu steuern. Einige Fachleute sind der Ansicht, dass der Hauptgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht in der Globalisierung begründet ist, sondern in einer zunehmenden Rationalisierung, wobei das natürlich von Branche zu Branche unterschiedlich ist. Die bekannte Unternehmensberatung Roland Berger hat errechnet, dass bei Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten in der deutschen Industrie die Bundesrepublik 12 Mio. Arbeitslose hätte.

45

Ingesamt haben Waren- und Dienstleistungsgeschäfte im Vergleich zu Finanzgeschäften einen großen Wettbewerbsnachteil. Sie unterliegen weit mehr Kontrollen und werden weit höher besteuert als Finanzgeschäfte. So ergeben sich ungleiche Lasten und ungleiche Vergünstigungen, von denen vor allem die Anleger und Investoren profitieren. In der

23 Vgl. www.amnesty.ch/de/youth/you-and-ai/menschenhandel/menschenhandel-2013-ein-weltweites-geschäft

24 Frankfurter Rundschau 17.2.2005

Konsequenz bringen produktintensive Geschäfte in der Regel weniger Geld ein als Spekulationen. Investitionen in Waren und Dienstleistungsgeschäfte sind daher heute oft weniger profitabel als Finanztransaktionen. Virtuelle Finanzgeschäfte schaffen aber deutlich weniger Arbeitsplätze als produktintensive Waren- und Dienstleistungsgeschäfte.

5

2.3 Börsen und nicht-öffentlicher Handel

Als Handelsplätze sind voll allem die Börsen zu nennen, an denen der Handel von Wertpapieren, z.B. Aktien (Unternehmenspapiere), Anleihen (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Rentenpapiere, Obligationen) zeitlich und örtlich organisiert ist. Während definierter Handelszeiten setzen Makler Kurse (Preise) fest, die sich aus den bei ihnen vorliegenden Kauf- und Verkaufsaufträgen (Orders) ergeben. Ziel ist es – zumindest in der Theorie – die Transparenz und Effizienz des Marktes zu erhöhen und unter dem Schutz behördlicher Aufsicht Manipulationen zu verhindern. Die Bedeutung des Parketthandels hat in den vergangenen Jahren jedoch stetig abgenommen, weil mehr und mehr Handel im Interbankenmarkt über elektronische Medien abgewickelt wird und sich transparenter Kontrolle mehr und mehr entzieht.

Eine besondere Verantwortung haben die **Rating-Agenturen**. Sie beurteilen die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen und Staaten. Eine Buchstabenkombination (Ratingcodes), die in der Regel von AAA bzw. Aaa (beste Qualität) bis D (zahlungsunfähig) reicht, entscheidet über Wohl und Wehe. Rating-Agenturen sind private und ausschließlich gewinnorientierte Unternehmen, genießen jedoch im Markt ein hohes Ansehen, das darauf beruht, dass sie Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit garantieren sollen. Dennoch kommt es immer wieder zu Fällen, in denen dies genau nicht der Fall ist, wie einige Zahlungsausfälle bei Schuldnern mit mittlerem und sogar vereinzelt auch gutem Rating beweisen. Die beiden bekanntesten Rating-Agenturen, die den größten Teil der Unternehmen und Länder weltweit bewerten, sind Standard & Poor's und Moody's.

Neben dem öffentlichen Handel an den Börsen existieren auch Anlageformen, in denen privates Beteiligungskapital (private equity) von privaten und institutionellen Anlegern beschafft und investiert wird. Neben der Einzahlung des Stamm- oder Grundkapitals von Unternehmen durch die Firmengründer existieren vielfältige Finanzierungsformen und –gründe, die vor allem in Form von Fonds aufgelegt werden, so z.B. als Hedge-Fonds (von engl. to hedge, „absichern“). Diese Fonds werden von Kapitalanlagegesellschaften meist in Steueroasen aufgelegt, wo es neben geringer Besteuerung praktisch keine Reglementierungen gibt. Im Unterschied zu sonstigen Investmentfonds sind Hedge-Fonds sehr viel freier in der Wahl ihrer Anlagestrategie, weil diese vom Fondsmanager im Rahmen der Grenzen frei gewählt werden können, welche die Kapitalanlagegesellschaft dem Fonds bei Auflegung gesetzt hat. Die gewählte Strategie kann durch gesellschaftliche Veränderung, Marktbeobachtung und/oder durch z.B. Spekulation auf den Devisenmärkten zustande kommen. Aufgrund der mangelnden Transparenz und der fehlenden Kontrollmechanismen sind die Hedge-Fonds mit hohem Risiko, aber auch hohen Renditen verbunden. Dies hat die führenden Industrienationen auf ihrem letzten G-8-Treffen im Frühjahr 2007 in Deutschland veranlasst, internationale Kontrollmechanismen zu fordern. Zum Jahresende 2005 hatten Hedge-Fonds nach der internationalen Monatszeitung „Le Monde Diplomatique“ (Oktober 2006) weltweit ein Volumen von rund 1,13 Billionen US-Dollar.

2.4 Finanzinstitute

Finanzgeschäfte werden von öffentlichen und privaten Finanzinstitutionen abgewickelt. Die Gesamtheit aller Kreditinstitute sowie die gesetzlichen Regelungen dazu bezeichnet man als Bankwesen. Hauptaufgabe ist die Versorgung mit Geld und der Zahlungsverkehr

von privaten und öffentlichen Kundinnen und Kunden, so zumindest in der Theorie. Heute geht es in erster Linie darum, Geld zu verdienen. Das Hauptbetätigungsfeld der Privatbanken hat sich dementsprechend von der Betreuung von Menschen mit geringem Anlagekapital zu solchen, die Großinvestitionen tätigen, und dem **Investmentbanking** (Handel von Devisen, Geld, Derivaten, Aktien, Renten, Unternehmenserwerb und Zusammenschluss von Unternehmen) verlagert. Die Vergabe von Krediten ist im Kleinkreditbereich weitestgehend standardisiert und mit überdurchschnittlich hohen Zinsen verbunden. Das Investmentbanking schließt natürlich den Handel mit verschiedenen Fonds, aber auch mit Derivaten mit ein. Derivate sind Finanzinstrumente, deren Preis sich nach den Kurschwankungen oder Preiserwartungen anderer Investitionen richten. Sie dienen der Absicherung oder der Spekulation des ursprünglichen Basisprodukts (beispielsweise der Kurschwankung bei Warentermingeschäften). Beispiele für Derivate sind Optionen, Futures und Swaps.

Öffentliche Banken sind vor allem die **Zentralbanken**. Sie wachen in erster Linie über die Wechselkurse mit Fremddevisen und legen die Leitzinsraten fest, die Einfluss auf die Zinsraten der Geschäftsbanken haben. Die Noten- und Zentralbanken können daher durch die Festsetzung ihrer Zinssätze die Zinsverhältnisse am Geldmarkt und die allgemeine Zinsentwicklung entscheidend beeinflussen. Die Anhebung eines Leitzinses steht für eine restriktivere Geldpolitik, um die Inflation niedrig zu halten. Die Senkung eines Leitzinses bedeutet im Gegenzug eine expansivere Geldpolitik, um Kredite billiger zu machen. Naturgemäß sind solche Zentralbanken von besonderer Bedeutung, die über Devisen wachen, die über ein hohes Volumen an den internationalen Finanzmärkten verfügen (Dollar, Euro, Yen), also Währungen sind, in denen internationale Geschäfte abgewickelt werden und deren Volkswirtschaften allein durch ihre Größe Einfluss ausüben können.

25

2.5 Grenzen des Marktes

Neben produzierten Waren werden auch andere Produkte global benötigt. **Rohstoffe** wie Kupfer, Aluminium oder Gold usw. werden i.d.R. für die industrielle Produktion genutzt und erzielen z. T. hohe Preise auf dem Weltmarkt. Doch sie sind endlich und stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Sie sind aus keiner Industrieproduktion hervorgegangen und müssen häufig mit hohem Aufwand abgebaut werden. Die Abnehmerinnen und Abnehmer versuchen deswegen künstliche und günstige Ersatzprodukte zu erfinden – wenn dies gelingt, bedeutet es in der Regel den Preisverfall des betreffenden Rohstoffpreises. Nachwachsende Rohstoffe wie Kaffee, Tee, Obst, Gemüse und Holz usw. werden als Waren betrachtet, die in der Regel ohne großen technischen Aufwand produziert werden können, aber stark von klimatischen und geologischen Bedingungen abhängen und mit einem entsprechenden Risiko verbunden sind. Rohstofflieferanten sind häufig Entwicklungsländer, die über keine eigene Industrie verfügen und nur über den Export von Rohstoffen Erlöse erwirtschaften können. Da sie über keine Finanzreserven verfügen, überlassen sie die Ausbeutung von Bodenschätzen zwangsläufig meist ausländischen Investoren, die kein Interesse an der sozialen Entwicklung ihrer Gastländer haben. Dies führt regelmäßig zu sozialen Spannungen und sogar zu gewalttätigen Konflikten (s. Nigeria, Kongo usw.).

45 Der weltweit größte und profitabelste Warenmarkt ist der **Energiemarkt** (fossile Energieträger, Kernenergie und erneuerbare Energien). Naturgemäß ist der Bedarf an Energie dort am größten, wo Produktivität und Lebensstandard auf hohem Niveau sind. Der Verbrauch besonders fossiler Brennstoffe hat aber neben anderen Belastungen durch die industrielle Produktion die Umwelt enorm geschädigt, so dass ein neues globales Problem entstanden ist: Wer beseitigt Umweltschäden, und wer bezahlt dafür? Bisher spielen durch Umweltschäden verursachte Kosten in der betriebswirtschaftlichen Preisbildung

50

von Unternehmen noch eine untergeordnete Rolle. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung tauchen sie aber mehr und mehr als bisher unberücksichtigte Folgekosten auf, die in der Regel die öffentlichen Haushalte belasten. Das seit dem sogenannten **Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro** eingeführte Prinzip der **Nachhaltigkeit** bemüht sich um ein neues Verständnis wirtschaftlicher Kreisläufe und die angemessenen Berücksichtigung endlicher Ressourcen und ihre schonende Bewirtschaftung. Auch wenn sich der Nachhaltigkeitsgedanke zunächst nur auf natürliche Ressourcen und ihre Endlichkeit bezog, so muss es heute darum gehen, auch in anderen Bereichen der gesamtwirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung dieses Prinzip zu verankern und für ein neues ganzheitliches Verständnis von Leben zu werben. Ein Beispiel für die Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips ist die Diskussion um sogenannte öffentliche Güter wie Wasser oder Luft, aber auch Frieden usw., auf die kein privates Eigentumsrecht bestehen kann, sondern die allen Menschen kollektiv zur Verfügung stehen müssen. Die Privatisierung öffentlicher Versorger (wie beispielsweise die Wasserwirtschaft in Bolivien) hat die bisher gültige Auffassung über die Nicht-Ausschließbarkeit und die Nichtrivalität, also den freien Zugang zu öffentlichen Gütern, jedoch in Frage gestellt und für Spannungen gesorgt.

Insgesamt kann also konstatiert werden, dass die Globalisierung und die damit einhergehende Neo-Liberalisierung in erster Linie den ohnehin schon potenten und reichen Wirtschaftsakteuren, also den Banken, Versicherungen, Fonds und den transnationalen Unternehmen sowie den reichen Industriestaaten und Schwellenländern oder Aufsteigern wie China, Südkorea, Brasilien usw. genutzt hat, sofern sie sich den Gesetzen des Marktes zumindest teilweise unterwerfen. Neben diesen Profiteuren existieren aber auch andere private Akteurinnen und Akteure, die ganz konkret als Personen in Erscheinung treten und in der Öffentlichkeit mehr und mehr unter Beschuss geraten. Die Rede ist von Personen aus dem Topmanagement, die sich in den letzten 30 Jahren zu einer Art Wirtschaftselite entwickelt haben, die mit Jahreseinkommen in Höhe von mehreren Millionen bis zu über einer Milliarde US-Dollars Einkommen erzielen, die Top-Stars aus Musik, Sport und Film in nichts nachstehen. Zum internationalen Jet-Set gehören Top-Managerinnen und -Manager inzwischen ganz selbstverständlich hinzu und werden regelmäßig in den Medien als herausragende „personalities“ gefeiert. Die Vorbildfunktion, die sie lange Zeit inne hatten, ist jedoch durch eine ganze Reihe von Skandalen um Korruption, Machtmissbrauch, Veruntreuung und durch ein stark gesunkenes Interesse an sozialer Verantwortung für die Mitarbeitenden ihrer Unternehmen in Misskredit geraten.

3. Medien und Medienmacht

Eine häufig unterschätzte Rolle innerhalb des Globalisierungsprozesses spielen die globalen Medien. Häufig werden sie einfach als Informationsübermittler betrachtet, die wertfrei und unabhängig nach journalistischen Kriterien Informationen sammeln und verbreiten. Doch das Ideal eines unabhängigen, freien Journalismus ist durch den wachsenden Einfluss von Partikularinteressen und gezielter Public Relations sowie durch die Vermischung von politisch-strategischen und ökonomischen Interessen („Berlusconismus“) ernsthaft in Frage gestellt. Das Bild von der Wissens- und Informationsgesellschaft ist angesichts des weltweit drastisch zurückgehenden Nachrichtenanteils zugunsten der Unterhaltung unrealistisch und verzerrt. Weitaus der größte Teil aller Medieninhalte ist Unterhaltung. Sie dient i.d.R. weder der Wissensvermittlung noch der Aufklärung, sondern soll die Massen von den Sorgen des Alltags ablenken (Brot und Spiele). Hinzu kommt die Nutzung der Medien als Werbepattform für die Produkte der Industrie und der Dienstleistenden. Der Werbemarkt ist heute der weitaus lukrativste Teilmarkt des Medienmarktes. Dies führt zu einer Kommerzialisierung auch von reinen Informationsangeboten. Denn neben reinen Werbesendungen wird auch durch gezieltes Product Place-

ment Werbung für kommerzielle und weltanschauliche Produkte gemacht, ohne dass es die Zuschauenden direkt mitbekommen . Die Beeinflussung der Menschen durch Werbung erhält dadurch immer mehr manipulative Züge, die medienethisch fragwürdig sind und die Fragen nach der Unabhängigkeit und dem angestrebten Nutzen von Medieninhalten aufwerfen.

5

Medienunternehmen sind zu transnationalen Unternehmen geworden. Der wachsende globale Wettbewerb durch die Liberalisierung ist auch an den Medien nicht vorbei gegangen. Inzwischen dominieren weltweit nur noch ein paar Dutzend immer stärker global agierende Unternehmen die Entwicklung auf diesem Wirtschaftssektor. Dies führt zu weiteren Konzentrationsprozessen und damit zur Behinderung des Wettbewerbs, Kommerzialisierung, Niedergang des Pluralismus. In der Politik herrscht jedoch der Trend zur weiteren Deregulierung vor, d.h. die Grenzen für Eigentums- oder Marktanteile werden erhöht.

10

15

Allein in Deutschland betrug der Umsatz der hundert größten Medienunternehmen in 2006 über 58 Mrd. Euro. Dazu gehören vor allem die Axel Springer Gruppe und die ProSieben Sat.1-Gruppe sowie Bertelsmann.

20

Insgesamt haben die globalen Medienmärkte unter einer Vereinnahmung durch einige wenige Großkonzerne zu leiden. Internationale Kartelle sind entstanden, von denen das von Rupert Murdoch mit mehr als 80 Großfirmen in den Bereichen Zeitung, TV, Radio, Musik, Bücher, Internet und Telekommunikation das weitaus größte sein dürfte. Das Internet dürfte absehbar eine Art Gegenöffentlichkeit schaffen, in der wirklich „unabhängige“ Informationen zu erhalten sind. Gleichzeitig öffnet es aber auch Tür und Tor für nicht redaktionell bearbeitete Beiträge, die extremistischen und kriminellen Zwecken dienen können. Unabhängig davon haben die Medienoligopole inzwischen natürlich auch das Internet für sich entdeckt und Boden wett gemacht. Kommerzielle Inhalte gehören zu den am schnellsten wachsenden Inhalten im World Wide Web.

25

30

Eine kritische Kontrolle der Inhalte findet bei privaten Medien in den meisten Ländern nicht oder nur sehr eingeschränkt statt. Darüber hinaus haben die technischen Möglichkeiten der Echtzeitkommunikation und die stärkere Konkurrenz zu einer Beschleunigung der Informationsweitergabe geführt, die journalistische Maßstäbe nur noch selten berücksichtigen. Besonders fatal erweist sich dieser Einfluss bei der sogenannten Kriegsberichterstattung. Doch auch außerhalb der Berichterstattung aus Kriegsgebieten wird unabhängige Berichterstattung zunehmend durch den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ erschwert, dem sich im Gefolge des Attentats auf die Twin Towers des World Trade Centers vom 11. September weltweit zahlreiche Regierungen angeschlossen haben.

35

40

Der 11. September 2001 machte Geschichte als erstes mediales Terrorgroßereignis, das weltweit live über Tausende von Fernsehkanälen in die ganze Welt gesendet wurde. Schätzungen zufolge haben mehr als eine Milliarde Menschen das Ereignis in Echtzeit mitverfolgt. Für den Journalismus bedeuten die Ereignisse vom 11. September einen Wendepunkt: Die Korrespondentinnen und Korrespondenten hatten keine Zeit, angemessen und reflektiert auf das Ereignis zu reagieren. Die fünf größten US-amerikanischen Medien-Networks reagierten im nationalen Interesse mit Selbstzensur auf das Ereignis. Nachrichten aus dem arabischen Raum wurden unterdrückt, regierungskritische Beiträge galten als Verrat. Die Medien unterstützten die repressive Politik der US-Regierung sowie die Einschränkung von Bürgerrechten. Hunderte kritischer Journalistinnen und Journalisten verloren ihren Job. Ein Klima der Verunsicherung entstand, in dem der Ruf nach Vergeltung immer lauter wurde. Die Invasion im Irak wurde zu Beginn des Krieges von der

45

50

absoluten Mehrheit der US-Bevölkerung befürwortet, weil sie Saddam Hussein hinter den Anschlägen des 11. September vermuteten – ein Ergebnis der gezielten Propaganda einiger US-Fernsehsender, die unter Rubriken wie „America fights back“ oder „America responds“ ein simples „Gut gegen Böse“ Szenario erschufen, das reißerisch nach Rache verlangte. Besonders der TV-Sender Fox des Medien-Tycoons Rupert Murdoch tat sich durch eine unreflektierte Berichterstattung hervor, in der Attribute wie „rats“ oder „psycho Arabs“ zur Beschreibung von Al-Qaida und der Taliban verwendet wurden. Auch in Deutschland wirft die Kritik den Medien häufig Einseitigkeit vor, wenn es um die Berichterstattung aus Kriegsgebieten und von Anschlagorten geht. Besonders negativ wird dabei immer wieder über Muslime berichtet. Bereits vor dem 11. September waren Menschen muslimischen Glaubens, aber auch Menschen mit nicht-europäischen Migrationshintergründen Ziel einer diffamierenden Berichterstattung, die solche Personen besonders häufig mit Kriminalität, Krieg und Terrorismus in Verbindung brachte.

Die protestantische Publizistik hat hier eine Aufgabe, die sie zumindest exemplarisch dazu verpflichtet, einen Gegenpol zum Mainstream zu setzen. Auch wenn sich die Mittel dazu im Vergleich zu den großen Medienmultis bescheiden ausnehmen, so können sie doch ein Zeichen setzen, das nicht unbeachtet bleiben wird.

4. Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure

In den kontroversen Debatten zur Globalisierung wird häufig die Rolle der Zivilgesellschaft betont. Mit "Zivilgesellschaft" wird dabei in der Regel der gesellschaftliche Raum bezeichnet, in dem sich Individuen einzeln oder in Verbänden, Vereinen, Initiativen, Gruppen organisieren, ihre Vorstellungen von Gestalt und Funktionsweise des Gemeinwesens und ihre Interessen im konkreten politisch-gesellschaftlichen Prozess artikulieren, diskutieren und definieren. Der Zivilgesellschaft wird dabei die Rolle des Gegenparts zur Wirtschaft einerseits und zum Staat andererseits zugewiesen (sogenannter Dritter Sektor), dessen genuine Aufgabe die Wahrung der Rechte und Interessen der Betroffenen – insbesondere einer Mehrzahl der Arbeitnehmer als Globalisierungsoffer – ist.

4.1 Zur Begriffsgeschichte

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat eine lange und verwickelte Begriffsgeschichte hinter sich, die zum Verständnis der heutigen Rolle der Zivilgesellschaft in den globalen politischen Verflechtungen notwendig ist. Erste Ansätze zur Begriffsbildung finden sich bereits bei Aristoteles. Er versteht die *koinonia politikí* noch nicht als Gegenbegriff zum Staat, sondern als demokratische Selbstherrschaft der Bürgerinnen und Bürger. Diese Selbstherrschaft wird im Mittelalter auf den Ständestaat übertragen. Dabei sind die einflussreichen Stände als an der Herrschaft beteiligt gedacht. Diese Bestimmung wirkt bis zum Absolutismus nach. Der Absolutismus verweigert allen gesellschaftlichen Kräften außer dem Staat – repräsentiert im Herrscher – den Anspruch auf (Herrschafts-)Teilhabe und spricht ihnen die Befähigung dazu dezidiert ab. In der Aufklärung entsteht dann in Auseinandersetzung mit dem Absolutismus die Dualität von Staat und Gesellschaft, die bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts die Diskussion bestimmte. Aus der aufklärerischen Unterscheidung von Staat und Zivilgesellschaft leitet sich das Recht auf Widerstand gegen ungerechte Herrschaft ab.

Für die neuere Diskussion wurde Gramsci²⁵ bedeutend. Während Handel und produzierende Wirtschaft bis ins 18. Jahrhundert zur zivilgesellschaftlichen Wirkungssphäre des

25 Antonio Gramsci, * 23. Januar 1891 in Ales auf Sardinien, Italien; † 27. April 1937 in Rom, italienischer Schriftsteller, Journalist, Politiker und Philosoph, Theoretiker des Sozialismus, Kommunist und Antifaschist. Er gehört zu den Begründern des Partito Comunista Italiano, deren Geschicke er leitete. Vom 6. April 1924 bis zu seiner Verhaftung durch die Faschisten am 8. November 1926 Abgeordneter im italienischen Parlament.

Volkes gerechnet wurden, versteht er – innerhalb seiner marxistischen Gesellschaftskritik – die Zivilgesellschaft als dritte Sphäre zwischen Staat und Wirtschaft. Zivilgesellschaft wird dabei als diskursiver gesellschaftlicher Raum gedacht, in dem sich der Kampf um kulturelle Hegemonie abspielt. Durch diese Setzung wird Gramsci zum Vorläufer der heute in der Diskussion bestimmenden Dreigliederung der Gesamtgesellschaft in die Sektoren Staat – Markt – Zivilgesellschaft.

4.2 Zur Diskussion seit dem Ende des 2. Weltkriegs

In der neueren Diskussion sind drei wesentliche Funktionsbestimmungen zu unterscheiden.

In Lateinamerika wurde der Begriff Zivilgesellschaft vor allem als politischer Kampfbegriff verwendet, um die verschiedenen oppositionellen Kräfte im Kampf gegen die Militärrégimes und für Demokratie zu bezeichnen. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich das Konzept der antiautoritären Zivilgesellschaft.

In Osteuropa verbindet sich seit Mitte der 70er Jahre mit „Zivilgesellschaft“ vor allem die Vorstellung der Aktivierung der Gesellschaft durch Selbstorganisation, durch die Reformdruck erzeugt wird.

In beiden Kontexten wird Zivilgesellschaft primär als Instrument zur Demokratisierung gesehen.

Die Solidarisierung mit diesen Demokratiebewegungen ist eine der Wurzeln für die verstärkte Bedeutung und öffentliche Wahrnehmung der „Zivilgesellschaft“ in den etablierten Demokratien seit Mitte der 70er Jahre. Dazu treten in den 80er und 90er Jahren interne Ursachen, für die zivilgesellschaftliche Aktivitäten als Lösungsmöglichkeiten gesehen werden:

- insbesondere in Europa die strukturelle Krise des Wohlfahrtsstaates,
- der weit reichende Akzeptanzverlust der Wohlfahrtsbürokratie,
- die Krise der Linken nach dem Scheitern der sozialistischen Systeme.

Für die USA kommt als Spezifikum hinzu, dass dort die Zivilgesellschaft vielfach als Hüterin des Gemeinnsinns angesehen wird, die das nötige Potential bereit stellt, um Fragmentierungsprozessen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

4.3 Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierungsdebatte

Im Verlauf der als Globalisierung bezeichneten Entwicklung der Weltwirtschaft wird vielerorts die nationalstaatliche Politik in einer Legitimationskrise gesehen. Reaktionen auf die damit assoziierten Defizite sind z. B. die Lobbytätigkeiten von NGOs bei internationalen Gremien und die meist transnational organisierten Neuen Sozialen Bewegungen. Sie werden häufig unter dem Begriff „Internationale Zivilgesellschaft“ zusammengefasst. Der Unterschied zwischen NGOs und Neuen sozialen Bewegungen liegt darin, dass NGOs eher einer Lobbylogik folgen, während Neue soziale Bewegungen einer Mitgliederlogik verbunden sind.

Als Merkmale werden beiden Gruppierungen Autonomie, demokratische Orientierung, diskursive Praxis, kritisches Potenzial und sozialintegrative Kraft zugeschrieben. In diesem Sinne werden sie sowohl als autonome Kontrollmacht gegenüber dem Staat als auch als Gegenmacht bzw. kritische Gegenöffentlichkeit zur Wirtschaft bzw. der geltenden Wirtschaftsordnung gesehen. Dabei werden von ihnen als wichtigste Funktionen sowohl die Förderung/Durchsetzung demokratischer Beteiligung als auch die Erbringung ursprünglich wohlfahrtstaatlicher Leistungen erwartet. Zudem ergänzen sie auf internationaler Ebene das etablierte System der Interessenvermittlung.

Die Grenze ihres Einflusses liegt darin, dass im internationalen Recht bisher keine Legitimationsgrundlage für zivilgesellschaftliche Gruppen erarbeitet worden ist; solche sind lediglich aus den je nationalstaatlichen Regelungen abzuleiten und transnational nicht anwendbar.²⁶ Die Einflussmöglichkeiten der „internationalen“ Zivilgesellschaft leiten sich daher nur aus ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit her, entbehren aber bisher immer noch der rechtlichen Grundlagen.

4.4 Kirchen in der Zivilgesellschaft

Außensicht

In der aktuellen Diskussion um Definition und Funktionalität der Zivilgesellschaft spielen die Kirchen als Akteurinnen keine Rolle und werden i.d.R. nicht zur Sphäre der Zivilgesellschaft gerechnet, da sie zwei wesentlichen Kriterien für die Handelnden, die im allgemeinen dezidiert als Bürgervereine definiert sind, nicht entsprechen. Diese Kriterien sind:

1. Errichtung durch Initiative von Privatpersonen,
2. privatrechtlicher Gründungsvertrag.

Diese Einschätzung hat ihr Fundament in der historischen Verfasstheit der Kirchen unter landesherrlichem Regiment und in der Nähe der Kirchen zum Staat im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hinzu kommt in der Gegenwart die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirchen sowie insbesondere in Deutschland die staatlich garantierte "Steuerfinanzierung", die ihren Status als Teil der Zivilgesellschaft fraglich erscheinen lässt.²⁷

Selbstverständnis

„Die Kirche hat ihren Grund und ihr Ordnungsprinzip nicht im Willen der Gläubigen und konstituiert sich nicht daraus.“²⁸ Kirche versteht sich im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Institutionen immer als eine Einrichtung sui generis, und zwar unabhängig von ihrer jeweiligen Verfassung. Staatskirchen (z. B. Church of England; ehemals Katholische Kirche in Spanien, Italien und Belgien) sind auf keinen Fall zivilgesellschaftliche Gebilde. Kirchen können staatsanalog verfasst sein (mit eigenen Hoheitsrechten, gilt für alle Evangelischen Landeskirchen); in dem Fall ist ihre Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft schon nach politischen Kategorien fraglich. Aber auch gesellschaftsanalog verfasste Kirchen (als Verband oder Verein, z. B. einige Freikirchen) würden sich als substantiell verschieden von bürgerlichen Vereinen und Gruppen wie Greenpeace oder Unicef verstehen.

Kirchliche Werke und Einrichtungen, die direkt auf gesellschaftliche Aufgaben zielen, sind in der Regel in ihrer Organisationsform von der Kirchenverfassung unabhängig und ihr auch meist nicht institutionell eingegliedert. Sie sind daher von sich aus meist flexibler im Umgang mit anderen gesellschaftlichen Kräften und von säkularen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren wesentlich besser akzeptiert. Dies gilt auch für internationale ökumenische Organisationsformen der Kirchen wie KEK²⁹ oder ÖRK.³⁰

Gruppierungen und Initiativen, die sich meist in Selbstorganisation im Raum der Kirchen bilden (Menschenrechts-, Friedens-, Umweltgruppen), verstehen sich im allgemeinen als

26 vgl. Boual, Jean Claude; Grützke, Horst (Hrsg.): Auf zu einer europäischen Zivilgesellschaft! Internetveröffentlichung des Ständigen Forums der europäischen Zivilgesellschaft. <http://www.europa-jetzt.org>; Teil 2, 2 ff.

27 vgl. Boual, Jean Claude; Grützke, Horst (Hrsg.), a. a. O. Teil 2, S. 1 und Teil 4: Vokabular, Stichwort „Zivilgesellschaft“; Hammer, Waldemar: Internationale nichtstaatliche Organisationen im Zeitalter der Globalisierung. Sonderdruck aus: Völkerrecht und internationales Privatrecht in einem sich globalisierenden System. Heidelberg, Müller 2002, 57

28 Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Art. Demokratie in: Lexikon f. Theologie und Kirche, Bd. 3, Freiburg 1996, 86

29 Konferenz Europäischer Kirchen

30 Ökumenischer Rat der Kirchen

Teil der Zivilgesellschaft, entsprechen ihren Kriterien und werden von ihr auch so wahrgenommen.

5 Theologisch betrachtet sind Christinnen und Christen sowie die Kirchen aufgefordert, säkulares Handeln biblischen Maßstäben gemäß ethisch zu qualifizieren. Hierzu bietet sich der öffentliche Diskurs und das Beispiel im öffentlichen Raum an.

10 In diesem Sinne werden die Kirchen oft als intermediäre Institutionen angesprochen, die die Aufgabe übernehmen können, in den säkularen Diskurs über Fragen, die die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens betreffen, die Tiefendimension, die sich mit den Begriffen Schuld, Vergebung, Versöhnung, Barmherzigkeit verbindet, einzubringen. „Für eine zureichende Ortsbestimmung in der Gegenwart ist es ausschlaggebend, dass (die Kirche) ... ihren Ort im triadischen Verhältnis von Staat, Kirche und Gesellschaft wahrnimmt (...): Dieser Ortsbestimmung wird weder das Bild von der Kirche als Kontrastgesellschaft noch das Bild von der funktional integrierten Gesellschaftskirche gerecht. Vielmehr besteht die gesellschaftliche Aufgabe der Kirche darin, aufgrund der ihr eigenen Botschaft und unter Inanspruchnahme ihrer spezifischen Kompetenz eine Vermittlungsaufgabe wahrzunehmen. Sie vermittelt zwischen den einzelnen und ihren gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen; sie vermittelt aber vor allem zwischen den einzelnen und der geglaubten Wirklichkeit Gottes. In diesem doppelten und zugleich spezifischen Sinn ist die Kirche eine intermediäre Institution.“³¹

5. Mögliche Bündnispartnerinnen und -partner

5.1 Nationale Netzwerke und NGOs im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

25 NGOs, die im Bereich Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, sind in ihrer eigenen Arbeit täglich mit allen Aspekten der Globalisierung konfrontiert, beziehen deutlich Stellung, wirken in internationalen Netzwerken und haben z.T. Einfluss in internationalen Organisationen (z.B. ECOSOC/United Nations Economic and Social Council/UN-Wirtschafts- und Sozialrat).

30 Wichtig hierbei sind besonders die bundes- und landesweiten Verbände.

35 VENRO³² ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 deutschen NGOs der Entwicklungszusammenarbeit, von denen die meisten bundesweit tätig sind. Lokale Initiativen werden in dem Verband durch die NGO-Landesnetzwerke repräsentiert, die etwa 2000 große, mittlere und kleine NGOs vertreten.

Die VENRO-Mitglieder sind private und kirchliche Träger der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Brot für die Welt, EED; Misereor, Kindernothilfe), der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Sie sind mit den Fragen der wirtschaftlichen Globalisierung und ihrer sozialen Folgen insbesondere im Rahmen der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“³³ befasst. „Deine Stimme gegen Armut“ ist die deutsche Plattform des „Global Call to Action Against Poverty“, eine internationale Kampagne, die sich mittlerweile in 82 Ländern für ein Ende der Armut (MDG 1) einsetzt. Diese Kooperation von Organisationen, Vereinen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und anderen Gruppierungen ist besonders intensiv in den G7-Ländern USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland aktiv. Sie leistet intensive politische Advocacy- und Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Als Bündnispartnerin ist sie interessant wegen ihrer hohen Fachkompetenz, praktischen Erfahrung in Län-

31 Wolfgang Huber, Kirche in der Zeitenwende. Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche; Gütersloher Verlagshaus 1999, 269

32 für nähere Informationen s. <http://www.venro.org>

33 <http://www.weltweite-aktion-gegen-armut.de>

dern des Südens, vielfältigen politischen Kontakte auf nationaler und internationaler Ebene und engen weltweiten Vernetzung.

5 Ein weiterer Verband, in dem sich Entwicklungs-NGOs, die nicht VENRO-Mitglieder sind, zusammengeschlossen haben, ist die Arbeitsgemeinschaft Sozialstruktur³⁴ (AGS; Mitglieder: AWO International, Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung e.V. (engl. BORDA), Caritas international, DGB Bildungswerk, Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. (DGRV), Deutsche Welle, Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (IIZ/DVV) und das Kol-

10 pingwerk). Die Mitgliedsorganisationen kooperieren bei der Bekämpfung von Armut und zur Förderung nachhaltiger sozialer Strukturen in Entwicklungs- und Transformations-

15 ländern. Sie stützen sich dabei auf ihre langjährigen Erfahrungen mit Facheinrichtungen im Ausland. Die Mehrzahl der AGS-Mitglieder engagieren sich zudem durch entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland.

Seit den Protesten in Genua für eine soziale und ökologische Globalisierung ist die globalisierungskritische Bewegung Attac³⁵ bekannt. Sie versteht sich als Teil einer globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen

20 reicht.

Die deutsche Sektion von amnesty international³⁶ ist die gegebene Ansprechpartnerin bei allen Fragen, die im Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kontext der Globalisierung Grund- und Menschenrechte betreffen.

25

Als fachkompetente Beratungseinrichtungen in einem Dialog- beziehungsweise Triologprozess bieten sich die Vereinte Evangelische Mission (VEM), die Kindernothilfe e.V., der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), das SÜDWIND-Institut³⁷, die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)³⁸, das Forum Umwelt und Entwicklung³⁹, WEED (World Economy, Ecology & Development)⁴⁰, an.

30

Die Vereinte Evangelische Mission

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist Mitglied in der Vereinten Evangelischen Mission. In ihr sind 34 Kirchen aus Afrika, Asien und Deutschland sowie die Bodelschwingschen

35 Anstalten Bethel miteinander in einer gemeinsamen Organisation verbunden. Ihre Aufgabe ist die ganzheitliche Mission, die ausdrücklich den Einsatz für gerechtere Lebensbedingungen und Strukturen in einer globalisierten Welt zum Ziele hat.

Das Engagement für wirtschaftliche Gerechtigkeit bildet einen Schwerpunkt der Arbeit der VEM. Dabei arbeitet die VEM in nationalen wie internationalen Programmen, z.B. zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen in der Textilindustrie in Indonesien

40 oder durch Aufbau eines Ausbildungszentrums für Landwirtschaft in Ruanda, durch ihre Mitgliedskirchen direkt für und mit den betroffenen Menschen in Asien und Afrika. Ebenso wichtig ist das lokale Engagement, z.B. der Aufbau von kirchlichen Kleinkreditunionen in Tansania, die durch Anschubfinanzierungen und Trainingseinheiten den Lebensunter-

45 halt vor allem von alleinstehenden Frauen und Jugendlichen sicherstellen. Zur Förderung

34 <http://www.sozialstruktur.org>

35 <http://www.attac.de>

36 <http://www2.amnesty.de>

37 <http://www.suedwind-institut.de>

38 <http://www.weltbevoelkerung.de>

39 <http://www.forumue.de/>

40 <http://www.weed-online.org>

der nachhaltigen Überwindung von Armut gehören Schul- und berufliche Ausbildungsprogramme in fast allen afrikanischen und asiatischen Mitgliedskirchen, z.B. für AIDS-Waisen und Straßenkinder.

Die VEM versteht die Menschenrechte als integralen Bestandteil der Menschenwürde. Dies schließt insbesondere das Eintreten für gerechte wirtschaftliche Bedingungen ein. Ebenso engagiert sich die VEM für zivile Konfliktbewältigung und Friedens- und Versöhnungsarbeit (z.B. Sri Lanka, West-Papua).

Die Kindernothilfe wurde 1959 gegründet und ist seitdem zu einem der größten christlichen Kinderhilfswerke in Europa gewachsen. Sie erreicht heute rund 300.000 Kinder und Jugendliche in 1087 Projekten in 27 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas. In den letzten zehn Jahren wird die Gemeinschaft, in der die Mädchen und Jungen jeweils leben, einschließlich der Eltern, Nachbarn und älteren Geschwister immer stärker in die Förderung einbezogen.

Die Kindernothilfe fördert – im Ausland mit dort ansässigen Partnerorganisationen – vor allem Kinder in besonders schwierigen Lebenslagen: AIDS-Waisen, Kinder mit Behinderungen, Straßenkinder sowie Kinderarbeiter, und zwar immer unabhängig von deren Religions- oder Kirchenzugehörigkeit. Die Kindernothilfe engagiert sich darüber hinaus in zahlreichen Kampagnen, damit Kinderrechte weltweit verwirklicht werden.

Die Kindernothilfe ist als eingetragener gemeinnütziger Verein dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. angeschlossen und wird zu über 90 Prozent durch Spenden finanziert.

Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) ist das Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen und der Alt-Katholischen Kirche in Deutschland. Der EED wurde 1999 gegründet und verantwortet die Mittel des „Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED)“.

Der EED arbeitet – durch finanzielle Förderung von Projekten und Programmen in Afrika, Asien, Pazifik, Lateinamerika, im Mittleren Osten und in Südosteuropa – an der Überwindung von Armut, Hunger und Not in der Welt und deren Ursachen.

Im Inland unterstützt er die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit von Gemeinden, Gruppen und Bildungseinrichtungen und führt selbst Bildungsprojekte durch. Die EKIR ist hier z.B. bei der Erprobung des Partnerschaftsprojektfonds beteiligt. Er beeinflusst mit Informations- und Lobbyarbeit die kirchliche und gesellschaftliche Entwicklungsdebatte in Deutschland und auf der europäischen Ebene. Der EED ist Teil der Ökumene; er handelt im ökumenischen Verbund der Kirchen in Deutschland, der Partnerkirchen, ökumenischen Verbände und Hilfswerke weltweit, sowie in Zusammenarbeit mit anderen Bündnispartnern innerhalb und außerhalb der Kirchen.

Das SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene ist ein wissenschaftliches Institut mit Sitz in Siegburg, das handlungsorientierte Recherchen zu weltwirtschaftlichen Themen durchführt. Träger des Instituts ist der Verein SÜDWIND e. V., 1991 als gemeinnütziger Verein von Christen verschiedener Konfessionen gegründet, um mehr Kompetenz in Fragen der Weltwirtschaft zu erarbeiten und Handlungsoptionen im Interesse der Armen zu eröffnen.

SÜDWIND hat folgende Themenschwerpunkte:

- Frauen und Wirtschaft (Untersuchungen zu den Arbeitsbedingungen von Frauen in die Textil- und Bekleidungsindustrie; Lobbyarbeit zur Durchsetzung von Sozialstandards im Welthandelssystem). SÜDWIND ist Mitträger der Kampagne für saubere Kleidung,

- Ethische Geldanlagen (Analysen von Anlageformen und Finanzströmen; Bewertung von Fonds nach sozialen und entwicklungspolitischen Kriterien für Ethisch-ökologisches Investment),
- Internationale Verschuldung (Konsultationen und Studien zur Entschuldung von Entwicklungsländern und zur Umsetzung der frei gewordenen Mittel in Armutsbekämpfungsprogrammen); SÜDWIND ist Mitträger und war in der Anfangsphase auch Rechtsträger des deutschen Zweigs der Erlassjahr-Kampagne,
- Weitere Themen: Strukturelle Gewalt in Nord-Süd-Beziehungen, Globalisierung, internationale Handelsbeziehungen, Sozialstandards im Welthandel.

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation, die 1991 als private gemeinnützige Stiftung gegründet wurde. Neben der Zentrale in Hannover unterhält die DSW drei Länderbüros in Äthiopien, Kenia und Uganda und ein Büro in Brüssel.

Das Forum Umwelt und Entwicklung unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab. Es begleitet auf UN-Ebene die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung. Eine seiner Hauptaufgaben ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen und für eine Änderung der verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise in den industrialisierten Ländern einzutreten, die die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören und Millionen Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens, ihre Lebenschancen rauben.

WEED wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. WEED will die Mitverantwortung der Industrienationen für die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und globale Umweltzerstörung stärker ins Zentrum der Arbeit sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen rücken, engagiert sich in nationalen und internationalen Netzwerken und führt Organisationen und Initiativen in Nord und Süd zusammen.

5.2 Organisationen und Netzwerke im Bereich Sozialarbeit/Sozialpolitik in Deutschland

Auch in der Bundesrepublik beobachten wir seit einigen Jahren wirtschaftliche Entwicklungen, die z. T. in ursächlichem Zusammenhang mit der Globalisierung gesehen werden. Das aktuellste Beispiel ist der Verkauf der Siemens Handysparte an BenQ und die nachfolgende Insolvenz und Abwicklung der Firma. Insbesondere Arbeitsplatzverluste werden von Betroffenen häufig den Wirtschaftsbedingungen der Globalisierung zugeschrieben.

Hier ist mit Fachleuten sorgfältig zu klären, ob diese Zuschreibung im je einzelnen Fall richtig ist oder die politischen Vorgaben der Bundesregierung, Fehlentscheidungen des Firmenmanagements oder andere „hausgemachte“ Defizite für Insolvenzen, Produktionsverlagerungen, Firmenverkäufe und damit ggf. einhergehende Arbeitsplatzverluste verantwortlich sind.

Für Bündnisse und fachkompetente Beratung bieten sich hier zum einen die Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund DGB⁴¹ und seine Mitgliedsgewerkschaften) an. Der DGB verfügt zudem im Rahmen des Nord-Süd-Netzes im DGB-Bildungswerk (Sitz: Düsseldorf) über intensive Verbindungen zu Gewerkschaften der Entwicklungsländer. Für weitere wichtige Kooperationen können im sozialen Feld tätige zivilgesellschaftliche Gruppen dienen, die ebenfalls auf der Ebene ihrer Bundes- und Landesverbände ange-

41 <http://www.dgb.de/>

sprochen werden sollten. Insbesondere sind zu nennen die kirchlichen Werke (Diakonie⁴², Caritas⁴³), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband⁴⁴ und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge⁴⁵. In ihnen sind alle relevanten Netzwerke (die Diakonischen Werke der Kirchenkreise, die Diözesan-Caritasverbände und Netzwerke wie z. B. die BAG Schuldnerberatung, BAG der Arbeitslosenzentren, BAG Wohnungslosenhilfe etc.) organisiert.

5.3 Weitere mögliche Partnerinnen und Partner

Die parteinahen Stiftungen, deren Aufgaben die politische Bildung, die Entwicklungszusammenarbeit und teilweise auch die Begabtenförderung sind, kommen in Frage als fachkompetente Partnerinnen und Partner mit wertvollen Kontakten insbesondere auch im Ausland (auf Bundesebene z.B.: Konrad-Adenauer-Stiftung/CDU, Friedrich-Ebert-Stiftung/SPD, Friedrich-Naumann-Stiftung/FDP, Hans-Böckler-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung/Grüne, Hanns-Seidel-Stiftung/CSU und Rosa-Luxemburg-Stiftung/Die Linke. Daneben gibt es in fast allen Bundesländern weitere Stiftungen der Landesverbände der Parteien)⁴⁶.

Organisationen des Fairen Handels und nicht kommerziell ausgerichtete Landwirtschaftsverbände verfügen über umfangreiche Erfahrungen mit Formen alternativen Wirtschaftens und Handels. Sie sind daher wichtig für Kooperationen zur Entwicklung konstruktiver Umgestaltungsvorschläge oder Gegenmodelle zur aktuellen Wirtschaftsstruktur. Auch die großen Verbände: für den Fairen Handel das Forum Fairer Handel⁴⁷, in dem die Siegelinitiative TransFair, der Weltladen-Dachverband, die Importorganisationen BanaFair, dwp, El Puente, Podi-Mohair und gepa Fair Handelshaus, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) und Misereor, die kirchlichen Jugendverbänden AEJ und BDKJ, die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke (AGL), die Konferenz der Gruppenberater und die Verbraucher Initiative e.V. zusammengeschlossen sind, sind ansprechbar.

Unter dem Dach der Ecumenical Coalition for Alternatives to Globalization (**ECAG**) hat sich ein globales Forum für lebensdienliche Landwirtschaft gegründet⁴⁸, dem Bäuerinnen und Bauern aus 20 Ländern – mehrheitlich der südlichen Kontinente – angehören. Das Forum bietet sich einerseits durch die hier versammelte praktische Erfahrung, andererseits durch den dezidiert spirituellen Zugang zu globalen landwirtschaftlichen Fragen ebenfalls als Bündnispartnerin an.

42 <http://www.diakonie-rheinland.de>

43 <http://www.caritas.de/>; <http://www.caritas-rheinland-pfalz.de/11671.html>

44 <http://www.paritaet.org/>

45 <http://www.deutscher-verein.de/>

46 Alle Stiftungen sind mit teils sehr umfangreichen Websites im Internet präsent

47 <http://www.forum-fairer-handel.de/>

48 s. http://warc.jalb.de/warcajsp/side.jsp?news_id=437&part_id=0&navi=13; hier findet sich eine umfangreiche Einführung in Theologie, Spiritualität und Ziele der Vereinigung.

Anhang 5

Stellungnahme des Theologischen Ausschusses (Landessynode 2007, Drucksache 1 Nr. 38, S. 36 - 41)

1. **Wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen**
(Beschluss Nr. 68 der Landessynode 2005)
i.V.m.
Verschiebung des Themas „Globalisierung“ auf die Landessynode 2008
(Beschluss Nr. 20 der Landessynode 2006)

Die Kirchenleitung hat in ihrer Sitzung am 01.12.2006 beschlossen:

„Die Stellungnahme des Ständigen Theologischen Ausschusses zu theologischen Grundsatzfragen in der kirchlichen Diskussion zum Thema "Globalisierung" wird als diskussionsfördernder Beitrag der Landessynode 2007 im Bericht der Kirchenleitung (Drucksache 1) zur Kenntnis gegeben.“

Stellungnahme des Ständigen Theologischen Ausschusses (STA) zu theologischen Grundsatzfragen in der kirchlichen Diskussion zum Thema „Globalisierung“

Die Landessynode hat die Verhandlung des Themas „Globalisierung“ für die Tagung im Januar 2008 vorgesehen und den Ständigen Theologischen Ausschuss (STA) beauftragt, eine Stellungnahme zu den im Zusammenhang mit dem Thema gestellten theologischen Grundsatzfragen zu erarbeiten und der Kirchenleitung vorzulegen, um den Diskussionsprozess innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) zu fördern. Einer notwendigen weiteren (auch theologischen) Erörterung soll damit nicht vorgegriffen werden. Es handelt sich vielmehr darum, Vorfragen zum Thema zu klären. Dabei ist zu beachten, dass die Frage nach dem status bzw. processus confessionis eine rein innerkirchliche Debatte ist. Sie spielt für die außerkirchliche Debatte keine Rolle und führt auch nicht weiter.

A. Stellungnahme

Für die wichtigste zu klärende Vorfrage hält der STA die Einschätzung des Stellenwertes der Frage nach einem status bzw. processus confessionis.

Nach ausführlicher Diskussion im STA, zu der auch Mitglieder der Globalisierungs-AG als Gäste eingeladen waren, ist der Ausschuss zu folgender Einschätzung gelangt:

Es empfiehlt sich für den Diskussionsprozess innerhalb unserer Kirche nicht, die Frage nach einem status bzw. processus confessionis als die zentrale theologische Fragestellung zu werten, auf die hin die Analysen und Diskussionen zulaufen müssten und von der her alle Stellungnahmen zu formulieren wären.

Eine Fokussierung auf diese Fragestellung führt – so zeigt es auch die Debatte im Ausschuss – zu fruchtlosen theologischen Diskussionen, die weder für eine klare Analyse der Globalisierungsprozesse noch für eine klare Artikulation des dringend notwendigen glaubwürdigen Zeugnisses der Kirche Jesu Christi hilfreich sind.

Es ist durchaus möglich, mit Ernst und Entschiedenheit im Globalisierungsprozess ethisch Stellung zu beziehen, ohne ausschließlich auf die Begrifflichkeit oder die Thematik des status bzw. processus confessionis zurückzugreifen.

Insofern plädiert der STA dafür, sich in der theologischen Diskussion zunächst auf dasjenige zu verständigen, was bezüglich der Bekenntnis-Thematik als Konsens gelten kann. Hierzu zwei Leitgedanken:

- Unbestritten ist, dass das gemeinsame Bekenntnis der globalen Christenheit zu der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche ein klares Wortzeugnis und

ein konkretes Engagement für Gerechtigkeit erfordert. Die extremen unsozialen Wirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung sind mit dem Bekenntnis unvereinbar. „Wenn ein Glied am Leibe Christi leidet, dann leiden alle mit“ (1.Kor 12, 26). Das gemeinsame Bekenntnis fordert, neben Frieden und der Bewahrung der Schöpfung Gerechtigkeit und Solidarität. Also eine Praxis, die dem Bekenntnis entspricht. Strittig ist aber, wie die vom Bekenntnis geforderte Praxis vollzogen werden kann.

- Unbestritten ist, dass wir als EKIR (und damit als eine Kirche des Nordens) das Zeugnis der Kirchen des Südens und die damit verbundenen Fragen und Forderungen zu hören, in seiner Würde zu achten und als Anfrage an uns ernst zu nehmen haben. Dies um so mehr, als es sich um die Stimmen derjenigen Schwestern und Brüder handelt, die am härtesten von den Folgen der Globalisierung betroffen sind.

Nach Überzeugung des STA ist die eine weltweite Kirche Jesu Christi durch den Globalisierungsprozess drängend zu einem Zeugnis herausgefordert. Glaubwürdig wird dieses Zeugnis nur sein, wenn es einerseits in seiner Forderung nach weltweiter Gerechtigkeit eindeutig und einhellig ist und wenn sich andererseits die Stimmen der verschiedenen Kirchen je nach ihrem kulturellen Kontext, ihrer theologischen Tradition, je nach den Adressaten, an die sie sich zu wenden haben, je nach der Art und Weise, wie sie an den wirtschaftlichen Prozessen der Globalisierung beteiligt sind bzw. an ihnen zu leiden haben und je nach den Handlungsmöglichkeiten, die ihnen gegeben oder genommen sind, zu Wort melden. Nur in der Vielfalt authentischer Stimmen kann die eine globale Kirche Jesu Christi die Hoffnung bewahren, durch ihr Zeugnis und ihr Engagement gestaltend auf den Globalisierungsprozess einzuwirken.

B. Erläuterungen

1. Ermessens- und Bekenntnisfragen

Gemäß der Barmer Theologischen Erklärung hat der Staat die Aufgabe, „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens für Recht und Frieden zu sorgen“ (Barmen V). Ein großer Teil der ethischen Fragen sind **Ermessensfragen**. Zu ihrer Beantwortung ist ein vernunftgeleiteter Diskurs nötig, der zu unterschiedlichen Antworten innerhalb einer Kirche führen kann.

Dabei können Ermessensfragen in bestimmten Situationen zu Bekenntnisfragen werden: Viele Kirchen des Südens deuten aus ihrer Perspektive zu Recht die Wirkungen der globalisierten Wirtschaft als potenzierte Fortsetzung von Sklaverei, Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Nicht zufällig gingen deshalb von ihnen Anstöße aus, in diesem Kontext auch die **Bekenntnisfrage** (Glaubensfrage) zu stellen. Dem Bekenntnis hat nicht nur die Lehre, sondern auch die Praxis der Kirche zu entsprechen. Wenn also eine Bekenntnisfrage gestellt wird, sind die Gemeinschaft der Kirchen, ihr gemeinsames Bekenntnis und ihr aufeinander bezogenes Handeln berührt. Damit sind wir als EKIR herausgefordert, auf die Anstöße aus den Kirchen des Südens zu antworten.

2. „Communio“, „Katholizität“, „status/processus confessionis“, „Convenanting“

Im Mittelpunkt der Argumentation des **Lutherischen Weltbundes** zu Problemen der wirtschaftlichen Globalisierung steht die „**communio**“ der Kirche. Das meint die von Christus gestiftete Gemeinschaft, die in Wort und Sakrament empfangen und in Glauben und Leben bewährt wird. In Stellungnahmen der **römisch-katholischen** und **orthodoxen Kirchen** kreist die gleiche Argumentation um den Begriff „**Katholizität**“ der Kirche. Zu fragen ist: Welche Differenzen kann die eine Kirche sich leisten und welche stellen die **communio**, die Katholizität der einen Kirche, in Frage?

Reformierte Kirchen des Südens haben wiederholt erklärt (Kitwe 1995; Buenos Aires 2003), die Globalisierung der Wirtschaft führe die Kirche in den **status confessionis**. Mit diesem Begriff wird unmittelbar an das Bekenntnis von Belhar (1982) angeknüpft, das in Analogie zur Barmer Theologischen Erklärung (1934) Lehre und Praxis des Rassismus als Irrlehre verwirft und die Kirche zur Überwindung von Lehre und Praxis des Rassismus verpflichtet. Sollen die Situationen von Barmen und Belhar zur gegenwärtigen Situation wirtschaftlicher Globalisierung in Analogie gesehen werden, dann müsste erklärt werden, gegen welche Lehre und Praxis welcher Kirche oder kirchlichen Gruppe sich ein Bekenntnis im Kontext der globalisierten Wirtschaft richten soll.

Analogien zu Barmen wurden in den 50er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gebildet im Bemühen, in der Friedensfrage angesichts der Drohung mit Massenvernichtungsmitteln im Kalten Krieg den status confessionis festzustellen (Wiederbewaffnung der BRD, Nachrüstung, Ottawa 1982, Thesen des Moderaments des Reformierten Bundes in Deutschland 1982). Es bleibt umstritten, ob dies den innerkirchlichen und den politischen Verständigungsprozess gefördert oder behindert hat.

Im Verlauf der Diskussionen wurde 1982 der Begriff „processus confessionis“ geprägt. Der gegenwärtige Streit zwischen den Kirchen des Südens und denen des Nordens innerhalb des Reformierten Weltbundes angesichts der Globalisierung der Wirtschaft erinnert an diese Situation. Die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes hat zweimal die von einigen Kirchen des Südens geforderte Feststellung des status confessionis angesichts der Globalisierung der Wirtschaft abgelehnt (Debrecen 1997, Accra 2004). Stattdessen wird (wie nach 1982) vom **processus confessionis** gesprochen. Das signalisiert Aufnahme des Anliegens der Kirchen des Südens und Modifikation dieser Position für einen Kompromiss. Mit dieser terminologischen Neuschöpfung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass wir uns mit der wirtschaftlichen Globalisierung in einem Prozess befinden, der zu einer Situation führen kann, in der der status confessionis ausgerufen werden muss. Das wäre z.B. denkbar, wenn die Kirchen des Nordens sich mit dem status quo so abfinden, dass sie resignieren und aufhören, das ihnen Mögliche zur Humanisierung der politischen und wirtschaftlichen Weltsituation zu tun oder wenn sie ihre Solidarität mit den Opfern aufkündigten.

Inzwischen wird der Begriff „**einen Bund schließen** (Covenanting)“ benutzt. Er will eine Verknüpfung mit der Reformierten Foederal-Theologie und der biblischen Rede vom Bund leisten. Problematisch dabei ist, dass die biblische Rede vom Bund gerade nicht von zwei gleichberechtigten Partnern spricht, die sich gegenseitig verpflichten und einen Bund in Augenhöhe schließen. Das ist vielmehr der heutige Alltagsgebrauch des Wortes. In der Bibel meint Bund immer eine Zuwendung, die ein Überlegener einem Unterlegenen gnädig gewährt.

Beide terminologischen Neuschöpfungen beschreiben „**einen Prozess gemeinsamen Engagements**“ (so der reformierte Theologe Dirkie J. Smit aus Südafrika in ÖRu 53, 2004, S.172). Die Kirchen des Nordens und die Kirchen des Südens gleich welcher Konfession verpflichten sich, im Hören aufeinander und im Lernen voneinander für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung das zu tun, was ihnen jeweils und gemeinsam zu tun möglich ist.

3. Imperiums-Begriff

Der Begriff „Imperium“ ist – soweit er im Zusammenhang mit der Globalisierungsdebatte gebraucht wird – im Kontext apokalyptischen Denkens entstanden. Die apokalyptische Figur der Hure Babylon steht in der Apokalypse für das Imperium Romanum. Dass nicht nur „die Könige der Erde“ (18,3.9f), sondern ausdrücklich auch „die Kaufleute“ (18,3.11-17) und „die Reeder“ (18,17-19) mit der Hure Verkehr haben, zeigt, dass das Imperium Romanum auch als ein Wirtschaftsimperium gesehen wurde.

In der ökumenischen Diskussion gibt es Positionen, die den Begriff „Imperium“ auf die heutige Weltwirtschaft übertragen. Er verweist darauf, dass die als zerstörerisch erlebten Kräfte der Globalisierung als feindliches Gegenüber erfahren werden. Insofern wird die Situation der Kirchen des Südens, denen kaum Handlungsspielräume gegeben sind, mit diesem Begriff zum Ausdruck gebracht werden. Ebenso deutlich aber ist, dass dieser Begriff nicht ohne weiteres auf die Situation der Kirchen des Nordens, denen durchaus Spielräume und Handlungsmöglichkeiten gegeben sind, übertragen werden kann.

Zu bedenken ist, dass es bei dem Problem globalisierter Wirtschaft ein nicht greifbares Geflecht von „Imperien“ gibt, die sich gerade nationalstaatlicher wie zwischenstaatlicher Kontrolle und Beherrschbarkeit entzogen haben.

Schließlich ist zu beachten, dass der Begriff "Imperium" in extrem problematischer Weise verwendet wird, um bestimmte Feindbilder ("Reich des Bösen") zu entwerfen. Er steht in der Gefahr, komplexe Zusammenhänge zu stark zu vereinfachen.

Insofern ist der Begriff „Imperium“ für eine Analyse der Situation aus Sicht der Kirchen des Nordens zur differenzierten Klärung und Lösung der Probleme nicht unbefangenen verwendbar.

4. Mammonismus

Die Alternative „Gott oder Geld“ wendet sich gegen die Vergötzung (Divinisierung) der Ökonomie, steht aber umgekehrt in der Gefahr – sofern der Begriff unreflektiert verwendet wird – eine Dämonisierung der Ökonomie zu fördern. Dämonisierung geschieht z.B. durch Versuche, den „religiösen Anspruch“ der Ökonomie dadurch aufzuweisen, dass bestimmte religiöse Begriffe für ökonomische Zusammenhänge verwendet werden (z.B. Tempel für eine Konzernzentrale, Zusammenhang Schuld – Schulden, Erlösung – Erlös etc.). Es ist nicht zu bestreiten, dass es im Umgang mit Reichtum zu einer Haltung kommen kann, bei der Reichtum zum Götzen und Besitz zum Mammon wird. Dies ist nicht nur eine Gefahr für Individuen, sondern auch für Gruppen, Nationen und Kirchen. Aber immer handelt es sich um konkrete menschliche Verhaltensweisen im Bereich der Ökonomie, die der Kritik zu unterziehen sind und zu denen Alternativen aufgezeigt werden müssen. Auch das „strukturelle Böse“ ist daraufhin zu analysieren, welches die konkreten politischen Entscheidungen sind, die es ermöglichen und begünstigen, wie die entsprechenden besseren Handlungsalternativen aussehen und welche Personen oder Personengruppen Verantwortungsträger sind und deshalb Adressatinnen und Adressaten kirchlicher Appelle sein können.

Die Leitfrage einer ethischen Analyse muss heißen: Wie kann die Sozialbindung und die Nachhaltigkeitsverpflichtung der Ökonomie, die in den letzten zweihundert Jahren erkämpft und dann durch die Nationalstaaten mehr oder weniger erfolgreich gesichert wurden, heute international durchgesetzt werden? Mit dem Stichwort „Wirtschaften für das Leben“ hat die Ökumene die richtige Perspektive für Alternativprogramme vorgegeben.

Das Motto "Ihr könnt nicht Gott und dem Mammon dienen" wird der komplexen ethischen Problematik der Globalisierung der Wirtschaft nicht gerecht. Demgegenüber sind „Gerechtigkeit“ und „die Parteinahme für die Armen und Schwachen“ geeignete biblische Vorgaben (des Alten wie des Neuen Testaments), von denen her eine Wirtschaftsethik entwickelt werden kann, die auch die heutigen Herausforderungen angemessen aufnimmt. Das ökumenische Konzept „Wirtschaften für das Leben“ (Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Kindernothilfe, SÜDWIND etc) bietet eine Fülle von alternativen Ansätzen, die es aufzunehmen und zu prüfen gilt. Auch von hier her ist der Appell „TATA statt TINA“ zu unterstützen („There **A**re **T**housand **A**lternatives“ statt „There **I**s **N**o **A**lternative“).

5. Beachten der eigenen Wirkungsmöglichkeiten

Viele kirchliche Dokumente zum Thema überschätzen die politischen und ökonomischen Einwirkungsmöglichkeiten der Kirchen des Nordens oder der als mächtig angesehenen Weltbünde (ÖRK, LWB, RWB).

In realistischer Einschätzung ihrer Möglichkeiten ist die Kirche zu entschiedenem Handeln aufgefordert. Für das Handeln unserer Kirche genügt es nicht, theologische Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen. In einer Demokratie hat die Kirche die Chance und die Aufgabe, das für richtig Erkannte mehrheitsfähig zu machen, und das bedeutet: Menschen überzeugen, gewinnen, Mehrheiten finden. In diesem Prozess kann eine deutsche Volkskirche und ihre Organe ihren Beitrag leisten. Dazu kann die rheinische Landessynode mit einem „Wort“ (dem im eigenen Bereich Taten entsprechen) beitragen.

Anhang 6

Praxisbeispiele aus allen Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche im Rheinland

Unter Mithilfe des Gemeindedienstes für Mission und Ökumene,
zusammengestellt von Wolfram Walbrach, Abteilung III
der Evangelischen Kirche im Rheinland

Stand: 1. August 2007

Die Arbeitsgruppe Globalisierung ist in ihrer Arbeit seit Spätsommer 2005 immer wieder auf Aktivitäten, die im engeren und weiteren Sinne mit Globalisierung zu tun haben, in Gemeinden und Kirchenkreisen gestoßen. Deshalb hat sie sich entschlossen, neben der Erörterung zur "Wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Herausforderungen für die Kirchen" einen Katalog von Beispielen aus allen Kirchenkreisen vorzulegen unter dem Kriterium "Good Practice" (nicht: Vollständigkeit) und mit dem Ziel der Anregungen für andere.

Mit Hilfe des Gemeindedienstes für Mission und Ökumene hat Wolfram Walbrach / Abteilung III die von den Kirchenkreisen autorisierten Texte zusammengestellt.

Aachen

1. Seit 1998 besteht eine Partnerschaft mit dem Batak Kirchenkreis der HKBP Humbang Habinsaran auf Sumatra/Indonesien. Neben Sachmitteln für unterschiedliche Projekt steht der Partnerschaftsaustausch mit gegenseitigen Besuchen im Vordergrund, um die gegenseitige Lebens- und Glaubenssituation besser verstehen zu können. Jedes Jahr feiern wir als Zeichen der Verbundenheit auf beiden Seiten die Partnerschafts-Gottesdienste. Durch gezielte Veranstaltungen des GMÖ und der VEM werden weitere Informationen angeboten.
2. Nach Entwicklungshilfeprojekten für Indien und Bolivien, für die jetzt zentral vom Kirchenkreis nichts mehr geschieht, wird seit November 2003 das ökumenische Entwicklungsprojekt zur Hilfe von Aids-Waisen und zur HIV/Aids-Prävention in Uganda/Ostafrika unterstützt. In diesem Projekt wird vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt. Den Waisen werden Ferkel zur Aufzucht übergeben. Von dem Erlös können sie ihr Schulgeld, die Schulkleidung und das Schulessen bezahlen. Den Kindern wird vor Ort ein Sozialarbeiter als Betreuer und ein „Pate“ an die Seite gegeben. Bei uns wird mit diesem Projekt die Situation der Menschen in Afrika, insbesondere die Folgen von HIV und Aids verdeutlicht. Durch Patenschaften auf persönlicher und Schulebene wird die persönliche Situation auf beiden Seiten vermittelt.
Im November 2006 hat die Kreissynode den Besuch des anglikanischen Bischofs aus Uganda zum Anlass genommen, die Auswirkungen der Globalisierung auf Afrika zu beleuchten. Dazu gab es fünf Arbeitsgruppen:
 1. Theologische Anfragen aus dem Süden an den Norden, mit dem Afrika-Referenten der VEM.
 2. Strukturen der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik, mit einem Referenten vom EED.
 3. Kreiskirchliches Entwicklungsprojekt Uganda, Probleme, Chancen, Zukunft.
 4. Konkrete Gesichter und Beziehungen in der Entwicklungshilfearbeit des Kirchenkreises: Einzelprojekte, Paten- und Partnerschaften.
 5. Regionalisierung als Gegengewicht zur Globalisierung. Nachdenken über eine gesellschaftspolitische Parteinahme der Kirche, mit einem Ökonomen der RWTH.

Der Kirchenkreis begleitet weiterhin außer dem Uganda-Projekt schon länger ein Gesundheits- und Dorfentwicklungsprojekt in Tansania.

Vortragsreihen in Kooperation der Kirchenkreise Jülich und Aachen:
Wirtschaftssystem ohne Gewissen

Themenabende:

- Wirtschaftssystem ohne Gewissen – Die Mythen der aktuellen Wirtschaftspolitik.
- Meine Abende mit Sabine Christiansen – Die Rolle der Medien im Reformprozess.
- Sozialreformen: Aufbruch oder Abstieg – ein Blick auf die Seiten der Betroffenen.
- Und es gibt sie doch – Alternativen zu einem Wirtschaftssystem ohne Gewissen.
- Glaube und Gewissen – Kirche im Kontext unseres Wirtschaftssystems.
- Positionen unserer Kirche.

Wirtschaft zwischen Markt und Staat – Globalisierung und die Frage nach einer gerechten Gesellschaft (in Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen)

Themenabende:

- Steuerreform und Steuergerechtigkeit.
- Warum soll der Staat sparen?
- Globalisierung: Die Welt zerstören oder gestalten?
- Wer profitiert vom internationalen Finanzhandel?
- Wider die Diktatur der Sachzwänge – Welche ethischen Richtlinien bestimmen unser wirtschaftliches Handeln?

Armes reiches Deutschland

Themenabende:

- Krise und Zukunft des Sozialstaates
- Demografische Entwicklung – Mythos und Wirklichkeit
- Wege zu mehr Gerechtigkeit
- Die Idee des Grundeinkommens – warum für alle ein Grundrecht auf Einkommen?

Vortragsreihe in Aachen zum Thema: „Globalisierung: Die Welt zerstören oder gestalten?“ Referenten: Dr. Wolfgang Kessler, Chefredakteur Publik-Forum und Prof. Dr. Oliver Lorz RWTH Aachen

An der Agger

1. Die Stadt Waldbröl hat die Auswirkungen der Globalisierung unmittelbar zu spüren bekommen. Der letzte große Betrieb steht vor der Insolvenz, nachdem er vorher schon übernommen wurde. Das bedingt eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Kirchengemeinde Waldbröl setzt sich durch ein Arbeitslosenprojekt, durch die „Tafel“ und den Kontaktpunkt für Menschen in besonderen Problemlagen und durch das Sozialkaufhaus für diese Menschen ein. Hinzu kommt die Schuldnerberatungsstelle des Kirchenkreises. Die Kirchengemeinde Waldbröl ist zudem aktiver Partner im Netzwerk Soziales der Stadt Waldbröl und darüber Partner im Integrationsprojekt der Stadt für Spätaussiedler. Es gibt einen Asylkreis und eine enge Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsarbeit der Stadt. Ein Eine-Welt-Laden darf auch nicht fehlen!

2. Im Leitbild der Evangelischen Kirchengemeinde Derschlag heißt es unter anderem: Die Gemeinde ist dazu da, den Einzelnen im Glauben zu stärken, ihn zu ermutigen, seine Fähigkeiten zu entwickeln und sich in der Welt für Gottes Schöpfung einzusetzen. In diesem Leitbild spiegelt sich wieder, was die Gemeinde schon seit einigen Jahren in kleinen Schritten umzusetzen versucht. Die Gemeinde soll nicht nur moralische Appelle an die Menschen richten, sich nicht länger entmutigen zu lassen von globalen Umweltproblemen, die unabwendbar scheinen, sie soll vielmehr im Kleinen mit gutem Beispiel vorangehen. Daher hat die Gemeinde auf dem Dach des Gemeindezentrums eine Photovoltaikanlage errichtet, eine Solaranlage, die Strom erzeugt und damit sehr viel des Treibhausgases Kohlendioxid einspart.

Zum Konzept dazu gehört deshalb auch ein „Appelhof“ auf der Gemeindewiese mit alten oberbergischen Apfelsorten. Die Gemeinde möchte damit zeigen: „Wir tun kleine Schritte in die richtige Richtung und wollen dadurch andere ermutigen, sich auch mit auf den Weg zu machen. Damit erfüllen wir einen Auftrag Gottes an uns, und Gott wird uns dabei nicht alleine lassen.“

3. Der Weltladen für fairen Handel e. V. – Ökumenische Initiative Derschlag wurde am 24.6.1988 als ökumenische Initiative von Frauen in Gummersbach-Derschlag gegründet. Ausschlaggebend dafür war damals die Not der Kaffeebäuerinnen in Brasilien, über die am Frauenweltgebetstag berichtet wurde. Als eingetragener Verein verfolgt er ausschließlich gemeinnützige Zwecke und arbeitet ohne finanziellen Eigengewinn.

1988 begann der Verkauf in einem kleinen angemieteten Lädchen mit wenigen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen an einigen Tagen der Woche. Besonders in den ersten Jahren war die Überzeugungsarbeit, fair gehandelte Produkte zu kaufen, mühsam. Sonderverkaufsstände und Sonderaktionen waren wichtig, um auf die Menschen zuzugehen, sie zu informieren über die Lebenssituationen in den Entwicklungsländern und Zusammenhänge mit der Weltwirtschaft aufzuzeigen. Eine stetige Steigerung des Bekanntheitsgrades der Arbeit des Vereins ließ die Umsätze und damit auch das Warenangebot im Laden steigen. Im Oktober 2003 wurde ein 2., sehr moderner Laden in der Gummersbacher Innenstadt eröffnet. 2005 zog auch das „Muttergeschäft“ in Derschlag in größere, moderne Räume.

Heute arbeiten in den beiden modernen Läden 90 Frauen ehrenamtlich, um mit ihrer Arbeit in vielschichtiger Weise den fairen Handel zu fördern. Schätzungsweise können dadurch ca. 800 Familien in den Entwicklungsländern in Lohn und Brot gehalten werden, Kinder zur Schule gehen und Infrastruktur aufgebaut werden. Seit Juni 2005 gibt es auch eine faire Abteilung im Kiosk des Kreiskrankenhauses Gummersbach.

4. Ökumenische Initiative Wipperfürth
Seit 1987 existiert in Wipperfürth eine ökumenische Initiative, die aus den beiden Ortsgemeinden hervorgegangen ist und seither viele verschiedene Angebote für Menschen vor Ort entwickelt hat: Gebrauchtmöbellager und Fahrradwerkstatt, Beratungsangebote für Flüchtlinge und Asylsuchende, ein mobiler Reparatur- und Hilfsdienst für Haus- und Gartenarbeit, ein für alle offener Mittagstisch und ein Hospiz-Kreis mit 20 ehrenamtlichen und einer hauptamtlichen Mitarbeitenden.

Altenkirchen

1. Partnerschaften

Kirchenkreis Muku/Dem. Republik Kongo

Seit fast 30 Jahren unterhält der Kirchenkreis seine (auf Grund der Kriegslage nicht immer einfachen) Beziehungen zum Kirchenkreis Muku im Süd-Kivu des Kongo. Aufgebaut wurde hier u.a. eine Wasserversorgung (Projekt Manunga). Die Frauenarbeit des Kirchenkreises unterstützt durch den Verkauf von in Muku hergestellten Karten verschiedene Kleinprojekte, die Frauen (Witwen/ Vergewaltigungsopfer) helfen, eine Existenz aufzubauen.

Für den Kirchentag 2007 in Köln hat der Kirchenkreis Altenkirchen in 2006 ein Projekt gestartet, das einen Fonds für „Mikro-Kredite“ für die Menschen in Muku begründet. Auf Grund der schwierigen politischen Lage im Kivu-Gebiet muss jetzt geschaut werden, wie die in öffentlichkeitswirksam erwirtschafteten Gelder nun an ihre Empfängerinnen und Empfänger gelangen können.

Kirchenkreis Templin-Gransee (Deutschland, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)

Seit mehr als 20 Jahren ist der Kirchenkreis mit dem Kirchenkreis Gransee (heute Templin-Gransee) partnerschaftlich verbunden. Neben persönlichen Kontakten werden auch Mittel zur Finanzierung von Mitarbeitenden-Stellen zur Verfügung gestellt. Über den Kirchenkreis Templin-Gransee gibt es auch Verbindungen nach Codlea/Zeiden in Rumänien. Dort werden verschiedene Projekte unterstützt.

Der Kirchenkreis Altenkirchen beteiligt sich am Projekt „Oikocredit“, wie auch einzelne Gemeinden und die Frauenhilfe.

2. Eine Welt-Arbeit

Im Kirchenkreis Altenkirchen gibt es zwei Eine-Welt-Läden in Altenkirchen und Betzdorf mit einer ausgesprochen gut wirkenden Öffentlichkeitsarbeit. Ersterer wird von verschiedenen Kirchengemeinden des „Unterkreises“ getragen und auch personell unterstützt. Dazu kommen regelmäßige Verkaufsangebote in den Gemeinden vor Ort. Bei der Sondersynode „Globalisierung“ im Mai 2007 wurde beschlossen, zudem sechs Eine-Welt-Kioske (sog. Tischläden) anzuschaffen und in den geplanten Regionen des KKs zur Verfügung zu stellen, um das Thema des fairen Handels noch tiefer in den Gemeinden zu verankern. Zu diesen Tischläden gehören auch entsprechende pädagogische Hilfsmittel.

Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

3. Regenerative Energie im Einsatz

Seit 2002 gibt es auf dem „Haus der Kirche“ in Altenkirchen eine PV-Anlage, seit 2004, ebenfalls auf Kirchenkreis-Initiative, eine auf dem Kirchendach in Weitefeld. Eine weitere – auf Gemeindeinitiative- ist in Planung.

Seit 2003 wird im Kirchenkreis und den 16 Kirchengemeinden nur noch Strom aus erneuerbaren Energien verbraucht. Der Kirchenkreis hat – als Beauftragter der Gemeinden – einen entsprechenden Vertrag für alle Gemeinden und seine Einrichtungen geschlossen.

4. **Gentechnikfreies Kirchenland**
 Auf den zahlreichen landwirtschaftlich verpachteten und genutzten Grundstücken der Kirchengemeinden im Kreis Altenkirchen wird nur gentechnikfreier Anbau von Saat- und Pflanzgut zugelassen. Entsprechende Vereinbarungen mit den Pächtern wurden getätigt und sich der Initiative „Gentechnikfreier Westerwald“ angeschlossen. Die Idee „Keine Gentechnik auf Kirchenland“ trug der Kirchenkreis auch mit entsprechenden Anträgen in die Landessynode. So wurde die Gentechnik und ihre auch weltweiten Folgen zum Gegenstand vieler öffentlicher Debatten. Bei forstwirtschaftlichen Grundstücken wird auf „nachhaltiges Wirken“ gesetzt.

5. **Ausbildungsplätze werden gefördert**
 Seit der Synode 1998 hilft der Kirchenkreis im Rahmen seiner Möglichkeiten um zusätzliche Ausbildungsstellen im Kreis zu schaffen. Der Kirchenkreis Altenkirchen selbst bildet verstärkt Bürokaufleute aus. Zudem werden jährlich ca. 3 - 4 Betriebe finanziell unterstützt, die einen zusätzlichen Ausbildungsplatz für (oft benachteiligte) Jugendliche, bereitgestellt haben. Dank dieses Engagements (Zuschüsse pro Ausbildungsplatz monatlich ca. 150 Euro) wurden bereits rund zehn jungen Menschen eine Ausbildung ermöglicht.

6. **Flüchtlingsarbeit**
 Das Diakonische Werk des Kirchenkreises unterstützt mit großem Engagement die Flüchtlinge in der Region. Innerhalb des aus dem europäischen Flüchtlings-Fonds geforderten Projektes „Phoenix“ – wird zudem (durch eine zusätzliche Fachkraft) - Therapie und Beratung für schwer belastete und traumatisierte Flüchtlinge angeboten.

Birkenfeld

Der Kirchenkreis unterhält seit 1996 eine Partnerschaft zum Kirchenkreis Djolu der CADE-LU-Kirche in der Demokratischen Republik Kongo. Die Unterstützung eines kleinen landwirtschaftlichen Entwicklungsprojektes wurde jahrelang durch den Bürgerkrieg verzögert. Erst jüngst kam es wieder zu intensiveren Besuchskontakten. Christen und Christinnen in Birkenfeld lernen durch die Partnerschaft die Auswirkungen einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung auf die Partner im Kongo verstehen. Die Millennium Goals und die Rolle der Pharmaindustrie werden im Zusammenhang mit der AIDS-Problematik im subsaharen Afrika thematisiert.

Bonn

1. Seit 35 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft mit dem Kirchenkreis „Kusini A“ im äußersten Nord-Westen Tansanias (lt. Weltbank eines der sieben ärmsten Länder der Welt) mit Partnerbesuchen ca. alle 3 Jahre, abwechselnd in Bonn und Tansania. Schwerpunkt-Themen waren: Gesundheit und Aids, Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, sowie wirtschaftliche Gerechtigkeit. Die Kirchenkreispartnerschaft bemüht sich zunehmend um bessere Verankerung in einzelnen Bonner Kirchengemeinden. Mit Bonner Finanzhilfe sind in Tansania eine Krankenstation, ein Krankenwagen, ein beispielhaftes Antiaidsprojekt der Partner, mehrere Kirchbauten, Ausbildungsfonds sowie ein Aufforstungsprojekt unterstützt worden. Regelmäßig werden Gelder für Medikamente und einen Fonds für arme Patienten überwiesen. Demnächst wird in Bonn ein zentraler Partnerschaftsgottesdienst gefeiert. Diese Partnerschaft ist auch als Lernort für die Darstellung weltweiter wirtschaftlicher Zusammenhänge gedacht und als Austausch unterschiedlicher Spiritualität.

2. „Xenos“-Projekt: Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit Bonn (EMFA) hat in den Jahren von 2002 – 2005 ein interkulturelles Projekt unter dem Motto: „Xenos: Leben und Arbeiten in Vielfalt – Interkulturelles und Interreligiöses Training“ mit dem Ziel Hilfen für Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu schaffen, durchgeführt. Das mit EU-Mitteln geförderte Projekt gilt als Modellwerkstatt zur Entwicklung und Erprobung neuer Wege und Methoden zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Im Rahmen des Projektes wurden mit Jugendlichen stadtteilorientierte Projekte entwickelt und umgesetzt. Die EMFA setzt sich für die Interessen der Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge ein; sie begleitet und berät sie bei ihren rechtlichen, sozialen und seel-sorglichen Problemen. Die EMFA ist auch bei der kommunalen Integrationsarbeit in vielen Arbeitskreisen beratend tätig.

Weitere Projekte der EMFA wie die „Bonner Buchmesse Migration“ und Bonner Woche der Kulturen“, die alternierend jedes Jahr stattfinden, wirken über Bonn hinaus.

3. Photovoltaikanlagen, mit der Absicht beispielhaft zu zeigen, wie „Bewahrung der Schöpfung“ bzw. Ressourcen-Schonung möglich ist, gibt es seit einigen Jahren in der Trinitatiskirchengemeinde und an der Thomaskirche in Bonn-Röttgen (die bislang zur Ev. Johanniskirchengemeinde Bonn-Duisdorf gehörte; nach einer Strukturreform gehört sie künftig zur neu gegründeten Ev. Kirchengemeinde am Kottenforst).
4. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Braunfels

Planung für eine internationale Jugendbegegnung im Sommer 2008:

Das Musical „Zasterwelt“ wurde mit Erfolg inszeniert und brachte Jugendliche in intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Globalisierung. In dem selbstgeschriebenen Stück setzen sich die Jugendlichen vor allem mit den Schattenseiten des westlichen Wohlstandes auseinander.

Das Stück wurden ins Englische übersetzt und mit nach Botswana zu einer Jugendbegegnung genommen und dann bei dort neu bearbeitet. Leitfrage war, wie Afrikaner die „Zasterwelt“ Europas und Amerikas wahrnehmen. Das so neu arrangierte und umgeschriebene Stück wird der Hauptteil eines gemeinsamen Bühnenprogramms.

Die Partnergruppe aus Botswana hatte in 2006 bei der Begegnung in Deutschland ein sehr eindrückliches Stück zur AIDS-Problematik dabei. Es ist auch vorstellbar, Inhalte davon in „Zasterwelt“ einzubauen.

Das Besondere dieser internationalen Jugendbegegnung ist sicherlich die musikalische Ebene.

Wenn Menschen zusammen und füreinander Musik machen, geschieht oft eine Art der Begegnung, die an Intensität kaum zu überbieten ist.

Der Reiz liegt zum einen im Austausch der musikalischen Kulturen, zum anderen im Aspekt, dass sich der Glaube an den einen Gott, gerade auch in der Musik auf das Wesentliche verdichtet und vermittelt.

Natürlich ist auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der „Zasterwelt“ und der AIDS-Problematik eine spannende Sache, besonders für die jungen Leute, die zum ersten Mal Botswana erleben werden. Zu erwarten ist neben allen kulturellen und gesellschaftlichen Eindrücken, eine zutiefst religiöse Erfahrung für alle Teilnehmenden, ob Afrikaner oder Deutsche.

Projektgemeinde Tikato

Mit dem Bekannt werden der Saheldürre 1972/73 entwickelte sich in den Gemeinden der Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar eine große Spendenbereitschaft. Daraus entwickelte sich eine intensive, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit einer Region in Burkina Faso, durch die bis heute neben der breiten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit mehr als 150 kleinere Vorhaben unterstützt wurden.

Weiteres zur Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand siehe: Kirchenkreis Wetzlar

Dinslaken

Die KU-Einheit zum Thema Handy ist auch in der Gemeinde Walsum-Vierlinden mit Erfolg gelaufen.

Der Kirchenkreis Dinslaken ist mit vier seiner Gemeinden (Walsum-Aldenrade, Walsum-Vierlinden, Hünxe und Hiesfeld) seit über 20 Jahren mit der baptistischen CEBIE-Kirche im Kongo partnerschaftlich verbunden. Regelmäßige Partnerschaftsgottesdienste, ein übergemeindlicher Partnerschaftsausschuss sowie Besuche und Gegenbesuche der Partner halten die Beziehung lebendig. Die Erfahrung langer Jahre: Geben ist keine Einbahnstraße, Partnerschaft erschöpft sich nicht im Ressourcentransfer, sondern gibt der Gemeindegemeinschaft neue geistliche Impulse.

Was hat mein Handy mit dem Krieg in Kongo zu tun?“ – ein Konfirmanden/Konfirmandinnen-Seminar in Hünxe-Bruckhausen.

Zwei Wochen vor dem jeweiligen Seminar piept bei Konfirmandin Christina das Telefon. Eine SMS. „Was weißt du über den Kongo?“ – Sie hat längst vergessen, dass sie ihrem Pfarrer vor Längerem ihre Handynummer gegeben hat. Eine Woche später eine zweite SMS: „Was hat dein Handy mit dem Krieg in Kongo zu tun?“ Rätselraten, Kopfschütteln und Zorn über diese nervigen SMS'. „Lass mich in Ruhe,“ antwortet sie dem Schreiber.

Auf dem Wochenende die Aufklärung. Und sie gibt freimütig zu: „Ich weiß nur, dass das in Afrika ist. – Aber was hat das mit meinem Handy zu tun“, fragt sie. Doch diese Frage bleibt erst einmal unbeantwortet. In Gruppen wird zunächst ein Quiz zum Kongo und zur Partnerschaft mit der CEBIE gelöst, z. B. „Wie groß ist Kongo?“ Es gibt mehrere Möglichkeiten anzukreuzen. Verwunderung, dass Kongo so groß ist wie Mitteleuropa. „Was ist Coltan?“ Keine Ahnung; nur einer kennt die Lösung; er hat zuhause mitbekommen, dass Coltan ein Stoff ist, der nur in zwei oder drei Ländern gefördert wird. Lange Zeit war Kongo das einzige Land, das dieses Metall, bestehend aus Columbium und Tantalit, besaß. Ohne dieses Metall wären unsere Handys nicht so leicht und billig zu produzieren.

Rodin Mushila, der Sohn vom Präsidenten der Kongolesischen Partnerkirche CEBIE, erzählt: in Familien wie seiner (also keiner armen) wird 3x am Tag gegessen – aber in drei Schichten: jede(r) darf nur einmal am Tag essen. Ruhe. Beim Mittagessen bleiben deutlich weniger Reste auf den Tellern der Konfirmanden und Konfirmandinnen übrig.

Danach kommt die Frage, wie viel die Jugendlichen für ihr Handy pro Tag ausgeben; im Schnitt sind es etwas über 1 €. Der anschließende Film „Zu reich für den Frieden?“ klärt auf, dass ein Arbeiter, der 12 Stunden am Tag dieses Metall mühsam, im besten Fall mit

einer Schippe aus der Erde holt, 1 \$ pro Tag erhält – und er muss damit seine Familie ernähren, wobei er mehr als die meisten Menschen in seinem Land verdient. Wieder Stille.

Und nun erfahren die Mädchen und Jungen, dass der Gewinn, der aus dem Coltan erzielt wird, in Europa – auch in Deutschland – bleibt, denn das Geld wird für Waffen aus Europa ausgegeben. Verschiedene Rebellenarmeen – von anderen Ländern unterstützt – nutzen sie, um die Bevölkerung in dauerndem Krieg zu halten. Je mehr Coltan produziert wird, umso mehr Waffen können gekauft werden.

Ein Lied. „Mungu ni mwema“, „Gott ist gut zu mir“. Die Jugendlichen spüren: Menschen im Kongo haben einen Glauben, der mitreißt, trotz ihrer Lebensumstände. Ein Glaube, der die Menschen trotz allem am Leben hält.

Und dann Staunen, als Rodin abends seinen Vater anruft und erklärt, dass sich im Kongo an diesem Tag Menschen zusammengefunden haben, um für das Wochenende Gottes Segen zu erbitten. Der wurde gespürt, intensiv wie selten.

Düsseldorf – Mettmann

Photovoltaikanlage für Entwicklungsprojekte: eine Initiative in der Kirchengemeinde Lintorf-Angermund

„Ein Fest der Schöpfung Gottes feiern“ – so lautete das Motto des Erntedankfestes in Lintorf. Für die Jahre 1998-2001 war eine vierteilige Reihe zu den Themen „Sonne - Wasser - Erde - Luft“ geplant. Sie fand bei der Gemeinde großen Anklang, denn der Altarschmuck mit Kürbis und Weizengarbe entsprach kaum mehr der Lebenswirklichkeit der Gemeindeglieder hier zwischen Düsseldorf, Duisburg und Essen. 1998 also der Auftakt mit dem Thema „Sonne“. Bei dieser Gelegenheit wurde die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gemeindehauses in Dienst genommen und ging somit ans Netz. 33.000 DM hatte sie gekostet, gut 23.000 DM davon deckten die Zuschüsse der Stadt Ratingen und des Landes NRW. Die verbleibenden 9.600 DM (entspricht etwa ca. 4.500,00 €) wurden durch eine private Bürgerschaft vorfinanziert und mussten nun durch Spenden „eingeworben“ werden. Wir hatten 96 „Symbolische Anteilscheine“ zu je 100 DM gedruckt. Sechs davon verkauften wir an diesem Tag. Die restlichen neunzig waren ein Jahr später ebenfalls an den Mann und die Frau gebracht.

Da die Kirchengemeinde keine eigenen Finanzmittel zu der Photovoltaikanlage beigesteuert hatte, sicherte sie der Initiativgruppe beschlussmäßig zu, dass die Erträge der Anlage ökologischen Entwicklungsprojekten zufließen sollten. Mit einer Leistung von 2,16 kWh hat die Anlage einem Jahresertrag von 1600-1800 kWh. 1998 wurde eine Kilowattstunde mit 0,20 DM vergütet. Durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG“ stieg der Ertrag ab dem 1.4.2000 auf mehr als das 5-fache (Höchststand 2004: 57,4 ct; 2007: 49,21 ct.). Für unser Projekt bekamen wir dadurch statt 170,00 € pro Jahr beinahe 1.000,00 €.

2004 konnten wir das Krankenhausprojekt „Kiumma“ in Tansania mit 1.915,00 € unterstützen. Es besitzt eine eigene Photovoltaikanlage für die Wasserversorgung (Pumpe). Solche „Inselanlagen“ arbeiten überall dort sehr wirtschaftlich, wo es kein Leitungsnetz für elektrischen Strom gibt. Wir haben dem Krankenhaus drei spezielle Kühlgeräte finanziert, die für die Haltbarkeit der Medikamente dringend gebraucht wurden.

Die Photovoltaikanlage in Lintorf soll nach Angaben der Hersteller mindestens dreißig Jahre lang wartungsfrei funktionieren. Sie kann also noch manches Projekt mitfinanzieren und ist für uns ein „Hoffnungszeichen“ geworden.

Düsseldorf

Unterstützung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge: das Evangelische Flüchtlingsreferat Düsseldorf

Die Globalisierung und ihre Folgen sind – mittelbar oder unmittelbar – Ursache für Migration und Flucht. Die Herkunftsländer der Flüchtlinge, die Europa erreichen, sind vor allem Krisenherde und Kriegsgebiete, also Länder, die mehr oder weniger direkt von den negativen Folgen der Globalisierung betroffen sind (aktuell z. B. Irak, Kaukasus, verschiedene afrikanische Länder). Migration wird einerseits erleichtert durch die weltweite Mobilität, andererseits jedoch reagiert Europa mit einer immer stärkeren Abschottung vor den Menschen, die als Opfer von Verfolgung, Vertreibung oder Armut ihre Heimatländer verlassen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland stellt sich den daraus resultierenden Herausforderungen, indem sie Verantwortung für Flüchtlinge wahrnimmt. 1993/94 sorgte sie für die Einrichtung spezieller Beratungsstellen an den Standorten der Erstaufnahme von Flüchtlingen. Der Kirchenkreis Düsseldorf ist Träger einer solchen spezialisierten Fachberatungsstelle, des Evangelischen Flüchtlingsreferates.

Im Rahmen der Asylverfahrensberatung sowie in durch den Europäischen Flüchtlingsfonds und die UNO-Flüchtlingshilfe geförderten Projekten konzentriert sich das Flüchtlingsreferat verstärkt auf die Gruppe der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge (z. B. kranke, behinderte und traumatisierte Flüchtlinge, allein reisende Flüchtlingsfrauen, Opfer von Menschenhandel) und bietet ihnen Orientierungshilfen zu Beginn ihres Asylverfahrens, aber auch in weiteren Phasen ihres Aufenthaltes.

Ziel der Arbeit ist es,

- „Erste Hilfe“ in körperlicher und seelischer Hinsicht zu geben;
- durch eine ausführliche Beratung zu einem möglichst fairen Verfahren beizutragen und den verfolgten Flüchtlingen zum gesetzlich und völkerrechtlich gebotenen Schutz zu verhelfen;
- im Fall von physischen und psychischen Erkrankungen durch psychosoziale Stabilisierungsmaßnahmen und Vermittlung an Ärzte und Therapeuten den Genesungsprozess zu beschleunigen und Chronifizierungen vorzubeugen;
- in Fällen von fehlenden Aufenthaltsperspektiven und oftmals nach einem langen begleiteten Entscheidungsprozess – ausschließlich auf Wunsch des betroffenen Klienten – eine eigenständige Rückkehr in Würde zu ermöglichen.

Ergebnisse der Arbeit:

- Das Vertrauensverhältnis, das Flüchtlinge, insbesondere auch muslimische Flüchtlinge, in der ersten Zeit ihres Aufenthaltes zu kirchlichen Strukturen aufbauen, fördert ihre Fähigkeit zur Integration.
- Die in Düsseldorf lebenden besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden werden häufig schon im Verwaltungsverfahren vor dem Bundesamt anerkannt, so dass Verfahren nicht unnötig in die Länge gezogen werden.
- Zahlreiche Kirchengemeinden unterstützen seit Jahren die Arbeit des Flüchtlingsreferates durch ehrenamtliche Mitarbeit in der Flüchtlingsbetreuung sowie durch Sach- und finanzielle Spenden. Veranstaltungen des Flüchtlingsreferates, Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen tragen zur differenzierteren Meinungsbildung inner-

halb der Gemeinden über konkrete Fluchtursachen und über die schwierigen Lebensumstände der Flüchtlinge sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmeland bei. Persönliche Kontakte und erlebte Gastfreundschaft auf beiden Seiten fördern den sozialen Frieden in der Stadt.

Duisburg

Frauenhaus Duisburg

Seit 30 Jahren ist das Frauenhaus Duisburg gGmbH in kirchlicher Trägerschaft. Es arbeitet in enger Verbundenheit mit Duisburger Gemeinden und dem Kirchenkreis und engagiert sich für von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen und deren Kinder. Für die besonders gute und engagierte Arbeit erhielt es im Jahr 2006 den „Best Practice-Preis des Landes NRW.“

2006 fanden im Frauenhaus allein 52 Frauen mit Migrationshintergrund aus 20 Ländern Schutz. Viele davon waren betroffen von Zwangsprostitution und finden nun Zuflucht, Beratung und Betreuung.

Infostelle „Dritte Welt“

Als einziger Kirchenkreis der EKIR unterhält der Kirchenkreis Duisburg eine Informationsstelle „Dritte Welt“ und engagiert sich damit seit 33 Jahren in besonderer Weise für einen Bewusstseinsprozess im Sinne von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, also von Globalisierungsfragen. Dieses geschieht durch umwelt- und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Gemeinden und Schulen, Veranstaltungsorganisation, Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit für Dritte Welt Initiativen sowie Öffentlichkeitsarbeit durch eine eigene Radiosendereihe. Zusammen mit dem benachbarten Dritte Welt Laden ist die Infostelle ein gern besuchter Ort ökumenischen und entwicklungsbezogenen Lernens.

Kirchenkreispartnerschaft mit der Southern Tagalog Conference / Philippinen

Seit 1992 besteht eine Partnerschaft zwischen dem Kirchenkreis Duisburg und der Southern Tagalog Conference in den Philippinen. Das besondere an dieser Partnerschaft ist, dass es 15 Jahre lang ein sehr intensiver Prozess der personellen Begegnung und des Austausches insbesondere auch über wechselseitige Folgen der Globalisierung gegeben hat. Eine finanzielle Förderung von Projekten wurde von den Partnern bis Ende 2006 nicht angestrebt. Das Beispiel zeigt, dass Partnerschaft sich nicht zwangsläufig über größeren Finanztransfer definieren muss. Erst im Juni 2007 wurde eine Vereinbarung über eine gemeinsame finanzielle Förderung eines Bildungs-, Ernährungs- und Gesundheitsprojektes für Vorschulkinder zunächst für einen Zeitrahmen von drei Jahren unterzeichnet.

Kirchenkreise in Essen

Ökumenische Partnerschaften

Neben den drei Kirchenkreispartnerschaften (Namibia / Indien / Kongo – Kongo z. Zt. wegen der unübersichtlichen Situation ausgesetzt), gibt es noch viele Partnerschaften von Essener Gemeinden in alle Welt: z.B. nach Rumänien, Bosnien, Tschechien, Brasilien, El Salvador, Chile, Kuba, Äthiopien, Angola, Uganda.

Der gemeinsame Ökumenausschuss unterstützt darüber hinaus auch Projekte u.a. in Ägypten, Mexiko und Ruanda. Durch diese Vielfalt der Partnerschaften und Kontakte sind die Gemeinden nicht nur mit der Welt verbunden, sondern vor allem auch mit Kirchen und Gemeinden anderer Konfessionen und anderen Ausdrucksformen christlichen Glaubens. In den Partnerschaften wird Anteil genommen am Leben der Schwestern und Brüder in aller Welt; die Auseinandersetzung mit den Bedingungen, unter denen sie leben

und mit den Ursachen, die diese Bedingungen hervorbringen, wird unausweichlich. Von daher fordern die Partnerschaften mit Christen aus unterschiedlichen Kulturen und Traditionen heraus und bereichern gleichzeitig durch ihre Spiritualität, ihre Hoffnungen und ihren Glauben.

Gemeinsame Kreissynode im Nov. 2006 zum Thema Globalisierung und Ökumene

Eine gemeinsame Kreissynode am 04.11.2006 der drei Essener Kirchenkreise hat sich mit dem Thema „Globalisierung und Ökumene“ befasst und zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- Theologische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus
- Flüchtlinge weltweit und bei uns – Kampagne für Bleiberecht
- Weltweite Arbeitsteilung aus der Sicht der Frauen
- Ökumenische Partnerschaften im Kontext der Globalisierung am Beispiel von Indien, Kongo und Namibia (Kirchenkreispartnerschaften)
- Warenströme weltweit – Fairer Handel
- Globalisierung und Schöpfungsverantwortung am Beispiel Papier
- Globalisierung und Schöpfungsverantwortung am Beispiel von Energie
- Finanzströme weltweit – Oikocredit

Beispiele von Partnerschaften und Projekten in Essen:

Partnerschaft des Kirchenkreises Essen-Mitte mit der Mar Thoma Kirche in Indien. Die Partnerschaft wurde 1996 begonnen und entwickelte sich aus dem Kontakt mit Mitgliedern der Mar Thoma Kirche, die hier in der Region leben und in Holsterhausen ihre Gottesdienste feiern. Die Mar Thoma Kirche ist eigenständig seit den Anfängen des Christentums, sie hat sich im Bundesstaat Kerala unabhängig von den europäischen Kirchen entwickelt. Heute zählt die Kirche über 1000 Gemeinden mit 900 000 Mitgliedern überall in der Welt – auch in Essen.

Die Mar Thoma Kirche ist Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen und tritt in der indischen Gesellschaft engagiert für soziale Gerechtigkeit ein. Gegenseitige Besuche, zwei Jahre ein Pfarrer aus Indien in Holsterhausen (ein weiterer Besuch ist in Planung) und die Unterstützung eines Internats der Mar Thoma Kirche (Girideephti), das Jungen aus benachteiligten, armen Bergstämmen Unterkunft mit Verpflegung, Kleidung und Schulausbildung bietet, um ihnen Lebenschancen zu eröffnen (70 Schüler aller Altersstufen von 6-16 Jahren können im Internat aufgenommen werden), sind Lebensäußerungen dieser Partnerschaft.

Partnerschaft des Kirchenkreises Essen-Nord mit dem Andreas Kukuri Zentrum in Namibia.

Die Partnerschaft besteht seit 1985. Das Andreas Kukuri Zentrum – benannt nach dem ersten schwarzen Pfarrer Andreas Kukuri – ist so etwas wie ein „Haus der landeskirchlichen Dienste“ der Ev. Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELCRN). Es ist zuständig für die Jugend-, Frauen- und Männerarbeit, Konfirmandenarbeit, Kindergottesdienst und Posaunenchorarbeit der Gesamtkirche. Es entwickelt Programme, macht Beratung, bietet Fortbildungen an und führt Veranstaltungen in den Gemeinden und Kirchenkreisen durch. Der Kirchenkreis unterstützt den laufenden Haushalt, finanziert Projekte, vergibt zwei Stipendien und unterstützt das Anti-AIDS-Programm der namibischen Kirche. Besuche hinüber und herüber haben den Kontakt über die Jahre – auch durch schwierige Zeiten hindurch – lebendig gehalten.

Partnerschaft des Kirchenkreises Essen-Süd mit der Diözese Brno (Brünn) der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche (bis zum Jahre 1971 Tschechoslowakische Kirche). Sie entstand zu Weihnachten 1919 aus einer modernistischen Reformbewegung der rö-

misch-katholischen Geistlichkeit, als in mehreren Kirchen zum ersten Mal der Gottesdienst in tschechischer Sprache gefeiert wurde.

Die Tschechoslowakische Hussitische Kirche ist Mitglied des Weltkirchenrats, des Ökumenischen Rats der Kirchen in der Tschechischen Republik, der Konferenz europäischer Kirchen und der Leuenberger Kirchengemeinschaft.

Die Partnerschaft besteht seit 1991 und wird durch regelmäßige gegenseitige Besuche und persönliche Kontakte gepflegt.

Das Projekt SERPAF in Sete Lagoas, Brasilien

Seit 1999 gibt es einen ökumenischen Arbeitskreis in Essen-Werden, der im Stadtteil die Gemeinden, Kindergärten, Schulen und Betriebe für dieses Projekt vernetzt hat und mit deutschen Hilfsorganisationen, der brasilianischen Niederlassung der Kindernothilfe und den jeweiligen Zeitungen vor Ort das Projekt begleitet und fördert. Ausgangspunkt des Projektes ist eine Tageseinrichtung für Kinder und Jugendliche, sowie ihre Familien in Sete Lagoas: Begleitung und Bildung der Kinder und Jugendlichen, Vorbereitung auf die Berufswelt, Schulungsprogramme mit Müttern, Aufbau und Unterstützung von Kooperativen (Kunstgewerbe/ Näherei / Backstube – gestiftet von einer Essener Großbäckerei / Kochkurse / Schulgärten / SERPAF-Küchen). Das Besondere an diesem Projekt ist die Einbindung eines ganzen Stadtteils für diese Arbeit.

Flüchtlinge / Migranten / Integration

Im Interkulturellen Zentrum im Mirjamhaus in der Gemeinde Borbeck-Vogelheim werden Beratung (4 Mitarbeitende), Sprachkurse (ca. 300 Teilnehmende), berufliche Qualifizierung (50 Personen) und Vermittlung in Ausbildung und Arbeit für Migranten/Migrantinnen „aus einer Hand“ angeboten. Voll- und Teilzeitkurse – jeweils mit Kinderbetreuung – ermöglichen auch die Teilnahme von Alleinerziehenden. Die Beratungsstelle ist in der Ausländerbehörde vertreten, ebenso wie in verschiedenen Jugendzentren und Schulen in ganz Essen. In einem von der Gemeinde gepachteten Tagungszentrum gibt es die Möglichkeit, im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes erste Erfahrungen zu sammeln, zusätzlich gibt es drei Ausbildungsplätze. Im Zentrum selbst arbeitet auch der „Angolanische Verein“, der vor allem „illegale Flüchtlinge“ berät und begleitet. Das Cafe im Interkulturellen Zentrum bietet die Möglichkeit für Begegnung, Kommunikation und Veranstaltungen und ist ein Treffpunkt im Stadtteil für Kunst und Kultur.

Weltcafe in der Gemeinde Altenessen-Süd: monatliche Veranstaltung in Kooperation mit dem Flüchtlings-Ausschuss der Kirche in Essen und mit Pro Asyl. Flüchtlinge sind in der Planung beteiligt. Inhalt: Themen der Flüchtlingsarbeit, länderspezifische Themen – Flüchtlinge berichten aus ihren Heimatländern – es gibt viel Kommunikation und dazu eine Tauschbörse, die von den Flüchtlingen genutzt wird. Oft sind Referenten/Referentinnen oder Gäste da, die zum Thema beitragen.

Runder Tisch der Religionen in den Gemeinden Altenessen-Nord, Altenessen-Süd und Karnap unter Beteiligung der kath. und ev. Gemeinden und der 6 Moscheegemeinden im Bezirk; leider konnte sich die jüdische Gemeinde bisher nicht zur Beteiligung entschließen. Der Runde Tisch trifft sich regelmäßig alle 8 Wochen reihum in den Zentren, organisiert große Friedensgebete einmal jährlich, mit Referenten, Musik, Gebet, Kommunikation und Kennen lernen. Er versucht, in den Schulen religiöse Feiern zu initiieren: Schulanfang und Schulabschluss. Es arbeiten auch Religionslehrer und Religionslehrerinnen mit beim Runden Tisch. Die Arbeit vor Ort wird von Einzelpersonen und von der RAA (Interkulturelles Büro der Stadt Essen) unterstützt.

Mitwelt

In der Gemeinde Borbeck-Vogelheim gibt es an vielen gemeindlichen Gebäuden bereits eine Regenwasserversickerungsanlage, in einem Wohnhaus und einem Versammlungsraum auch eine Regenwassernutzungsanlage. Auf dem gemeindlichen Friedhof wird nur noch Wasser aus dem 2006 gebohrten Brunnen benutzt, auf der Leichenhalle wurde eine Photovoltaik – Anlage installiert. Seit Mitte 2007 wurden alle gemeindlichen Gebäude auf Ökostrom (Lichtblick) umgestellt. 12 der 31 Essener Gemeinden beziehen zur Zeit ihren Strom vom größten unabhängigen Ökostromversorger in Deutschland, der Firma Licht-Blick.

In der Gemeinde Dellwig-Frintrop-Gerschede wird einmal im Jahr ein „Umwelttag“ veranstaltet, an dem die Gemeindeglieder den Stadtteil säubern.

Kleinkredite

Die Gemeinde Krays stellt in ihrem Partnerschaftsprojekt in Bosnien (Putevi Mira, Dubica) auch Kleinkredite zur Existenzgründung für die Bevölkerung zur Verfügung. Das Partnerschaftsprojekt mit einem Beratungsbüro in Dubica mit 4 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen dient der Versöhnungsarbeit zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken. Neben dem Aufbau einer Pflegestation und einer Armenküche wurden durch die Kleinkredite u.a. eine Schneiderei, ein Friseursalon und Arbeitsgeräte für die Bauern ermöglicht.

Die Gemeinde Königssteele zu Essen-Steele unterstützt seit Jahren die kirchliche Arbeit in Rumänien. Aus Erlösen und Spenden vieler gemeindlicher Aktionen wurde jetzt der reformierten Kirchengemeinde Vajda / Siebenbürgen, Rumänien, ein Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Kirchengemeinde Vajda engagiert sich in vielfältiger Weise für ihre Gemeindeglieder bei Projekten im Rahmen der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Geldmittel aus Königssteele werden in diesem Rahmen für die Gewährung von Kleinkrediten verwendet.

Gladbach-Neuss

1. Mikrokredite / Oikocredit

Zur Vorbereitung der letzten Synode des Kirchenkreises hat ein ausführlicher Prozess zur Information und Bewusstseinsbildung stattgefunden. In den Gemeinden wurden Chancen und Optionen diskutiert. Der Kirchenkreis hat ein eigenes für die Gemeinden individuell abrufbares Informationsprogramm entwickelt, bei dem die Presbyterien sich über die Strukturen, Chancen und Risiken der Globalisierung informieren konnten.

Die Synode hat sich nach gründlicher Information zum Thema Mikrokredit dazu entschlossen einen Teil der Rücklagen des Kirchenkreises bei Oikocredit anzulegen.

2. Ökostrom

Die Gemeinden des Kirchenkreises sind seit einigen Jahren gebeten, sich vor dem Hintergrund der Klimaproblematik mit dem Thema Ökostrom zu befassen und möglicherweise selbst einem Ökostromvertrag beizutreten. Der Kirchenkreis hat hierzu Modelle entwickelt und hält Informationen bereit. In den Gemeinden hat ein ausführliches Informations- und Aufklärungsprogramm stattgefunden.

Verschiedene Presbyterien konnten sich im Verlauf der Diskussion dazu entschließen, in Zukunft für ihre kirchlichen Gebäude Ökostrom zu beziehen, auch bzw. obwohl dies mit Mehrkosten verbunden ist.

3. Photovoltaik-Anlage

Auch haben sich verschiedene Gemeinden, angeregt durch das Beispiel anderer, mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen auseinandergesetzt.

Es wurden solche Anlagen errichtet, die Signalwirkung über die Gemeindegrenzen hinweg haben bzw. auch von der örtlichen und überörtlichen Politik positiv wahrgenommen wurden.

4. Gegenseitige Besuche

Bewusstseinsbildung durch Besuche der Partner in Nias nach dem Tsunami und die Einladung einer Delegation der AMEC aus Namibia im Vorfeld zur Globalisierungssynode.

Im Jahr 2004 hat eine Delegation des Kirchenkreises zusammen mit dem Superintendenten die Insel Nias besucht. Dorthin besteht seit Jahren eine Partnerschaft zur „BNKP“. Die Schäden durch Tsunami und Erdbeben haben die Gäste sehr bewegt. Gemeinsam mit den Partnern wurden Möglichkeiten des Wiederaufbaus geplant und begonnen, es ging um ein Wohnheim für Studenten und um Häuser eines Fischerdorfes. Das Bewusstsein für die Probleme der Partner wurde bei diesem Besuch geweckt. Auf der Kreissynode 2004 wurden diese Erfahrungen allen Synodalen weitergegeben.

Im Jahr 2005, in Vorbereitung zur Kreissynode mit dem Hauptthema „Globalisierung“, war eine Delegation von der „AMEC“ (African Methodist Episcopal Church) aus Namibia zu Gast, einer weiteren Partnerschaft des Kirchenkreises. In einem ausführlichen Programm wurden viele Gemeinden in die Diskussion einbezogen zu den Fragen Armut, Aids und die Folgen der Globalisierung aus Sicht der Partner in Namibia.

Beide Beispiele dienten als Erfahrungshintergrund bei der Behandlung des Themas auf der Kreissynode im November 2006.

5. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Bad Godesberg-Voreifel

1. Bad Münstereifel:

Angeregt durch einen Stand von "Fian", einer Organisation zum Menschenrecht auf Ernährung bei der Landesgartenschau in Trier, engagieren sich einige Gemeindeglieder für die Blumenkampagne (Flowerlabel-Programm). Sie setzten durch, dass fair gehandelte Blumen aus den Äquatorregionen auf den Markt kamen. Beim Flowerlabel ist gewährleistet, dass soziale und ökologische Bedingungen bei der Produktion eingehalten werden. Die Aktion ist gut angekommen, bedarf aber immer weiter der Aufklärungsarbeit vor Ort.

2. Bad Münstereifel:

Die Gemeinde unterstützt seit vielen Jahren ein Projekt in Chile. Zur Projektarbeit in Münstereifel gehört, dass Gebrauchsgegenstände und Spielzeug aus Chile verkauft wird. Durch den Erlös hier werden in Chile kleine Handwerksbetriebe gefördert und damit der Lebensunterhalt von einigen Familien gesichert. Regelmäßige Berichte geben Auskunft über die Entwicklung. Der "Markt für chilenische Produkte" läuft schon viele Jahre erfolgreich in Münstereifel.

3. Zülpich:

Es gibt ein Fair-Café, in dem fair gehandelter Kaffee und Kakao serviert werden und andere faire Produkte zum Verkauf stehen. Außerdem wird über das Modell „Fairer Handel“ informiert. Selbstverständlich werden auch bei allen Gemeindeveranstaltungen Produkte aus dem fairen Handel verwendet, was in sehr vielen Gemeinden im Kirchenkreis der Fall ist.

4. Weilerswist:
Seit vielen Jahren hat die Gemeinde eine Partnerschaft mit dem Andreas-Kukuri-Zentrum der Evangelisch lutherischen Kirche in der Republik Namibia. Regelmäßig an Sonntag-Nachmittagen wird das Café Namib geöffnet – mit afrikanischem Kaffee und selbstgebackenem Kuchen. Dabei wird die Gelegenheit genutzt zum Berichten von Besuchen in oder aus Namibia und zur Weitergabe von Nachrichten und Informationen zu Land und Leuten. Der Erlös des Cafés geht an eine Suppenküche in Namibia. Persönliche Kontakte sind nach wie vor sehr wichtig für das Bestehen dieser Partnerschaft.
5. Wachtberg:
Integrieren statt Ignorieren ist das Leitthema des Ökumenischen Arbeitskreises Wachtberg zur Betreuung von Aussiedlern und Asylbewerbern, der seit 1990 besteht und in dem 30 Ehrenamtliche mitarbeiten. Zu den aktuellen Tätigkeitsbereichen gehören:
 - Hausaufgabenbetreuung, vor allem ausländischer Kinder;
 - ein Kleiderpavillon;
 - der Internationale Treff, bei dem Erwachsene und Kinder willkommen sind und neben Spielen für Kinder Beratungsmöglichkeiten für Erwachsenen angeboten werden;
 - Sprachkurse für Erwachsene und – in Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt der Gemeinde, den Kindergärten und den Schulen – sprachliche Frühförderung bei Migrantenkinder und sprachgestörten deutschsprachigen Kindern;
 - regelmäßige Feste der Begegnung und Busausflüge zu naturkundlichen und kulturellen Zielen, sowie am Ende des Ramadan eine Feier des Fastenbrechens;
 - Beratung und Hilfe bei Behördenkontakten, Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche;
 - Vermittlung und Transport von gebrauchtem Mobiliar und Haushaltsgeräten;
 - literarisch-musikalische Abende mit dem Literaturkreis der Deutschen aus Russland.
6. Im Januar 2007 wurden im Amtsblatt der EKIR neue Anlagerichtlinien für kirchliche Vermögen veröffentlicht, die zu einer weiteren Öffnung der Anlagemöglichkeiten auch in den Aktienbereich hinein führt. Gleichzeitig wächst der Druck auf Presbyterien und Kirchenkreise höhere Erträge aus den angelegten Geldern zu erwirtschaften. Darum hat der KSV im KK Bad Godesberg-Voreifel beschlossen, dass die Herbstsynode am 03.11.2007 als Schwerpunktthema „ethisches Investment“ hat und nach ethischen Kriterien für die Anlage kirchlichen Vermögens fragt. Es gibt bereits im Kirchenkreis eine Tradition diesbezüglich: rund 2,4% der Rücklagen sind bei Oikocredit angelegt.
7. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Jülich

Vorträge, Diskussionen zum Thema Globalisierung:

Ein-Tages-Seminar zu den internationalen Finanzmärkten in der Kreisvolkshochschule Würselen 2004, durchgeführt durch einen Vertreter des Kirchenkreises Jülich

Vorbereitung auf die Kreissynode im Herbst 2005: Verfassen und Verteilung des Positionspapiers des KDA-Kirchenkreises Jülich – Grundansichten, die uns Christen zum Handeln zwingen – zusammen mit einem Reader im August 2005 an die Gemeinden und Kreissynodalen zur

Teilnahme eines Vertreters des Kirchenkreises Jülich an der Podiumsdiskussion zum Thema Globalisierung während der Kreissynode des Kirchenkreises Aachen am 12. November 2005

Aufruf zum Bund für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit durch die Kreissynode des Kirchenkreises Jülich am 19.11.2005 in Hückelhoven

Frauen im Gespräch: In der Kirchengemeinde Düren haben sich im ersten Halbjahr 2006 Frauen zweimal wöchentlich mit dem Thema Globalisierung am Beispiel von Blumen und Kleidung befasst

Qualität statt Geiz ist geil (Ethik im Wirtschaftsleben) Vortrag und Diskussion im Rahmen des Unternehmerforums des Kirchenkreises Aachen in Kall durch einen Vertreter des Kirchenkreises Jülich im Februar 2006

Wirtschaftssystem ohne Gewissen (Veranstaltungsreihe der Kirchenkreise Aachen und Jülich):

- Wirtschaftssystem ohne Gewissen – Die Mythen der aktuellen Wirtschaftspolitik.
- Meine Abende mit Sabine Christiansen – Die Rolle der Medien im Reformprozess.
- Sozialreformen: Aufbruch oder Abstieg – ein Blick auf die Seiten der Betroffenen.
- Und es gibt sie doch – Alternativen zu einem Wirtschaftssystem ohne Gewissen.
- Glaube und Gewissen – Kirche im Kontext unseres Wirtschaftssystems. Positionen unserer Kirche.

Wirtschaft zwischen Markt und Staat – Globalisierung und die Frage nach einer gerechten Gesellschaft. Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen und der Kirchenkreise Aachen und Jülich

- Steuerreform und Steuergerechtigkeit
- Warum soll der Staat sparen?
- Globalisierung: Die Welt zerstören oder gestalten?
- Wer profitiert vom internationalen Finanzhandel?
- Wider die Diktatur der Sachzwänge – Welche ethischen Richtlinien bestimmen unser wirtschaftliches Handeln?

Armes reiches Deutschland Veranstaltungsreihe der Kirchenkreise Aachen und Jülich

- Krise und Zukunft des Sozialstaates
- Demografische Entwicklung – Mythos und Wirklichkeit
- Wege zu mehr Gerechtigkeit
- Die Idee des Grundeinkommens – warum für alle ein Grundrecht auf Einkommen?

Vortragsreihe der Kirchenkreise Jülich und Aachen und der RWTH Aachen am 14. Dezember 2006 in Aachen zum Thema: „Globalisierung: Die Welt zerstören oder gestalten?“ Referenten: Dr. Wolfgang Kessler, Chefredakteur Publik-Forum und Prof. Dr. Oliver Lorz RWTH Aachen.

Filmreihe (K)ein Recht auf Leben (in den Gemeinden)

Die Thematik wird von verschiedenen Filmen sehr gut aufgegriffen, die Auswahl trägt zum Verständnis bei.

- Darwins Alptraum
- We feed the World – Wir fressen unsere Welt
- Ale Gore – Eine unbequeme Wahrheit
- Mega-Cities in der Wasserkrise

Mindestlohn

Der KSV bittet am 14. August 2006 den KDA des Kirchenkreises Jülich, sich der Frage der Mindestlöhne und der Ein-Euro-Jobs im Kirchenkreis anzunehmen. Es wird festgestellt, dass in der verfassten Kirche (Kirchenkreis, Gemeinden und diakonisches Werk) niemand unter 7,50 € pro Stunde verdient. Allein die Anfrage hat dazu geführt, dass Presbyterien sich darüber kundig gemacht haben, wie die Mitarbeiter von Firmen bezahlt werden, die eine Kirchengemeinde beauftragt.

Der KDA entwickelt einen Fragebogen und verschickt ihn an die Gemeinden.

Thema Kinderarbeit: Der KSV bittet den kreiskirchlichen Ausschuss für Ökumene und Mission sich der Kinderarbeit in den Steinbrüchen in Indien und der Weiterverarbeitung in China anzunehmen und die Gemeinden in entsprechender Weise über die katastrophalen Zustände zu informieren, mit dem Ziel diese Produkte zu meiden.

Pfarrkonvent des Kirchenkreises Jülich in Friedewald zu den Themen:

- Wer zieht den Nutzen aus den internationalen Finanzmärkten?
- Ethische Geldanlagen, Fortgang der Beratungen in der EKIR zur Globalisierung.
- Besuch des Ausbildungszentrums der Deutschen Bundesbank in Hachenburg Vortrag von Prof. Fehrmann zum Neoliberalismus und der Freiheit der Märkte.
- Vortrag zum Thema Prekariat an Hand der Studie der Friedrich Ebert Stiftung und unter Hinzuziehung einer Expertin der Schuldnerberatungsstelle Siegen.

Naturstrom

Der Kirchenkreis Jülich etwa hat zum 1.1.2007 seinen fünf Jahre währenden Rahmenvertrag über die Belieferung mit Naturstrom für weitere fünf Jahre verlängert, um für den Kirchenkreis und die dem Rahmenabkommen beigetretenen Gemeinden die Belieferung mit zertifiziertem Naturstrom aus regenerativen Energiequellen sicherzustellen, Hauptanliegen war weiterhin ein Zeichen im Rahmen des Auftrages der Bewahrung der Schöpfung zu setzen und deutlich zu machen, dass fossile Brennstoffe und Atomenergie keine Alternativen im Energiewandel sind.

Im Zuge des ersten Rahmenabkommens sind 7 Photovoltaikanlagen auf Dächern von Kirchengemeinden durch den Stromanbieter errichtet worden. Diese gehen im Zuge der Vertragsverlängerung in den Besitz des Kirchenkreises über. Die garantierte Einspeisevergütung geht dann in den Haushalt des Kirchenkreises und soll für weitere ökologische Projekte verwendet werden. Im Neuvertrag beinhaltet ist eine Prämie von 20 €, die der Stromlieferant für jeden privaten Neukunden für die Errichtung einer weiteren Photovoltaikanlage zahlt.

Der neue Vertrag beinhaltet nebenbei die Offenlegung der Preispolitik. Ausschlaggebend für Preisveränderungen nach oben oder nach unten sind ausschließlich Veränderungen

an den gesetzlich festgeschriebenen Preisanteilen wie Steuern, Abgaben, Netzentgelte und zum Stichtag 30. September eines Jahres rückwirkend errechnete durchschnittliche Preisveränderungen an der Leipziger Strombörse. Willkürlich erscheinende Preiserhöhungen zur Steigerung des Unternehmensgewinns, die oftmals den Interessen der Aktionäre dienen, sind ausgeschlossen. Der neue Rahmenvertrag ist also auch ein Beitrag zum Synodenbeschluss der Kreissynode Jülich vom November 2005 zur Globalisierung.

Pfarrkonvent zum Thema:

- Alternative Energieformen in den Gemeinden
- Photovoltaik
- Kraftwärmekopplung mit kleinen Blockkraftwerken (Dachs)
- Heizen mit dem Sterlin-Motor

Ethische Geldanlagen

Gemeinsame Beratung des KSV, des Finanzausschusses sowie des Rechnungsprüfungsausschusses zur ethischen Anlage von Geldern des Kirchenkreises und der Gemeinden zusammen mit Südwind; Bildung eines kreiskirchlichen Arbeitskreises zu ethischen Geldanlagen. Erste Schritte zur Umsetzung werden beschlossen

Beschluss der Kreissynode Jülich vom 23. März 2007 zu Ethischen Geldanlagen seitens der Landeskirche:

- dass die Kirchenleitung im Rahmen des Finanzberichtes der Landessynode über die Finanzanlagen und unterhaltende Konten der Landeskirche im jeweils zurückliegenden Jahr einen Bericht erstattet,
- dass die Kirchenleitung mit unabhängigen Fachleuten darüber berät, wie ein Ethikfilter für die kirchliche Anlagepolitik eingesetzt werden könnte und nach welchen Kriterien dieser gestaltet werden kann. Der Landessynode sollte darüber auf der Synode 2009 berichtet und der Ethikfilter von dieser beschlossen werden.

Ökofaire Beschaffung

Erarbeitung eines Leitfadens für den Kirchenkreis zur Beauftragung von Firmen oder Auswahl von Lieferanten nach ethischen, moralischen Kriterien

Der KSV hält die Erstellung eines solchen Leitfadens für die Gemeinden und den Kirchenkreis für wichtig und beauftragt den Ausschuss für Ökumenische Diakonie mit der Organisation zur Erstellung eines Leitfadens für den Kirchenkreis Jülich.

Der KSV bittet den kreiskirchlichen Ausschuss für Ökumene und Mission sich der Kinderarbeit in den Steinbrüchen in Indien und der Weiterverarbeitung in China anzunehmen und die Gemeinden in entsprechender Weise über die katastrophalen Zustände zu informieren, mit dem Ziel, diese Produkte zu meiden

Bücher:

Wirtschaft ohne Gewissen- geht es auch anders? Globalisierung und die Frage nach einer gerechten Gesellschaft. Wirtschaftspolitische und theologische Perspektiven durch zwei Vertreter des Kirchenkreises in Übach-Palenberg und Wassenberg.

Globalisierung – Fluch oder Segen? – Entscheiden und Bekennen- Ein Kirchenkreis stellt sich den Herausforderungen der Globalisierung (Jens Sannig, Hrsg.) im Dezember 2006 (Autoren aus dem Kirchenkreis sowie aus den Kontakten zur Ökumene aus dem Kirchenkreis).

- Das Diakonische Werk des Kirchenkreises Jülich ist seit Beginn der 90er Jahre Träger differenzierter **Migrationsfachdienste (Asyl- und Flüchtlingsberatung, Migrationsbe-**

ratung, Migrationserstberatung, aufsuchende Jugendmigrationsarbeit, Sprachförderung für jugendliche inhaftierte Migranten, spez. Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund).

- Die Asyl- und Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich bietet seine Leistungen im Nordkreis Düren und im Nordkreis Heinsberg an. Das Arbeitsgebiet ist mit zwei hauptamtlichen Kräften ausgestattet. Seit 2005 wird die Arbeit aus Mitteln des EFF projekthaft ko-finanziert. Das Leistungsprofil umfasst:
 - die Beratung, Begleitung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen;
 - die Beratung, Begleitung und Betreuung insbesondere von minderjährigen und heranwachsenden Asylsuchenden und Flüchtlingen;
 - Gewinnung, Begleitung und Beratung von ehrenamtlichen Mitarbeitenden in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit;
 - die Konzeption, Einrichtung und Begleitung eines ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes im Kreis Düren;
 - die Initiierung und Umsetzung spezifischer Projekte für Flüchtlinge im Einzugsgebiet der Beratungsstelle mit Kooperationspartnern (z.B.: mehrsprachiger Gesundheitsratgeber für Migranten im Kreis Düren in Kooperation mit dem Gesundheitsamt des Kreises Düren)
 - die Mitwirkung bei der Erstellung des Integrationskonzeptes des Kreises Düren.

Die Arbeit für und mit minderjährigen und heranwachsenden Asylsuchenden und Flüchtlingen durch die Beratungsstelle sei hier besonders hervorgehoben. Junge Flüchtlinge, die bei ihrer Einreise 16 Jahre oder älter sind, können aufgrund fehlender Deutschkenntnisse und der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in der Regel nicht in das deutsche Schul- und Ausbildungssystem integriert werden. In einer bedeutsamen Entwicklungsphase erleben sie den Ausschluss aus kulturelle, sozialem und (Aus-)Bildungssystem.

Dem versucht die Beratungsstelle entgegen zu wirken indem eine Qualifizierungsmaßnahme für diesen Personenkreis konzipiert und umgesetzt wurde. In Form von Modulen erfahren die Jugendlichen (teils erstmals) Sprachförderung, Vermittlung von EDV-Kenntnissen, Arbeitsmarktinformationen und berufliche Orientierung in Form von begleiteten Praktika.

Die Maßnahme ist so konzipiert, dass die erworbenen Kenntnisse sowohl bei einer Rückkehr in das Heimatland brauchbar sind, als auch Anschlüsse an weiterführende Angebote zur beruflichen Qualifizierung in der BRD bieten.

Über die Maßnahme ist beispielsweise für einige Jugendliche der Zugang zum Regelschulsystem gelungen (Hauptschulabschluss, Berufskolleg). Anderen wiederum gelang hierüber der Zugang zu weiterführenden Qualifizierungsmaßnahmen.

- Die Evangelische Gemeinde zu Düren hat seit 1992 den Arbeitsbereich der Flüchtlings- und Migrationsarbeit stetig ausgebaut, dabei setzte sie von vornherein einen Schwerpunkt in der Frauenarbeit. Im Cafe International – Anlauf- und Beratungsstelle, Begegnungs- und Veranstaltungsort – wurde ein Frauencafe eingerichtet. Im geschützten Bereich konnten Flüchtlingsfrauen, Migrantinnen und Ehrenamtliche sich austauschen. Es wurde professionelle Beratung im Asylverfahren und in allen Fragen des Aufenthalts angeboten, Deutsch- und Integrationskurse und Hilfe bei Alltagsproblemen organisiert. Die Frauen erhielten Schutz und Stärkung. Bis heute erfreut sich das Frauencafe einer hohen Nachfrage von Frauen aus der Türkei, aus dem Irak, Iran, Kongo, aus Angola,

aus Kosovo, Serbien. Inzwischen konnte eine Psychologin gewonnen werden, die auf unterschiedliche Weise mit den Frauen therapeutisch arbeitet, beispielsweise bei erlittenen Traumata. Aus dem Cafe international heraus werden politische und kulturelle Veranstaltungen vorbereitet, um auf globale Entwicklungen aufmerksam zu machen.

Hauptamtlich wird dieser Bereich von einer Mitarbeiterin begleitet, deren Eltern selbst als Arbeitsmigranten in den 70er Jahren aus dem damaligen Jugoslawien nach Deutschland kamen. Die Migrationserfahrungen und interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiterin werden von den ratsuchenden Frauen als ermutigend für ihre eigene Situation wahrgenommen.

Kleve

1. Der KK Kleve hat seit 25 Jahren eine Partnerschaft zum KK Silindung der GKPI auf Sumatra/Indonesien. Der Themenkomplex Globalisierung ist zwischen den Zeilen beim Austausch per Brief und Email immer präsent. So sind die indonesischen Partner beispielsweise durch die Ansiedlung von Papierproduktion am Tobasee seit Jahren betroffen von u.a. Abholzung und Verunreinigung der Gewässer. Nach 2003/2004 findet in 2007/2008 zum zweiten Mal eine Jugendbegegnung zwischen jungen Mitgliedern der GKPI und Jugendlichen/jungen Erwachsenen des KK Kleve statt. Die zweite Begegnung hat sich ganz bewusst den Umgang mit Ressourcen auf beiden Seiten der Partnerschaft zum Themenschwerpunkt gesetzt. Dazu wurde auch ein 1-wöchiges Praktikum für die indonesischen Gäste organisiert, in dem sie den deutschen Umgang speziell mit Wasser, Müll und biologischer Landwirtschaft kennen lernen konnten.
2. Zur thematischen Vorbereitung auf die LS 2008 gab es einige Termine: Ein Pfarrkonvent zu diesem Thema tagte in den Räumlichkeiten eines lokalen Autozulieferbetriebes und nutzte die Gelegenheit, neben einer Einführung in die Frage „An welchen Stellen berührt Globalisierung unsere Lebenswirklichkeit vor Ort und in der Welt?“ und einer kurzen Darstellung der theologischen Grundpositionen zur Globalisierung, mit Geschäftsleitung und MAV des Betriebes ein Gespräch zu Chancen und Herausforderungen der Globalisierung zu führen.
3. Im Herbst fand eine Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit Südwind zu ethischen Geldanlagen statt, die sich an die Kirchmeister der Gemeinden und die Finanzverwaltung des Kirchenkreises richtete.
4. Die Kreissynode wird zum Thema: „Globalisierung“ zur Zeit vorbereitet.

Koblenz

- **Thema „Europa“** Die Kreissynode des Kirchenkreises Koblenz hat sich im Herbst 2006 nach Vorarbeit in Ausschüssen, durch Veranstaltungen und auf einer Studienfahrt nach Brüssel mit dem Thema „Europa“ beschäftigt. Ergebnis ist das Arbeitspapier (mit Reader) „Unser evangelischer Betrag für Europa“. Durch den Diskussionsprozess wurde deutlich, dass die kritische Mitgestaltung des sich entwickelnden „Europa“ ein wichtiger Beitrag für eine „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ ist. Zur Zeit werden die Ergebnisse mit den regionalen Europa-Abgeordneten diskutiert.
- In Koblenz befindet sich das Heeresführungskommando und das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Militärseelsorge wurde in 2006 erstmals eine **friedensethische Akademietagung** für Soldaten in Koblenz organisiert. Thema: „Von Afghanistan bis

zum Kongo – Was ist der Auftrag der Bundeswehr?“. Ca. 70 Soldaten, sowie Interessierte aus dem kirchlichen Bereich und der Öffentlichkeit haben teilgenommen. Das Medieninteresse war groß. Für Herbst 2007 ist die zweite Tagung geplant. Thema: „Wer kommt, wenn die Soldaten gehen? Politische Strategien zivil-militärischer Auslandseinsätze für Bundeswehr und NGO's“.

- Der ev. Kirchenkreis Koblenz ist Mitglied im **Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar** e.V. und ist in dessen Vorstand vertreten. Die Arbeit des Ökumenischen Netzes zielt darauf ab, die unterschiedlichen Aktionen, Gruppen und Institutionen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagieren, ins Gespräch zu bringen. Im Jahr 2005 erschien ein Diskussionspapier zur Globalisierung („Das Ganze verändern“). Darin wird Globalisierung als Projekt der weltweiten Durchsetzung neoliberaler Marktlogik verstanden, das im Süden des Globus zu mehr Armut, Verelendung und Migration führt, aber auch im Norden soziale Schieflagen und zunehmende Gewalt provoziert. Seit Erscheinen des Papiers werden diese Thesen in vielen Gruppen des konziliaren Prozesses in der Region sowie auf Synoden und Ausschüssen diskutiert.
- Die Diakonie im Kirchenkreis Koblenz ist Trägerin des Projektes „Kindern die Kindheit zurückgeben“, in dem **Flüchtlings- und Migrantenkinder** sowie deren Mütter betreut und gefördert werden.
- **Flüchtlingsberatung** findet in Koblenz und in der Ahrregion statt.
- Der Kirchenkreis und fast alle seiner Gemeinden engagieren sich im (vom Landkreis initiierten und mitgetragenen) **„Umweltnetzwerk Kirche Rhein- Mosel“**. Der Superintendent ist Schirmherr.
- In Remagen wird seit 25 Jahren ein **Eine-Welt-Laden** betrieben. Darüber hinaus gibt es in vielen Gemeinden Aktionsgruppen zum Fairen Handel.
- Der Kirchenkreis beteiligt sich am **Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“**, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wies koordiniert wird. Nähere Infos siehe Kirchenkreis Wied.
- In Vallendar befindet sich die **Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU)**, eine der führenden Manageruniversitäten Deutschlands. Mit Gottesdiensten und Veranstaltungen bringt sich die Kirchengemeinde Vallendar im Rahmen der (leider sehr begrenzten) Möglichkeiten ein, um seelsorgliche Präsenz zu zeigen und wirtschaftsethische Fragestellungen zu thematisieren.
- **Partnerschaftsarbeit Philippinen:** Der Kirchenkreis Koblenz unterhält eine Partnerschaft mit dem Evangelischen Kirchenkreis Agusan der United Church of Christ in the Philippines (UCCP) auf Mindanao (Philippinen). Sie besteht seit über zwanzig Jahren. Die Partnerschaft will nachhaltig das Bewusstsein für die weltweite Gemeinschaft und Verantwortung der Christen füreinander lebendig halten. Die Partnerschaft ist vertraglich geregelt. Sie verpflichtet beide Partner unter anderem zu regelmäßiger Korrespondenz, einem jährlichen Partnerschaftsgottesdienst und gegenseitigen Besuchen. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass ökumenische Partnerschaft nicht in das Belieben der jeweils tätigen Verantwortlichen fällt, sondern eine dauerhafte Aufgabe. Die Partnerschaft hat neben der spirituellen immer auch eine politische Dimension. Zum Beispiel wurden im Sinne des konziliaren Prozesses Projekte gefördert, die den Menschen dienen (Gesundheitsprojekt etc.). 2007 findet zum ersten mal eine Jugendbegegnung zwischen den Partnern statt.

- **Auch auf Gemeindeebene gibt es seit Jahren Projekte in Asien, Afrika und Europa:**

Bendorf:	Mozambique: „Müllbergkinder“, Rumänien: Kinderheim
Koblenz-Pfaffendorf:	Äthiopien: Entwicklung des Meno-Hochlandes
Maifeld:	Johannesburg (Südafrika): „Ekupholeni“ – ein Anti-Aids-Projekt
Oberwinter:	Beit Jala (Palästina): Ev. – Luth. Reformationsgemeinde
Winningen:	Djakarta (Indonesien): Förderung von Theologiestudentinnen und -studenten. Lissabon (Portugal): „A Mulemba“ – ein Projekt für traumatisierte Flüchtlingskinder aus Angola und Bau einer Berufsschule in Angola.
Emmelshausen-Pfalzfeld:	Metz (Frankreich), projektbezogen
Koblenz-Pfaffendorf:	Mialet (Frankreich): Kirchengemeinde der Èglise Réformée de France
Mendig:	Quaregnon (Belgien): Kirchengemeinde der Vereinigten Protestantischen Kirche Belgien
Remagen-Sinzig:	Houilles (Frankreich): Kirchengemeinde der Èglise Réformée de France
Versch. Gemeinden:	Pskow (Russland): Hospizarbeit und St. Petersburg (Russland): Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Annen und Petri

- **Innerdeutsche Partnerschaften:** Aus den Partnerschaften mit Gemeinden der ehemaligen DDR sind dauerhafte freundschaftliche Beziehungen gewachsen, die auch viele Jahre nach der Vereinigung Deutschlands weiter gepflegt werden. Der Kirchenkreis Koblenz unterstützt den Kirchenkreis Lübben / Niederlausitz (vormals Lübben und Luckau) vor allem beim Aufbau der evangelischen Grundschule in Lübben. Durch Korrespondenz und gegenseitige Besuche bleiben auch die besonderen Beziehungen einzelner Gemeinden der beiden Kirchenkreise lebendig.

Kirchenkreise in Köln und Umgebung

1. Internationaler Konvent fremdsprachiger Gemeinden:
Seit einigen Jahren treffen sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener fremdsprachiger Gemeinden aus dem Raum Köln regelmäßig alle zwei Monate zu einem Konvent im Haus der Evangelischen Kirche. Zu diesem Konvent haben sich Gemeinden zusammengeschlossen, die sich der evangelischen Konfessionsfamilie nahe stehend fühlen (z. B. ungarische Gemeinde, japanische Gemeinde, koreanische Hanbit Gemeinde, aber auch einige afrikanische Pfingstgemeinden). Neben dem Austausch über organisatorische Fragen (z. B. Suchen und Finden von Räumen für die Gemeindegemeinschaft), ist Ziel der Konventsarbeit, die Kontakte zwischen den landeskirchlichen und fremdsprachigen Gemeinden in Köln zu intensivieren, das Verständnis füreinander zu fördern und die fremdsprachigen Gemeinden in das evangelische Leben in Köln einzubeziehen.
2. Der Gesamtverband beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Köln-Mitte

1. Die Evangelische Gemeinde Köln beteiligt sich kontinuierlich seit 2004 an einem monatlichen interreligiösen Gespräch in der städtischen Jugendeinrichtung Klingelpütz. Muslimische Jugendliche, die in dieser Freizeiteinrichtung ihr zweites Zuhause gefunden haben, beschäftigen sich mit aktuellen und grundsätzlichen religiösen Fragen. Die Themen, die mit den Jugendlichen gemeinsam erarbeitet wurden, werden nach einem Referat in offener Diskussion erörtert. Grundlage des Gesprächs ist die Verabredung zu gegenseitigem Respekt. Ständige Teilnehmer sind neben dem Leiter der Einrichtung eine muslimische Sozialarbeiterin mit religiöser Zusatzausbildung, der katholische Pastoralreferent und der evangelische Pfarrer der Kirchengemeinden am Ort und eine Sozialarbeiterin der Stadt Köln mit der Schwerpunktaufgabe Integration von Migranten. Diese Gesprächsabende ermöglichen Begegnung, helfen Vorurteile abzubauen, rücken Jugendliche mit ihren Fragen und Problemen in den Mittelpunkt und suchen Verständigung über Aspekte religiöser Orientierung, sowohl aus muslimischer wie aus christlicher Sicht.
2. Die Evangelische Gemeinde Köln beteiligt sich außerdem an kontinuierlichen aber bisher unregelmäßigen Kontakten zu einem Verein, der unter dem Namen „Die Welt und der Mensch – internationale und multikulturelle Sozialarbeit e.V.“ am Hansaplatz Kontakt- und Begegnungsangebote sowie einen muslimischen Gebetsraum bereithält. Etliche Einzelkontakte haben zu weiteren Begegnungen geführt: Ein Moscheebesuch während des Freitagsgebets, eine Einladung der Kirchengemeinde zum Neujahrsempfang mit gemeinsamer Kollekte für die Erdbebenopfer in Pakistan anlässlich des gleichzeitigen muslimischen Opferfestes, mehrere gegenseitige Besuche zwischen Moschee- und Kirchengemeinde (mit Gemeindegliedern) sowie eine Reihe von Podiumsgesprächen im November 2006 unter Beteiligung der Caritas, der Kölner Polizei, Mitarbeitern der Stadt, einem muslimischen Lehrer des Hansagymnasiums, dem interreligiösen Referat des Erzbistums und dem Pfarrer der Evangelischen Ortsgemeinde. Die Beteiligten führen ihre Kontakte weiter und planen weitere Veranstaltungen mit Beteiligung der Öffentlichkeit.

Köln-Nord

1. Die evangelische Gemeinde in Bocklemünd engagiert sich in besonderer Weise für den Schutz der Umwelt: Die erste Photovoltaikanlage auf einer Kölner Kirche entstand auf dem Dach der Auferstehungskirche, eine Regenauffangananlage, ein preisgekrönter, nach ökologischen Gesichtspunkten angelegter Garten, der neue Anbau des Kindergartens ausgeführt nach neuestem ökologischem Standard (Holzständerbauweise, unbehandelte Lärcheverkleidung, Dämmung, Dachbegrünung), thermische Solaranlage für den Kindergarten, seit über 20 Jahren Kleiderkammer zur Finanzierung des Rangapur-Projekts im Kirchenkreis, Unterkunft von Obdachlosen in Bauwagen während drei Winterperioden auf dem Kirchengrundstück. Nicht zuletzt hat sich die Gemeinde an der Aufnahme abgewiesener Asylsuchender beteiligt. (Wanderkirchenasyl). Außerdem hat sich in Bocklemünd, gemeinsam mit der katholischen Schwestergemeinde, der Arbeitskreis Ökumene gebildet. Dieser Arbeitskreis betreibt den Eine-Welt-Laden Bocklemünd. Seit 2001 hat auch die Dreifaltigkeitskirche im Bezirk Ossendorf eine Photovoltaikanlage. Die Erträge aus den Photovoltaikanlagen der Gemeinde Bickendorf werden auf ein spezielles Ökokonto gesammelt, um daraus weitere Umweltprojekte in der Gemeinde finanzieren zu können

2. Begegnungscafé Bickolo: Die Gemeinde Bocklemünd betreibt im Kölner Westend, ein Viertel mit besonderer sozialer Problemlage, eine Ladenkirche, in der sich neben dem Café-Betrieb mit verschiedenen Essensangeboten, Gruppen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene treffen. Außerdem gibt es im Bickolo eine Kleiderkammer, Computerkurse und einen Altenclub.
3. Arbeitslosentreff im Kirchenladen Sinthern (Gemeinde Weiden): Arbeitslosigkeit hat Geschichten, Gesichter und Gründe. Wen es trifft und wer selbst in Zeiten besserer wirtschaftlicher Entwicklung nicht wieder in Lohn und Brot kommt, gerät in Schwierigkeiten, oft nicht nur materieller Art. Der Kirchenladen bietet eine Plattform für Austausch und Vernetzung. Einmal in der Woche wird ein Frühstück von Arbeitslosen für Arbeitslose angeboten.
4. Evangelische Begegnungsstätte Köln-Lindweiler: Die kirchliche Arbeit will die sozialen Probleme des Stadtteils vor Ort auffangen und Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Dazu gibt es eine Vielzahl von Angeboten – z. B.: Sozialberatung, Hausaufgabenhilfe, Kleiderkeller, Lebensmittelausgabe, Arbeitslosenangebote, Gruppenangebote, Begegnungen zwischen ausländischen und einheimischen Mitbürgern/Mitbürgerinnen.
5. Mittagessen für Kinder Jugendcafé Chorweiler e.V. in der Gemeinde Köln Neue Stadt: Das Mittagessen für Kinder ist neben der Hausaufgabenbetreuung und der Freizeitgestaltung ein wichtiger Bestandteil der Tagesbetreuung der in den Kinder- und Jugendzentren "Bauspielplatz" und "Seeberger Treff". Die den Mittagstisch besuchenden Kinder sind deutscher und ausländischer Herkunft. Die Sozialstruktur der Stadtteile Seeberg und Chorweiler ist gekennzeichnet durch ein Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten, viele Großfamilien, beengte Wohnverhältnisse und anonyme Hochhaus-Architektur. Der Anteil an Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger/Sozialhilfeempfängerinnen sowie Alleinerziehenden ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem Kinder, die sonst häufig den ganzen Tag auf sich gestellt sind und sich unzureichend oder unangemessen ernähren, nehmen dieses tägliche Angebot eines warmen Mittagessens wahr. Nicht selten ist festzustellen, dass Kinder bereits ohne Frühstück und Pausenbrot morgens aus dem Haus gehen, und das Mittagessen im Seebürger Treff häufig ihre erste richtige Mahlzeit am Tag ist.

Köln-Rechtsrheinisch

Seit ca. 12 Jahren gibt es im Kirchenkreis Köln-Rechtsrheinisch drei verschiedene offizielle Kirchenkreispartnerschaften auf drei verschiedenen Kontinenten mit drei verschiedenen Konfessionen: Kirchenkreis Kalungu der Baptistischen Kirche in Zentral-Afrika/Kongo, Kirchenkreis Burica der Evangelisch Lutherischen Kirche in Brasilien, Kirchenkreis Kaohsiung der Presbyterianischen Kirche auf Taiwan.

Diese weltumspannenden Partnerschaften sollen der weltweiten Ökumene in Köln ein Gesicht geben. Drei Partnerschaftsgruppen pflegen einen regen Austausch mit ihren jeweiligen Partnern in Übersee und vernetzen sich untereinander im Synodalen Ausschuss für Mission und Ökumene.

Nahezu von Anfang an war mit diesem Konzept die Hoffnung verbunden, in einer Begegnung dieser drei Kirchen die weltweite Gemeinschaft der Christen und Christinnen untereinander sichtbar zu machen. Im Sommer 2003 fand drei Wochen lang ein großes ökumenisches Treffen statt, zu dem Delegationen aller Partner des Kirchenkreises Köln-Rechtsrheinisch unter dem Motto „Alle in einem Boot“ eingeladen waren.

Aus Anlass des Kirchentages kam es zu einer erneuten Begegnung mit 6 Delegierten aus Taiwan und 6 Delegierten aus Burica.

Köln-Süd

1. Kirchenkreis-Partnerschaft mit HKBP, KK Silindung, und Krankenhaus Balige, Sumatra / Indonesien (HKBP)
 - a) Globalisierungsbezüge werden für die Gemeindemitglieder in Köln-Süd u. a. im Rahmen der Kirchenkreis-Partnerschaft zur Toba-Batak-Kirche (HKBP) auf Nord-Sumatra, Indonesien, erfahrbar. Seit 20 Jahren bestehen aktive Partnerschaftsbeziehungen zum Evans. Krankenhaus in Balige am Tobasee und zum Kirchenkreis (KK) Silindung. Durch regelmäßige Besuchsreisen hin und her werden alle 2 bis 3 Jahre persönliche Begegnungen möglich, kulturelle und geistliche Erfahrungen mit einer anderen Gesellschaft gemacht, sowie wirtschaftliche und politische Unterschiede erfahren.
 - b) Der diesjährige Partnerschaftsbesuch fand anlässlich des Kölner Kirchentags hier statt. Sechs Besucher/innen vom Krankenhaus und vom Partner-KK lebten drei Wochen lang in mehreren Gemeinden des Kirchenkreises, feierten gemeinsame Gottesdienste, kamen mit verschiedenen Gemeindegruppen in Kontakt und führten u. a. einen Workshop durch zur Thematik „Ist Industrialisierung in Sumatra möglich, ohne soziale Strukturen zu zerstören?“ In dem Workshop wurde am Beispiel des geplanten Goldbergbaus Sopo Komil im Gebiet von Dairi an technischen, sozialen und umweltschützerischen Gesichtspunkten untersucht, welchen Einfluss das Vorhaben auf Gesellschaft und Umwelt haben wird. Ferner wurde überlegt, wie die Gemeinden im Kirchenkreis zusammen mit einer sumatranischen Frauenorganisation den ländlichen Familien im zukünftigen Bergbaugebiet helfen können, sich ihrer Eigentums- und Arbeitsrechte bewusst zu werden und diese dem Bergbauunternehmen gegenüber durchzusetzen und zu verteidigen.
 - c) Parallel hierzu wurde eine finanzielle Förderung der Frauenorganisation durch den Ev. Entwicklungsdienst vermittelt und Kontakt zu anderen Partnerschaftskreisen der EKIR und der EKvW aufgenommen, mit dem Ziel einer vernetzten kritischen Begleitung des Bergbauvorhabens *Sopo Komil*.
2. Mehrere Gemeinden des KK führen eigene Gemeindepartnerschaften zu Gemeinden oder diakonischen Organisationen in Südamerika und Südafrika sehr aktiv durch, so z. B. die Gemeinde Erftstadt zu einer lutherischen, gemischt-ethnischen Gemeinde in Durban/Südafrika und die Gemeinde Lechenich zu einer Ausbildungsstätte für Mädchen in Ecuador sowie zu einer Frauenorganisation in Südindien.

Hier das Beispiel Erftstadt:

Die Gemeindepartnerschaft zwischen der Ev. Friedenskirchengemeinde in Erftstadt und der Ev. Luth. Gemeinde St. Michael's in Durban, Süd-Afrika.

Die Partnerschaft besteht seit 1988; diverse gegenseitige Besuche aus beiden Gemeinden, Partnerschaftsgottesdienste, Artikel in Gemeindebriefen, aktuelle Informationen und persönliche Kontakte prägen sie auf beiden Seiten.

Anlässlich des Kirchentages in Köln 2007 besuchten erneut 2 Gemeindeglieder aus Durban die Gemeinde in Deutschland. Das Thema, das den Schwerpunkt dieses Besuches bildete, war HIV / AIDS.

Durban liegt in der Region Kwa-Zulu-Natal, in der etwa 25 % der Menschen HIV+ oder an AIDS erkrankt sind. Auch in Deutschland steigt die Zahl der Neuinfizierten.

Das Thema wurde auf verschiedenen Ebenen problematisiert:

- a) Mit einem Informationsabend, zu dem alle Gemeindeglieder, besonders aber die Konfirmanden eingeladen wurden. Je eine Vertreterin der AIDS-Hilfe Köln und vom GMÖ Siegburg, ein Vertreter der Partnerschaftsarbeit des Kirchenkreises

Köln-Süd mit Indonesien, die Besucher aus Durban und Gemeindeglieder aus Erfstadt informierten einander und diskutierten unter dem Thema: „Jeder Mensch ist einmalig und wertvoll – AIDS-Projekte in Afrika und Deutschland“.

- b) Die südafrikanischen Besucher nahmen am Konfirmandenunterricht teil und berichteten über das Leben in Durban und in Süd-Afrika, auch hier besonders unter dem Fokus AIDS.
- c) Auf dem Kirchentag wurde ein Stand angeboten. Dort konnte berichtet werden über die Chancen von Gemeindepартnerschaften, aber auch über verschiedene Projekte in Durban, die die Ev. Friedenskirchengemeinde unterstützt, wie z. B. das Waisenhaus „IThemba Lethu“, den Kindergarten „Masifundisane“ und das McCord Krankenhaus, das eine spezielle AIDS-Abteilung „Sinikithemba“ unterhält. Durch Bilder und Berichte von verschiedenen Besuchen war diese Präsentation sehr authentisch.
- d) Der Konfirmandenunterricht in der Ev. Friedenskirchengemeinde findet im Blockunterricht statt; über 30 Konfirmanden besuchten den Kirchentag und vertieften u.a. ihr Wissen über AIDS. Auch der Kindergottesdienst unternahm einen Tagesausflug zum Kirchentag und machte Station an dem Gemeindestand. Im Jahr 2008 besteht die Partnerschaft 20 Jahre; ein Besuch von Gemeindegliedern in Durban, wo der Festgottesdienst stattfinden soll, ist geplant; hoffentlich können die bestehenden Kontakte und Projekte weiter ausgebaut und intensiviert werden.

3. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Krefeld-Viersen

Themenreihe zur Brot für die Welt, Aktion „Lebensmittel Wasser“

Innerhalb des Kirchenkreises haben sich drei Gemeinden in Meerbusch vernetzt, und als erstes eine Reihe zum Thema Wasser veranstaltet. Weitere Themen sind gefolgt. Elemente dieser Zusammenarbeit waren: Bewusstseinsbildung in Gemeindekreisen, einem Familiengottesdienst und einem Gemeindefest. Wasser wurde als Lebensmittel wahrgenommen. Das örtliche Wasserwerk stellte Gläser zur Verfügung, es gab kostenlose Wasserproben, die Gläser wurden gegen Spende verkauft. Informationen zur weltweiten Situation der Wasserversorgung folgten, u.a. mit der umfangreichen Ausstellung von Brot für die Welt. Kinder malten Bilder, die für eine Ausstellung bestimmt waren, auf dem Ökomarkt stellte die Kirchengemeinde ihr Projekt vor und führte eine öffentliche Diskussion. Gekoppelt war die Aktion mit einem Spendenaufruf für Zisternen in Brasilien, die je 250 € kosten. Am Ende sind 3.650 € für dieses Projekt von Brot für die Welt zusammen gekommen und gleichzeitig hat viel Diskussion und Bewusstseinsbildung über die Bedeutung des Wassers weltweit und bei uns stattgefunden.

Netzwerk Fremdsprachiger Gemeinden in Krefeld

Im Jahr 2002 hat der GMÖ zunächst die Migrationsgemeinden im Raum Krefeld eingeladen, es waren sieben aus Afrika und Asien. Anlass war eine Solidarisierungsaktion im Rahmen von Asylproblemen einzelner Gemeindeleiter. Daraus entwickelte sich das Netzwerk mit einer eigenen Verpflichtungserklärung. Aus den ersten gemeinsamen Gottesdiensten und Veranstaltungen zur interkulturellen Woche ergab sich die Zusammenarbeit mit katholischen Missionsgemeinden. In regelmäßigen Treffen wird die Lage der Gemeinden beschrieben und die Probleme ihrer Mitglieder ausgetauscht. Zu besonderen

Anlässen in der Stadt Krefeld plant das Netzwerk einen internationalen Beitrag. Der Sprecher vertritt als Gast das Netzwerk in der ACK-Krefeld.

Aktionsbündnis gegen HIV und Aids in Krefeld

Im Vorfeld zum Weltaidstag im Jahr 2005 gab es eine Arbeitsgruppe von allen Akteuren, die mit dem Thema HIV und Aids befasst sind. Angestoßen wurde diese durch den Kontakt der Frauenreferentin des Kirchenkreises mit einer Mitarbeiterin der Aidshilfe. Einge-laden waren Vertreter der evangelischen und katholischen und altkatholischen Kirche, vom Gesundheitsamt und der Ärzteschaft, von Action Medeor und UNICEF. Im Zusammenhang mit einem Gottesdienst zum 1. Dezember gab es eine öffentliche Podiumsdiskussion. Aus dieser Aktion entwickelte sich ein regelmäßiges Treffen, bei dem es um den Austausch zum Thema geht und um die Planung weiterer Aktionen, u.a. zur „Nacht der Solidarität“. Über die Beteiligung des Jugendreferenten entstand auch ein Kontakt zu den Hauptamtlichen der Jugendarbeit, gemeinsame Aktionen und Projekt-tage auch in Schulen werden u.a. durch die Aidshilfe und den GMÖ durchgeführt.

Lennepe

1. f(l)air- Weltladen:

Gegründet wurde die Ökumenische Initiative Lüttringhausen e.V. (ÖIL) 1998 in Folge der Debatte um das „Sozialwort“ des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, um an den im Sozialwort beschriebenen Perspektiven einer „zukunfts-fähigen Gesellschaft“ lokal mitzuarbeiten. Mitglieder sind ca. 60 Einzelpersonen, alle fünf Kirchen- und Pfarrgemeinden im Gebiet Remscheid-Lüttringhausen und Remscheid-Lennepe, das Diakonische Werk Lennepe, der CVJM und die KAB Lüttringhausen, die Diakonische Gemeinschaft der Evangelischen Stiftung Tannenhof und die Augusta-Hardt-Heim gGmbH.

Hauptprojekt der ÖIL ist der „flair - Weltladen Lüttringhausen“, der am 4.12.1999 eröffnet wurde. Mit seinem Betrieb sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Professionalisierung des Fairen Handels im Stadtteil;
- kontinuierliche Eine-Welt-Bildungsarbeit;
- ein bürgernahes und ökumenisches Freiwilligen-Engagement;
- Wirtschaften lernen;
- Integration von „sozial Schwachen“ (Begegnungsstätte, Praktika im REHA-Bereich für psychisch Kranke, 1 € - Kräfte, Sozialberatung);
- mit Arbeit für den Süden auch Arbeit im Norden schaffen.

Im Laden werden Food- und Non-Food-Produkte aus Fairem Handel sowie Umwelt-Papeterie angeboten, zugleich ist er die einzige Buchhandlung in einem Ortsteil von 16.000 Einw. und er schließt eine Café-Begegnungsstätte ein, die auch Raum für Kultur- und Bildungsveranstaltungen bietet. Zudem macht die ÖIL Verkaufsstände und Büchertische, sie veranstaltet Konzerte und Theatervorführungen, z. B. gastierte die Berliner Compagnie mit eigenen Stücken zur Globalisierung.

Erfahrungen:

Die Warenkunde bedingt eine Kenntnis von globalen Produktions- und Handelsstrukturen sowie dem Einfluss der internationalen Finanzmärkte. Die ÖIL gibt diese Erkenntnisse gern weiter: z. B. Wahlpflichtfach-Angebot über ein ganzes Schuljahr in der Lüttringhauser Hauptschule zum Thema „Schokolade“ und Gruppenangebote für Konfirmanden, Firmlinge, kirchliche Mitarbeitendengruppen und andere. Sehr wird profitiert von Referentinnen und Referenten aus aller Welt, für die im Rahmen der jährlichen Misereor-Fastenaktion ein Forum geschaffen wird. Gäste aus Guatemala,

Zimbabwe, den Philippinen, Bangladesh, (über die VEM) Namibia, (über die GEPA) Honduras konnten begrüßt werden. Thematisch haben wir etwas über Zertifizierungs- und Patentproblematik kennen gelernt, von der Bedeutung von Menschenrechtsfragen, schulischer Bildung und von Mikrokrediten, von den (auch wirtschaftlichen) Folgen von HIV/Aids. Es konnten Fördermittel des Landes NRW eingeworben und an durch den „Bergischen Kaffee“ bekannte Kooperativen in Honduras weitergeleitet werden.

Die Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Verbrauch ist durch die Verbraucherberatung NRW mit der „Umwelt-Eins“ für die Papeterie ausgezeichnet worden. Durch den Buchhandel wird ein breites Publikum erreicht, zumal auch Schulbücher vertreiben werden. Wert gelegt wird auf ein großes Spektrum von Werbe-, Kultur- und Bildungsangeboten: von der Weinprobe, dem Fairen Frühstück oder einer Reistafel über Trommelkurse, Literatur- und Vorleseangebote und Fußballturnier bis zu politischen Diskussionsforen. So können immer neue Interessenten für „gerechtere Alternativen“ zum üblichen Wirtschafts- und Verbraucherverhalten angesprochen und gewonnen werden.

2. Kirchenkreispartnerschaften Kindergartenarbeit in Namibia

Der Kirchenkreis Lennep hat sich im Rahmen der Partnerschaft mit der ELCRN auf die Kindergartenarbeit konzentriert. Hier ist es an manchen Stellen gelungen, Partnerschaften zwischen einzelnen Kindergärten aufzubauen. Auf diese Weise erfahren Kinder in den Einrichtungen der Kirchengemeinden im Kirchenkreis auf sehr direkte und natürliche Weise von den Lebensbedingungen der Kinder in Namibia. Beim Besuch einer Gruppe von Erzieherinnen aus Namibia im Kirchenkreis konnten Anregungen und Anliegen unserer Kindergartenarbeit vorgestellt werden.

LIMPOPO / Pskow

Im Rahmen der „Initiative Pskow in der EKIR“, zu deren Gründungsmitgliedern der Kirchenkreis Lennep gehört, engagiert sich der Kirchenkreis seit dem Jahre 2002 im Bereich der ambulanten Frühförderung für Kinder mit schwerst geistigen und mehrfachen Behinderungen (0-6 Jahre) in Pskow. Dieses Projekt erhielt den Namen LIMPOPO in Anlehnung an ein bekanntes russisches Märchen, das Kindern gern am Krankenbett erzählt wird. Durch die verbindliche Zusage des Kirchenkreises Lennep von 22.500 € jährlich im Zeitraum 2003 - 2006 und 7.500 € bis einschließlich 2008 konnten vor allem die Fort- und Weiterbildung der pädagogischen und medizinischen Mitarbeiter/innen des Frühförderzentrums in Deutschland und Russland realisiert werden.

Die Aufbringung des zugesagten Betrages ist u.a. durch kreiskirchliche Kollekten und eine nicht unerhebliche Öffentlichkeitsarbeit für LIMPOPO möglich geworden. Durch Bilder und Erfahrungsberichte aus Pskow erhalten die Gemeinden des Kirchenkreises Einblicke in das Leben und die besondere Situation von Kindern mit Behinderungen und deren Familien in Pskow.

3. Runder Tisch Migration

Vierteljährlich lädt der Superintendent Vertreter der islamischen Verbände und Gemeinden aus Remscheid sowie Vertreter der Stadt, der Parteien, der ev. und kath. Gemeinden sowie der Wohlfahrtsverbände zum „Runden Tisch Migration“ ein. Angesichts des hohen Anteils an ausländischen Mitbürgern ist diese Kommunikationsplattform für die Stadt eine wichtige Einrichtung. Regelmäßig treffen sich bis zu 50 Personen, von denen mehr als die Hälfte ausländische Mitbürger vor allem aus der

Türkei oder den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind. Es wird ein offener Austausch gepflegt, der auch die aktuellen Problemstellungen nicht ausklammert. Im April d.J. hat der „Runde Tisch“ eine gut besuchte Fachtagung zum Thema „Frauen in der Migration“ durchgeführt, bei der über 100 überwiegend weibliche Teilnehmerinnen Fragestellungen wie z. B. „Interkulturelle Mädchenarbeit“, „Zwangsheirat“, „Elternschulungen für Migrantinnen und Migranten“ bearbeiteten. Viel Gesprächsstoff bot auch ein Referat zum Thema „Gewaltpotentiale in Christentum und Islam“. Daneben gibt es gegenseitige Einladungen zu wichtigen Feierlichkeiten in den unterschiedlichen Gruppierungen.

Leverkusen

1. Investieren in Gerechtigkeit:

Rücklagenpolitik der Evangelischen Johannes-Kirchengemeinde Leverkusen-Manfort.

Mittlerweile über 20.000 € hat die Evangelische Johannes-Kirchengemeinde Leverkusen-Manfort bei Oikocredit angelegt. Warum?

Als es noch Überschüsse gab am Ende eines Haushaltsjahres, überlegte das Presbyterium, was damit getan werden sollte. Bestimmte Arbeitsgebiete bekamen einen geldlichen Zuschlag, aber der größte Teil des Überschusses ging in die Rücklagen. In Verantwortung gegenüber unseren Kirchensteuer-Zahlern machte man sich auch Gedanken, bei welchen Kreditinstituten dieses Geld angelegt werden sollte. Jemand wies in diesem Zusammenhang auf die „Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft“ (EDCS) hin, wie Oikocredit früher hieß. Dort werde das Geld benutzt, um Menschen in der Dritten Welt, die für normale Banken nicht kreditwürdig sind wie Kleinbauern, Handwerker und Kooperativen, projektbezogene Kredite zur Verfügung zu stellen mit einem Zinssatz weit unter dem Niveau der örtlichen Geldverleiher. Für das Presbyterium war wichtig, dass mit dem Geld, das angelegt wurde, arme Menschen auf effektive Weise „Hilfe zur Selbsthilfe“ erfuhren. Denn Mikrokredite für nicht bankfähige Arme haben sich als wirkungsvolles Instrument zur Armutsbekämpfung erwiesen. Ein Kredit statt eines Almosens wahrt und stärkt zudem die Würde des/der Empfangenden.

Seit einigen Jahren schließt jedes gemeindliche Haushaltsjahr mit einem erheblichen Defizit ab, so dass Neuanlagen in weite Ferne gerückt sind. Aber aufgelöst wurde das Kapitalvermögen bei Oikocredit nicht, auch wenn andere Rücklagen bereits liquidiert werden mussten. Es ist zu hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt – damit das Geld aus dem insgesamt immer noch reichen Deutschland den Armen in der Welt weiterhin für einen Weg aus der Armut zur Verfügung steht. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2006 an Muhammad Yunus bestätigt und bestärkt im Umgang mit den eigenen Rücklagen.

2. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Moers

Die ökumenischen Partnerschaften des Kirchenkreises Moers mit der UCC/USA, mit Projekten der koptischen Kirche in Ägypten, mit der EPR in Ruanda und der GKJTU auf Java / Indonesien bestehen bereits über 20 Jahre und haben einen hohen Stellenwert im Bewusstsein der Gemeinden des Kirchenkreises.

Das Thema Globalisierung wird in vielfältiger Weise während der regelmäßigen Kontakte mit den Partnern reflektiert.

Wie das Schicksal der Menschen in den Müllgebieten Kairos von globalem Wirtschaften negativ beeinflusst wird, welche Probleme ein rohstoffarmes und bevölkerungsreiches Land wie Ruanda hat, wie Indonesier die Rolle von Ölkonzernen aus den vereinigten Staaten beurteilen, wie Christinnen und Christen aus den USA die Rolle ihres Landes im Zusammenhang mit Klimawandel und Entschuldung armer Länder sehen, das kann man am besten im direkten Austausch mit den ökumenischen Partnern erfahren. Dieser Austausch gelingt im Kirchenkreis Moers seit vielen Jahren, weil sich viele Menschen aus den Gemeinden für die Partnerschaften einsetzen.

Die Investition in Reisekosten ist deshalb neben der Unterstützung von Projekten ein wichtiger Faktor für eine lebendige Partnerschaftsarbeit.

Im Folgenden wird dies an einem konkreten Beispiel beschrieben:

Multilaterale Begegnung anlässlich des Jugend-Camps der EKIR 2006

In der Zeit vom 11. Juni bis 1. Juli 2006, über das Jugend-Camp der EKIR, waren junge Leute aus den Partnerkirchen des Kirchenkreises Moers, Ruanda, Indonesien, Ägypten und den USA, nach Deutschland eingeladen.

Die Begegnung gliederte sich in vier Teile:

1. Zunächst standen das Kennen lernen und die Vorbereitung zum Jugend-Camp, hier besonders das „Multi-Chor-Projekt“ mit Liedern aus den unterschiedlichen Ländern, im Mittelpunkt, sowie die Vorbereitungen zu den Morgen- und Abendandachten. Bei der ersten Chorprobe ergab es sich, dass Lieder spontan in die anderen Sprachen übersetzt wurden und dann drei- oder viersprachig gesungen werden konnten. Im Gemeindehaus der „Arche“ in Rayen gab es einen Begrüßungsabend.
2. Das Jugend-Camp fand vom 15. bis 18. Juni 2006 unter dem Motto „fair_eint“ statt. Ein Teil war wie in den vorangegangenen Jahren ein „Global Village“, in dem sich die Eine-Welt-Arbeit in Form eines Zeltorfes unter dem Themenbereich „fair_eint lokal_global“ darstellte. Eingerahmt von dem Eröffnungsgottesdienst am Donnerstag und dem Abschlussgottesdienst am Sonntag, fanden Freitag und Samstag ca. 120 Programmangebote in den Zelten und auf der kleinen Bühne im „Global Village“ statt. Der Tag begann und schloss mit einer ökumenischen Andacht aus den Partnerschaften mit Ruanda, Indonesien, USA und Namibia. Im „Orientalischen Zelt“ wurde die Partnerschaftsarbeit des Kirchenkreises Moers zur Koptischen Kirche Ägyptens dargestellt. Berichtet wurde über Programme gegen die Genitalverstümmelung und die Arbeit mit Menschen aus den Müllgebieten um Kairo. Die Gruppe der UCC boten zwei Gesprächsrunden zu den Themen „Todesstrafe“ und „Irak-Krieg“ an. Ein „Multi-Chor-Workshop“ mit 65 Teilnehmern und Teilnehmerinnen studierte Lieder in kinyaruanda, indonesisch, arabisch und englisch ein, um sie dann auf der Bühne des „Global Village“ zu präsentieren. Außerdem gab es kleinere Auftritte der Partnerschaftsgruppe mit Liedern und Tänzen auf der Hauptbühne und am Sonntag wurde der Abschlussgottesdienst mit vier Beiträgen aus dem Multi-Chor bereichert.
3. In Gastfamilien wohnten die Gruppenmitglieder im dritten Teil der Begegnung. Während dieser Woche gab es einen Diakonietag mit praktischen Einsätzen wie z. B. in der „Moerser-Tafel“ und beim Projekt „Tu was“. Darüber hinaus wurden die einzelnen di-

akonischen Einrichtungen vorgestellt. Ausflüge nach Köln und Münster waren weitere Programmpunkte.

4. Die Gruppe nahm aktiv mit Angeboten am „World-Camp“ in Kassel teil und besuchte die koptische Gemeinde in Düsseldorf. Zum Abschied gab es eine Partnerschafts-Party mit gemeinsamen Kochen und am Tag darauf einen gemeinsam gestalteten Gottesdienst.

Das Thema der „Globalen Welt“ war stets präsent und bildete den Mittelpunkt des Abschlussgottesdienstes. Die Mitglieder der Ägyptenpartnerschaft berichteten von den negativen Auswirkungen der Globalisierung im Bezug auf die Müllbeseitigung. In Kairo haben 100.000 Zabaleen („Menschen im Müll“) ihre Existenz verloren, weil eine italienische und zwei spanische Firmen nun die Müllsammelrechte erworben haben. Am Beispiel von Ägypten und Indonesien setzte sich die Gruppe mit religiösem Fanatismus und Unterdrückung von Minderheiten auseinander.

Das Besondere dieser Begegnung war, dass zum ersten Mal Menschen aus sämtlichen Partnerkirchen des Kirchenkreises Moers zusammen gekommen waren.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Globalisierung“ gewinnt die Flüchtlingsarbeit im Kirchenkreis Moers neue Bedeutung. Die Arbeit wird lebt davon, dass sich einige Gemeinden hierfür besonders verantwortlich fühlen. Es handelt sich um Beratungsarbeit einerseits aber auch um praktische Hilfe durch die Versorgung von Flüchtlingen und Aussiedlern mit Möbeln und Hausrat.

Beide Arbeitsformen eignen sich als gute Beispiele, auch wegen des besonderen ehrenamtlichen Engagements.

An Nahe und Glan

1. Pfarramt für Ausländerarbeit im Kirchenkreis

Die Verantwortung der christlichen Gemeinden für die Fremden und Flüchtlinge gründet sich in der biblischen Botschaft. Die Liebe zum fremden Nächsten und die daraus folgende Verantwortung für den Fremden sind zentrale biblische Gebote 3. *Mose 19, 33 f: Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.*

In der Schöpfungsgeschichte wird dem Menschen als Ebenbild Gottes eine unaufgebare Würde zugesprochen, aus der sich die wesentlichen Grundlagen für das menschliche Zusammenleben ergeben (1. Mose 1,26 f.). Vor Gott gibt es keine Unterschiede der Person, der Herkunft, der Rasse und des Geschlechts. Allen Menschen ist die gleiche Würde zugesprochen, aus der sich auch die universalen Grund- und Menschenrechte ableiten. Die christlichen Gemeinden sind herausgefordert, sich für die Rechte von Fremden und Flüchtlingen einzusetzen und ihrer Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. Der Auszug aus ungerechten Verhältnissen ist die Grunderfahrung des wandernden Gottesvolkes, das unterwegs ist hin zum gelobten Land. Gott selbst ist gegenwärtig beim Leidenden. So können sich die christlichen Gemeinden nicht abfinden mit Gewalt, Ausgrenzung und Eigensucht. Sie setzen sich dafür ein, dass die Perspektive der Versöhnung, die sich im Glauben an Jesus Christus erschließt, im Zusammenleben der Menschen sichtbar wird. Fremde aufzunehmen und ihnen Heimat in der Gemeinde zu geben, wird damit zu einer zentralen Herausforderung für den christlichen Glauben.

Auftrag ist, Verständnis und Verständigung zu schaffen zwischen den verschiedenen Völkern und Kulturen, Beratung und Hilfen für Migranten anzubieten, Verkündigung und Seelsorge für Migranten und christliche Migrantengemeinschaften zu betreiben.

Praktische Integration wird durch Sprachkurse, Beratung und Begegnungen gefördert mit ca. 20 Sprachkursen im Jahr, Beratungs- und Seelsorgegespräche finden beinahe täglich statt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Region werden zu interkulturellen Themen fortgebildet, Gemeinden und Einrichtungen Workshops zu Fragen von Migration, Asyl, interreligiösen Dialog angeboten. Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Fragen bietet die Möglichkeit, Positionen der Evangelischen Kirche aufzuzeigen.

Seit langer Zeit koordiniert das Ausländerpfarramt die zivilgesellschaftliche, rheinland-pfälzische Flüchtlingsarbeit; hierdurch wird Netzwerkarbeit betrieben, die zur Informationsbeschaffung und für die Lobbyarbeit unerlässlich ist.

Gesetzliche Grundlagen für Integration und Ausgrenzung, welche die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Ausländern sowie das gesellschaftliche Klima in Deutschland bestimmen, sind Herausforderungen.

Fehlende Sprach- und Kulturkenntnisse, fehlende Schulpflicht und Integrationsangebote und die Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft bestimmen die Situationen und Schicksale der Flüchtlinge, besonders der Frauen und Kinder. Hinzu kommen im Herkunftsland und auch im „Gastland Deutschland“ erfahrene Armut und Gewalt.

Die Suche nach kreativen Lösungen und Möglichkeiten, etwas bewegen zu können für die Menschen, erfordert Phantasie, Energie und viel Geduld.

2. Der Kirchenkreis unterhält seit 1991 eine Partnerschaft zur Synodalregion Rubengera der Église Presbytérienne au Rwanda (EPR). Der Kirchenkreis hat den Partnern bei der Errichtung eines Schulungs- und Tagungsseminars geholfen; seit 2005 unterstützt er finanziell ein Programm zur Betreuung von sogenannten Kinderfamilien, also Familien, in denen infolge von Genozid, Krieg oder Krankheit keine Erwachsenen überlebt haben. Das führt zur Auseinandersetzung mit der Frage der Auswirkung globaler Wirtschaft auf die Armutssituation in Ruanda und der eigenen Verstrickung in diese Thematik. Die AIDS-Problematik wurde durch Informationen des GMÖ und der VEM im Zusammenhang mit dem Aktionsbündnis gegen AIDS behandelt.

Niederberg

Faire Blumen zum Besuch: eine Praxis in der Kirchengemeinde Dönberg.

Zur Vorbereitung der Herbstsynode 2006 des Kirchenkreises Niederberg zum Thema „Globalisierung“ hat der Ausschuss für „Weltmission/Weltökumene und Konziliarer Prozess“ ein Papier erstellt, in dem das Thema Globalisierung am Beispiel von Kenias Blumen- und Tourismusindustrie konkretisiert wurde. Kenia darum, weil dort die Partnerkirche des Kirchenkreises Niederberg beheimatet ist, die „Kenyan Evangelical Lutheran Church“. Bei ihrem Besuch im September 2006 brachte eine Delegation der Partner eigene Informationen über die Situation der Blumenarbeiterinnen mit.

Zum einstimmigen Beschluss der Kreissynode Niederberg gehört u.a. die Forderung, „dass der Kirchenkreis einschließlich seiner Einrichtungen nach Möglichkeit ökologisch hergestellte, fair gehandelte und nachhaltig verwendbare Produkte einsetzt“. Die Gemeinden wurden ersucht, dies ebenfalls zu tun und bei den Gemeindegliedern dafür zu werben.

Eine der Voraussetzungen dafür, dies umzusetzen, ist, dass entsprechende Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Davon gibt es gerade für Blumen mit dem Siegel „Flower Label Program“ (FLP), das für umwelt- und sozialverträglichen Anbau steht, vergleichsweise wenige. In Dönberg hat der dortige Gemeindepfarrer die Inhaber der beiden Blumenläden auf faire Blumen angesprochen, mit dem Erfolg, dass nunmehr seit einem Jahr in beiden Blumenläden FLP-Blumen verkauft werden. Im Schnitt gehen 60 bis 80 Rosen pro Woche über die Theke. Das Interesse steigt, Käuferinnen und Käufer kommen sogar von auswärts, nicht zuletzt durch die Präsenz der Aktion im Dönberger Gemeindebrief, mehrfach in der örtlichen Presse und auch durch ein Interview im Bergischen Lokalfernsehen. Inzwischen hat sich der Gemeindepfarrer angewöhnt, bei vielen Geburtstagsbesuchen und bei besonderen Gelegenheiten eine FLP-Rose zu verschenken, nicht ohne dass er vor der Übergabe eine kleine Geschichte zur FLP-Rose erzählt. Diese „Mund zu Mund-Propaganda“ erreicht immer mehr Menschen, vergleichbar einem Stein, den man ins Wasser wirft und der dort Kreise zieht.

Diese Aktion ordnet sich in zwei größere Zusammenhänge ein:

- a) Zum einen erstellt der Missionsausschuss für jede Gemeinde im Kirchenkreis ein informatives Verzeichnis mit Einkaufsmöglichkeiten für fair gehandelte Produkte in ihrem Einzugsbereich.
- b) Zum anderen hat zwischenzeitlich in Wuppertal, wozu Dönberg kommunalpolitisch gehört, das katholische Stadtbildungswerk eine breite Initiative angestoßen, um den Verkauf von FLP-Blumen im Stadtgebiet zu fördern.

Oberhausen

1. Der Evangelische Kirchenkreis Oberhausen hat seit den 80er Jahren drei Partnerschaften geschlossen: Partner sind der südliche Distrikt der Nord-Ost-Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania (ELCT), die Uniting Reformed Church in Southern Africa (URCSA), Region Freestate and Lesotho und in Indonesien der Kirchenkreis Samosir der Huria Kristen Batak Protestan (HKBP). Darüber hinaus pflegen etliche Gemeinden Partnerschaften (nicht nur) mit Gemeinden aus jenen überseeischen Kirchenkreisen. Während hier vorwiegend Projekte unterstützt stellt der Kirchenkreis den Partnern jährlich einen festen Betrag zur Verfügung, über den diese frei verfügen können.

Besonders durch die Kontakte mit den Menschen aus den Partnerkirchenkreisen wurde Christinnen und Christen in Oberhausen die eigene Verstrickung in die ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft bewusst.

2. Nach wie vor ist aktuell, was die Synode des Evangelischen Kirchenkreises im Jahre 1989 zum Thema „Konkrete Schritte auf dem Weg zur Gerechtigkeit“ erkannt und beschlossen hat: „Unsere Form des Wirtschaftens bedroht das Leben der Mehrheit der Weltbevölkerung.“ Um diese Einsicht konkret werden zu lassen, stiftete der Evangelische Kirchenkreis den „Oberhausener Preis“. Der jährlich mit 1000,- € dotierte Oberhausener Preis wird seit 1989 jedes Jahres gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen außerhalb der Kirche für ihr besonderes Engagement für Gerechtigkeit und Frieden verliehen.
3. Gleichzeitig richtete der Kirchenkreis das „Oberhausener Gespräch“ ein. Mit dem „Oberhausener Gespräch“ bietet sich jährlich die Gelegenheit, Kontakte, Kritik und Anregungen zu wirtschaftlichen, gesellschafts- und entwicklungspolitischen Fragen zwischen Kirche, Kommune, Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaft zu vertiefen.

4. Im Oberhausener „Netzwerk Interkulturelles Lernen“ (NIL) haben sich die Bildungseinrichtungen in der Stadt zusammengeschlossen. Gemeinsam werden Projekte und Bildungsveranstaltungen im Horizont der Themen Globalisierung und Zusammenleben verschiedener Kulturen organisiert.
5. Besonders hervorzuheben ist die Internationale Frauengruppe im Evangelischen Familien- und Erwachsenenbildungswerk. Frauen mit und ohne Migrationshintergrund begegnen sich und arbeiten zu frauenspezifischen und Globalisierungsthemen.
6. Im Mittelpunkt der Arbeit des Flüchtlingsreferates steht die Beratung der Flüchtlinge. Durch die Mitarbeit in anderen Organisationen ist über dies eine tragfähige Vernetzung entstanden. Daraus resultieren Vermittlung von Kontakten in die Gemeinden hinein, seelsorgliche Begleitung der Flüchtlinge und Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.
7. Das ökumenische Kirchenzentrum gegenüber des CentrOs, der größte Einkaufsmall Europas, ist immer wieder ein Ort für Veranstaltungen, die sich kritisch mit ökonomischen und sozialen Fragen auseinandersetzen. Hier finden seit dem Buß- und Betttag 2006 „Politische Nachtgebete“ statt. Der Ort eignet sich hervorragend, um Probleme der Konsumgesellschaft und des globalisierten Marktes anschaulich zu machen. Es gibt ein spezielles Programm für Schulklassen oder Jugendgruppen. Der Laden im Haus ist eine von etlichen Verkaufsstellen für fair gehandelte Produkte in Oberhausen.

Ottweiler

Seit 22 Jahren unterhält der Kirchenkreis eine Partnerschaft mit der Diözese Butare der Église Épisopale au Rwanda (EER). Neben regelmäßigen Kontakten in Delegationsreisen und Arbeitseinsätzen einzelner in Rwanda steht die Bildungs- und Armutsthematik in Rwanda im Vordergrund der Wahrnehmung. Dabei unterstützt der Kirchenkreis Ottweiler eine ruandische Schule im Rahmen eines Schulpatenschaftsprogramms und leistet finanzielle Unterstützung beim Bau einer technischen Berufsschule zur Ausbildung von Facharbeitern.

Seit 6 Jahren finanziert der Kirchenkreis die Stelle eines Pfarrers, der ehemals aus der Demokratischen Republik Kongo (CADELU-Kirche) stammt. Er betreut u. a. fremdsprachige Studierende aus Afrika und hält als Vorstandsmitglied der saarländischen AIDS-Hilfe die Problematik der AIDS-Thematik im Kirchenkreis wach.

KBBZ Neunkirchen/Saar

Seit über 20 Jahren ist am KBBZ Neunkirchen/Saar Tradition, dass kurz vor Weihnachten ein Adventscafé stattfindet. Initiiert wurde das damals von zwei engagierten evangelischen Lehrern. Sie wollten mit dem Projekt die gerade gegründete „Elterninitiative krebskranker Kinder im Saarland“ unterstützen. Auch in den nächsten Jahren kam der Erlös des Adventscafés dieser Initiative zu Gute. Nachdem sich die Elterninitiative etabliert hatte, ging der Erlös jahrelang komplett nach Ruanda zu den vom Kirchenkreis Ottweiler initiierten Hilfsprojekten. Seit 1998 gibt es an der Schule einen Schulpfarrer, der die Organisation übernommen hat. Durch Engagement in der Partnerschaftsarbeit des Kirchenkreises und Landeskenntnis konnte den Schülern und Schülerinnen sehr ausführlich von unseren Projekten erzählt werden. Sehr häufig dafür gestimmt, dass der Erlös oder wenigstens die Hälfte des Erlöses nach Ruanda ging, da die Schüler und Schülerinnen über die Verwendung des Erlöses mitbestimmen konnten. Etliche machen sich jedes Jahr darüber viele

Gedanken und bei den Diskussionen in den Klassen vor der Abstimmung geht es sehr oft auch um die Frage, ob das Geld in Deutschland bleiben oder ins Ausland gehen soll. Oft ist das Ergebnis dann, dass mit der Hälfte des Erlöses ein Projekt in Deutschland und mit der anderen Hälfte eines in Übersee unterstützt wird. In den letzten beiden Jahren war der Erlös jeweils zur Hälfte für das Patenschaftsprogramm unseres Kirchenkreises bestimmt. Wir unterstützen mit dem Erlös aus dem Jahr 2005 drei Patenkinder für zwei Jahre (bis Ende 2007) und mit dem aus 2006 demnächst sieben Patenkinder ebenfalls für zwei Jahre. Als eine fünfköpfige Delegation unseres Kirchenkreises Ende März/ Anfang April in Ruanda war, wurden „auf Vorrat“ 15 zusätzliche Patenkinder in das Programm aufgenommen, in der Hoffnung, dass bei diversen Veranstaltungen, bei denen über die Reise berichtet wurde und wird, sich Personen finden, die eine Patenschaft übernehmen. Das Ergebnis war besser als erwartet.

Bei verschiedenen Anlässen wurde ein Film gezeigt hat, der während des Aufenthaltes in Ruanda entstand; so konnten etliche neue Paten gewonnen werden. Der Erfolg macht Mut, dass das Projekt sich weiter entwickelt.

An der Ruhr

1. Interreligiöse Stadtrundfahrt

Ein Arbeitskreis der evangelischen, katholischen, muslimischen und jüdischen Gemeinden hat das Projekt „Interreligiöse Stadtrundfahrt“ entwickelt und von dem bundesweiten, inter-religiösen Gemeinschaftsprojekt „Weißt du, wer ich bin?“ (siehe >www.weisstduwerichbin.de<) die höchstmögliche finanzielle Förderung bekommen. Es wurden eine Informationsbroschüre sowie ein Glossar erstellt. Die gemeinsamen Besuche von zentralen Orten religiösen Lebens der drei Buchreligionen ermöglicht Kommunikation, Information und Erfahrungsaustausch zwischen Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit aus der autochthonen und aus der zugewanderten Bevölkerung.

2. Flüchtlingsreferat

„Das Flüchtlingselend in aller Welt wird nicht weniger, sondern im Zeichen weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Auseinandersetzungen nimmt es eher zu“, sagte ein Mitglied des „Arbeitskreises 3. Welt“ bei der Einrichtung des Flüchtlingsreferates im Kirchenkreis An der Ruhr 1980.

Nun besteht diese Einrichtung mehr als 25 Jahre und immer noch suchen 70 – 80 Flüchtlinge wöchentlich Rat in den offenen Sprechstunden. In Zeiten der Globalisierung ist das Thema aktueller denn je.

Neben der täglichen Beratungsarbeit fanden und finden folgende Aktivitäten und Projekte statt:

- Deutschkurs für tamilische Frauen mit Kinderbetreuung
- Internationale Frauengruppe „Kochen und Kultur“
- Kirchenasyle
- Gruppe für afrikanische junge Mütter
- Unterstützung von Flüchtlingsselbsthilfegruppen
- Kampagne zum „Bleiberecht für langjährig Geduldete“
- Vernetzungstreffen der Ehrenamtlichen aus den Stadtteilen

3. Las Torres e.V.
Seit 30 Jahren (der Verein besteht seit 26 Jahren) wird die Förderung einer Schule der Asociacion Civil de Educacion San Benito) in Caracas/Venezuela ermöglicht. Die Gemeinden des Kirchenkreises unterstützen dieses Projekt mit Spenden und Kollekten. Der Freundeskreis Las Torres e.V. ist aus der Gemeindegemeinschaft hervorgegangen und unterstützt die ökumenischen Partner. Er hat die Zielsetzung, Schulbildung und Erziehung zu fördern und hier bei uns Aufklärung über die Lebensbedingungen der Kinder zu betreiben. Projektförderung, Öffentlichkeitsarbeit und die Einrichtung einer Zivildienststelle „Anderer Dienst im Ausland“ und eine Praktikantinnenstelle gehören zur umfassenden Arbeit des Vereins.
4. Freundeskreis Jayaque e.V.
Der Freundeskreis Jayaque ist aus dem Friedenskreis der Gemeinde Heißen hervorgegangen und hat seit 1987 Beziehungen zu der Basisgemeinde in Jayaque/El Salvador. Seit 20 Jahren bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu der „Kooperative Martin Baro“. Im Rahmen der Partnerschaftsarbeit fanden regelmäßige Delegationsbesuche statt. Der Freundeskreis macht entwicklungspolitische Bildungsarbeit, heute zu den Themenschwerpunkten Bildung und Erziehung. Der Verein unterstützt das Stipendienprogramm der Jesuiten und die verschiedenen Projekte der Kooperative (Nahschule, Bäckerei, Zahnklinik, Jugendsprechstunde). Der Freundeskreis versteht sich als Gemeindegruppe.
5. Gemeindepартnerschaft Bwagura / Tansania und Kettwig
Seit 1989 besteht eine Gemeindepартnerschaft zwischen der Gemeinde Essen-Kettwig und der Gemeinde Bwagura im Distrikt Margharibi(NWD der ELC in Tansania). Es gibt regelmäßige Partnerbesuche. Die Gemeinde Kettwig unterstützt ein Ausbildungsprojekt in Bwagura.
6. Weltladen
Der Mülheimer Weltladen ist vor 27 Jahren in der kirchlichen Arbeit gegründet und nach 2 Jahren ein eigenständiger Verein geworden. Zielsetzung ist die Förderung des fairen Handels und Durchführung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Durch die Unterstützung des Kirchenkreises (Zuschuss zur Ladenmiete) konnte der Weltladen sich zu einem aussagekräftigen Ort entwickeln, der den fairen Handel voranbringt und entwicklungspolitische Bildungsarbeit leistet, z. B. in Schulen und Gemeindegruppen, in der lokalen Agenda 21, u.v.m. Im Laufe der Jahre haben verschiedene Gemeinden „Zweigstellen“ gegründet, die eng mit dem Weltladen zusammenarbeiten. Der Weltladen arbeitet mit im Synodalen Ausschuss für Mission und Ökumene des Kirchenkreises.

Saarbrücken

Der Kirchenkreis Saarbrücken pflegt seit 1992 eine Partnerschaft mit dem Kirchenkreis Goma im Kongo (Communauté Baptiste au Kivu). Zahlreiche Besuche von Delegationen aus Saarbrücken und aus dem Kongo haben bereits stattgefunden. Es besteht ein reger Mail-Kontakt zwischen dem Partnerschaftsausschuss des Kirchenkreises Saarbrücken und dem Kirchenkreis in Goma. Ein für 2006 geplanter Besuch einer Delegation des Kirchenkreises Saarbrücken in Goma musste wegen der unsicheren Lage verschoben werden.

Der Kirchenkreis Saarbrücken unterstützt den Kirchenkreis Goma in jedem Jahr mit einer Mindestsumme von € 10.000. Kollekten und Spenden können diese Summe erhöhen. Gelegentlich (z. B. nach dem verheerenden Vulkanausbruch, der in Goma eine vom Kirchen-

kreis Saarbrücken mitfinanzierte Näherei völlig vernichtete) werden auch Sonderzuwendungen überwiesen.

Seit 2005 organisiert der Kirchenkreis Saarbrücken ein Programm zur Finanzierung des Schulgeldes bzw. der Studiengebühren von Schülern und Schülerinnen und Studenten und Studentinnen in Goma: Einzelpersonen erklären sich bereit, das Schulgeld, bzw. die Studiengebühr für einzelne Schüler, bzw. Studenten zu übernehmen.

Der Kirchenkreis Saarbrücken organisiert den finanziellen Transfer.

Musik als Brücke – Der GospelChor Saarbrücken

Der GospelChor Saarbrücken besteht seit 1986. Die Leitung bemüht sich vor allem um Liedgut aus den Ländern des Südens. In seinem Liederheft "Wo wir zusammen singen werden", einer Sammlung von Liedern aus der Ökumene für deutsche Chöre und Gemeinden (hrsg. von der VEM 1993), heißt es u.a.:

"In diesen Liedern 'der Anderen' begegnen wir auch einem Stück unserer eigenen Geschichte. Sie stammen nicht nur aus unterschiedlichen Regionen der Welt, sondern auch aus einem ganz spezifischen, nämlich christlichen Kontext. Sie sind daher weitgehend durch die Einflüsse der von Europa ausgehenden Mission bestimmt – auch in ihrer musikalischen Sprache. In unserer Sammlung sind sie drei- bis vierstimmig gesetzt. Das entspricht dem Brauch in vielen Teilen der Ökumene, die Begleitharmonien zu gemeinsamen Liedern a cappella zu singen. Die Sätze greifen nach Möglichkeit die (heutigen!) harmonischen und ästhetischen Gewohnheiten der jeweiligen Ursprungsländer auf. Manches mag in unseren Ohren sentimental klingen: Wir hören dann vor allem die Spuren der populären europäischen Musik des 19. Jahrhunderts, die über die Missionare und Missionarinnen in die kirchliche Musiktradition der südlichen Hemisphäre (im Fernen Osten liegen die Dinge anders!) eingedrungen war, leider nur allzu oft durch das Verdrängen der lebendigen eigenen Traditionen vor Ort. Inzwischen aber ist die ehemals europäische Musik dort längst heimisch geworden und wird als eigene betrachtet.

In diesen Liedern begegnen wir also unserer eigenen Vergangenheit in verfremdeter Gestalt, zu der die Anderen sie umgeschaffen haben. Deshalb sind die Lieder eine Brücke zwischen uns: der Ort der lebendigen Mischung des Fremden mit dem Bekannten".

Der GospelChor Saarbrücken bringt in zahlreichen Konzerten die Lieder aus dem Süden mit entsprechenden Hintergrundinformationen Menschen in seiner Region nahe, aber auch darüber hinaus: 1991 beim Südafrika-Forum des Ev. Kirchentags in Essen, 1993 beim Kirchentag in München, Konzerte in allen Teilen Deutschlands, in Frankreich und in Luxemburg (im Zusammenhang mit dem Projekt "Saar-Lor-Lux – Kulturhauptstadt Europas 2007"). Dazu gehörten auch gemeinsame Konzerte mit dem Ruhija Choir aus Tansania (1991) und dem Dogbedea Chor aus Togo (1994).

St. Wendel

1. Der Kirchenkreis unterstützt die Partnerschaft der Kirchengemeinde St. Wendel zu einer lutherischen Gemeinde in Novo Hamburgo (Brasilien). Kirchenkreis und Gemeinde beteiligen sich an der Arbeit vor Ort mit Straßenkindern in einem Kinderhort auch finanziell über Kollekten.
2. Die Projekt- bzw. Ökumenearbeit baut sich um den EINE-WELT-LADEN der Kirchengemeinde St. Wendel. Seit 18 Jahren werden hier Waren des Fair-Handels vertrieben und so wird versucht, die Einkommens- und damit die Lebensverhältnisse in den Ländern der so genannten Dritten Welt zu verbessern. Alle Mitarbeiter des Ladens helfen

ehrenamtlich und die Kirchengemeinde stellt kostenlos den Raum zur Verfügung. Die erwirtschafteten Gewinne führt der gemeinnützige Trägerverein des EW-Ladens unserer Partnergemeinde in Novo Hamburgo/Brasilien zu. Dort wird die Sozialarbeit am Rande eines Elendsviertels unterstützt. Die ortsansässige Kirchengemeinde betreibt einen Kinderhort, eine Vorschule und Jugendprojekte. Daneben wird von Frauen eine Bäckerei betrieben und dadurch die Einkommen der Familien gesteigert.

Der EW-Laden St. Wendel organisiert regelmäßig Verkaufsstände im Krankenhaus und bei Gemeindefesten. Für die Öffentlichkeitsarbeit wird der Gemeindebrief genutzt, hier ist eine feste Eine-Welt-Seite installiert. Des Weiteren veranstaltet der Trägerverein Dia-Vorträge über das Projekt, aber auch Abende mit allgemeiner Thematik (Indonesien, Irak).

3. Um das Bewusstsein im Kirchenkreis zu stärken wird die Kommunikation mit anderen Einrichtungen verstärkt, der GMÖ-Pfarrer hat die Arbeit und die Globalisierungsthematik auf einem Pfarrkonvent dargestellt.

Region Westrich, Kinderweltgebetstag

Im Verbund der Kirchengemeinden Berschweiler, Burg-Lichtenberg und Pfeffelbach im ländlichen Raum wird in der Kinder- und Jugendarbeit und im Pfarrdienst eng zusammen gearbeitet.

Seit einigen Jahren treffen sich 60 bis 80 Kinder zwischen drei und elf Jahren zum Kinder-Weltgebetstag. Er findet immer am Tag nach dem „Erwachsenen-Weltgebetstag“ statt. Der Ort des Kinder-Weltgebetstages wechselt jedes Jahr. Aus zwei Kindergottesdiensten und vier Jungschar-Gruppen kommen Kinder zusammen, und viele bringen auch ihre Familien mit.

In der Vorbereitung wird durch das Mitarbeiter-Team in das Land des Weltgebetstages eingeführt und gemeinsam werden Ideen zur Ausgestaltung entwickelt. Im Verlauf des Monats Februar beschäftigen sich jeder Kindergottesdienst und jede Jungschar in zwei Treffen mit dem Land und jede Gruppe bereitet vor, was sie in den Kinder-Weltgebetstag einbringt. Die Kinder schmücken die Kirche, sie führen in das Land ein, singen Lieder aus dem Land oder tanzen, stellen Kinder aus dem Land vor und beten. Im Anschluss an den Gottesdienst werden Speisen aus dem Land ausprobiert.

Für die Kinder ist es ein Blick in eine andere, fremde Welt; gerade in den letzten beiden Jahren, als sich Südafrika und Paraguay vorstellten. Die Lieder und damit auch die andere Sprache, die Kultur dort, die Landschaft und Tiere und auch die Geschichten von Kindern aus dem anderen Land faszinieren und beeindrucken die Kinder. Und mehr noch: sie beeinflussen und prägen auch ihr Leben, denn die Kinder bekommen einen neuen Blick für ihr eigenes Land. Sie nehmen wahr, wie anders unser Land aussieht, wie reich wir sind und wie anders unser tägliches Leben ist. Im Gebet sagten sie: „Ich danke Gott, dass ich zur Schule gehen kann. Ich danke Gott, dass ich genug zu Essen habe. Ich danke Gott, dass meine Eltern nicht woanders arbeiten müssen, dass wir zusammen wohnen können.“

Doch trotz aller Unterschiede und der weiten Entfernung entsteht eine Nähe zum dem Land des Weltgebetstages: indem die Kinder das Land kennen lernen, durch das gemeinsame Gebet im Gottesdienst, durch die Lebensgeschichten und das Essen erleben die Kinder die Verbundenheit mit den Menschen dort.

Dieses jährliche Projekt ein wichtiger Beitrag, um mit den Kindern gemeinsam die wunderbare Vielfalt unserer Erde und zugleich die Probleme der Globalisierung an einem konkreten Beispiel zu erfahren und kennen zu lernen.

An Sieg und Rhein

1. Hilfe zur Arbeit e.V. (HZA) ist ein gemeinnütziger Verein, der 1993 durch 13 Kirchengemeinden im Kirchenkreis An Sieg und Rhein gegründet wurde. Ziel ist, möglichst vielen Menschen einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Zurzeit sind fast 300 junge und ältere Menschen mit dem Schwerpunkt Langzeitarbeitslose bei HZA in unterschiedlichen Bereichen beschäftigt. Neben zwei Secondhand-Kaufhäusern gehören die Straßenreinigung und andere kommunale Dienste, der Garten- und Landschaftsbau, eine Schreinerei, die Haustechnik und die Cafeteria in der VHS in Siegburg dazu. Ein Team aus Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, Meistern, Anleitern sowie das Verwaltungspersonal kümmern sich um die Arbeitslosen und machen sie fit für den Arbeitsmarkt.
2. Seit Beginn der Dekade zur Überwindung von Gewalt trifft sich im Kirchenkreis An Sieg und Rhein regelmäßig eine Arbeitsgruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Thema „Gewalt überwinden“ auf sehr unterschiedliche Weise immer wieder in die Arbeit im Kirchenkreis einzubringen.

Seit einiger Zeit befasst sie sich mit dem Thema „strukturelle Gewalt“, hat sich im Rahmen dessen mit dem Thema „ethische Geldanlagen“ befasst. Ziel ist, ethische Kriterien auch für die Anlage kirchlicher Gelder mehr und mehr anzuwenden und langfristig im Kirchenkreis Möglichkeiten für ethische Geldanlagen auch im privaten Umfeld bekannter zu machen.

3. Im Kirchenkreis An Sieg und Rhein sind im Gebiet der Oberen Sieg die Folgen der Globalisierung ganz konkret zu spüren: Die einzigen noch verbliebenen großen Firmen haben geschlossen und ihre Produktion verlagert, um Herstellungskosten zu sparen. Die Folge ist hohe Arbeitslosigkeit, die sich insbesondere bei Jugendlichen bemerkbar macht. Das Kinder- und Jugendreferat und das Diakonische Werk des Kirchenkreises haben mit Hilfe einer kreiskirchlichen Kollekte von 11.000 Euro eine mobile Anlaufstelle für Jugendliche im Zentrum von Eitorf geschaffen: ein zur „GUT DRAUF –Tanke“ umgebauter Imbiss-Wagen, in dem ein Jugendmitarbeiter als Ansprechpartner für die Jugendlichen da ist, ihnen Spiel-, Unterhaltungs- und Informationsangebote macht und gesunde Snacks und Getränke kostenlos angeboten werden.
4. Der Kirchenkreis beteiligt sich auch am Gesamtprojekt „Rheinische Affaire“, das durch den GMÖ im Kirchenkreis Wied koordiniert wird. Nähere Informationen dazu siehe KK Wied.

Simmern-Trarbach

Der synodale Arbeitskreis Globalisierung hat sich – im Anschluss an die Herbstsynode 2005 zu diesem Thema – viermal getroffen und die Umsetzung der folgenden Projektideen vorgeschlagen:

1. „Hahn Human“
Der ehemalige US-amerikanische Flugplatz Hahn im Hunsrück hat sich in den letzten 14 Jahren zum elftgrößten Passagier- und viertgrößten Frachtflughafen Deutschlands entwickelt. Flugverkehr ist einer der entscheidenden CO² – Emittenten und hat so gravierende Auswirkungen auf die Klimaentwicklung. Es gibt kein Nachtflugverbot

auf dem Hahn, die Lärmbelastigung steigt also mit. Über 3.000 Arbeitsplätze sind entstanden, mehr als für Zivilangestellte zu Militärflughafen-Zeiten zur Verfügung standen.

Unter folgenden Fragestellungen / Stichworten sollen für das geplante Schulprojekt im Kirchenkreis die Fakten erhoben werden:

- Arbeitsbedingungen und Arbeitsmarkt auf dem Hahn
- Lohnniveau
- Internationale Verflechtungen: Welche Fracht geht von wo nach wo?
- Wer trifft die Entscheidungen für den Hahn? Gibt es wirkliche Partizipation der Bevölkerung der umliegenden Orte?
- Ökologie und Billigflug: Konsumentenverhalten und Korrumpierbarkeit
- Einbindung in die Infrastruktur / Verkehrsverbindungen
- Tourismus in der Region
- Ausbildung auf dem Hahn / Zukunftshoffnung
- Europäische Einigung: Begegnungsmöglichkeit für viele, Kulturaustausch.

Berufsbildende Schulen sowie regionale Schulzentren sollen an der Erhebung und mit Projekttagen zu den Ergebnissen beteiligt werden.

Wesentliches Ziel des Gesamtprojektes ist eine Debatte um die Zukunftsaussichten und negativen Folgen der sich verdichtenden Einbindung der ganzen Region in den gegenwärtigen Globalisierungsprozess unter neo-liberalen, allein gewinnorientierten Vorzeichen.

2. Landwirtschaft

Die Region ist – neben einigen mittelständigen Betrieben – durch landwirtschaftliche Produktion geprägt. Grüne Gentechnologie und Agrarsubventionen werden in Zukunft eine immer stärkere Rolle spielen, Konkurrenz aus außereuropäischen Weinanbaugebieten bedroht schon heute die Kulturlandschaft und das Kulturgut Wein der Moselregion.

In einem Diskussionsprozess sollen negative Aus- und Rückwirkungen der Globalisierung, aber auch positive Aspekte und Perspektiven benannt und erörtert werden. Damit will der Kirchenkreis einen konstruktiven Beitrag zur weiteren Entwicklung der Region leisten.

Solingen

Der „Fachausschuss Umwelt“ des Kirchenkreises als Triebkraft der Lokalen Agenda 21:

Die „Erdgipfel“ genannte UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat mit der Erstellung der „Agenda 21 – Aktionsprogramm für den Übergang ins 21. Jahrhundert“ viele Anliegen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufgegriffen und auf die politische Tagesordnung gesetzt. Ein Teil des Vorschlags von Rio war, auf lokaler Ebene breite Bündnisse zu bilden, um die Kommunen zukunftsfähig zu gestalten.

In der Stadt Solingen regte sich aber in den folgenden Jahren wenig dazu, so dass sich der Fachausschuss Umwelt des Ev. Kirchenkreises Solingen für dieses Anliegen stark gemacht hat. Unter Einbeziehung vieler in diesem Bereich engagierter Gruppen wie amnesty international, Pax Christi, BUND, Eine-Welt-Gruppen u.a. hat er in den Jahren 1996/97 die „dreizehn Solinger Thesen“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung formuliert.

In Verbindung damit entwickelte der Fachausschuss Umwelt ein originelles Veranstaltungsformat, das „Agenda-Nacht-Café 21h“, in dessen Zentrum jeweils eine These thematisch bearbeitet wurde. Kabarett, Pantomime, Musik und kulinarische Angebote gehören zu den Elementen des Formats. Die Teilnehmenden wurden auf verschiedene Weise – z. B. durch eine Anwältin des Publikums – in Expertenpodien einbezogen. Die Moderation lag in professionellen Händen. Dieses Format wurde überregional beachtet und vereinzelt aufgegriffen. Die Öffentlichkeitswirkung des „Agenda-Nacht-Cafés 21h“ machte das Agenda-Anliegen einem größeren Bevölkerungsanteil bekannt und zeigt auch auf kommunalpolitische Ebene Wirkung. Die Thesen wurden zunächst dem Oberbürgermeister überreicht, und obwohl der Stadtrat in dieser Zeit beschlossen hatte, den Lokale-Agenda-21-Prozess aufzugreifen, gab es zunächst wenig Interesse bei der Stadt, sich mit den vorgelegten Inhalten auseinander zu setzen. Ein Antrag des Fachausschusses Umwelt des Kirchenkreises, in Solingen ein Agenda-Café einzurichten, wurde vom Rat abgelehnt. Davon hat sich der Fachausschuss nicht entmutigen lassen, ist am Ball geblieben und hat nach den Kommunalwahlen 1999 die Einrichtung einer Agenda-Geschäftsstelle bei der Stadt Solingen beantragt. Beim neu gewählten CDU-Oberbürgermeister stieß das Anliegen auf offene Ohren. Er ließ sich vom Fachausschuss die 13 Thesen erläutern, bisherige Projekte (wie Ökologie auf dem Friedhof und Ökologie im Büro) vorstellen und die Ideen über die beantragte Agenda-Geschäftsstelle erläutern. Drei Monate später war sie mit 1½ Personalstellen eingerichtet.

Bis heute besteht ein ständiger Kontakt zwischen dem Fachausschuss Umwelt des Kirchenkreises und der Agenda-Geschäftsstelle der Stadt. Und im Agenda-Team der Stadt, in dem Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien und vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammenarbeiten und die Arbeit der Geschäftsstelle begleiten und unterstützen, vertritt derzeit die Vorsitzende des Fachausschusses Umwelt die Stimme der Kirchen. Im Jahr 2001 wurde dem Fachausschuss der Agenda-Preis der Stadt Solingen verliehen.

Die auf Betreiben des Fachausschusses initiierte und jetzt auf breiter Basis getragene Agenda-Arbeit hat dazu geführt, dass die Stadt Solingen 2003 für ihre Maßnahmen zur effizienten Energieverwendung und zum Klimaschutz im Sinne der Agenda 21 als eine von drei deutschen Städten den European Energy Award® erhalten hat.

Trier

Seit 1998 besteht eine Partnerschaft mit der Missionsarbeit der Evangelical Lutheran Church in the Republic of Namibia (ELCRN). In verschiedenen wechselseitigen Begegnungen lernen die Christen und Christinnen im Kirchenkreis Trier Namibia als ein Land kennen, das die Folgen von Kolonialismus und Fremdherrschaft bis heute bearbeitet. Insbesondere das Gedenken an den Herero-Aufstand vor 100 Jahren im Jahr 2004 ließ auch deutsche Verstrickungen in koloniale Vergangenheiten deutlich werden. Die Unterstützung des Anti-Aids-Programms (ELCAP) der namibischen Partner führt zur Auseinandersetzung mit der AIDS-Thematik und damit verbunden mit Fragen internationalen des Patentrechts sowie mit Armut- und Bildungsfragen in Namibia.

Kirchengemeinde Daun

Dauner Sprudel und Wasser in Namibia

Mit den Konfirmanden und Konfirmandinnen haben wir einen „Wassersamstag“ veranstaltet, um das Bewusstsein zu wecken und zu schärfen, dass ein Menschenrecht ist, in Rollenspielen haben wir das Thema unter verschiedensten Aspekten von Wasser als industriellem Produkt bis hin zu Wasser als Mangelware betrachtet, wobei wir die Wasser-

situation in Namibia dem Land unserer Partnerschaft besonders unter die Lupe genommen haben.

Der Wassertag fand am folgenden Sonntag seinen Abschluss im Gottesdienst, den die Konfirmanden und Konfirmandinnen mit gestaltet haben.

Todschick

Unter dem Thema fand ein Konfirmanden/Konfirmandinnen-Wochenende statt, das sich mit der Problematik, Kleidung, Mode, Herstellung von Kleidung unter menschenunwürdigen Bedingungen in Drittweltländern befasste.

Fairer Handel

Die evangelische Kirchengemeinde Daun beteiligt sich an der Aktion von Brot für die Welt: „1000 Gemeinden trinken fair“ und hat sich mit einem Presbyteriumsbeschluss verpflichtet bei gemeindeeigenen Veranstaltungen ausschließlich fair gehandelten Kaffee/Tee auszuschenken.

Kirchengemeinde Trier

Immer wieder finden in Trier, dem Zentrum der gesamten Region, Großveranstaltungen auch zum Thema Globalisierung statt. In der Regel engagiert sich die Evangelische Kirchengemeinde Trier an Veranstaltungen in diesem Bereich. Mit der Konstantin-Basilika steht der Gemeinde zudem ein Gebäude von Weltrang zur Verfügung, das für Veranstaltungen gut zu nutzen ist.

Beispiele für Einzelveranstaltungen sind:

Weltbürgerfrühstück

Erstmals fand am 12. Mai 2007 auf dem Kornmarkt in Trier ein „Weltbürgerfrühstück“ statt, bei dem fair gehandelte Produkte angeboten wurden. In einem Markt der Möglichkeiten präsentierte sich ein breites Bündnis an Gruppen und Institutionen, die sich in den Bereichen Fairer Handel und Globalisierung engagieren. Sambaklänge lockten Zufallsgäste auf den Markt. In einer öffentlichkeitswirksamen Aktion ließ sich Oberbürgermeister Klaus Jensen mit fair gehandelten Bananen aufwiegen.

Durch den Eine-Welt-Laden und engagierte Mitglieder war die Evangelische Kirchengemeinde Trier beim Weltbürgerfrühstück vertreten.

Welt im Kiosk

Am 30. September wird die GEPA zusammen mit dem GMÖ und dem Bistum Trier sowie weiteren Kooperationspartnern in der Konstantin-Basilika in Trier ein neues Eine-Welt-Laden Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt: Ein Kiosk mit einem Grundbestand an fair gehandelten Waren und entwicklungspolitischen Lernmaterialien. 100 dieser Kioske sollen in einer Pilotphase in Rheinland-Pfalz erprobt werden, bevor die Aktion deutschlandweit fortgesetzt wird. Mit einem Familiengottesdienst am Morgen sowie einem Jugendgottesdienst am Abend wird diese Aktion begleitet. In einem Markt der Möglichkeiten präsentieren Eine-Welt-Gruppen ihr Engagement.

In verschiedenen Arbeitsfeldern wird in der Evangelischen Kirchengemeinde Trier kontinuierlich an den Themen des konziliaren Prozesses gearbeitet. Seit Jahren gibt es – begleitet von der Jugendarbeit – einen Eine-Welt-Verkauf. Thematische Gottesdienste finden ebenfalls regelmäßig statt. Besonders hervorzuheben sind:

Ausstellungen in der Konstantin-Basilika

Mehr als 2,5 Millionen Menschen besuchen jedes Jahr die Konstantin-Basilika in Trier. Neben Kurzandachten und besonders gestalteten Gottesdiensten/ Kirchenkonzerten prä-

sentiert die Evangelische Kirchengemeinde regelmäßig Ausstellungen im ehemaligen Thronsaal Konstantins. Im Mittelpunkt stehen dabei Ausstellungen, die Fragestellungen des Konziliaren Prozesses aufgreifen.

So wurde z. B. mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ präsentiert, die sich mit dem Zivilen Friedensdienst im Ausland beschäftigt.

Seniorenakademie in der Christuskirche

Die Seniorenakademie bietet wöchentlich Vorträge zu den verschiedensten Themenbereichen an. Häufig können Professoren/ Dozenten der Trierer Uni für eine ehrenamtliche Mitarbeit gewonnen werden. Jeweils drei oder vier Vorträge beleuchten eine Fragestellung unter jeweils unterschiedlichen Blickwinkel. Das Themenspektrum ist weit: Eine Vortragsreihe beschäftigte sich z. B. mit der Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen in Trier, eine andere mit den sozio-ökonomischen Folgen der Kolonialgeschichte für die Gegenwart Namibias.

Diakonie-Praktikum für Konfirmanden

Im Rahmen des KU durchlaufen alle Konfirmanden der Evangelischen Kirchengemeinde Trier ein dreitägiges Praktikum in einer diakonischen Einrichtung in der Moselstadt. Praktikumsplätze werden z. B. angeboten in Krankenhaus, Altenheimen, Sozialstation. Eine Mitarbeit ist ebenso möglich im Eine-Welt-Laden oder bei der Trierer Tafel. Im KU wird das Praktikum vorbereitet. Die Auswertung erfolgt in einem Auswertungsseminar. Hier wird die Notwendigkeit des Engagements für andere besonders sichtbar.

Partnerschaftsarbeit

Die Evangelische Kirchengemeinde Trier engagiert sich zum einen in der Partnerschaft des Kirchenkreises Trier mit der Missionsarbeit der Evangelisch Lutherischen Kirche in Namibia. Schwerpunkt ist seit Jahren der Kampf gegen AIDS – Das Anti-AIDS-Programm der Partnerkirche wird auch finanziell unterstützt. Im Konfirmandenunterricht und bei eeb-Veranstaltungen sind die Strukturen, die AIDS begünstigen ebenso Thema wie die Unterstützung der Partner.

Mit der Evangelisch Lutherischen Kirchengemeinde von Irkutsk/ Sibirien verbindet die Kirchengemeinde eine weitere Partnerschaft. Insbesondere im Jugendaustausch werden die sich durch die Globalisierung ergebenden gesellschaftlichen Verwerfungen in Osteuropa sichtbar. Gemeinsame Projekte (Aufbau eines Bauernhofes als Therapiezentrum für Alkoholgefährdete Jugendliche und Erwachsene) machen das Bemühen um gerechte Strukturen sichtbar.

Völklingen

Partnerschaft des Kirchenkreises Völklingen im Rahmen der Aktion Bundesschluss (Südafrika)

1986 hatte sich der Kirchenkreis Völklingen auf Beschluss der Kreissynode der "Aktion Bundesschluss" angeschlossen, die Pfarrer Dr. Wolfram Kistner in Zusammenarbeit mit dem Südafrikanischen Kirchenrat ins Leben gerufen hatte. Der Kirchenkreis ging damit eine Partnerschaft mit dem Ort Ekangala ein, in den Menschen aus dem Bereich Johannesburg zwangsumgesiedelt wurden. Der Ort insgesamt sollte nach Planung der südafrikanischen Regierung in das Homeland KwaNdebele zwangseingegliedert werden. Der Kirchenkreis informierte darüber im Laufe der nächsten Jahre die Öffentlichkeit in Deutschland. U.a. fuhr er mit über 60 Frauen und Männern zu einer Protestaktion vor der südafrikanischen Botschaft in Bad Godesberg. Zudem wurde eine erfolgreiche bundesweite Postkartenaktion in Solidarität mit einem verhafteten Rechtsanwalt gestartet, der

die Bürger von Ekangala vertrat. Delegationen des Kirchenkreises fuhren nach Südafrika, Delegationen aus Ekangala besuchten den Kirchenkreis Völklingen.

1990 dann das Ende der Apartheid. Und damit war auch der eigentliche Anlass für die Partnerschaft verschwunden: Es gibt keine Zwangsumsiedlungen mehr. Verschiedene Versuche, trotzdem die Partnerschaft über Entwicklungsprojekte aufrecht zu erhalten, scheitern an mangelhafter Kommunikation. Daran ändern auch Besuche in Ekangala in den Jahren 1993 und 1999 nichts, bei denen die Besucher aus dem Saarland zwar mit herzlicher Gastfreundschaft aufgenommen wurden, bei denen aber nichts Substantielles verabredet werden konnte.

Im Juni 2002 beschloss die Kreissynode dann, die Partnerschaft mit dem Ort Ekangala offiziell zu beenden und stattdessen ein AIDS-Präventionsprojekt des Regionalkirchenrats von Pretoria zu unterstützen. Nach Auflösung des Regionalkirchenrats führt ein pensionierter Superintendent dieses Projekt im Auftrag und auf Rechnung des Kirchenkreises Völklingen weiter. Finanzielle Grundlage sind die Rücklagen, die seit 1986 gebildet wurden.

Wesel

In Namibia leben 22% der erwachsenen Bevölkerung mit HIV oder AIDS. Fortwährende Tabuisierung der Sexualität, gesellschaftliche Strukturen, die den Frauen sexuelles Selbstbestimmungsrecht verweigern oder die Tabuisierung und Stigmatisierung der Betroffenen, die eine Aufklärungsarbeit verhindert, sind nur einige der zentralen Ursachen. Auch fehlt es an ausgebildeten Fachkräften, einem funktionierenden Gesundheitswesen und der notwendigen Infrastruktur. Ist jemand erst infiziert, bleibt meist nicht mehr viel Zeit, denn eine Behandlung von Aids und den Infektionen, welche die Krankheit begleiten, ist wegen fehlender Mittel meist nicht möglich. Im Jahre 2001 wurde auf Initiative der Evangelisch Lutherischen Kirche in Namibia dort eine landesweite Aktion gegen AIDS (ELCAP) gestartet.

Ein erstes Ziel war es, AIDS-Komitees und Unterstützergruppen in jeder Gemeinde zu bilden. Diese sollen die Hauskrankenpflege sowie Beratung und Aufklärung in den Gemeinden organisieren. In Rehoboth wurde ein eigenes ELCAP-Schulungszentrum eingerichtet. Regelmäßig werden Kurse für Delegierte aus den Gemeinden und Kirchenkreisen durchgeführt.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten kann das ELCAP-Programm in Namibia erste, aber wichtige Erfolge aufweisen: das Thema Aids wird nicht mehr tabuisiert, Beratungsstellen in fast allen Kirchenkreisen sind eingerichtet, ein Großteil der Bevölkerung wird erreicht.

In Deutschland gibt es keine vergleichbare Gefährdung, an AIDS zu erkranken, aber auch hier ist die Krankheit vorhanden. Das Bewusstsein für Infektionsgefahr und Krankheit muss in vielen Aktionen wach gehalten werden. Es gilt, Politik und Pharmaindustrie zu adressieren, damit überlebensnotwendige Medikamente allen Erkrankten zugute kommen, auch wenn sie diese nicht bezahlen können.

Das Partnerschaftskomitee Namibia des Kirchenkreises unterstützt das Aktionsbündnis, speziell die Arbeit im Partnerkirchenkreis in Namibia, und hat alle Gemeinden zur Beteiligung an den Hilfsmaßnahmen aufgerufen. Informationsveranstaltungen in Gemeinden, Kirchenkreisen und Schulen sind wesentlicher Teil der Arbeit.

Wetzlar

30 Jahre „Projektgemeinde Tikato“

Mit dem Bekanntwerden der Saheldürre 1972/73 entwickelte sich in den Gemeinden der Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar eine große Spendenbereitschaft. Nachdem zunächst "für die Menschen im Sahel" gesammelt wurde, entstand bald der Wunsch, aus der Anonymität heraus zu persönlichen Beziehungen zu kommen. Der damalige Sozialsekretär der beiden Kirchenkreise, Winfried Simon, nahm daher 1974 mit der Bitte nach einer Partnerorganisation und einem konkreten Projekt Kontakt zu Brot für die Welt auf. So entstand die Beziehung zum Projektbüro der Vereinigung der evangelischen Kirchen in Burkina Faso und zum Staudamm im Dorf Tikato bei Pissila, Region Kaya im damaligen Ober-Volta, heute Burkina Faso. Der spärliche und kostbare Regen in der Sahel-Zone wird gesammelt und so über eine längere Periode den Menschen nutzbar gemacht. Innerhalb eines Jahres kamen in der Kooperation der beiden rheinischen Kirchenkreise und in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde Naunheim der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau fast ein Drittel der Baukosten zusammen. Dies wurde möglich durch die intensive Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden über die Probleme der Sahelzone und der dort lebenden Menschen.

Die Aktiven in den Kirchenkreisen schlossen sich danach zu der zunächst lose organisierten "Projektgemeinde TIKATO" zusammen, die seit 1994 ein Arbeitskreis beider Kirchenkreise ist, mit Mitarbeitern auch in der Kirchengemeinde Naunheim (EKHN).

Durch häufige, gegenseitige Besuche sind die Beziehungen sehr persönlich geworden. Die daraus gewachsene Kenntnis der Situation und die gewonnenen Informationen werden nach wie vor mit Erfolg bei der Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Burkina Faso mit den Menschen dort, ihren Nöten und den Projekten zur Hilfe sind dadurch für die Menschen hier ein Begriff geworden.

Inzwischen gehen die Beziehungen über das Projektbüro der evangelischen Kirchenföderation hinaus und erfassen auch weitere Organisationen, wie das Centre Ecologique Albert Schweizer oder das Berufsausbildungszentrum der evangelischen Kirchen.

Eine sozioökonomische Studie hat die Bedeutung des Staudammes für die Bevölkerung nochmals bestätigt: ca. 5000 Menschen leben von den Erträgen der Bewässerungsgärten, Fischfang und Viehzucht. Ca. 400 Gärtner kommen aus weiterer Entfernung, um hier durch Gartenbau einen Zuverdienst zu haben und nicht mehr in die Nachbarländer emigrieren zu müssen; die Landflucht der Jugend wird durch Arbeitsmöglichkeiten verhindert.

Massive Schäden am Damm wurden durch angepasste Methoden mit örtlich verfügbaren Materialien in Handarbeit durch die Menschen vor Ort beseitigt, wobei ein Mitglied der Projektgruppe (Wasserbauspezialist) half. So haben die Menschen erfahren, dass sie selbst ohne den Einsatz von Maschinen und ohne Eingriffe von außen ihren Damm weiter erhalten können.

Alle zwei Jahre findet der "Brückenschlag Wetzlar Ouagadougou" statt, eine Veranstaltung auf der historischen Lahnbrücke in Wetzlar. Passanten werden eingeladen, mit einer Spende – auf ein Band geklebt – die Brücke von Wetzlar nach Ouagadougou zu schlagen. Begleitet wird diese spezielle Sammlung durch Veranstaltungen unterschiedlicher Art, besonders auch mit Informationen über die Situation der Menschen in Burkina Faso.

Der Kirchenkreis Wetzlar pflegt seit 1980 eine Partnerschaft mit dem Kirchenkreis Windhoek in Namibia. Er unterstützt in den letzten Jahren in besonderer Weise die landeswei-

te Initiative der ELCRN gegen Aids, ELCAP: mit jährlichen Benefizkonzerten und Öffentlichkeitsarbeit, Besuchen von Mitgliedern des Namibiaausschusses und Gästen aus dem Partnerkirchenkreis in Gemeinden und Schulen.

Im Sommer 2008 ist ein gemeinsames Jugendcamp im Kirchenkreis Windhoek geplant, in dessen Verlauf eine gemeinsame Aktion von namibischen und deutschen Jugendlichen im Rahmen von ELCAP in Rehoboth und Windhoek geplant ist. Dieses Jugendcamp findet in Zusammenarbeit mit der Botswana-Partnerschaft des Kirchenkreises Braunfels statt.

Wied

Einen guten Anfang nahm die Rheinische Affaire, als engagierte Menschen aus Stadtverwaltungen, Vereinen, Weltläden, Landesnetzwerken und Agenda-Büros zusammenfanden. Ihr erstes gemeinsames Kind war der fair gehandelte und ökologisch angebaute „Bonn Café“, der am 15. März 2002 das Licht der Welt erblickte und der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte.

Bis heute folgten 11 weitere Städte- & Regionalkaffees der Kampagne für NRW und Rheinland-Pfalz. Seit 2003 gibt es auch den Espresso.

Und das Angebot scheint unwiderstehlich: Bis Ende 2006 wurden 54 Tonnen Kaffee der Rheinischen Affaire verkauft. Es ist eine regionale Kampagne in einem weltweiten Beziehungsgeflecht. Jeder Schluck Kaffee, den die Rheinländer trinken, hat direkte Auswirkungen für Kaffeebauern rund um den Äquator.

Lokale Entscheidungen für fair gehandelten und biologisch angebauten Kaffee können Auswirkungen auf weltweite wirtschaftliche, ökologische und soziale Strukturen haben. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ verweist die Agenda 21 darauf, dass globale Probleme auch auf örtlicher Ebene anzugehen sind.

Die Kaffeebauern sind in Kooperativen organisiert und verfügen zusammen über Teile des erwirtschafteten Gewinns. Sie können dann gemeinsam in ökologische, medizinische und Schulprojekte investieren.

Das Gesamtprojekt wird durch den GMÖ Mittelrhein-Lahn promoviert und koordiniert. Folgende Kirchenkreise sind bisher beteiligt: Altenkirchen, Bonn, Gladbach-Neuss, Godesberg-Voreifel, Koblenz, Gesamtverband Köln, Köln-Süd, Leverkusen, Sieg und Rhein, Wied.

Wuppertal

Grüner Strom: Eine flächendeckende Praxis im Kirchenkreis Wuppertal

Die große Mehrheit der zum Kirchenkreis Wuppertal gehörenden Rechtsträger (Kirchengemeinden und Einrichtungen) hat sich einer Rahmenvereinbarung mit den Wuppertaler Stadtwerken angeschlossen und bezieht seit mehreren Jahren „grünen Strom“. Die Stromversorgung mit regenerativ erzeugtem Strom erfolgt seit 2007 mit folgender Zusammensetzung:

- 85% alpiner Wasserkraftstrom
- 10% regenerativ erzeugter Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung aus Wuppertal
- 5% regenerativ erzeugter Strom aus Wuppertal

In rund 380 Verbrauchsstellen von der Kirche bis zum Kindergarten wurden im Jahr 2006 2.639.865 kWh grüner Strom bezogen. Die evangelische Kirche in Wuppertal leistet so einen nicht unerheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Partnerschaften

Der Kirchenkreis Wuppertal unterhält drei Partnerschaften, in denen das Thema Globalisierung praktisch virulent wird:

1. Seit 30 Jahren eine Partnerschaft zur Ev. Luth. Kirche in der Republik Namibia (ELCRN), hier zum Kirchenkreis Keetmanshoop. In diesem Rahmen werden vor allem kirchliche Projekte vor Ort unterstützt. Durch regelmäßigen Kontakt, Anteilnahme an den Herausforderungen und Problemen der Partnerkirche und Besuche wird die Tatsache, dass wir "in EINER Welt leben", konkret. Zur Zeit stehen Fragen der Aidsproblematik sowie die von der namibischen Kirche unterstützte modellhafte Implementierung eines "Basic Income Grant" als einem neuem entwicklungspolitischen Instrument im Vordergrund.
2. Seit Anfang der 90er Jahre eine Partnerschaft zum Kirchenrat CEPAD in Nicaragua. Partner ist das Regionalbüro des Kirchenrates in Wuppertals Partnerstadt Matagalpa. Die Region Matagalpa ist Zentrum der Kaffeeproduktion in Nicaragua und wurde durch den Verfall des Kaffeepreises auf dem Weltmarkt dramatisch getroffen. Der Kirchenkreis unterstützt den Kirchenrat in einem Diversifikationsprogramm. Kleine Kaffeeproduzenten erhalten Unterstützung bei der Umstrukturierung ihrer Betriebe und dem Anbau anderer Feldfrüchte. Hauptprojekt ist der Maracujaanbau und dessen Vermarktung.
3. Seit mehr als 20 Jahren eine Partnerschaft mit der überkonfessionellen, christlichen Jugendarbeit Youth Alive Ministries (YAM) in Soweto, RSA. Dabei geht es u.a. um ein Präventivprogramm zum Thema Aids in den Schulen Sowetos, das durchgängig angeboten wird. Darüber hinaus unterstützt YAM junge Leute, die bereits infiziert sind, durch den Kauf der nötigen Medikamente, zum andern, indem sie den persönlichen Kontakt zu ihnen und ihren Familien halten und sie seelsorgerlich begleiten.

Auftrag:

Auszug aus dem Protokoll der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 14. Januar 2005

Antrag der Kreissynode Aachen betr. Wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen

Beschluss 68:

Das Evangelium verspricht Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen.“ (Joh 10, 10b)

Da die Heilszusagen Gottes umfassend allen Menschen gelten und wirtschaftliche Verelendung im Widerspruch zum Willen Gottes steht, gehört auch die Frage, inwieweit eine Wirtschaftsform im Dienst des Lebens steht, zum Grundauftrag der Kirche.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen zum Hauptthema der Landessynode 2007 zu machen. Zur Vorbereitung soll eine Arbeitsgruppe berufen werden, bestehend aus Mitgliedern des Ständigen Theologischen Ausschusses, des Ständigen Ausschusses für öffentliche Verantwortung, des Ständigen Finanzausschusses, des Ausschusses für außereuropäische Ökumene und des Sozialethischen Ausschusses.

Dem Ständigen Ausschuss für öffentliche Verantwortung wird die Federführung übertragen. Der Antrag der Kreissynode Aachen ist damit erledigt.

*(Mit Mehrheit, bei drei Gegenstimmen
und fünf Enthaltungen)*

Prof. Dr. Mark S. Burrows
Professor für Kirchengeschichte an der Andover Newton Theological School
Newton Centre, Massachusetts

Bibelarbeit für die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland
Bad Neuenahr, am 8. Januar 2008

Lesungen: Lukas 17, 20, Jesaja 49, 8 – 13 und 2. Korinther 6, 1 – 7

Hier und da ist die Laterne der Barmherzigkeit
zu den Fischen zu stellen,
wo der Angelhaken geschluckt
oder das Ersticken geübt wird.

Dort ist das Gestirn der Qualen
erlösungsreif geworden.

Oder dahin,
wo Liebende sich wehe tun,
Liebende,
die doch immer nahe am Sterben sind.¹

„Und es werden kommen von Osten und von Westen, von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen werden im Reich Gottes. Und siehe, es sind Letzte, die werden die Ersten sein, und sind Erste, die werden die Letzten sein.“ (Lukas 13, 29 – 30)

„Wer hat – gegeben wird ihm, ja überreich geschenkt. Wer aber nicht hat – dem wird auch das, was er hat, genommen.“ (Matt 13, 12; übersetzt von Fridolin Stier)

Gestern habe ich von dem Wort Jesu gesprochen, das den Tisch als Bild des Gottesreichs darstellt. Es ist auch bei Lukas in einem anderen Zusammenhang erwähnt (s. Mt. 19, 30), trifft aber auch die Sache der Wirtschaftsordnung – und, was dasselbe in dieser Kultur war, die Familienordnung. Der Spruch Jesu, den wir gerade aus dem Matthäusevangelium (13, 12) gehört haben, entspricht der Logik unserer Wirtschaft, auch wenn Jesus es anders gemeint hat. Jesus wusste nichts von einer globalisierten Wirtschaft, wie wir sie in der Spätmoderne erfahren. Mit diesem Wort meint er, dass nur wenige seine Lehre, seine Gleichnisse, verstehen werden. Er sagt, „euch ist gegeben, die Geheimnisse des Königtums der Himmel zu erkennen, jenen aber ist es nicht gegeben“. Wer kann denn seine Lehre verstehen? Wem ist das Verständnis des Gottesreiches geschenkt? Uns vielleicht? Oder anderen?

Die Gleichnisse sind für uns schwer zugänglich, gerade weil unser Verständnis auch von wirtschaftlichen Dingen geprägt wird und es oft schwer für uns ist, alternative Konzeptionen anzunehmen. Wollen wir uns eigentlich mit Nikodemus als neugeboren verstehen, oder lieber bei dem Alten bleiben? Denn wir, die als „Erste“ unseres Wirtschaftens wohl anerkannt sind, zögern, wenn wir solch ein Wort Jesu hören, denn wir wollen nicht unter die „Letzten“ gezählt werden. Ein prophetisches Wort für uns, gerade weil es ein anspruchsvolles und deshalb schwieriges Wort ist.

¹ Nelly Sachs, ohne Titel, aus *Und Niemand Weiß Weiter*; auch in Nelly Sachs, *Gedichte*, hrsg. von Hilde Domin (Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1977), 58.

Diese Gleichnisse gehören der prophetischen Tradition an. Denn die Propheten stellen Bilder – ja, man dürfte schon sagen, „poetische“ Bilder – einer gerechten oder versöhnten Gesellschaft dar, was sich als eine „*aufgestandene*“ Gesellschaft verstehen lässt. Sie lassen sich als Ermahnung verstehen, diese neue Ordnung nicht nur zu bewundern, sondern wahrzunehmen, damit etwas ganz neu in Gang gesetzt werden kann. Sie laden uns ein, Gottes Reich mitzubauen. Sie beschreiben eine Weltordnung, in der die weltlichen Erwartungen von Macht und Hierarchie, von Autorität und Herrschaft, auf den Kopf gestellt werden. Die Weltanschauung der Propheten ist eine „*upside-down-world*“ und führt ein radikales Wirtschaftsmodell ein, das ganz andere Vorstellungen ins Spiel bringt, was menschliche Beziehungen und Wirtschaftsfragen betrifft. Wie können wir es vermeiden, dass wir die Tatsachen unserer Welt sehen, aber nicht verstehen? Dass wir, wie Jesaja sagt, „umherblicken – und doch nicht erblicken; hören – und doch nicht hören und nicht verstehen“? Wie finden wir, als Christen und als Kirchen, den Weg, der uns „von einer Globalisierung der Märkte zu einer Globalisierung der Herzen“ führt? Wie machen wir so was?

Das prophetische Wort deutet die Vorstellung einer gerechten Globalisierung an. Sie stellt eine „geheilte“ Wirtschaftsform vor, die sich hauptsächlich versteht im Dienst des *Lebens*, und nicht im Dienst der *Märkte*. Sie beschreibt den Lebensweg als *den der Versöhnung*, die sich auf Befreiung der Unterdrückten konzentriert. Aber wie kommen wir dazu, dass wir nicht nur die *Welt*, sondern *uns selber* anders verstehen – und zwar nicht nur als die Ersten der globalisierten Wirtschaft, sondern als diejenigen, die andere wahrnehmen dürfen in ihren Leiden und in ihren Hoffnungen (Röm 15, 7)? Wie können wir eine Ordnung der Barmherzigkeit ins Leben rufen, innerhalb unserer eigenen Gesellschaft und in der Welt? Wie können wir „das Gestirn der Qualen“ (Nelly Sachs), das Paulus als „die Leiden der jetzigen Zeit“ kennt (Röm 8, 18), als „erlösungsreif“ verstehen?

Auch wir wundern uns mit den Pharisäern, die Jesus fragten, wann das Reich Gottes kommen wird. Auch wir glauben nicht immer, dass es schon unter uns ist (Lk 17, 20). Auch wir verzichten manchmal darauf, das bejahende Wort Gottes wahrzunehmen und an andere weiterzugeben als Versöhnungswort. Auch wir lehnen dieses befreiende Wort als *Einladung* zu oft ab und versagen unsere eigene Verwandlung als Christen. Haben wir den Mut, um wieder mit Nelly Sachs zu sprechen, die „Laterne der Barmherzigkeit“ hochzuheben in der Finsternis unserer globalisierten Welt – auch wenn wir uns als Teil der Finsternis erkannt haben? Wir brauchen ein neues Wort, ein ermutigendes Wort, ein verheißungsvolles Wort, das uns zusammen mit anderen zu dem einen Tisch im Reich Gottes einlädt. Wir brauchen ein prophetisches Wort, das uns auf die Spuren der Hoffnung ruft.

So spricht der HERR: Ich habe dich erhört zur Zeit der Gnade und habe dir am Tage des Heils geholfen und habe dich behütet und zum Bund für das Volk bestellt, dass du das Land aufrichtest und das verwüstete Erbe zuteilst, zu sagen den Gefangenen: Geht heraus! und zu denen in der Finsternis: „Kommt hervor! Am Wege werden sie weiden und auf allen kahlen Höhen ihre Weide haben. Sie werden weder hungern noch dürsten, sie wird weder Hitze noch Sonne stechen, denn ihr Erbarmer wird sie führen und sie an die Wasserquellen leiten. Ich will alle meine Berge zu ebenen Wegen machen, und meine Pfade sollen behahnt sein. Siehe, diese werden von ferne kommen, und siehe, jene vom Norden und diese vom Meer und jene vom Lande Sinim. Jauchzet, ihr Himmel, freue dich, Erde! Lobet, ihr Berge, mit Jauchzen! Denn der HERR hat sein Volk getröstet und erbarmt sich seiner Elenden.“ (Jesaja 49, 8 - 12)

Aber wann *ist* diese Zeit der Gnade? Diese Frage wurde von Jesaja gestellt, als Israel im Exil war. Er erinnert sie an das, was Gott einmal getan hat: „Ich habe dich erhört ...“; „ich habe dir geholfen“. Wenn Jesus von den Pharisäern nach dem Kommen des Gottesreichs gefragt wird, bezieht sich ihre Frage auf die Zukunft. Wann *wird* Hilfe kommen? Wann *wird* wieder ein neues „Königtum“ kommen? Es ist eine Frage der Sehnsucht nach einer kommenden Befreiung.

„*Wann*“ ist das Wort der noch nicht erfüllten Hoffnung. Es ist das Wort der Sehnsucht nach Erfüllung. Aber es ist auch das Wort der gescheiterten Erwartungen. Es ist das Wort, das mittendrin in der heutigen Globalisierung steht, denn viele wollen doch nicht nur glauben, sondern erfahren, dass ihr Leben verbessert wird durch wirtschaftliche Entwicklungen. Sie fragen: *Wann* kommt der Tag des Heils, in dem man nicht mehr durstet und hungert? *Wann* werden wir das tägliche Brot tatsächlich *täglich* kriegen? *Wann* wird die Hoffnung nicht nur zukünftig sein, sondern auch so präsent, dass das Volk getröstet wird und die Elenden Erbarmung erfahren werden? Die schwierige Frage, die von vielen in unserer globalisierten Welt gestellt wird, lautet: *Wann*?

Als Mitarbeiter aber ermahnen wir euch, dass ihr die Gnade Gottes nicht vergeblich empfangt. Denn er spricht (Jesaja 49, 8): „Ich habe dich zur Zeit der Gnade erhört und habe dir am Tage des Heils geholfen.“ Siehe, jetzt ist die Zeit der Gnade, siehe, jetzt ist der Tag des Heils! Und wir geben in nichts irgendeinen Anstoß, damit unser Amt nicht verlästert werde; sondern in allem erweisen wir uns als Diener Gottes: in Nöten, in Ängsten, in Schlägen, in Mühen, im Wachen, im Fasten, in Lauterkeit, in Erkenntnis, in Langmut, in Freundlichkeit, im Heiligen Geist, in ungefärbter Liebe, in dem Wort der Wahrheit, in der Kraft Gottes, mit den Waffen der Gerechtigkeit zur Rechten und zur Linken. . . (2. Kor 6, 1 - 7)

Es ist gerade dieses Wort Jesajas, das der Apostel Paulus wählt, um das Wort der Versöhnung darzustellen. Und solch ein prophetisches Wort, wie Luther die Sache verstanden hat, ist gerade Verkündigung des Evangeliums. Aber Paulus verwendet dieses Wort anders, indem er weder von der Vergangenheit noch von der Zukunft redet. Er weiß nur von der Gegenwart. Das Evangelium ist gegenwärtig, oder es ist nichts. Sein Wort steht als Antwort auf die Sehnsüchte nach Versöhnung unter den Leidenden unserer Welt, wenn er auf die Frage „Wann?“ ein deutliches Wort ausspricht: „*Jetzt!*“ *Jetzt* ist ein gefährliches Wort, ein Wort, das unser Leben und unseren Wohlstand in Anspruch nimmt, gerade weil es darauf zielt, uns in Verbindung mit anderen bringen zu dürfen.

Dieses prophetische Wort „*Jetzt*“ können wir in erster Linie als *Wort vom Kreuz* verstehen, d. h. als Wort, das viele unter den Weisen unter uns als unrealistisch, nicht nachvollziehbar, vielleicht auch träumerisch verstehen werden. Als Wort der *Schwachheit Gottes*, um mit Paulus zu denken. Aber gerade deswegen als Wort, das stärker ist als Menschenworte.

Denn viele, die sich als die „Letzten“ in der Globalisierungsordnung verstehen, hören immer wieder das Wort „Nein!“ oder „Noch nicht!“. Sie sind wie diejenigen, um wieder ein Wort von Nelly Sachs zu zitieren, die uns bitten:

Zeigt uns noch nicht einen beißenden Hund –
Es könnte sein, es könnte sein,
Dass wir zu Staub zerfallen –
Vor euren Augen zerfallen in Staub.
Was hält denn unsere Webe zusammen?
Wir odemlos gewordene,
Deren Seele zu Ihm floh aus der Mitternacht
Lange bevor man unseren Leib rettete
In die Arche des Augenblicks.²

Sie bitten uns um ein wohl gesprochenes „Ja“: ja zum täglichen Brot; ja zu den Grundbedürfnissen des Lebens; ja zu der Hoffnung auf Befreiung; ja zu der Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Sie wollen mit uns dieses „Jetzt“ nicht nur hören als Strategie oder vertröstende Hoffnung. Sie wollen es erfahren in der Tat.

Dieses Wort „Jetzt“ ist Wort der Versöhnung, die schon in Christus „unterwegs“ in der Welt ist. Es ist das Wort, das wir als Einladung zu dem ungeteilten „Tisch“ im Reich Gottes erfahren. Wann kommt das Reich Gottes in einer globalisierten Welt? Ist es wirklich schon „unter uns“, oder träumen wir nur davon? Haben wir Augen, mit denen wir es doch sehen können?

Wir hören das lockende Wort des Propheten Jesaja, wenn er sagt; „Her, wer Durst hat! Hier gibt es Wasser! Auch wer kein Geld hat, kann kommen! Kauft euch zu essen! Es kostet nichts! Kommt, Leute, kauft Wein und Milch! Zahlen braucht ihr nicht!“ (Jes 55, 1 – 2) Solche Worte klingen unmöglich, wenn nicht absurd, aber sie entblößen die Unbarmherzigkeit der Marktwirtschaft, die im starken Kontrast zur Barmherzigkeit Gottes steht. Sie stellen den prophetischen Traum von Gerechtigkeit und Frieden dar, indem sie ein Wort der Hoffnung äußern, das *uns* in Anspruch nimmt und uns *mit anderen* der Welt in Verbindung bringt.

„Jetzt“: Solch ein bejahendes Wort ist für unsere Zeit ein *prophetisches* Wort, das noch lange nicht erfüllt ist. Es ist wohl auch ein *poetisches* Wort, das eine gerechte Welt vor Augen malt. Die dringende Frage ist, ob wir wirklich glauben, dass dieses Wort im *Werden* ist. Ob wir uns darum kümmern, dass diese Wahrheit nicht nur in Wort und Sakrament innerhalb unserer Kirchen, sondern auch im öffentlichen *Geschehen* erkannt wird. Nicht nur als ein altes und schönes Denkmal in der Bibel, sondern als Wegweiser für uns und andere, die zusammen unterwegs sind zum Gottesreich.

Diese Mission erfahren wir und andere in unserer Welt aber nicht immer als „gute Nachricht“, weil wir zu schnell und zu oft dem Mythos Glauben schenken, dass der Tisch nicht groß genug ist für alle, die hungern. Im Reich der freien Wirtschaft sorgt eben jeder für sich selbst; im Reich der Gnade aber versucht jeder so mit anderen leben zu lernen, dass alle genug haben. Wenn wir Abendmahl feiern in unserer Kirche, der United Church of Christ, beten wir mit der Hoffnung auf eine Zeit „wenn Fülle für alle nicht Mangel für einige bedeuten wird“ („...where plenty for all will mean scarcity for none“). „Torheit“, sagt der Volkswirtschaftler. „Schwachheit“, sagt der Realpolitiker. „Die Zeit der Gnade“, sagen aber wir, denn wir wissen, dass wir alle um einen Tisch sitzen, den Tisch der Barmherzigkeit Gottes, den Tisch der Segnung Christi. Wir sind Zeugen dieser Gnade in unserem Leben, und Gott will dieses Wort der Versöhnung durch uns für andere sprechen. Wir sind dazu gesegnet, Zeugen zu werden von diesem Versöhnungswort. *Wir sind Botschafter an Christi statt.*

2 Nelly Sachs, „Chor der Geretteten“, im *Wohnungen des Todes*; auch in Nelly Saches, *Gedichte*, hrs. von Hilda Domin (Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1977), 28.

„Empfangt nicht die Gnade Gottes vergeblich“. Hört zu, wenn die Menschen der Welt diese Einladung von Jesaja bejahen wollen. Achtet darauf, dass Jesus uns alle zu *einem ungeteilten Tisch* einlädt.

Ist das Reich Gottes schon unter uns? Das wollen viele wissen. Ihre Frage lautet: *Wann?* Die Antwort der Propheten, das Wort Jesu, besteht aus einem Wort: „*Jetzt!*“ *Jetzt* ist die Zeit der Gnade. *Jetzt* ist das Wort der Hoffnung auf tägliches Brot und faire Arbeitnehmerrechte. *Jetzt* ist der Tag des Heils, der uns in Beziehung bringt nicht nur zu Gott in seiner Transzendenz, sondern zu anderen, denen wir *in Christus und als Christus* begegnen. *Jetzt* ist das Wort, das uns auf den Weg Jesu einlädt, den Weg zu dem ungeteilten Welttisch.

Zeugen braucht Gott, nicht Zuschauer, um diesen Weg zu betreten, denn Gott will nicht nur Wort und Sakrament, sondern auch „Geschehen“ werden in uns und durch uns. So werden wir „Botschafter an Christi statt“, und uns nicht nur als den Leib Christi in der Welt verstehen, sondern auch erfahrbar werden. *Nicht Zuschauer, sondern Zeugen* der prophetischen Barmherzigkeit Jesu. Zeugen der prophetischen Liebe Gottes. Zeugen, die Augen haben, mit denen sie sehen können, und Ohren, mit denen sie hören können, wie man zu dem einen Tisch im Reich Gottes kommt. Zeugen, die wissen, dass das Reich Gottes erschienen ist, ja dass es schon unter uns ist. Zeugen, die wissen, dass das starke Wort „*Jetzt!*“ uns zum prophetischen Leben ruft. Zeugen, die die Erscheinung dieses Wortes als Lebensweg wahrnehmen.

“Blessed To Be” von Ben Harper
(CD: *Diamonds on the Inside*, 2003)

1. Corcovado hat den Himmel geteilt,
und scheint auf uns durch die Finsternis.
Auch wenn er im Steine gekreuzigt wurde,
ist sein Blut immer noch mein Eigenes.
Kehrvers: Ich bin gesegnet, Zeuge zu sein.
2. Einige sind weggeflogen
und können heute nicht mehr bei uns sein.
Wie die Hügel meiner Heimat
sind einige schon zerbrochen
und sind jetzt dahin. [K]
3. So viel Kummer und Schmerz,
doch werde ich nicht umsonst leben.
Wie gute Fragen, die nicht gestellt worden sind,
ist die Weisheit auf die Vergangenheit verschwendet.
Nur durch Gottes Gnade lebe ich.[K]

Prof. Dr. Konrad Raiser

Wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung?

Vortrag bei der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland, Bad Neuenahr, 8. 1.2008

I

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, meine Damen und Herren,

Die Arbeit zum Thema der Globalisierung bei dieser Synodaltagung ist, wie Sie wissen, Teil eines weit verzweigten und noch andauernden ökumenischen Prozesses. Ich habe deshalb als Thema für meinen Vortrag die Frage gewählt, die der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) bei seiner Vollversammlung in Harare 1998 an den Anfang der Diskussion zum Thema der Globalisierung gestellt hat: „Wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung?“ Die Kirchen in Deutschland waren und sind eingeladen, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen, der durch die Entschlüsse der 24. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra (2004) und der 9. Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre (2006) sein gegenwärtiges Profil erhielt.

Das Materialpaket zur Vorbereitung für diese Synode enthielt Verweise auf die bisher veröffentlichten Stellungnahmen von Seiten der EKD und einzelner Landeskirchen, ebenso wie auf das Memorandum europäischer Delegierter bei der Vollversammlung des ÖRK und das Positionspapier der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) aus dem Jahr 2005 unter dem Titel „Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung“. Ich verzichte auf Angaben zu weiteren Diskussionsbeiträgen aus anderen Kirchen, möchte Sie aber hinweisen auf ein von der EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung ausgearbeitetes Positionspapier mit dem Titel „Wirtschaft im Dienst des Lebens. Christliche Perspektiven einer menschen- und umweltgerechten Entwicklung im Zeichen der Globalisierung“. Der Text war von der Kammer für die Vollversammlung des ÖRK ausgearbeitet worden, wurde dann aber vom Rat der EKD nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

Angesichts der für diese Synodaltagung ausgearbeiteten „Stellungnahme“ brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten mit Definitionen, sowie mit der historischen und aktuellen Einordnung der Globalisierung. Die öffentliche Debatte, auch im Umfeld der christlichen Kirchen und der ökumenischen Bewegung, konzentriert sich vor allem auf die Globalisierung im Bereich der Wirtschaft und des Finanzsystems. Die Herausbildung und Ausbreitung eines weltweit vernetzten, offenen Marktes von Gütern, Dienstleistungen und Finanztransaktionen ist das Resultat eines Entwicklungsprozesses, der politisch gewollt und gefördert wurde. Ich denke vor allem an die Abkehr vom System der festen Währungsparitäten Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, an die Ablösung der neo-klassischen Orientierung der Wirtschaftspolitik durch den Monetarismus in den späten 70er Jahren, an die gezielte Liberalisierung des Finanzmarktes, verstärkt durch die Möglichkeit Computer gestützter Transaktionen in Echtzeit, und natürlich auch an die weitgehende Beseitigung von Handelsbarrieren im Rahmen der Welthandelsorganisation.

Der Prozess wurde entscheidend gefördert durch die Politik der internationalen Finanzinstitutionen, besonders des IWF und der Weltbank. Die dabei leitenden wirtschaftspolitischen Prinzipien der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung wurden Anfang der 80er Jahre im informellen „Washington Konsensus“ zusammengefasst. Seit dem Ende des Kommunismus und damit auch der ideologischen Konkurrenz zwischen den beiden wirtschaftlichen, und politischen Systemen hat sich diese wirtschaftspolitische Orientie-

rung weltweit durchgesetzt. Die dahinter stehenden politischen und wirtschaftlichen Interessengruppierungen, vor allem in Europa und den USA, haben es verstanden den Eindruck zu erwecken, als gäbe es hierzu keine Alternative und haben damit aus der Globalisierung ein Projekt hegemonialer Herrschaftsausübung gemacht. Die Reizworte in der Debatte, d.h. „Neoliberalismus“ und „Imperium“, verweisen auf diesen ideologischen und machtpolitischen Zusammenhang.

Die problematischen Auswirkungen dieser „marktradikalen“ Politik sind oft beschrieben worden und müssen hier nicht im Einzelnen analysiert werden. Im Vordergrund der kritischen Diskussion steht vor allem die wachsende Konzentration von Kapitalvermögen in immer weniger Händen, sowohl national wie international, und damit zugleich die weiterhin zunehmende Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich. Unter der Maxime des „shareholder value“ hat sich ein Verständnis wirtschaftlicher Tätigkeit herausgebildet, das in erster Linie auf die Vermehrung des Kapitalwertes und erst sekundär auf den gesellschaftlichen Nutzen ausgerichtet ist. Nur noch 2% der weltweiten Finanztransaktionen sind bezogen auf Produktion und Handel. Die Krisenanfälligkeit dieses spekulativen globalen Kapitalmarktes lässt sich inzwischen nicht länger übersehen. Gleichzeitig hat sich der globale Wettbewerb verschärft durch das Auftauchen neuer Konkurrenten in Asien, vor allem China und Indien. Außerdem stellt die Notwendigkeit wirksamer, kollektiver Strategien zur Begrenzung der globalen Klimaveränderung die bisherige wirtschaftspolitische Ausrichtung vor fundamentale Herausforderungen.

Allmählich beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass die Politik des so genannten „Washington Konsensus“ ein Teil des Problems ist und nicht länger als Rezept für die Lösung der globalen Ungleichgewichte angesehen werden kann. Änderungen werden mit steigendem Nachdruck eingefordert. Da die gegenwärtige Form der wirtschaftlichen Globalisierung durch bewusste politische Entscheidungen ermöglicht und befördert wurde, kann sie daher auch im Licht der inzwischen gesammelten Erfahrungen korrigiert werden. Der „Washington Konsensus“ formulierte kein Naturgesetz oder einen unausweichlichen Sachzwang. Die Behauptung, es gebe keine Alternative, dient der Verteidigung von Machtinteressen und ist nicht das Ergebnis einer nüchternen und kritischen Prüfung der Zusammenhänge.

Man sollte sich freilich nicht zu schnell beruhigen mit der Versicherung des früheren Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz, dass nicht die Globalisierung das Problem sei, sondern die Art und Weise ihrer bisherigen Gestaltung. Jedenfalls reicht es nicht aus, wenn mit den Millenniums-Entwicklungszielen die Armutsbekämpfung wieder als Priorität globaler Wirtschaftspolitik anerkannt wird. Die bisher dafür eingesetzten Instrumente sind kaum geeignet, das Ziel einer Halbierung der absoluten Armut weltweit bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Noch offenkundiger ist das Fehlen des politischen Willens zu einer strukturellen Veränderung der internationalen Finanzarchitektur und zur Durchsetzung eines verbindlichen, rechtlichen Rahmens für die globale Wirtschaftsordnung. Die hinter der gegenwärtigen Form der wirtschaftlichen Globalisierung stehenden Interessen werden ihre erworbenen Machtpositionen nicht einfach auf Grund besserer Einsicht oder ethischer Verantwortung preisgeben. Der sich hier abzeichnende Konflikt geht über die Fragen geeigneter politischer Strategien zur Transformation der Globalisierung hinaus. Er berührt fundamentale Aspekte des menschlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft und des Verhältnisses zur außermenschlichen Natur. Die Kirchen und ihre Mitglieder können und dürfen dieser Herausforderung nicht ausweichen.

Überblickt man die bisher vorliegenden Erklärungen, mit denen Kirchen und ökumenische Organisationen auf die wirtschaftliche Globalisierung und ihre Auswirkungen reagiert haben, so zeigt sich eine breite Übereinstimmung im Blick auf die vertretenen Grundpositionen. Der Titel der Ihnen vorliegenden Stellungnahme, „Wirtschaften für das Leben“, bringt die Zielrichtung prägnant zum Ausdruck: Wirtschaft darf kein Selbstzweck werden, sondern sie steht, wie auch die Politik, im Dienst menschlichen Lebens in der Gemeinschaft mit anderen Menschen und in Wechselwirkung mit der natürlichen Mitwelt. Dieses grundlegende Kriterium der „Lebensdienlichkeit“ wird in den meisten vorliegenden Stellungnahmen nach zwei Richtungen hin entfaltet, nämlich durch die Maximen des „Menschengerechten“ und der „Nachhaltigkeit“.

Für die theologische Begründung legt es sich für viele der Stellungnahmen nahe, anzusetzen bei der biblischen Grundaussage, dass alle Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind und daher eine unveräußerliche Würde und ein fundamentales Recht auf Leben haben. Damit verbindet sich die Einsicht, dass Gott den Menschen die Verantwortung übertragen hat, die bewohnte Erde als „Haushalt des Lebens“ zu bewahren und daher für den Schutz und die Förderung allen Lebens einzutreten. Die theologische Ethik vermeidet es jedoch zu Recht, eine spezifische Wirtschaftsordnung religiös zu legitimieren.

Im Blick auf die Ordnung der Wirtschaft bedeutet die Maxime des „Menschengerechten“, dass alles Wirtschaften dem menschlichen Recht auf Leben gerecht werden muss. Als allgemeinen Maßstab des „Menschengerechten“ und damit als generelle Antwort auf die ethische Forderung der Gerechtigkeit verweisen viele der Stellungnahmen auf die Menschenrechte, wie sie in den internationalen Pakten für bürgerliche und politische, sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbindlich festgeschrieben sind. Die Stellungnahme für die Synode fasst diesen Ansatz im Abschnitt II.2.4. zusammen unter dem Titel „Beteiligungsgerechtigkeit durch Verwirklichung der Menschenrechte“, und das eingangs genannte Positionspapier der Kammer für nachhaltige Entwicklung spricht programmatisch von der Aufgabe der „Globalisierung der Menschenrechte“, d.h. der „Umsetzung der universellen Menschenrechte unter den Bedingungen der Globalisierung“. Damit wird die im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung bekräftigte „vorrangige Option für die Armen“ nicht nur als ein ethisches Kriterium sondern als ein Rechtsanspruch der Betroffenen unterstrichen.

Die Maxime der „Nachhaltigkeit“ ist vor 20 Jahren von der internationalen Kommission für Umwelt und Entwicklung in die Diskussion eingeführt worden. Sie entspricht der im konziliaren Prozess formulierten „vorrangige Option für den Schutz und die Förderung des Lebens“. Alles Wirtschaften muss mit seinen Eingriffen in die natürlichen Haushalte und in seinen Auswirkungen so gestaltet sein, dass Leben für alle, und d.h. Menschen, Tiere und Pflanzen, in Zukunft unbegrenzt möglich ist. Gegenwärtig konzentrieren sich die Auseinandersetzungen vor allem auf die Begrenzung der Klimaveränderung und den Schutz der Artenvielfalt.

Die ethische Leitlinie „Wirtschaften für das Leben“ muss über die beiden Maximen des Menschengerechten und der Nachhaltigkeit hinaus noch weiter präzisiert werden, nämlich im Blick auf die wirksame Kontrolle der Ausübung und Konzentration von Macht in und durch globale wirtschaftliche Strukturen. Alle Machtausübung, und dies gilt auch und gerade für strukturelle wirtschaftliche Macht, muss sich verantworten vor dem Maßstab, ob sie der Lebensfähigkeit und d.h. dem Gemeinwohl der menschlichen Gemeinschaft dient. Ein Einsatz wirtschaftlicher Macht, der Menschen und ganze Gesellschaften

zum Verlust jeder Eigenständigkeit und zu struktureller Armut verurteilt, sowie Raubbau an den natürlichen Ressourcen und den öffentlichen Gütern (z.B. Wasser, Luft) betreibt, verwirkt seine ethische Legitimität. Für die ökumenische Diskussion liegt hier die Verknüpfung zwischen den Bemühungen um eine „Globalisierung der Gerechtigkeit und der Solidarität“ einerseits und der gemeinsamen Suche nach Wegen zur Überwindung von Gewalt andererseits; denn wirtschaftliche Macht, die sich der kritischen Prüfung ihrer Legitimität anhand der genannten Maßstäbe entzieht, wird als strukturelle Gewalt erfahren.

Die Kirchen sehen sich in der Nachfolge Jesu Christi und als Zeugen für die in Jesus Christus bereits angebrochene neue Wirklichkeit des Reiches Gottes dazu berufen, für die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten und dies in ihren Beziehungen untereinander sichtbar zu machen. Als Teil ihrer jeweiligen Gesellschaften sind die Kirchen jedoch eingebunden in die widersprüchlichen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses, sowohl in der eigenen Gesellschaft wie weltweit. Sie nehmen Teil an den Erfahrungen der Gewinner und Nutznießer, wie auch der Verlierer und Opfer der Globalisierung. Damit wird die Globalisierung zu einer Herausforderung für die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen und für die Glaubwürdigkeit ihres Zeugnisses. Die Anfrage „wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung“ richtet sich nicht allein darauf, wie Christen und Kirchen die ethischen Grundorientierungen ihres Glaubens in Wort und Tat in die öffentliche Debatte einbringen. Es geht zugleich um die Frage: Was heißt Kirche-Sein in ökumenischer Gemeinschaft unter den Bedingungen der Globalisierung? Jedenfalls sind die Kirchen in ihrem Ringen um ein gemeinsames Zeugnis im Kontext der Globalisierung zur wechselseitigen Rechenschaft verpflichtet.

Sie werden vielleicht bemerkt haben, dass ich bei diesem Versuch, die Grundlagen einer kirchlich-ökumenischen Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung zusammenzufassen, die fünf „Orientierungspunkte“ aufgegriffen habe, die in der Ihnen vorliegenden Stellungnahme im Abschnitt II.3.3 genannt werden. Im Rahmen der Stellungnahme sollen sie dazu helfen, den beiden, zuvor beschriebenen, unterschiedlichen Positionen in ihrer jeweiligen Zielsetzung gerecht zu werden und so die bestehenden Spannungen und Divergenzen in einen produktiven Prozess der gemeinsamen Arbeit für die Transformation der Globalisierung zu verwandeln. Das ist sicher auch die Erwartung, die sich mit dieser Synodaltagung verbindet. Ich werde mich daher zum Schluss noch der Frage zuwenden, wie die Divergenzen zwischen den kirchlichen Positionen einzuschätzen sind und ob die in der Stellungnahme und im Beschlussantrag formulierte Antwort tragfähig ist.

III

Zunächst mag es hilfreich sein, sich zu vergegenwärtigen, dass die Spannungen und gegensätzlichen Positionierungen nicht nur im Umfeld der Debatte über die Globalisierung auftreten, sondern dass diese oder ähnliche Divergenzen die sozialetische und theologische Diskussion innerhalb der ökumenischen Bewegung und auch in vielen der Kirchen seit mehr als vierzig Jahren begleitet haben. Im Zentrum standen dabei Grundfragen bezüglich der Einschätzung sozialetischer Probleme. Sie tauchen immer wieder auf und die Antwort darauf bestimmt dann auch weitgehend das konkrete Handeln. Erste Frage: Handelt es sich um ein Problem, das innerhalb eines gegebenen Ordnungsrahmens und mit Hilfe bekannter Regeln und Instrumente gelöst werden kann, oder müssen die jeweiligen Strukturen und damit verbunden auch die Instrumente und Regeln grundlegend verändert werden, um zu einer dauerhaften Lösung zu kommen? Zweite Frage: Handelt es sich bei dem Problem um eine ethische Ermessensfrage, wo nach dem Maß menschli-

cher Einsicht unterschiedliche Antworten möglich und legitim sind und wo Kirchen keine spezielle Kompetenz oder Betroffenheit beanspruchen können, oder betrifft die Herausforderung das Zentrum des Glaubenszeugnisses und damit auch das Kirchesein von Kirche.

Die jeweils erste Antwortoption steht für eine „realistische“, politisch moderate Handlungsstrategie, wie sie normalerweise von den großen Kirchen im Norden befürwortet wird, während die zweite Option ein radikaleres, auf eindeutige Entscheidungen und Abgrenzungen ausgerichtetes Profil widerspiegelt. An Beispielen ist kein Mangel. Manche von Ihnen werden sich z.B. an die leidenschaftliche Debatte auch in der rheinischen Kirche über legitime Formen ökumenischer Solidarität im Kampf gegen Rassismus und Apartheid erinnern. Die großen Kirchen in Europa widersetzten sich damals lange Zeit der Forderung, durch wirtschaftliche oder finanzielle Sanktionen und Boykottaktionen Druck auf das Apartheidregime auszuüben und hofften vielmehr auf Erfolge einer auf kritische Kooperation ausgerichteten „Reformpolitik“. Demgegenüber hatte sich bei den Kirchen im südlichen Afrika die Überzeugung herausgebildet, dass der institutionalisierte Rassismus in fundamentalem Widerspruch zum christlichen Glauben stehe und dass sie daher um der Glaubwürdigkeit ihres Zeugnisses willen zum Widerstand verpflichtet seien. Bei der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Daressalam 1977 war zum ersten Mal in diesem Zusammenhang vom „status confessionis“ die Rede. Im Belhar Bekenntnis von 1986, wurde die Bekenntnisfrage dann, unter Einschluss von Verwerfungen, verbindlich beantwortet. Die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen hat dieses Zeugnis bekräftigt und damit deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Rassismus für Christen und Kirchen nicht länger eine Ermessensfrage, sondern eine im Glauben begründete Verpflichtung ist.

Was tragen solche Rückblenden für die Einschätzung der divergenten Positionen zur Globalisierung aus? Wiederholt sich hier einfach eine ökumenische Debatte, deren Konturen aus früheren Zusammenhängen bekannt sind? Deutlich ist jedenfalls: Die verschiedenen kirchlichen Kontexte im Norden und im Süden, der unterschiedliche Grad der Betroffenheit durch die Auswirkungen der Globalisierung, sowie die jeweilige Positionierung der Kirche gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen bedingen divergente Reaktionen, die dennoch aufeinander bezogen und angewiesen bleiben müssen. Auch für die notwendige Transformation der Globalisierung gilt, dass sie sich vermutlich nicht einfach durch die entschlossene Umsetzung einer einzigen zielgerichteten Strategie vollziehen wird, sondern im konfliktreichen Wechselspiel zwischen radikalem Protest oder Widerstand einerseits und dem mühsamen Umbau vorhandener Strukturen andererseits. Für die ökumenische Gemeinschaft ist dabei vor allem wichtig, aufeinander zu hören und sich zu üben in der „Unterscheidung der Geister“.

So sind die Kirchen in Europa sicher im Recht, wenn sie betonen, dass die radikale Ablehnung des „Neoliberalismus“ angelsächsischer Prägung, wie sie im „Bekenntnis von Accra“ formuliert wurde, nicht in gleicher Weise auf die europäische, wohlfahrtsstaatliche Tradition der „sozialen Marktwirtschaft“ übertragen werden sollte. Aber auch diese ordnungspolitische Orientierung ist unter dem Druck der Globalisierung inzwischen so stark abgeschwächt worden, dass sie kaum eine tragfähige Alternative für die Ordnung der globalen Wirtschaft bietet. Und so sehr sich die Empfehlung, die wirtschaftliche Ordnungspolitik an der konsequenten Durchsetzung der Menschenrechte auszurichten, im Einklang befindet mit völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen und daher politisch „anschlussfähig“ sein sollte, so deutlich ist zugleich, dass das Insistieren auf dem Lebensrecht der Armen unweigerlich in Konflikt gerät mit dem Interesse der Gewinnmaximierung und der zu absoluter Gültigkeit erhobenen Logik des grenzenlosen Marktes. „Marktgerechtes“

Wirtschaften und die ethische Maxime des „Menschengerechten“ lassen sich nicht konfliktfrei zur Deckung bringen. Das Gleiche gilt für die Maxime der „Nachhaltigkeit“, wie die Debatte zur Reduktion der Treibhausgase zeigt. Die programmatische Forderung einer „Globalisierung der Menschenrechte“, wie sie die EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung formuliert hat, ist daher letztlich ein Plädoyer für eine rechtlich verbindliche Regulierung und Kontrolle wirtschaftlicher Macht und damit (wenigstens implizit) für eine alternative Ordnungsstruktur; sie bleibt zwar moderat in der Sprache, bedeutet aber in der Sache eine entschiedene Abkehr von den Dogmen des wirtschaftlichen Liberalismus. So freilich können und werden sich nur Kirchen und kirchliche Organisationen positionieren, die institutionell in der Lage sind, über den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung politische Entscheidungen beeinflussen und auch davon ausgehen können, dass ihre Stimme gehört wird.

Die Stimmen der südlichen Kirchen, die sich im AGAPE-Prozess des ÖRK und in der Bundesschlussklärung von Accra Gehör verschafft haben, sind dagegen geprägt von den Erfahrungen der großen Mehrheit der Verlierer der Globalisierung. Natürlich gibt es auch im Süden Gewinner der Globalisierung; die Spaltung zwischen exzessivem Reichtum und völliger Verarmung ist hier oft sehr viel krasser ausgeprägt als in den Industrieländern des Nordens. Aber die meisten Menschen, und mit ihnen Christen und Kirchen, sehen sich ausgeliefert an Prozesse, die sich ihrer Einwirkung und der politischen Steuerung zu entziehen scheinen. Die Globalisierung wird erfahren als eine das Leben der einfachen Menschen verachtende Macht- und Herrschaftsstruktur. Hier geht es wirklich um das elementare Recht auf Leben und um die Lebensfähigkeit der menschlichen Gemeinschaft und der natürlichen Mitwelt. Daher drängen sie auf eine radikale Änderung der Strukturen.

Wie können Christen ihren Glauben leben angesichts solcher Ohnmachtserfahrungen, die manchmal noch verschärft werden durch die zynische Feststellung, es gebe keine Alternative? Es geht hier zuallererst um eine geistliche Herausforderung, nämlich Menschen die Sprache der Klage vor Gott, aber auch die Sprache der radikalen Hoffnung auf die Erfüllung der biblischen Verheißung eines Lebens in Fülle für alle neu zu erschließen. Glaube in diesem Kontext heißt, darauf zu vertrauen, dass die Macht Gottes den Mächten und Gewalten dieser Welt und daher auch der globalen wirtschaftlichen und finanziellen Machtkonzentration überlegen ist. Der Glaube eröffnet eine veränderte Sicht der Wirklichkeit, weil er mit dem Handeln Gottes rechnet. Die Feststellung, es gebe keine Alternative, ist eine fundamentale Herausforderung für den Glauben.

Das Bekenntnis von Accra ist daher in erster Linie eine Bekräftigung dieses Glaubens an „Gott, den Schöpfer und Erhalter allen Lebens, der uns zu Partnerinnen und Partnern der Schöpfung und Erlösung der Welt beruft. Wir leben unter der Verheißung, dass Jesus Christus gekommen ist, damit alle Leben in Fülle haben (Jäh 10,10). Gestärkt und geleitet vom Heiligen Geist öffnen wir uns der Wirklichkeit der Welt“ (Nr.17). Dieses Glaubenszeugnis führt dann in einem zweiten Schritt zur Identifikation und Zurückweisung der Kräfte, die der Verwirklichung dieser Verheißung im Wege stehen und zur Einladung in einen „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“. Der Agape-Aufruf der Vollversammlung in Porto Alegre zieht in der Form einer Bußlitanei zusammen mit acht Selbstverpflichtungen zum Handeln aus Glauben und Liebe Konsequenzen aus dem im Kontext der Globalisierung bekräftigten Glauben.

Ich bin daher überzeugt, dass die in Abschnitt II.3.3 der „Stellungnahme“ formulierte Einschätzung angemessen ist: „Wie der Processus Confessionis nimmt der Agape-Prozess den Gedanken der Rechenschaftspflichtigkeit auf: als kirchliche Verpflichtung gegenüber den Opfern der Globalisierung bzw. gegenüber den anderen Kirchen sowie als Verant-

wortung jeglicher Macht vor Gott. Diese Perspektive, die auf apokalyptische und dämonisierende Kategorien verzichtet, zielt auf Transformation: auf Aufbrüche aus ungerechten Strukturen hin zu einem nachhaltigen, partizipatorischen und solidarischen Wirtschaftsmodell. Sie gründet sich im verbindlichen Engagement der Kirchen für Gerechtigkeit und Solidarität“. Dieser Bewertung entsprechen auch die Selbstverpflichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und der in Teil III der „Stellungnahme“ entfaltete Auftrag zum Handeln. Ich halte daher auch die Empfehlung unter Nr. 3 (2) des Beschlussantrags für richtig, nämlich die „Frage nach dem Bekenntnisrang wirtschaftsethischer Positionen in der gegenwärtigen Debatte über die wirtschaftliche Globalisierung“ im Gespräch mit den Partnerkirchen weiter zu erörtern. Sie gehört legitimerweise hinein in den weitergehenden „processus confessionis“ als Prozess der vertieften Erkenntnis, der Aufklärung, und der konkreten wechselseitigen Rechenschaft von der „Hoffnung, die in uns ist“. Dazu sollten wir uns in der Tat verpflichten.

Prof. Dr. Meinhard Miegel

**Landessynode 2008 der Evangelischen Kirche im Rheinland
Schwerpunktthema: Globalisierung**

Es ist ein großes Verdienst der Evangelischen Kirche im Rheinland, die wirtschaftliche Globalisierung und ihre Herausforderungen für die Kirchen zum Schwerpunktthema einer Landessynode gemacht zu haben und ich danke für die Einladung, zu diesem Thema etwas aus gesellschaftspolitischer Sicht beizutragen.

Wie es sich gehört, habe ich in Vorbereitung hierauf die Vorlage der Kirchenleitung an die Landessynode gründlich durchgearbeitet und zumindest im Geiste kommentiert. Das Ergebnis meiner Bemühungen: In vielen Punkten stimme ich der Vorlage uneingeschränkt zu. Besser kann man es oft nicht sagen.

Und dennoch hat mich diese Vorlage nicht befriedigt, ja mitunter sogar befremdet. Irrendwie hatte ich das Gefühl, dass – wie in so vielen Lebensbereichen so auch hier – wieder einmal nur Symptome behandelt werden sollen, die eigentliche Krankheit aber unbeachtet bleibt. Möglicherweise – so mein Verdacht – wäre eine Auseinandersetzung mit ihr für uns, den Bewohnern eines früh- und hoch industrialisierten Landes, gar zu unerfreulich.

Aber der Reihe nach:

"Wirtschaften für das Leben" – das ist der Titel der Vorlage. Gemeint ist dies als Forderung, als Postulat. Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Es hat dem Leben zu dienen. Aus meiner Sicht ist dies zweifellos richtig. Doch dient das heutige Wirtschaften nicht dem Leben? Oder anders gefragt: Was sind die Maßstäbe dafür, ob Wirtschaften dem Leben dient?

Wenden wir uns einigen Grundbefunden zu:

Nach Jahrtausenden äußerst geringen Bevölkerungswachstums begannen die Bevölkerungszahlen mit der Industrialisierung und dem mit ihr einhergehenden Aufschwung zu explodieren – zunächst in Europa und dann überall dort, wo sich dieser Prozess fortsetzte.

Heute, im Zuge dieser immer weiter voranschreitenden Industrialisierung, wächst die Weltbevölkerung jede Stunde um 10.000 Menschen, pro Tag um rund 250.000, pro Jahr um 90 Millionen. 1960 war der Globus von 3 Milliarden Menschen bevölkert, heute sind es 6,7 Milliarden, im Jahre 2025 werden es knapp 8 Milliarden sein. Für das 2050 haben die Vereinten Nationen eine Weltbevölkerung von 9,3 Milliarden prognostiziert. Das heißt, von 1965 bis 2050, das ist ein Menschenleben, verdreifacht sich die Weltbevölkerung.

Das besonders Bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, dass die unglaubliche Zunahme der Weltbevölkerung nicht zurückgeführt werden kann auf eine erhöhte Fruchtbarkeit – die weltweite Geburtenrate hat sich von 1950 bis heute von 5 auf 2,7 Kinder pro Frau annähernd halbiert – sondern auf einen wiederum weltweiten Anstieg der individuellen Lebenserwartung, für die es in der gesamten Menschheitsgeschichte keine Parallele gibt.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts nahm die Lebenserwartung nur geringfügig zu. Zur Zeit Napoleons wurden die Menschen nicht sehr viel älter als zur Zeit Karls des Großen oder des römischen Kaisers Augustus. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag die durchschnittliche Lebenserwartung in einem Land wie Deutschland bei 43 Jahren. Mittlerweile hat sie sich genau verdoppelt. Menschen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts geboren werden, können hierzulande davon ausgehen, etwa 86 Jahre alt zu werden.

Dieser Trend ist keineswegs auf Länder wie Deutschland begrenzt. Vielmehr ist er weltweit zu beobachten. Das zeigt nachfolgende Tabelle. Lag die durchschnittliche Le-

benserwartung weltweit im Jahre 1950 erst bei 47 Jahren, so liegt sie heute bei 68 Jahren und sie wird aller Voraussicht nach bis 2050 auf 75 Jahre ansteigen. Europäer sowie Nord- und Südamerikaner, aber auch Ozeanier, namentlich Australier, werden dann das 80. Lebensjahr erreichen oder sogar deutlich übersteigen und wären Teile der afrikanischen Bevölkerung nicht so aidsgeplagt, könnten auch sie mit einer Lebenserwartung von annähernd 70 Jahren rechnen. Noch vor wenigen Jahrzehnten war eine solche Entwicklung unvorstellbar. Dabei sind diese langen und immer länger werdenden Leben in ihrer überwältigenden Mehrheit gesunde, aktive Leben. Abermals: nicht nur in den früh industrialisierten Ländern, sondern weltweit.

	1950	heute	2050
Welt	47	68	75
Europa	66	75	82
Nordamerika	69	78	83
Lateinamerika	51	73	80
Asien	41	64	77
Afrika	38	53	66 (Aids)!
Ozeanien	61	75	82

Wenn es um die Weckung und Erhaltung menschlichen Lebens geht, dann wurde im zurückliegenden Jahrhundert und dann wird in diesem Jahrhundert eine menscheitsgeschichtlich beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Das Geheimnis dieses Erfolges? Eine beispiellose Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen. Aufgrund dieser Verbesserung werden Menschen trotz Aids, Zivilisationskrankheiten, Fettsucht, Drogen und Alkoholismus überall bei bemerkenswerter Gesundheit alt und älter.

Allerdings gibt es gewisse Unterschiede: In Ländern und Regionen, die von der wirtschaftlichen Globalisierung weniger erfasst sind als andere, liegt die Lebenserwartung deutlich niedriger – Afrika in seiner Gesamtheit, namentlich Zentralafrika, aber auch der Osten und Westen dieses Kontinents. Umgekehrt gilt Entsprechendes: In Regionen, die erst jetzt in den Globalisierungssog geraten, steigen Lebenserwartung und Gesundheitszustand zügig an, sinkt die Säuglingssterblichkeit, verbessert sich der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, vor allem aber: erhöht sich das Bildungsniveau. Für Länder wie Indien, Laos, Kambodscha oder Vietnam kann man geradezu Karten zeichnen, auf denen sichtbar wird, wie die Einbeziehung von Regionen in globale Wirtschaftsprozesse die Lebensbedingungen der dort wohnenden Menschen verbessert.

Sind also alle Klagen über negative Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung nur Hirngespinnste? Mitnichten. Sie haben eine reale Fundierung. Und etliches von dem, was in der Vorlage der Kirchenleitung angesprochen wird, konnte ich mit eigenen Augen beobachten. Nein, durch die wirtschaftliche Globalisierung ist keine heile Welt entstanden. Aber die Globalisierung hat auch keine heile Welt vorgefunden und dann beschädigt.

Fakt ist, dass fast überall, wo Globalisierung anpocht, sie nur allzu gerne aufgenommen wird. Denn in der Mehrzahl der Fälle verbessert sich durch sie das Leben der Menschen und das nicht nur vorübergehend, sondern nachhaltig. Es ist ganz einfach nicht richtig, dass die Globalisierung wie ein Feuersturm über die Länder hinweg geht und dann nichts als verbrannte Erde hinterlässt. Wenn wir uns über Arbeitsbedingungen in Asien und anderenorts erregen, sollten wir nicht vergessen, wie diese Arbeitsbedingungen vor der Globalisierung waren. Natürlich ist das Leben in einer brasilianischen Favela aus unserer Perspektive unsagbar kärglich. Aber noch kärglicher ist das Leben in vielen brasilianischen Dörfern.

Sind alle Gewinner? Nein, es gibt auch Verlierer. Von diesen Verlierern ist in der Vorlage ausführlich die Rede und es gehört sicherlich zu den Pflichten eines Christenmenschen, ihr Los zu verbessern. Hierzu ist im Text einiges gesagt. Doch sollte hierbei nicht

aus dem Blick geraten: Die Rede ist stets von Minderheiten. Die Mehrheit in Kolumbien oder Thailand oder in vielen anderen Ländern hätte nicht das geringste Verständnis dafür, wenn der Versuch unternommen werden sollte, diese wirtschaftliche Globalisierung, so wie sie ist, ungeschehen zu machen oder auch nur zu verlangsamen. Die große Mehrheit will diese Globalisierung und sie lässt sich von deren Schattenseiten nicht schrecken. Und genau darin liegt das eigentliche, in der Vorlage nicht angesprochene Problem der Globalisierung. Sie ist mehrheitlich weltweit gewollt. Aber was ist da gewollt?

Diese Frage ist weder eine vorrangig wirtschaftliche noch eine vorrangig gesellschaftliche. Vielmehr ist sie in ihrem Wesenskern eine theologische oder zumindest religiöse. Im Grunde geht es nämlich wieder einmal um den uralten Menschheits Traum – der zugleich immer auch ein Albtraum gewesen ist – den Traum der Entgrenzung. Die Globalisierung soll ein Meilenstein bei der Verwirklichung dieses Traumes sein.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs. Theologisch betrachtet ist nur Gott der völlig Entgrenzte. Er hat keine zeitlichen Grenzen, denn er ist ewig. Er hat keine räumlichen Grenzen, denn er ist allgegenwärtig. Seine Potentiale sind nicht begrenzt, denn er ist allmächtig und allwissend. Doch andere Wesen wollen sein wie er.

Den ersten großen Entgrenzungsversuch unternahm ein Teil der Engel mit Luzifer an der Spitze. Ihr Unterfangen endete im Höllensturz. Dann kam der Mensch. Sein Griff zum angeblich allwissend machenden Apfel endete mit seinem Sturz aus dem Paradies. Dieser Sturz war ein Schock. Aber er war nicht groß genug, um den Menschen von weiteren Entgrenzungsaktionen abbringen zu können. Der Mensch strebte und strebt unverdrossen weiter nach Allwissenheit, Allmacht, Allgegenwart und selbst nach Ewigkeit. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit endet dieses Streben in der Hybris und diese in der Katastrophe. Aber kaum hat sich der Mensch von einer erneuten Katastrophe erholt, bricht er auf zu neuen Abenteuern.

Das Abenteuer unserer Zeit ist das Streben nach immerwährendem, grenzenlosem wirtschaftlichem Wachstum. Nie ist es groß genug. Dass sich in Industrieländern wie Deutschland seit 1950 die Güter- und Dienstmenge pro Kopf real verfünffacht hat, dass sich im gleichen Zeitraum der Sozialaufwand real verzehnfacht hat, dass heute der wirtschaftlich Schwächste unter uns, der Sozial- oder ALG-II-Empfänger, eine ebenso hohe Kaufkraft hat wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer 1965 – das alles zählt kaum. Es muss mehr und immer noch mehr sein. Wachstum ist die Zauberformel – für alles. Hierin sind sich alle einig – alle Parteien, Unternehmer, Gewerkschaften und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

Was aber ist, wenn die wirtschaftlichen Wachstumskräfte erlahmen? Dann geht man hin in alle Welt, nicht um zu lehren und zu taufen (das war einmal), sondern um neue Wachstumsquellen zu erschließen. Das ist die Essenz der Globalisierung!

Es ist billig und recht, auf die zahlreichen Ungereimtheiten, Ungerechtigkeiten, ja Unmenschlichkeiten der wirtschaftlichen Globalisierung hinzuweisen und alles zu unternehmen, diese zu überwinden. Noch wichtiger ist es jedoch, das Augenmerk auf die tragenden Säulen der Globalisierung zu lenken.

Da ist zum einen der verständliche Wunsch nach einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Dies ist, wie ich versucht habe zu zeigen, in erheblichem Umfang gelungen, auch wenn noch Vieles geschehen kann und muss.

Die zweite Säule ist die schier unersättliche Gier des Menschen nach materiellen Gütern. Oder – um eben Gesagtes zu wiederholen – das Streben des Menschen nach Entgrenzung. Hiervon sind vor allem wir, die Völker der früh industrialisierten Länder betroffen.

Von uns hat das expansive Denken und Handeln seinen Ausgang genommen, wir haben es in die Welt getragen und uns die Welt damit zu eigen gemacht. Wir, die Völker der früh industrialisierten Länder, sind die Erfinder der wirtschaftlichen Globalisierung. Und bisher waren wir auch deren größte Nutznießer. Alle.

Globalisierung – das war für uns bislang eine komfortable Einbahnstraße. Das ist sie nicht länger. Gegenverkehr hat eingesetzt und macht uns zunehmend zu schaffen. Nicht zuletzt enthüllt er unsere hehren Grundsätze als hohle Phrasen: die eine Welt, die eine Menschheit, Menschenrechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Jedem den gleichen Anteil an der Schöpfung, die Schätze der Welt als Besitz aller... Wann immer es ernst wird, wollen wir, die Habenden – und wir in den früh industrialisierten Ländern gehören alle gemeinsam zum wohlhabendsten Fünftel der Menschheit – davon nichts wissen. Wir denken nicht daran, freiwillig auch nur eine Stufe von dem hohen Turm herabzusteigen, auf dem wir uns – die einen mehr, die anderen weniger – so bequem eingerichtet haben. Da müssen wir schon gewaltsam heruntergezerrt werden.

Konkret: Fordert ein chinesischer Arbeiter für die gleiche Arbeit, die ein deutscher Arbeiter leistet, ein Fünftel von dessen Lohn, möchte er ein Fünftel der Energie nutzen, die sich der Deutsche genehmigt, begehrt er die sozialen und ökologischen Standards, die zwar noch längst nicht an unsere heranreichen, aber eben doch höher sind als seine derzeitigen, dann hat das unter anderem zur Folge, dass die von ihm erzeugten Produkte teurer werden. Der DVD-Spieler beispielsweise kann dann in Deutschland nicht mehr für 59 Euro angeboten werden. Unsere Kaufkraft sinkt. Es wird schwierig, geilen Geiz zu zelebrieren. Was machen wir? Um die Preissteigerung auszugleichen, erhöhen wir die Löhne. Das treibt die Preise weiter. Auf den schlichten Gedanken, dass wir auf das Eine oder Andere werden verzichten müssen, kommen nur wenige. Sollen erst einmal die da oben mit dem Verzicht anfangen. Und da diese das nicht tun, legt sich die ganze Gesellschaft quer. Jeder verteidigt seinen Besitzstand, auch wenn dies längst zu einem aussichtslosen Unterfangen geworden ist. Mindestlöhne, Flächentarifverträge oder Entsenderichtlinien werden nicht verhindern können, dass auf mittlere Sicht die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten in Ländern wie Deutschland sinken wird.

Und weil viele diese sich ändernde Wirklichkeit nicht sehen wollen, wird weiterhin die Illusion genährt, wir könnten unseren materiellen Wohlstand weiter steigern und zugleich könne die Menschheit auf unser Niveau aufsteigen. Sie kann nicht. Denn um das zu tun, müsste die weltweit erzeugte Gütermenge bis 2050 mehr als versechsfacht werden. Damit wären die Versorgungs- und Entsorgungskapazitäten der Erde hoffnungslos überfordert. Lassen wir uns also etwas Tauglicheres einfallen.

Der erste Akt der wirtschaftlichen Globalisierung geht seinem Ende entgegen. In ihm wurden die Lebensbedingungen der meisten Menschen deutlich verbessert. Die Indikatoren: Sie leben länger, sie sind gesünder und sie sind gebildeter. Zugleich wurden wir, die Völker der früh industrialisierten Länder, im historischen und internationalen Vergleich materiell außerordentlich wohlhabend. Die Kehrseite hat Papst Benedikt der XVI. in seiner Weihnachtsansprache trefflich beschrieben: Die Erde wurde und wird in nie da gewesenen Maße ausgebeutet und geschunden. Viel länger dürfte dies nicht möglich sein. Hier wurden Grenzen erreicht oder sogar schon überschritten.

Damit hebt sich der Vorhang zum zweiten Akt. Er beinhaltet vor allem zweierlei. Erstens wird der Mensch seinen Verstand intensiver und erfolgreicher nutzen müssen als bisher. Innerhalb von 200 Jahren die fossilen Energien zu verbrauchen, deren Entstehung 200 Millionen Jahre benötigt hat, ist nicht Ausdruck intelligenten Wirtschaftens. Und zweitens werden vor allem wir, die Völker der früh industrialisierten Länder, wieder lernen müssen, zu teilen, abzugeben und uns mit etwas weniger zu bescheiden. Das alles haben wir gründlich verlernt.

In der Weihnachtsausgabe der Süddeutschen Zeitung kommt unter der Überschrift "Viele Schulkinder müssen hungern" der Bundesvorsitzende von "Die Tafel" wie folgt zu Wort: Der Staat habe versagt, weil er keine Mechanismen gegen die Kinderarmut gefunden habe. (Beweis) "Einige Schulkinder können nur Leitungswasser trinken". Ich meine, eine Gesellschaft, in der der Genuss von sauberem, gesundem, wohlschmeckendem Leitungswasser ein Armutskriterium ist, hat noch einen weiten Weg zu gehen, um in jene

Welt "globaler Herzen" zu gelangen, von der heute früh die Rede war. Denn viele hundert Millionen Menschen lechzen nach dem hierzulande verschmähten Leitungswasser. Was sind eigentlich unsere Kriterien? Wie stellen wir uns "die eine Welt" vor?

Gerade auf die Kirchen kommt hier eine Herkulesarbeit zu und nicht nur einem notorisch ungläubigen Thomas könnten Zweifel beschleichen, ob sie sich dieser Herausforderung gewachsen zeigt. Aber wir dürfen hoffen und wir können beten.

Impressum

Evangelische Kirche im Rheinland

Landeskirchenamt

Abteilung III: Ökumene – Mission – Religionen

Kirchenrätin Pfarrerin Christine Busch

Hans-Böckler-Str. 7

40476 Düsseldorf

Fon (0211) 4562 - 351

Fax (0211) 4562 - 561

E-Mail: christine.busch@ekir-lka.de

Download dieses Textheftes

www.ekir.de/globalisierung

Bestellungen

Monika Bank

E-Mail: monika.bank@ekir-lka.de

Fon (0211) 4562 - 431